



32. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 16. Mai 2013

Mitteilungen der Präsidentin.....2737

**Gedenken zum 20. Jahrestag des Brand-
anschlags in Solingen**2737

1 **Nordrhein-Westfalen erneut unsicherstes Flächenland in Deutschland**

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/29342738

Peter Biesenbach (CDU)2738
Thomas Stotko (SPD).....2739
Marc Lürbke (FDP)2741
Monika Düker (GRÜNE).....2743
Frank Herrmann (PIRATEN)2744
Minister Ralf Jäger2745
Daniel Sieveke (CDU)2747
Hans-Willi Körfges (SPD)2749
Dr. Robert Orth (FDP)2750
Matthi Bolte (GRÜNE)2751
Frank Herrmann (PIRATEN)2752
Peter Biesenbach (CDU)2753
Minister Ralf Jäger2754

2 **Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie unterlassen – Keine neuen Belastungen zulasten der Mitte unserer Gesellschaft**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2882

In Verbindung mit:

Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/28982754

Christian Lindner (FDP) 2755
Armin Laschet (CDU)..... 2756
Uli Hahnen (SPD)..... 2758
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 2761
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 2762
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans..... 2764
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 2767
Michael Hübner (SPD)..... 2769
Robert Stein (PIRATEN)..... 2770

Ergebnis siehe Abstimmung zu TOP 4

3 **Bund muss rasanten Anstieg von Mieten eindämmen**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2889 2770

Reiner Breuer (SPD) 2770
Daniela Schneckenburger (GRÜNE)..... 2771
Klaus Vossemer (CDU)..... 2772
Holger Ellerbrock (FDP)..... 2773
Oliver Bayer (PIRATEN) 2775
Minister Thomas Kutschatj 2775
Bernhard Schemmer (CDU) 2777

Ergebnis siehe Abstimmung zu TOP 4

4 **Wohnungsangebot sichern – Zweckentfremdung von Wohnungen verhindern**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2895 2778

Olaf Wegner (PIRATEN)..... 2778
Armin Jahl (SPD) 2778
Bernhard Schemmer (CDU) 2779
Daniela Schneckenburger (GRÜNE)..... 2780
Holger Ellerbrock (FDP)..... 2781
Minister Michael Groschek 2782

Ergebnis	2783
Ergebnis zu TOP 2.....	2784
Ergebnis zu TOP 3.....	2784

5 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2622	2784
Marcel Hafke (FDP)	2784
Annette Watermann-Krass (SPD)	2785
Bernhard Tenhumberg (CDU)	2786
Andrea Asch (GRÜNE)	2786
Daniel Döngel (PIRATEN)	2787
Ministerin Ute Schäfer	2788
Bernhard Tenhumberg (CDU)	2789
Ministerin Ute Schäfer	2789

Ergebnis	2790
----------------	------

6 Für echtes Netz: Netzneutralität dauerhaft gewährleisten und gesetzlich festschreiben!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2888

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2963

In Verbindung mit:

**Netzneutralität gesetzlich verankern,
Drosselung von Netzzugängen verhindern**

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/2892	2790
Alexander Vogt (SPD)	2790
Matthi Bolte (GRÜNE)	2791
Daniel Schwerdt (PIRATEN)	2792
Thorsten Schick (CDU)	2793
Thomas Nückel (FDP)	2795
Minister Garrelt Duin	2796

Ergebnis	2797
----------------	------

**7 Freihandelsabkommen EU – USA:
Audiovisuelle Dienste und Kultur vor
Handelsliberalisierung schützen! Bundesregierung ist in der Pflicht grundlegende Länderinteressen zu berücksichtigen!**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2887

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2986

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2980

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2988 2798

Alexander Vogt (SPD)	2798
Oliver Keymis (GRÜNE)	2798
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)	2800
Thomas Nückel (FDP)	2801
Daniel Schwerdt (PIRATEN)	2802
Minister Garrelt Duin	2803

Ergebnis.....	2804
---------------	------

**8 Keine europaweite Einführung von
Gigalibern „durch die Hintertür“ –
Folgenabschätzung für NRW dringend erforderlich!**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2896 2805

Nicolaus Kern (PIRATEN)	2805
Dirk Schlömer (SPD)	2806
Hubertus Fehring (CDU)	2806
Arndt Klocke (GRÜNE)	2808
Christof Rasche (FDP)	2809
Minister Michael Groschek	2811

Ergebnis.....	2812
---------------	------

9 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2722	
erste Lesung	2813
Minister Ralf Jäger	2813
Ergebnis	2813

10 Gesetz zur Änderung sparkassen- rechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2652	
erste Lesung	2813
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans	2813
Martin Börschel (SPD)	2815
Dr. Marcus Optendrenk (CDU)	2815
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	2817
Ralf Witzel (FDP)	2818
Dietmar Schulz (PIRATEN)	2820
Martin Börschel (SPD)	2820
Ergebnis	2822

11 Freie Lernmaterialien fördern!

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/1253	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule und Weiterbildung Drucksache 16/2910	2822

Hans Feuß (SPD)	2822
Dr. Anette Bunse (CDU)	2822
Ali Bas (GRÜNE)	2822
Ingola Schmitz (FDP)	2822
Monika Pieper (PIRATEN)	2823
Ministerin Sylvia Löhrmann	2823

Ergebnis	2823
----------------	------

Nächste Sitzung	2823
-----------------------	------

Entschuldigt waren:

Minister Michael Groschek (bis 13:00 Uhr)	
Minister Johannes Remmel	
Ministerin Barbara Steffens (bis 12:00 Uhr)	
Brigitte D'moch-Schweren (SPD)	
Gregor Golland (CDU)	
Ralf Nettelstroth (CDU) (ab 12:00 Uhr)	
Henning Rehbaum (CDU)	
Ina Scharrenbach (CDU) (ab Mittag)	
Horst Becker (GRÜNE)	
Jutta Velte (GRÜNE) (ab 17:00 Uhr)	
Dr. Ingo Wolf (FDP)	
Michele Marsching (PIRATEN)	

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 32. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt wie immer unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute dürfen wir jemandem zum **Geburtstag** gratulieren, nämlich dem Vizepräsidenten Herrn **Dr. Gerhard Papke** von der FDP. Herzlichen Glückwunsch, alle guten Wünsche und einen schönen Plenartag!

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **29. Mai 1993** gehört zweifellos zu den **dunkelsten Tagen in der Geschichte** unseres Bundeslandes **Nordrhein-Westfalen**. Am 29. Mai jährt sich der furchtbare Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen mit fünf toten Mädchen und Frauen zum 20. Mal.

Das ist Anlass für den Landtag von Nordrhein-Westfalen, in seiner letzten Plenarsitzung vor diesem erschütternden Datum der Opfer zu gedenken und der Familie Genç weiterhin zu signalisieren: Wir haben Sie nicht vergessen. Wir teilen Ihren Schmerz und Ihre Trauer, und wir wissen um unsere Verantwortung, die daraus erwächst.

Wohl wissend, dass durch das große öffentliche Interesse gerade die Zeit um den Jahrestag für die Familie Genç ein schwer zu ertragendes Wechselbad der Gefühle bedeutet und zu einer erheblichen seelischen Belastung beiträgt, habe ich bei der Familie angefragt, ob sie sich vorstellen könne, an diesem Gedenken teilzunehmen.

Die Antwort hat mich tief berührt. Sie lautete: „Ja, wir kommen gerne.“ – Deshalb bin ich sehr dankbar, Frau Mevlüde und Herrn Durmus Genç auf der Besuchertribüne begrüßen zu können. Seien Sie uns aus tiefstem Herzen willkommen!

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich den Generalkonsul des Türkischen Generalkonsulats Düsseldorf, Herrn Firat Sunel, der das Ehepaar Genç begleitet. Herzlich willkommen, Herr Sunel!

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Brandanschlag von Solingen hat vor 20 Jahren großes Entsetzen und tiefe Ratlosigkeit ausgelöst. Warum Solingen? Warum

das Haus dieser Familie? Warum nur? So lauteten die hilflosen Fragen. Doch wir wissen auch: Solingen war kein Einzelfall. Die Ausschreitungen von Hoyerswerda 1991 bildeten den Auftakt zu einer Serie brutalster ausländerfeindlicher Ausschreitungen zu Anfang der 90er-Jahre in Deutschland. Es folgten 1992 die Brandanschläge von Rostock-Lichtenhagen und von Mölln.

Die extreme Rechte, die immer selbstbewusster und ungehemmter agierte, hat die Täter damals zu den Anschlägen geradezu animiert. Und schließlich hat sie selbst ein eigenes Terrorkommando aufgebaut, wie wir heute wissen.

Die Bestrafung der Mörder konnte der Familie Genç ihre fünf Töchter und Enkelinnen nicht zurückgeben. Umso bewundernswerter und dankenswerter war und ist die Haltung von Frau Mevlüde Genç, die mit ihrem Mann diesen Schicksalsschlag mit unerschütterlicher Festigkeit im Glauben ertragen und getragen hat.

„Die Menschen müssen sich lieben und zusammenleben. Wir sind doch alle vom gleichen Gott geschaffen.“ – So Frau Genç. Und sie fügt hinzu: „Wir vertrauen unserem Staat.“ „Unserem Staat“ – diese Worte hat 1993 Frau Genç gesprochen und in der vorletzten Woche in einem Interview noch einmal wiederholt.

Ich gebe zu – ich hatte eben eine erste persönliche Begegnungsmöglichkeit –: Mich bewegen diese großherzigen Worte zutiefst. Sie werden von Familie Genç gelebt, sehr authentisch und sehr glaubwürdig. Vielen Dank dafür. Vielen Dank für diese Gnade, die Sie uns zuteilwerden lassen!

(Allgemeiner Beifall)

Johannes Rau, der unmittelbar am Morgen nach der Brandnacht am Ort des Anschlags war, hat bei der Trauerfeier wenige Tage später gesagt:

„Wir müssen aufpassen, ... dass diese schreckliche Tat jetzt nicht das Gegeneinander von Gewalt und Gegengewalt auslöst. ...“

Solingen, das Geschehen vom 29. Mai, hat das Leben von fünf Menschen ausgelöscht und das Leben vieler Menschen schrecklich verändert: Solingen kann uns die Chance geben, umzudenken, weg vom Hass zum Miteinander zwischen den Menschen und den Völkern. Das ist das positive Signal nach der schrecklichen Tat.“

Der Brandanschlag von Solingen hat in der Tat eine Welle der Solidarität ausgelöst – in Solingen selbst, aber auch im gesamten Land. Unser Parlament hat seitdem im Bereich der Migrationspolitik stets in großer Einmütigkeit gehandelt. Das hat mit dazu geführt, dass rechtsradikale Parteien bisher in unserem Land keine Chance bei Landtagswahlen hatten. Behalten wir diese Einmütigkeit bei, weichen wir nicht davon ab!

Unsere deutsche Geschichte verlangt von uns, die Erinnerung und das Wissen für alle Zukunft wachzuhalten – auch und gerade in einer Zeit, in der uns der soeben begonnene NSU-Prozess ganz unübersehbar erleben lässt, wie fruchtbar der Schoß noch sein kann.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend Bekir Genç zu Wort kommen lassen, damals 15 Jahre alt, der mit schwersten Verbrennungen den Brandanschlag überlebte. Er hat sich nach dem Gerichtsurteil an die türkischen und deutschen Jugendlichen gewandt. Er hat gesagt:

„Wir Jugendlichen, egal, ob wir Deutsche oder Türken sind, egal, welche Hautfarbe wir haben oder aus welchem Land wir kommen, haben gemeinsame Interessen. ...

Wir müssen uns gemeinsam für Verbesserungen einsetzen. Hass spaltet nur und führt im schlimmsten Fall zu solchen schrecklichen und sinnlosen Taten. ... So etwas sollte sich nie mehr wiederholen.“

Tragen wir alle mit unseren Möglichkeiten dazu bei, dass in unserem Land jede und jeder leben kann – ohne Angst, verschieden zu sein.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der Übergang etwas schwierig ist, treten wir jetzt in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Nordrhein-Westfalen erneut unsicherstes Flächenland in Deutschland

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2934

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 13. Mai dieses Jahres gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion Herrn Kollegen Biesenbach das Wort.

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In den letzten Wochen konnte sich ein Minister dieser Landesregierung in der Sonne vieler positiver Pressekommentare wohlfühlen. Das war der Innenminister Ralf Jäger, medienwirksam als unerschrockener Kämpfer gegen Extremisten und Kriminelle aller Art.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Nach Blitzmarathons mit Tausenden Beamten ließ er als weitere Beispiele Hundertschaften der Polizei gegen Rocker oder vor laufender Kamera zu vermeintlichen Razzien gegen Einbrecherbanden aufmarschieren, während Polizeihubschrauber am Himmel kreisten.

Wer diesen in allen Medien omnipotent präsenten Innenminister hörte, konnte den Eindruck gewinnen, Nordrhein-Westfalen sei ein Musterland bei der Bekämpfung der Kriminalität. So wirkte er auch gestern Abend bei den Debatten, insbesondere als er sich mit dem Kollegen Lohn so massiv auseinandersetzte.

Herr Minister, Sie konnten vor Kraft kaum laufen, und Sie erinnerten mich dann an Komikfiguren meiner Jugendzeit. Ich habe mich gefragt: Ist er jetzt mehr Tarzan oder er ist er gerade mehr Popeye, der zu viel Spinat gegessen hat.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Aber tatsächlich traf Sie gestern Mittag wieder die Wirklichkeit. Denn da wurde aus dem unermüdlichen Kämpfer für Recht und Ordnung wieder der Architekt Potemkinscher Dörfer.

(Beifall von der CDU)

Die nüchternen Zahlen der aktuellen Kriminalstatistik des von Ihnen so ungeliebten Bundesinnenministers entlarven Ihre Aktionen als des Kaisers neue Kleider, nämlich als Aktionen, die rein der Imagebildung für Herrn Jäger dienen.

Tatsächlich und leider ist NRW in Deutschland weiterhin das Flächenland mit der höchsten Kriminalitätsrate. Über 1,5 Millionen Straftaten verzeichnet die Statistik für 2012 – eine Zahl, die es übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in Nordrhein-Westfalen zuletzt gab, als der jetzige SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück als Ministerpräsident in unserem Land abgewählt wurde.

In Nordrhein-Westfalen entfielen 2012 auf 100.000 Einwohner 8.510 Straftaten, während es beispielsweise im traditionell sichersten Land Bayern lediglich 4.977 Straftaten sind. Bei uns werden aber nicht nur die meisten Straftaten in einem Flächenland verübt. Köln und Düsseldorf zählen auch zu den Kriminalitätshochburgen. Bei uns verfestigt sich außerdem der Trend beim Anstieg der Kriminalität. 2011 war der Anstieg der Kriminalität hier in Nordrhein-Westfalen fast fünf Mal so hoch wie im Bundesdurchschnitt, und in 2012 war er fünf Mal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Leider werden bei uns gemeinsam mit Schleswig-Holstein auch die wenigsten Straftaten aufgeklärt. Mit 49,1 % wird unter Ihnen, Herr Minister, nicht einmal jede zweite Straftat aufgeklärt.

Konjunktur hat vor allem der Wohnungseinbruch. Auch bei der Zahl der Wohnungseinbrüche ist Nord-

rhein-Westfalen Spitzenreiter. Mit mehr als 54.000 haben wir das höchste Fallaufkommen seit 1995. Mit den veröffentlichten Zahlen des Bundesinnenministers verzeichnet die Polizei seit 2008 ein Drittel mehr ausgeräumte Häuser und Wohnungen als bis dahin.

„Nordrhein-Westfalen eine Oase für Kriminelle“, titelte „Die Welt“ bereits im Januar 2012. Denn das Risiko der Täter ist bei uns in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen gering. Die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen beispielsweise beträgt landesweit 13,8 % und, man höre und staune, in Köln 6,3 %. Die Polizei ermittelt landesweit also nur bei jedem siebten bis achten Wohnungseinbruch einen Tatverdächtigen, in Köln sogar nur bei jedem 16. Wohnungseinbruch. Das ist Ihr Verdienst.

Tatsächlich verurteilt wird wegen Einbruchs aber auch davon nur ein Bruchteil. Nur in zwei von hundert angezeigten Fällen steht nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ am Ende des Verfahrens ein Urteilsspruch.

Fazit: Einbrechen ist in Nordrhein-Westfalen ein weitgehend risikoloses Geschäft.

Den Ursachen geht das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen nach. Auf das Ergebnis dürfen wir sehr gespannt sein. Aber erste Ergebnisse gibt es. Erste Ergebnisse hören wir von den Staatsanwälten. Die Staatsanwälte sehen die Ursache vor allem in zwei Gründen: einmal bei den Tätern, die immer geschickter vorgehen, und zum anderen bei Mängeln in der Polizeiarbeit.

Nach Einschätzung des Vizevorsitzenden des Bundes der Richter und Staatsanwälte wird schlechter ermittelt als früher. Die Akten werden bei häufigen Delikten wie Einbrüchen nicht mehr so gut bearbeitet wie in den 90er-Jahren. Wir müssen die Polizei immer wieder zu Nachermittlungen veranlassen, sagt Hartmann.

Ich kann leider aus Zeitgründen nicht auf die vielen Möglichkeiten eingehen. Ich will nur sagen, wo die Ursache dafür liegt. Denn diese Ursache ist der eigentliche Skandal.

In Nordrhein-Westfalen gibt es etwa 8.300 Beamtinnen und Beamte in der Kriminalpolizei. Der Anteil der Kriminalpolizei an der Gesamtpolizei liegt seit 1992 unverändert bei ca. 22 %. Das ist der Skandal. Denn in dieser Zeit sind die Straftaten um 220.000 Fälle angestiegen.

Die Kripo hat zur Aufklärung eines Falles von Wohnungseinbruch 60 Minuten, in denen bereits sieben bis acht neue Wohnungseinbrüche begangen werden. Das liegt an den Rahmenbedingungen der kriminalistischen Arbeit: Hetze durch den Alltag. Wer 100 bis 120 Vorgänge permanent auf dem Tisch hat, wer zu allen Sonderaktionen gerufen wird, der kann sich nicht mehr im Einzelnen wirklich

um die Fälle kümmern. Die Ermittlungsruhe ist weggekommen.

Sie, Herr Minister, bekommen zwar 5.000 Beamtinnen und Beamte für Ihre „Blitze“ auf die Straße, aber Sie schaffen es nicht, mehr Kräfte für die Kriminalitätssachbearbeitung zu organisieren.

(Beifall von der CDU)

Wie „Spiegel online“ am 10. Januar 2013 berichtete, soll eine von Ihnen eingesetzte Arbeitsgruppe „Bekämpfung mobiler Intensivtäter Eigentum“ erhebliche Defizite bei der polizeilichen Ermittlungsarbeit aufgedeckt haben. Danach werden Datenbanken schlecht gepflegt, Kriminalakten vernachlässigt, erkennungsdienstliche Instrumente nicht aktualisiert. Es fehlt die Abstimmung zwischen den Polizeibehörden, und es wird nicht überregional ermittelt. Wir brauchen aber mehr länderübergreifende Ermittlungen. Wir brauchen auch in Nordrhein-Westfalen eine Sachfahndung, und wir benötigen in Nordrhein-Westfalen viel stärker eine täterorientierte Ermittlungsarbeit bei Serientätern.

Das alles, Herr Minister, sind Fehler der politisch Verantwortlichen. Vor der Arbeit der einzelnen Beamten haben wir hohen Respekt. Millionen Überstunden machen das deutlich. Aber es fehlt an den Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Arbeit. Dafür, Herr Minister, sind Sie verantwortlich.

(Beifall von der CDU)

Solange Sie Ihre Hausaufgaben nur mangelhaft erledigen, solange wird Nordrhein-Westfalen die rote Laterne bei der Kriminalitätsbekämpfung behalten. Das, Herr Minister, ist Ihr Verdienst. Das Versagen ist Ihr Versagen. Daran sollten Sie schleunigst etwas ändern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Biesenbach, die Frage der Bewertung von Komikfiguren will ich hier weglassen. Ihr Auftritt hat mich eher an SpongeBob erinnert als an Popeye, will ich Ihnen einmal ganz deutlich sagen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mir würden auch andere Figuren einfallen, die ich aber jetzt besser weglasse.

Manches ist Ihnen aber einfach nicht peinlich genug. Das will ich einmal ganz deutlich sagen. Bereits gestern hat Ihnen der Kollege Körfges gesagt, dass Ihr Antrag zu den V-Leuten ein bisschen spät kommt, um es einmal nett zu formulieren. Wenn

man zwei Jahre zu spät ist und dazu dann auch noch spricht, dann ist das eben so.

Gleiches gilt für die Aktuelle Stunde, die Sie heute beantragt haben. Da hat Ihnen vor ein paar Tagen Ihr Kollege Friedrich im Bund gesagt: Macht mal eine Aktuelle Stunde. Ich habe eine Statistik, da kommt heraus, in NRW sieht es ganz schlecht aus! – Und da greifen Sie wie ein Ertrinkender nach diesem Strohalm, beantragen vor drei Tagen diese Aktuelle Stunde. Gestern ist diese Statistik veröffentlicht worden. Jetzt wollen wir einmal ehrlich sein: Ein Rohrkrepierer – nichts anderes ist aus dem geworden, was Sie heute vorgehabt haben.

(Beifall von der SPD)

Denn was ist herausgekommen? Herausgekommen ist: Frankfurt und der Vatikanstaat sind die Horte des Verbrechens.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Jetzt werden diejenigen, die hier sitzen und sich nicht viel mit Innenpolitik beschäftigen, fragen: Was sagt der Stotko da, wieso denn der Vatikanstaat? Sie werden denken, das gibt es doch gar nicht. Doch! Nach der Statistik von Herrn Friedrich kommen auf jeden Düsseldorfer und Kölner 0,15 Straftaten, aber auf jeden Einwohner im Vatikanstaat 2, also 13 Mal so viele Straftaten als in Köln und in Düsseldorf. Gut, dass dafür kein deutscher Papst mehr verantwortlich ist!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Spaß beiseite! Die knapp 900 Verfahren im Vatikanstaat entfallen auf 490 Einwohner. Aber zu 99 % werden diese Straftaten nicht von den Einwohnern des Vatikanstaats begangen. Warum erkläre ich das? Weil das natürlich auch unter anderem für Köln und für Düsseldorf gilt. Millionen von Pendlern, an denen und von denen Straftaten begangen werden, jede illegale Krokodilbrieftasche, jedes Passvergehen und – mit Verlaub – jedes unerlaubte Einführen eines Affen durch Justin Bieber – das sind alles Straftaten, die man in ein anderes Verhältnis setzen müsste. Das interessiert Herrn Friedrich aber für keine fünf Cent.

Das machen übrigens die Baden-Württemberger besser. Die Baden-Württemberger – ich bin ja wirklich erstaunt und rege an, dass wir darüber einmal nachdenken – haben in ihrer Kriminalstatistik ein paar Seiten zum Thema „Import von Straftätern“. Über das Wort „Import“ kann man meiner Meinung nach reden. Aber wenn Sie die Statistik in Baden-Württemberg sehen – im Übrigen geprägt noch von der früheren CDU-Führung –, dann können Sie ablesen, dass in den Großstädten in Baden-Württemberg über 40 % der Straftaten von Tätern begangen werden, die nicht aus der Stadt oder dem Landkreis stammen, und im Übrigen nur 10 % von solchen Tätern in den ländlichen Gemeinden. Viel-

leicht sollten wir diese Importdaten einmal auf Köln und Düsseldorf anwenden. Das wäre, glaube ich, besser.

Herr Dr. Orth, beim Thema Düsseldorf bin ich erstaunt, dass Sie heute nicht reden. Ich hoffe, Sie kommen in der zweiten Runde noch nach; dann bin ich beruhigt. Denn Sie werden uns als Düsseldorfer Abgeordneter vielleicht erklären können, dass die Statistik völlig richtig ist, dass Sie in Düsseldorf versagen und dass es in Düsseldorf so schlecht ist, wie es bei Herrn Friedrich steht, oder Sie erklären uns, dass man das für Düsseldorf etwas anders sehen muss. Ich bin sehr gespannt.

Das gilt im Übrigen auch für den Kollegen Möbius – ich sehe ihn gerade nicht –, der in Köln wie wild wettert, in Köln müsse mehr geschehen. Als die Daten für Köln in der Zeit von 2005 bis 2009 veröffentlicht wurden – der Oberbürgermeister kam von der CDU –, hat Herr Möbius immer gesagt: Ja, so könne man das nicht sehen; das könne man nicht vergleichen. – Also, der Peinlichkeit genug. Das geht so nicht.

Ich lege gerne noch einen Punkt obendrauf: Münster. Münster hat einen besonderen Kriminalitätsschwerpunkt – ooooh! – weit über alle anderen Städte hinaus. Sie ist jetzt nicht anwesend, aber, Kollegin Schulze und lieber Thomas Marquardt, keine Angst, es ist nicht Schlimmes. Münster ist der Spitzenreiter bei Fahrraddiebstählen. Wen wundert es bei der Menge an Fahrrädern? Daran sieht man schon, was man mit dieser Statistik anfangen kann.

Alle Statistiken, insbesondere die von Herrn Friedrich, haben noch weitere Mängel. Die Statistik von Herrn Friedrich wird nicht der Tatsache gerecht, dass viele Leute immer viele Tatgelegenheiten und auch viele Täter und Opfer bedeuten. Sie wird nicht der Tatsache gerecht, dass es Internetstraftaten gibt, die bundesweit begangen werden, die aber von allen Geschädigten an einer Stelle in der Bundesrepublik angezeigt werden. Sie wird übrigens auch nicht der Tatsache gerecht, dass Polizeibehörden sehr unterschiedlich arbeiten. Dort, wo sehr aggressiv ermittelt wird – derjenige, der viel sucht, findet auch viel –, da ist bei gleicher Kriminalität die Statistik höher als bei anderen.

Diese Äpfel-und-Birnen-Theorie dieser Friedrich-Statistik wird noch klarer, wenn wir sie einmal auf NRW anwenden, Herr Kollege Biesenbach. Ich fände es spannend, wenn Sie es so nehmen würden, wie Herr Friedrich es für den Bund sagt. Nach der Friedrich-Statistik sind in Nordrhein-Westfalen die Kreise Herford und Siegen-Wittgenstein top und Köln und Düsseldorf, wie wir gerade gehört haben, Flop. Jetzt müssen Sie aber wissen, dass in Düsseldorf und in Köln auf 250 Einwohner ein Polizeibeamter kommt, in diesen beiden Top-Kreisen aber nur auf 700 Bürger. Im Umkehrschluss bedeutet das: Je weniger Polizei, desto sicherer lebt man in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Also, Herr Biesenbach, wenn es nach Ihnen geht, müssen wir in Köln und in Düsseldorf Polizisten abziehen. Das können Sie nicht ernsthaft verlangen.

Als Letztes – Kollege Marc Herter sitzt da nicht, aber zumindest Hans-Willi Körfges –: Mönchengladbach und Hamm sind die sichersten Städte in der Bundesrepublik Deutschland. Das liegt daran, dass die beiden dort Abgeordnete sind. Oder woran soll das, bitte schön, liegen?

(Beifall von der SPD)

Lieber Hans-Willi, nimm es mir nicht übel: Es hat weder etwas mit dem Abgeordneten zu tun noch mit der Frage, wer Polizeipräsident ist,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Er ist von der FDP!)

und, Herr Innenminister, auch nicht mit der Frage, welche Partei den Innenminister stellt.

Fest steht: Diese Statistik, um die es geht, ist in den letzten 25 Stunden so zerrissen worden, wie ich es selten in der Bundesrepublik erlebt habe. Das muss hier einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit dieser Einschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir nicht alleine. Jetzt will ich gar nicht die CDU aus Frankfurt oder andere zitieren, auch nicht den Düsseldorfer Oberbürgermeister. Ich berufe mich auf drei Institutionen, die mit uns, mit der Politik, erst einmal wenig zu tun haben, nämlich das Max-Planck-Institut in Berlin, die renommierte Statistik-Fakultät der TU Dortmund und das RWI, also unser Institut hier vor Ort. Denn die haben diese Statistik von Herrn Friedrich gemeinsam zur „Unstatistik des Monats“ erklärt. Das hätte mir einfallen sollen – ich gebe es zu. Ich kann ihnen dazu nur gratulieren. Den Preis hat man verdient.

Es wäre mehr drin gewesen. Schade, dass Sie daraus nicht mehr gemacht haben. Es wird Zeit, dass diese unsägliche Diskussion beendet wird. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lürbke.

Marc Lürbke⁹⁾ (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, Sie stehen als Innenminister vor einem innenpolitischen Scherbenhaufen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Lachen und Zurufe von der SPD)

Hohe Kriminalität in Nordrhein-Westfalen! Die neue polizeiliche Kriminalstatistik, Bund, sagt: Nordrhein-Westfalen ist erneut das Flächenland mit der meisten Kriminalität, hohen Fallzahlen, niedrigen Aufklärungsquoten, dazu keine

(Zurufe von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

überzeugenden Konzepte oder Visionen, wie Sie die Lage verbessern wollen. Diejenigen, die die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen bekämpfen sollen – unsere Polizeibeamten, Staatsanwälte und Richter –, stehen in diesen Tagen draußen vor dem Landtag, sind stinksauer und fühlen sich von Ihnen betrogen. Sie sind als Innenminister neben dem Finanzminister auch für Besoldung mitverantwortlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vor der Wahl wurde viel versprochen, nach der Wahl alles gebrochen. Das sagen jetzt die Polizeibeamten, Staatsanwälte und Richter. Nichts ist mit den Gewerkschaften der Polizei, der Richter oder der Staatsanwälte besprochen worden. Man hat sie vor vollendete Tatsachen gestellt. Polizeibeamte kofinanzieren nun Ihre teuren Wahlgeschenke, müssen jungen Juristen das Studium zahlen. Das ist doch die derzeitige Situation in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Aber zurück zur polizeilichen Kriminalstatistik: Danach verzeichnet Baden-Württemberg eine landesweite Aufklärungsquote von 57,7 %, Bayern von 63,2 %, Niedersachsen von 61 %, Hessen von 58 % usw. Alle Nachbarn sind besser als wir mit 49,1 %. Mit anderen Worten. 773.000 der 1,5 Millionen Straftaten in Nordrhein-Westfalen bleiben unaufgeklärt. Das heißt, für mehr als die Hälfte aller Straftaten in NRW kann seitens der Polizei nicht einmal ein Tatverdächtiger ermittelt werden.

Zur Statistik und zu Ihnen, Herr Stotko: Es ist doch klar, viele der Städte mit über 200.000 Einwohnern und hohen Häufigkeitszahlen, also Taten pro Bevölkerung, liegen in Nordrhein-Westfalen. Ich gebe Ihnen recht, über die Aussagekraft und die richtige Auslegung der PKS kann man trefflich streiten. Das ist in den Medien auch schon erfolgt. Weil die Straftaten an der Einwohnerzahl und nicht an der Zahl der Menschen, die sich tatsächlich in der Stadt bewegen, gemessen werden, ergebe dies ein völlig unrealistisches Bild. Das haben Sie uns gerade dargestellt, Herr Stotko.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] – Hans-Willi Körfges [SPD]: Gut! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ja, ich spreche im Konjunktiv. – Auch Sie, Minister Jäger, haben sich gestern laut dpa-Meldung gegen den Ländervergleich gewehrt, weil er die völlig unterschiedliche Siedlungsstruktur außen vor lasse, die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen

lebe in großstädtischen Ballungszentren, wo die soziale Kontrolle geringer und die Tatgelegenheiten häufiger seien als auf dem Land. Wie sagten Sie gestern noch? Man vergleiche Äpfel mit U-Booten.

Aber ich frage mich dann schon, warum die PKS in Nordrhein-Westfalen, also Ihre eigene Statistik, Herr Jäger, ebenfalls Häufigkeitszahlen für die 47 Kreispolizeibehörden veröffentlicht bzw. das Innenministerium auf Kleine Anfragen herausgibt. Der bundesweite Ländervergleich basiert doch auch auf Häufigkeitszahlen.

Herr Minister und sehr geehrter Herr Kollege Stotko, Sie müssen sich schon entscheiden, was man denn vergleichen darf. Bitte wehren Sie sich nicht mit vollem Einsatz gegen Ihnen vielleicht unangenehme Statistiken, sondern wehren Sie sich stattdessen lieber gegen die Kriminalität in diesem Land!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Machen wir es konkret am Beispiel Einbruch fest! Wir haben schon einen umfassenden Antrag hierzu eingebracht. Festzustellen ist in Nordrhein-Westfalen eine erschreckend niedrige Aufklärungsquote von nur 13,8 % bei Wohnungseinbrüchen, wobei einzelne örtliche Kreispolizeibehörden teilweise noch deutlich darunter liegen. Köln liegt bei etwa 6,29 %, der Kreis Düren bei nur 7,89 %. Die Millionenstadt Köln und der Kreis Düren sind also bei der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen gleich schlecht, obwohl laut Minister Jäger die soziale Kontrolle auf dem Land höher sein sollte.

Natürlich kann man auch große Städte wie Köln oder Düsseldorf anhand von Häufigkeitszahlen grob mit München und Frankfurt vergleichen, gerade weil beim Wohnungseinbruch die Opfer – das ist der Unterschied zum Vatikan, Herr Stotko – in der Regel keine Pendler, Messebesucher oder Touristen sind, sondern in der Stadt wohnen. Wenn man sich die Zahlen anschaut, ist der Vergleich absolut ernüchternd. In München beträgt die Aufklärungsquote ganze 23,3 %, in Köln, wie gesagt, 6,29 %. Das heißt fast 94 % der Wohnungseinbrecher müssen sich offenbar in Köln überhaupt keine Sorgen machen. Noch schlimmer, wenn nicht aufgeklärt wird, kann auch nicht angeklagt werden.

Zudem ist völlig unbefriedigend, dass bislang ein Vergleich mit der Strafverfolgungsstatistik nicht erreicht wird. Denn niemand weiß heute sicher, wie viele der im Jahr 2012 ermittelten Tatverdächtigen tatsächlich bestraft wurden, geschweige denn, wie.

Wie man die Statistik auch lesen mag, fest steht: Auf den innenpolitischen Dauerbaustellen herrscht seitens der Landesregierung Stillstand. Während sich die Beamten vor Ort mühen – das möchte ich ausdrücklich betonen –, verwehrt ihnen die Landesregierung die notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreichere Arbeit. Zweimal im Jahr kommt der Minister mit einem Großaufgebot im Medienscheinwerferlicht vorbei und baggert ein bisschen

für einen Tag in der Baustelle herum, sei es beim Blitzmarathon oder bei einer Einbrechergroßaktion. Das nützt den Beamten vor Ort genauso viel wie die Tatkrafttour der Ministerpräsidentin den besuchten Unternehmen. Man zeigt kurz Interesse, erscheint in dem Medien, und letztlich bleibt vor Ort alles beim Alten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das zeigt Hilflosigkeit, Resignation in der Landesregierung bei vielen Konzepten, vielen Visionen und engagiert angegangenen Zielen. Stattdessen gibt es etliche Baustellen. Gehen Sie es an!

Nur einige Beispiele:

Zur Einbruchskriminalität haben wir zum Beispiel mit unserem Antrag und dem Sofortprogramm „Beute zurück“ einen klaren Vorschlag gemacht.

Auch zum Themenfeld „Gewalt im Umfeld von Fußball“ hat die FDP einen Antrag vorgelegt. Der Innenminister zeigt auf die Fußballverbände und lässt seine Polizeibeamten gegenüber den Gewalttätern allein im Regen stehen. Wozu das führt, konnten wir am Wochenende in der Düsseldorfer Altstadt sehen, als 300 Nürnberger Chaoten gezielt und aggressiv Polizeibeamte angriffen. Es erfolgt immer wieder dieselbe Reaktion von Minister Jäger: Er zeigt sich darüber empört, bleibt aber tatenlos.

Ein anderes sensibles Thema ist Vergewaltigung und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung. Entgegen einem bundesweit überschaubaren Anstieg hat NRW einen Anstieg von besorgniserregenden 17,1 % zu verzeichnen, ein Plus von 330 Fällen. Was unternehmen Sie hier als Reaktion auf die massiv gestiegenen Fallzahlen?

Oder zur Jugendgewalt: Was ist der aktuelle Sachstand beim Projekt „Kurve kriegen“? Warum läuft die Umsetzung der Handlungsempfehlung der Enquete Prävention so schleppend, etwa beim Ausbau der Häuser des Jugendrechts und bei weiteren Projekten?

(Thomas Stotko [SPD]: Weil Sie dem Haushalt nicht zugestimmt haben!)

Ein weiterer Punkt ist die Computer- und Internetkriminalität. Auch hier haben wir mit einer Steigerungsrate von 13,2 % deutlichen Handlungsbedarf. Wie will ein Innenminister des bevölkerungsreichsten Bundeslands glaubwürdig gegen steigende Internet- und Computerkriminalität vorgehen, wenn die Polizei auf ihrer Internetseite nicht einmal ein zentrales Fahndungsportal vorhält oder moderne Fahndungsmöglichkeiten im Internet und darüber im Netz kaum genutzt werden?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es geht darum, NRW tatsächlich und nicht nur auf dem Papier sicherer zu machen. Dafür brauchen wir gute Rahmenbedingungen und ausreichend motivierte Beschäftigte und endlich eine Landesregie-

rung die überzeugende innenpolitische Konzepte und Visionen präsentiert und umsetzt. Denn wenn Sie so weitermachen wie jetzt, wird NRW in Sachen Kriminalitätsbekämpfung bald völlig den Anschluss an vergleichbare Länder verlieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Präsident! Am 12. Mai titelte die Online-Ausgabe der „Welt“ im Vorgriff auf die Veröffentlichung der PKS von Bundesinnenminister Friedrich am 15. Mai: Frankfurt/Main deutsche Hauptstadt des Verbrechens. Denn bei der oft zitierten sogenannten Häufigkeitszahl – Straftaten pro 100.000 Einwohner – rangiert Frankfurt mit 16.310 Straftaten an erster Stelle, Düsseldorf steht mit 14.966 an zweiter Stelle, und Köln zählt 14.590 Straftaten.

Die PKS und diese Aussage wurden daraufhin zur sogenannten Unstatistik des Monats gekürt, einer Aktion von Wissenschaftlern, die damit dazu beitragen wollen, dass Daten und Fakten korrekt interpretiert werden. Mit der Berechnung der Straftaten auf 100.000 Einwohner – im Übrigen nicht der Verbrechen, Herr Biesenbach, wie Sie mit Ihrer Aktuellen Stunde behaupten, etwas mehr Genauigkeit wäre da sicher hilfreich – werden völlig verzerrte Bilder der wirklichen Kriminalitätsbelastung gezeichnet, weil nur die Einwohner, nicht aber die Menschen berechnet werden, die sich tagtäglich in der Stadt aufhalten.

Beispiel Frankfurt: 150.000 Fluggäste täglich. Und der Flughafen gehört zum Stadtgebiet, anders als in München, wo es auch einen Flughafen mit vielen Fluggästen gibt, aber der Flughafen München gehört nicht zum Stadtgebiet und wird deshalb nicht mit in die Kriminalitätsstatistik einberechnet.

Beispiel Debitkartenbetrug: Debitkartenbetrug wird nicht an dem Ort, wo der Betrug begangen wurde, registriert, sondern am Standort des Kreditunternehmens. Vielleicht ist es in der CDU und FDP schon angekommen: Frankfurt hat die eine oder andere Bank bzw. das eine oder andere Kreditinstitut.

Auch meine Heimatstadt Düsseldorf wird wieder als Hort des Verbrechens bezeichnet. Auch hier zur Sachlage: Wir haben in Düsseldorf 1,4 Millionen Messegäste jährlich, 300.000 Pendler und Pendlerinnen täglich. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten pendelt täglich in die Stadt Düsseldorf. Wir hatten 2012 über 20 Millionen Fluggäste, also fast 60.000 Fluggäste täglich. Wenn die Straftaten nun auf all diese Menschen bezogen berechnet würden und

man ein anderes System nähme, würde sich die Lage völlig anders darstellen. Unter Umständen wäre München immer noch – man muss es sportlich nehmen – im oberen Bereich, aber Düsseldorf würde nicht mehr auf Rang 2, sondern im guten Mittelfeld rangieren.

Auf NRW bezogen dasselbe: Auf 100.000 Einwohner gibt es 8.510 Straftaten. Traditionell und auch nachvollziehbarerweise liegt NRW oben auf der Skala. Auch hier ist der Bund-Länder-Vergleich komplett statistischer Unsinn, da es nirgendwo sonst in Deutschland so viele Großstädte, so viele Ballungsräume mit komplett anderen Deliktsstrukturen als in ländlichen Räumen gibt.

Stichwort „Ländliche Räume“: Schauen wir uns die einmal an. Nehmen wir einmal den Kreis Lippe. Im Kreis Lippe werden pro 100.000 Einwohner 4.524 Straftaten begangen. Jetzt machen wir einen Vergleich mit Bayern, aber den richtigen Vergleich, Herr Biesenbach: Das Polizeipräsidium Oberbayern Süd hat auf 100.000 Einwohner 4.518 Straftaten registriert. Ich sage mal: Die Lipperinnen und Lipper leben genauso sicher wie die in Oberbayern. Das ist auch richtig so, denn nur so kann man die Dinge miteinander vergleichen. Diese Vergleiche brauchen wir auch nicht zu scheuen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Denselben Äpfel-mit-Birnen-Vergleich gibt es bei der Aufklärungsquote. Die These – hier mehrfach skandalisiert vorgetragen – lautet: Das stagniert auf einem ganz niedrigen Niveau bei derzeit 49,1 %. Stimmt, das ist nicht sehr hoch! Aber Sie konstruieren hier einen Skandal, weil Thüringen doch tatsächlich eine Aufklärungsquote von 64,3 % hat. Angesichts dessen wäre das eine Katastrophe. Wenn Sie redlich wären – Konjunktiv! –, würden Sie nicht Bundesländer mit komplett unterschiedlichen Siedlungs- und Bevölkerungsstrukturen und damit anderen Deliktsstrukturen und anderen Aufklärungsmöglichkeiten vergleichen. Nehmen wir doch einmal Ihre eigene Regierungszeit von 2005 bis 2010. Wir vergleichen einmal NRW mit NRW, NRW Schwarz-Gelb mit NRW Rot-Grün. 2007 betrug die Aufklärungsquote 29,2 %. Tatsächlich war sie 0,1 % höher. „Wow!“, kann ich da nur sagen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Und 2008 war sie 0,2 % höher. Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das macht doch alles keinen Sinn! Ich werfe Ihnen ja auch nicht vor, dass, als Ihre Zahlen bei der Aufklärungsquote niedrig waren, Sie eine schlechte Sicherheitspolitik betrieben haben. Sie sollten wirklich mit den unwürdigen Statistiktricks und mit dem Klamauk aufhören. Wie schlimm muss es eigentlich um die einstige sogenannte Partei der inneren Sicherheit bestellt sein,

Herr Biesenbach, wenn Sie zu Ihrer eigenen Profilierung auf so billige Tricks aus der Mottenkiste zurückgreifen müssen? Platter geht es nicht!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn – auch hier wieder der Konjunktiv –, ja wenn Sie ein ernsthaftes Interesse daran hätten, über Sicherheit zu reden, dann würden Sie erstens andere Diskussionsgrundlagen wählen, nämlich die Dinge, die man miteinander vergleichen kann, und zweitens würden Sie sich mit konstruktiven Vorschlägen den Problemen widmen, die wir in der Tat haben und vor denen man sich auch nicht wegducken darf. Diese Probleme sind ja auch benannt worden.

Ich möchte es noch einmal betonen: In der Tat haben wir bei den Wohnungseinbrüchen eine bundesweit zunehmende Quote. Bundesweit, Herr Biesenbach, Herr Sieveke! Bundesweit steigt diese Quote um 8,7 %, in NRW um 7,5 %. Das ist ein besorgniserregender Trend, dem wir uns widmen müssen.

Auch die Quote im Bereich der Computerkriminalität ist sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene gestiegen. Hier besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Ich stimme ihm nicht so oft zu, aber Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, sagt zu Recht: Das gehört in die Innenministerkonferenz, und zwar oben auf die Agenda. – Im Februar hat die Innenministerkonferenz, wie ich finde richtigerweise, beschlossen, zu dem Thema ein bundesweites Lagebild zu erstellen. Denn hier macht es keinen Sinn, wenn jede Kreispolizeibehörde vor sich hin wurschtelt, sondern hier müssen wir gucken: Wie sind die Reisewege angesichts der offenen Grenzen, weshalb es viele Wohnungseinbruchsbanden gibt? Wie sind die Spuren? Wie sind die Tatbegehungsweisen miteinander zu vergleichen? Hier muss koordiniert länderübergreifend vorgegangen werden, da es oftmals nicht um Einzeltäter, sondern um organisierte Banden geht.

Letztes Beispiel, Computerkriminalität: Auch hier sehe ich Handlungsbedarf. Auch hierzu gab es kein Wort von Ihnen, Herr Biesenbach, oder von der FDP, dass hier bereits gehandelt wurde. Wenn Sie sich ein bisschen besser auskennen würden und wenn es Ihnen um die Sache ginge:

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah!)

Gehen Sie doch einmal zum LKA und schauen Sie sich das neue Kompetenzzentrum zur Cyberkriminalität an. Denn hier wurde gehandelt, und hier wird hingeguckt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist überschritten.

Monika Düker (GRÜNE): Einen Satz noch zu Düsseldorf – das muss ich zur Ehrenrettung meiner Heimatstadt sagen –: Düsseldorf hat es geschafft,

durch koordinierte Maßnahmen die Fallzahlen bei den Wohnungseinbrüchen entgegen des Landestrends zu senken. Sie sind um 4,3 % gesunken. Das sind Erfolge, die sich sehen lassen können. Und die sollten hier nicht unerwähnt bleiben. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Liebe Bürgerinnen und Bürger hier auf der Tribüne und im Livestream! Wir sprechen heute auf Antrag der CDU-Fraktion über die Polizeiliche Kriminalstatistik 2012 des Bundes, die gestern von Herrn Innenminister Friedrich vorgestellt wurde. Meine Vorredner haben schon einiges über die konkreten Zahlen der PKS besprochen, auch dass der Vergleich der Kriminalitätsverteilung zwischen den Ländern kein gutes Bild für NRW zeichnet und die Aufklärungsquote mit 49,1 % niedriger ist als in anderen Flächenländern.

Ich finde es richtig und wichtig, über die Ursachen von Kriminalität und über die Probleme und Schäden zu sprechen, die durch die Straftaten und deren Nichtaufklärung entstehen. Dazu sagt die Statistik aber nichts. Besonders für die Opfer muss viel mehr getan werden, auch um das Dunkelfeld nicht angezeigter Straftaten aufzuhellen. Nur Menschen, die Vertrauen in die Behörden haben, melden sich und stellen Strafanzeige. Vielleicht ist aber genau das der Punkt. Die Menschen in NRW haben einfach großes Vertrauen in unsere Polizei, kommen mit ihren Problemen und stellen daher häufiger Anzeigen. Damit steigt die Zahl der erfassten Fälle. Das ist eine Hauptaufgabe der PKS. Gleichzeitig sinkt die Aufklärungsquote; denn es fallen nicht einfach mehr Beamte vom Himmel, die die zusätzlichen Fälle bearbeiten könnten. Das ist nur eine der Möglichkeiten die zeigt, warum die Aussagen der PKS mit Vorsicht zu genießen sind.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zu den Beamtinnen und Beamten der Polizei sagen: Ganz egal, wie die Statistik politisch verdreht und verwertet wird, bin ich sicher, dass Sie, liebe Beamtinnen und Beamte, mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen mit großer Sorgfalt und vollem Einsatz alles tun, um Nordrhein-Westfalen zu einem noch friedlicheren Ort zu machen, an dem sich jeder sicher fühlen kann. Danke dafür.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zurück zur Statistik! Nicht zum ersten Mal werden Sie in diesem Hause hören, dass behördliche Statistikproduktionen ohne wissenschaftliche Betreu-

ung und Ausarbeitung Mist sind. Ich will kurz zwei Beispiele ansprechen. In der letzten Woche hörten wir in der Anhörung zum Polizeigesetz Experten, die den von Innenministerium selbst erstellten Evaluierungsbericht zur Videoüberwachung stark kritisierten. Der Bericht wurde dem Innenministerium von den Experten geradezu um die Ohren gehauen.

(Thomas Stotko [SPD]: So war es nicht!)

Ich erinnere mich auch nur allzu gut an die Diskussion Anfang März in der Anhörung zum angeblich riesigen Sicherheitsproblem in der Fußballfanszene. Es wurde deutlich, dass sich die ZIS-Statistik überhaupt nicht eignet, um relevante Aussagen über Gewaltentwicklungen rund um Fußballspiele zu treffen. Die wissenschaftliche Kritik an der Erfassung der Verlaufsberichte der Polizei hat aber leider bis heute in der Landesregierung noch kein Gehör gefunden.

Was ist nun genau das Problem mit solchen Statistiken? Was sind die Gründe dafür, warum sie alle nur mit Vorsicht zu genießen sind? Ein wichtiger Punkt ist die Frage, wer aus welchen Gründen eine Statistik macht. Die PKS wird vom Bundeskriminalamt erstellt. Dazu verwertet das BKA die von den 16 Landeskriminalämtern gelieferten Landesdaten. Die Daten werden kommentiert, interpretiert und aufbereitet. Damit ist klar, das Innenministerium hat ebenso wie das BKA selbst natürlich einen Einfluss auf die Bewertung der Statistik und deren Zusammenstellung. Die PKS ist vor allem eine Statistik der polizeilichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung. Das heißt, sie dient als polizeilicher Arbeitsnachweis. In der PKS selbst steht, dass die Erfassung der realen Kriminalität schlicht nicht ihre Aufgabe sei. Hinzu kommt, dass die genauen Details der Erfassungsprozedur je nach Bundesland unterschiedlich sind.

Was findet keine Berücksichtigung in der Statistik? Viele Einflussfaktoren finden keine Berücksichtigung. So gibt die PKS selbst an, dass sich das Anzeigeverhalten – zum Beispiel unter Versicherungsaspekten –, die polizeiliche Kontrollintensität, die statistische Erfassung, die Änderungen des Strafrechts und die echte Kriminalitätsänderung in den Bundesländern nicht in der Statistik niederschlagen. Ich zitiere einen Leitsatz aus der Statistik:

„Die PKS bietet folglich kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität.“

Wir diskutieren hier also über die Annäherung der Realität und tun so als wären es Fakten.

Durch die Statistik gewinnt man zum Beispiel den Eindruck, dass es vielmehr Kriminalität im Norden als im Süden gibt. Dieser Vergleich ist gar nicht statthaft. Der Kriminologe Christian Pfeiffer sagte dazu, das Risiko überfallen zu werden, sei im Norden und Süden gleich hoch. Nur die Fallzahlen un-

terscheiden sich. Zudem ist es eigentlich ein Skandal, dass das Armutsgefälle keine Berücksichtigung findet. Im Süden gibt es zum Beispiel mehr Menschen, die sich gut gesicherte Häuser leisten können. Es gibt auch weniger Anzeigen, weil die Polizei in Bayern eine Wirtshausschlägerei eher als Gaudi abtut, während in Norddeutschland schneller das SEK vor der Tür steht.

(Zuruf von der CDU: Mann, Mann!)

Der Titel „Unstatistik des Monats“ wurde schon mehrfach erwähnt. Den hat sich die Polizeiliche Kriminalstatistik redlich verdient. Am besten wäre es, ganz auf diese Statistik zu verzichten. Sinnvoller wären raumbezogene und lokale Kriminalitätsanalysen. Hier würden geografische Räume mit ihren jeweiligen Strukturen, Institutionen und Bewohnern berücksichtigt. Besonders die Sozialstruktur würde dabei nicht vernachlässigt. Auch die CDU kann nicht bestreiten, dass es dort mehr Kriminalität gibt, wo die Menschen ärmer sind. Aber um Inhalt geht es hier gar nicht, eher um Wahlkampf. Deswegen mache ich jetzt den Ring frei für die nächste Runde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass die nordrhein-westfälische Polizei bei den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ein hohes Ansehen genießt und ihr mit Respekt begegnet wird. Weil diese Polizei in Nordrhein-Westfalen gute Arbeit leistet, hat sie dieses Ansehen und diesen Respekt auch verdient, auch wenn einige heute Morgen versuchen, diese Leistung mit unredlichen Zahlenspielchen zu diskreditieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man schon nicht die Arbeit dieser Beamtinnen und Beamten schätzt, dann sollte man zumindest einen gewissen politischen Skrupel haben, mit den Ängsten von Menschen zu spielen. Nichts anderes geschieht, wenn eine Statistik mit solchen Zahlenspielchen so bewertet wird, wie es heute Morgen in Teilen geschehen ist.

In der Schule haben wir gelernt und lernen heute unsere Kinder, dass man Äpfel und Birnen nicht vergleichen sollte, weil dann immer falsche Ergebnisse herauskommen. Vieles ist heute schon zu dieser Statistik gesagt worden. Ihr unrühmlicher Titel ist bereits genannt worden, nämlich die „Unstatistik des Monats“. Ich will gar nicht mehr viel hinzufügen, aber versuchen, auf einige wenige objektive Tatbestände hinzuweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, vielleicht ist Ihnen das entgangen: Nordrhein-Westfalen ist ein Ballungsraum. Allein das Ruhrgebiet hat fünf Millionen Menschen. Von den 38 Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern befinden sich 15 in Nordrhein-Westfalen und gerade einmal drei in Bayern. Die Einwohnerzahl je Quadratkilometer beträgt in Bayern 178, in Nordrhein-Westfalen 523, also fast dreimal so viel. Bestimmte Kriminalitätsphänomene sind Phänomene der Ballungsräume. Deshalb kann man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen oder seltsame Vergleiche anstellen, die dann zu falschen Ergebnissen führen.

Ich würde empfehlen, bevor Sie weiter diese Zahlen bewerten: Wenn Sie mir nicht glauben, den Kollegen von der SPD oder den Grünen nicht glauben, Herr Biesenbach, glauben Sie doch wenigstens Ihrem eigenen Bundesinnenminister. Der hat nämlich bei der Vorstellung dieser Statistik gesagt – ich zitiere –: Die Abbildungen zur Kriminalitätsverteilung erlauben keinen umfassenden Vergleich der Kriminalitätsbelastungen von Ländern und Städten. – Ich sage es noch einmal, damit es ankommt: Die Abbildungen zur Kriminalitätsverteilung erlauben keinen umfassenden Vergleich der Kriminalitätsbelastungen von Ländern und Städten. – Glauben Sie wenigstens Ihrem eigenen Innenminister, meine Damen und Herren. Das ist besser.

Ich kann mich sehr gut erinnern an die Phase 2005 bis 2010, wo wir in unterschiedlichen Rollenverteilungen hier auch Kriminalitätsstatistiken debattiert haben und der von uns allen vermisste Kollege Engel von der FDP und Herr Kruse, der, glaube ich, heute an der Debatte nicht teilnehmen kann, gesagt haben, wie gut es ist, dass 49,3 % der Straftaten in Nordrhein-Westfalen aufgeklärt werden.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja!)

Das war damals Ihr Argument. Heute sagen Sie: 49,3 % ist ja viel zu wenig.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

– Herr Orth, mir geht es nicht um diese Zahlen, sondern mir geht es um die Tatsache. Jede dieser nicht aufgeklärten Straftaten ist eine zu viel.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass sich dort etwas ändert.

Jetzt will ich bei dem vielen Negativen, das über die Polizei in NRW hier heute Morgen dargestellt worden ist, auch vielleicht einmal ein paar positive Dinge nennen.

Die Zahl der Gewalttaten geht zurück. Auch wenn das subjektiv viele Menschen in diesem Land anders wahrnehmen – die Zahl der Gewalttaten geht zurück. Insbesondere die Jugendkriminalität und die Jugendgewalt gehen zurück, deutlich zurück, stärker

als die demografische Entwicklung in diesen Kohorten stattfindet.

Das hat auch damit zu tun: Ich glaube, dass unsere Konzepte wie „Kurve kriegen“, früh auf Intensivstraf-täter zuzugehen und mit ihnen zu arbeiten und nicht erst zu warten, bis sie Dutzende von Straftaten begangen haben. Das trägt dazu bei, dass die Zahl der Intensivstraf-täter und deren Straftaten deutlich gesunken ist.

Die Wahrscheinlichkeit, dass bei einem zu Hause eingebrochen wird, ist in der Tat in Nordrhein-Westfalen, im Ballungsraum, größer. Aber die Gefahr, gemeuchelt zu werden durch Mord und Totschlag, ist in Bayern und Thüringen beispielsweise deutlich höher.

Aber da müssen wir einmal auf die Einbruchszahlen schauen. Die sind in der Tat besorgniserregend hoch, in ganz Deutschland besorgniserregend hoch. Das hat damit zu tun, dass sich ein erweitertes Europa auch mit der Frage von erweiterter Kriminalität und deren Bewegungen auseinandersetzen muss.

Ich will gar nicht darauf hinweisen, dass wir einen geringeren Anstieg haben als andere Bundesländer, weil uns das nicht zufriedenstellen kann. Im Gegenteil: Wir stecken in die Kriminalitätsbekämpfung, in die Einbruchskriminalität auch viele Ressourcen, weil es gar nicht darum geht, den materiellen Schaden zu verhindern, den Einbruchsoffer erleiden. Die meisten von uns sind dagegen versichert. Aber der Verlust an Sicherheit, an Geborgenheit, das Eindringen in die eigene Intimsphäre ist hoch belastend für die Opfer. Deshalb stecken wir so viele Ressourcen in die Bekämpfung der Einbruchskriminalität. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich würde da gerne noch viel mehr reinstecken, vor allem die 2.100 Beamtinnen und Beamte, die Sie gespart haben, als Sie die politische Verantwortung hatten.

(Beifall von der SPD)

Die würde ich gerne zusätzlich im Bereich der Einbruchskriminalität einsetzen.

Die Statistik fragt auch – das sollten wir inhaltlich diskutieren –: Welchen Herausforderungen müssen wir uns eigentlich stellen? Kriminalität verändert sich rasant, so wie sich unsere Gesellschaft insgesamt rasant verändert. Auf der einen Seite wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger dadurch geprägt, dass sie auf der Straße Streifenwagen sehen, dass sie Beamte sehen, dass, wenn sie die Polizei brauchen, die auch schnell da ist. Auf der anderen Seite gibt es eine Entwicklung zu neuen Kriminalitätsphänomenen. Was beispielsweise früher der Betrug an der Haustür war, ist heute die Hehlerei bei Ebay. Was früher die Beleidigung am Gartenzaun war, ist heute die Beleidigung in Internetblogs. Das heißt, dass wir uns Kriminalitätsphänomenen widmen müssen, bei denen der Bürger gar nicht wahrnimmt, wie viele Beamtinnen und Beamte dort inzwischen tätig sind.

Das ist die Herausforderung der Zukunft. Der sollten wir uns stellen. Wir stellen uns dem mit kreativen Konzepten, mit einer modernen Polizei, mit den höchsten Einstellungszahlen aller Bundesländer für Polizeianwärterinnen und -anwärter. Das ist die richtige Antwort auf diese Statistik und nicht die, die Sie versuchen zu geben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Sieveke.

Daniel Sieveke (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Jäger, das war gerade ein Auftritt!

(Demonstrativer Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der schlägt mir schon die Kette aus dem Hut. Es hat hier kein Vorredner keiner Partei die Arbeit der Polizei negativ dargestellt,

(Beifall von der CDU und der FDP)

kein einziger Vorredner. Aber Sie stellen das hier so dar. Das zeigt in meinen Augen die Wertschätzung, die Sie gegenüber der Polizei haben. In meinen Augen ist zu dieser Debatte der einzig richtige Spruch: An den Taten sollt ihr sie messen, nicht an irgendwelchen Zahlen und deren Bewertung.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Meine Vorredner haben schon umfangreich über das statistische Zahlenwerk und die notwendige politische Bewertung und Interpretation gesprochen, zum Teil auch mit wenig Fachahnung.

Herr Stotko, Sie haben den Kollegen Möbius angesprochen und das hier so hingestellt, als ob der Oberbürgermeister der Stadt Köln als kreisfreier Stadt Chef der Polizei sei. Sie haben so getan, als würde sich der Oberbürgermeister über die Zahlen in Köln freuen und hätte etwas dafür getan. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass der Oberbürgermeister nicht der Chef der Polizei ist wie im kreisangehörigen Raum der Landrat Chef der Polizei ist.

Sie sind ein Beschwichtigungspolitiker.

(Beifall von der CDU)

Sie haben diese Debatte ins Lächerliche gezogen und das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger hier ins Lächerliche geführt, indem Sie den Affen von Justin Bieber und den Vatikanstaat für Ihre Interpretationsspielräume hier eingebracht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn wir uns mit den Unterschieden zwischen Bundesländern, mit verschiedenen Zahlen in den Regionen und mit der Vergleichbarkeit von Großstädten auf der einen Seite und ländlichem Raum auf der anderen Seite beschäftigen, wenn wir dann noch völlig zu Recht auf die Details schauen – auf verschiedene Deliktsarten und auf die Veränderung von Kriminalitätsquotienten, zum Beispiel auf die Kennzahlen der Straftaten pro 100.000 Einwohner –, wenn wir auch Details von Täter- und Opferstrukturen erfahren, wenn wir auf die Aufklärungsquote schauen und wenn wir schlussendlich vieles mehr im Detail ganz konkret betrachten, diskutieren, interpretieren und politisch bewerten, dürfen wir dennoch eines überhaupt nicht außer Acht lassen, nämlich das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Damit geht es um die Kernaufgabe des Staates. Es spielt eben überhaupt keine Rolle, ob unser Bundesland in der Polizeilichen Kriminalstatistik immer schon schlecht war, schlechter wird oder bald sogar katastrophal dastehen wird. Wenn wir bei der Aufklärungsquote jetzt schon von Bremen übertroffen werden, ist das doch ein Alarmsignal.

(Beifall von der CDU und Ralph Bombis (FDP))

Das Gefühl, sicher zu sein, sicher zu leben und keine Angst haben zu müssen – zu Hause, auf dem Weg zur Arbeit, bei der Arbeit, in den Naherholungsgebieten um die Ecke –, dieses Gefühl, das die Menschen als absolut fundamentales Grundbedürfnis brauchen, ist in Nordrhein-Westfalen an ganz vielen Stellen, egal ob im Ballungsraum oder in den ländlichen Regionen, nicht mehr selbstverständlich.

Und darum geht es, Herr Stotko. Es geht nicht immer nur um Zahlen. Es geht um das Gefühl der Menschen in unserem Bundesland. Und das wird durch diese Zahlen untermauert.

Wir brauchen als gewählte Volksvertreter Statistiken und Erhebungen als Grundlage für unsere demokratischen Entscheidungen und Diskussionen. Dass die Zahlen in Nordrhein-Westfalen erneut verheerend sein würden, wissen wir auch schon seit einiger Zeit. Neu ist vor allen Dingen das immer schlechtere Abschneiden im Vergleich zu anderen Bundesländern. Das haben wir aber erwarten können.

Wurden uns hier denn überzeugende Konzepte und neue Maßnahmen präsentiert? Wurden in diesem Hohen Haus wirklich einmal die Maßnahmen präsentiert, die Sie, Herr Minister, eben erwähnt haben, als Sie geschildert haben, was Sie alles tun?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Wer von Ihnen ist selbst schon einmal Opfer von Gewalt und Bedrohung geworden? Zugegeben; das

werden nicht viele sein. Aber mindestens ein Kollege von der SPD ist betroffen – und ich selbst auch.

Dann frage ich etwas anderes. Wer von Ihnen hat in den letzten zwölf Monaten von keinem einzigen Wohnungseinbruch im Bekanntenkreis gehört? Von wie vielen Wohnungseinbrüchen in unseren Wahlkreisen und von wie vielen Gewalttaten haben wir gelesen? Da dürfte einiges zusammenkommen.

Über die Gründe und Ursachen von Straftaten will ich mich hier nicht auslassen; denn heute geht es im Zusammenhang mit der Polizeilichen Kriminalstatistik für Nordrhein-Westfalen aus meiner Überzeugung einmal wirklich nicht um Prävention. Es geht nicht um politisches Gewinsel und Gejammer, wie in Zukunft Kriminalität durch soziale Maßnahmen – durch Bildung, durch eine gute Arbeitsmarktpolitik usw. – verhindert werden kann.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das darf doch nicht wahr sein!)

Es geht heute auch nicht um Täterschutz. Es geht nicht um rosa gestrichene Gefängniszellen. Es geht nicht um Jugendrichter, die womöglich zu hart oder zu schnell urteilen.

Heute geht es einmal um Sanktionen. Die Sanktion funktioniert in Nordrhein-Westfalen nicht mehr. Sie hat kaum noch abschreckende Wirkung. Vor der Aufklärung in Nordrhein-Westfalen haben rumänische und bulgarische Banden sicherlich keine Angst mehr – nicht einmal Respekt. Warum auch?

Wir haben top ausgebildete, erfahrene Polizeibeamtinnen und -beamte. Hervorragende Polizistinnen und Polizisten arbeiten für unser Bundesland – ebenso Staatsanwälte, Richter, Justizvollzugsbeamte usw. Aber wie sieht denn deren Alltag unter dieser Landesregierung aus? Womit muss sich unser Sicherheitsapparat eigentlich beschäftigen? Unseren CDU-Vorschlag zu den Verwaltungsassistenten haben Sie gestern ja mal eben mir nichts, dir nichts abgelehnt.

(Thomas Stotko [SPD]: Der war auch schlecht!)

Mit Großbrazzien für das Fotoalbum des Innenministers muss man sich beschäftigen,

(Christian Möbius [CDU]: So ist es!)

mit einer Beamtenbesoldungspolitik, die zu Recht die Trillerpfeifen in Scharen vor der Tür dieses Hohen Hauses erklingen lässt, und mit einer politischen Führung – wenn man sie denn überhaupt noch so nennen kann –, die den ganzen Tag von morgens bis abends von präventiver Politik in allen Bereichen spricht.

Aber wenn es um die Bezahlung geht, wenn es um die Ausstattung geht, wenn es um die Motivation geht, wenn es um die politische Rückendeckung geht, also die Mentalität eines vermeintlich starken Staates, der sich eben nicht an der Nase herumfüh-

ren lassen sollte – gerade bei dieser Kernaufgabe der Durchsetzung der inneren Sicherheit nicht –, wenn es um diese Punkte und die entsprechenden Belange unserer Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen geht, dann finden wir ein Bild der Verzweiflung vor.

(Beifall von der CDU)

Dann sehen wir uns mit einer Lage konfrontiert, in der wir tatsächlich nicht mehr in Statistiken nachlesen müssen, wie es steht, sondern in der wir uns nur noch bei den Beamtinnen und Beamten umhören müssen. Die haben die Ahnung, die Ihnen anscheinend fehlt. Die berichten Ihnen direkt aus der Praxis – frei von interpretierbaren Statistiken. Oder fragen Sie einfach den nächsten Nachbarn um die Ecke, bei dem gerade wieder eingebrochen worden ist!

Lieber Herr Minister Jäger, wenn ich auch manches Mal Ihre politische Einschätzung durchaus teile – zum Beispiel, wenn es gegen Salafisten oder Rechts- wie Linksextreme geht –, muss ich feststellen: Bei der Ausführung Ihres Amtes läuft einiges gewaltig daneben. Ich habe leider nicht das Gefühl, Sie würden nach und nach die Oberhand zurückgewinnen. Leider sind Sie kein Jäger mehr, sondern der Gejagte.

Sie nehmen beispielsweise das Thema der Wohnungseinbrüche überhaupt nicht ernst genug. Die Aktion „Riegel vor!“ reicht da nicht mehr aus. Auch schon versuchte Einbrüche versetzen ganze Nachbarschaften für lange Zeiträume in Angst. Verstehen Sie das eigentlich nicht?

Das ist aber nur zu einem Teil Ihre Schuld; denn diese Landesregierung, allen voran die Ministerpräsidentin, lässt neben dem haushaltspolitischen Totalversagen mit ihrer völlig unnötigen Betonung der Prävention von vornherein ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Sieveke (CDU): ... in allen Bereichen jegliche Chance auf einen notwendigen Mentalitätswechsel verstreichen – einen Mentalitätswechsel ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Sieveke (CDU): Ich komme zum Schluss.

... als Grundlage für die notwendige Verbesserung beim Personal, bei der Ausstattung usw. Stattdessen beschäftigt sich die Landesregierung regelmäßig mit Randthemen und gibt dort das Geld aus, statt sich auf die Kernaufgabe des Staates zu konzentrieren.

Nordrhein-Westfalen unter dieser Landesregierung lädt ein: Es lädt ein zum Verbrechen. Herzlich willkommen in Nordrhein-Westfalen!

(Zurufe von der SPD)

Die Chance, hier einen erfolgreichen Bruch zu machen, ist deutlich höher als die Gefahr, erwischt zu werden.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Herzlich willkommen! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Was für eine verzerrte Darstellung von Nordrhein-Westfalen! Das ist ein sträfliches Bild, das Sie hier zeichnen! Unglaublich!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Sieveke. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nach den letzten Wortmeldungen spontan dazu entschieden, in die Debatte einzugreifen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich wäre der von Ihnen gewählte Anlass einer Debatte heute nicht wert gewesen, weil die Qualität der Statistik, auf die Sie sich berufen, hier hinlänglich diskutiert und beschrieben worden ist.

Nur, lieber Kollege Sieveke, bitte haben Sie Verständnis: Einen Mentalitätswechsel hin zu einer Mentalität, wie Sie sie eben gezeigt haben, wird in Nordrhein-Westfalen zumindest die SPD nicht mitmachen. Alle Menschen, die vernunftbegabt sind, werden sich, so denke ich, mit Entsetzen abwenden, weil Sie hier ein Zerrbild von unserem Land zeichnen, das der Realität in keiner Weise entspricht. Wir sind hier nicht in Manhattan-Süd, sondern wir leben auch nach dem Empfinden unserer Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen in einem sicheren Land. Das danken wir nicht zuletzt der Polizei und der hervorragenden Arbeit unserer Sicherheitsbehörden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie behaupten, Sie sagten doch nichts gegen die Polizei. – Das ist eine schöne rhetorische Volte. Denn eigentlich tun Sie doch die ganze Zeit nichts anderes, als die Arbeit derjenigen, die ihre Rübe für uns hinhalten, die Leib und Leben riskieren, durch Ihre Art der Argumente hier in den Dreck zu ziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Etwas hat mich ganz besonders geärgert, und ich schließe an die Ausführungen des Kollegen Herrmann an, der gesagt hat: Wenn man über Statistik

redet, muss man sicherlich auch über Ursachen reden. Die Aufklärung ist ein hohes Gut. Wir wollen, dass alle Straftaten aufgeklärt werden. Das muss jeder wollen. Ich will aber noch viel intensiver und mehr, dass Straftaten überhaupt nicht stattfinden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dass Sie im Zusammenhang mit Prävention hier von Gewinsel und Gejammer reden, ist eine Unverschämtheit

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und zeigt, welche Mentalität Sie umtreibt. Das ist die alte, neokonservative Hau-drauf- und Law-and-Order-Politik, hat aber mit moderner Rechts- und Sicherheitsarchitektur in einem modernen Land im 21. Jahrhundert rein gar nichts zu tun. Das zeigt doch auch, dass Sie Projekte ...

(Daniel Sieveke [CDU]: Jawoll!)

– Herr Kollege Sieveke, ich will jetzt nicht Uli Hahnen und andere mit der Sache vom Kopf und dem Kehlkopf zitieren.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Sieveke, wer wie Sie präventive Politik ganz offensichtlich für einen Irrweg hält, der ist im Hier und Jetzt in Nordrhein-Westfalen nicht angekommen.

Lassen Sie mich noch etwas zur Statistik sagen: Herr Stotko hat eben zu Recht auf diese Statistik hingewiesen. Churchill wird ja der Ausspruch zugeschrieben, man solle keiner Statistik trauen, die man nicht selber gefälscht habe. Ich glaube, Sie haben an der Stelle einer verkehrten Statistik getraut.

Lassen Sie mich das Bild von Herrn Stotko ein bisschen erweitern: Ich sehe hinten den verehrten Kollegen Norbert Post von der CDU, der – genau wie ich – jeden Morgen aus Mönchengladbach einpendelt. Würde man Ihren Statistiken glauben, könnten wir beide vielleicht dafür ursächlich sein, dass in Mönchengladbach die Kriminalitätsrate so niedrig ist, weil wir jeden Tag nach Düsseldorf fahren; und – oh ja! – in Düsseldorf ist sie viel höher. Das ist höherer Blödsinn, auf den Sie sich berufen, aber keine gute Statistik.

Einiges zu den Fakten: Wer hat denn für die Polizei in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren etwas getan? Über die Aufklärungsquoten haben wir berichtet: 49,2 % unter CDU – Glanzleistung! 49,3 % Aufklärungsquote unter SPD und Rot-Grün – schwierige Zahl! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, dass das schon ziemlich aufschlussreich ist.

Eben ist auch schon angesprochen worden, dass darüber hinaus die Anzahl der zur Anzeige gebrachten Straftaten eine ganz interessante Größenordnung; ist glaube, der Kollege von der FDP hat es eben angeführt. Wenn Sie Angriffe auf die sexuelle Selbstbestimmung zum Gegenstand machen, dann schauen Sie sich bitte an, wie sehr sich das Anzei-

geverhalten in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich verbessert hat. Ja, es ist supertraurig, dass es nicht gelingt, die Täterinnen und insbesondere die Täter auf diesem Feld zu überführen.

Aber es ist auch ein gutes Zeichen für die Justiz und Polizei in Nordrhein-Westfalen, dass sich insbesondere immer mehr Frauen trauen, diese Übergriffe zur Anzeige zu bringen. Wir sollten daran arbeiten, dass das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden gestärkt und nicht erschüttert wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Noch ein Wort zu der Bezeichnung „Beschwichtigungspolitiker“, die der Kollege Stotko durchaus als Lob empfinden kann. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist jemand, der ein realistisches Bild von der Kriminalitätssituation in NRW zeichnet, lieber als jemand, der aus naheliegenden parteipolitischen Egoismen heraus mit dem Sicherheitsempfinden der Menschen in unserem Lande spielt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie machen etwas ganz Einfaches: Sie lassen sich mit Vorankündigung eine Auflistung – Statistik will ich es nicht nennen, weil das den ehrbaren Beruf der Menschen, die sich mit dem Erstellen von Statistiken beschäftigen, ernsthaft beschädigen würde – aus Berlin liefern, um hier ein wenig Wahlkampf machen zu können. Im Prinzip ist dagegen nichts einzuwenden. Das ist eine Oppositionsveranstaltung. Damit kann man leben.

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade wenn man weiß, dass die subjektive Seite bei der Sicherheit eine ganz erhebliche Rolle spielt, darf es hier doch nicht dazu kommen, dass Sie einen Schaukampf auf der Grundlage völlig ungeeigneter Unterlagen liefern, nur um Ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was Sie hier abgeliefert haben, ist selbst einer Opposition aus CDU und FDP nicht würdig. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Dr. Orth.

Dr. Robert Orth (FDP): Guten Tag, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stotko hatte mich ja schon vermisst. Ich möchte ihm deswegen die Freude machen, hier heute noch zu sprechen. Ganz bewusst habe ich mir anhören wollen, wie denn die Kolleginnen und Kollegen von den die Regierung tragenden Fraktionen und der Innenminister sich hier heute aufstellen. Ich muss sagen, ich bin erschüttert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Stotko, wie können Sie sich bei einem Thema, wo es immer nicht nur einen Täter, sondern auch ein Opfer gibt, hinstellen und sagen: Im Vatikanstaat gibt es eine Tat, und hier und dort gibt es eine Tat? Sie haben einen Wortbeitrag geliefert, in dem Sie sich der Probleme gar nicht angenommen haben, in dem Sie die Menschen ins Lächerliche gezogen haben, die Opfer einer Straftat sind. Ich fand Ihren Beitrag unerträglich: Unterstes Niveau, meine Damen und Herren!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihnen mag es vielleicht egal sein, ob Ihnen ein Fahrrad geklaut wird; aber wenn in Münster viele Fahrräder geklaut werden, ist das keine Petitesse, das ist für einen Studenten so, als ob man Ihnen, Herr Stotko, Ihren Ferrari unterm Hintern wegzieht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Düker betreibt hier – mit gefalteten Händen zur Opposition hingewandt – eine ständige Schönrede. Frau Düker, durch Beten haben wir nicht mehr Sicherheit in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen, sondern wir brauchen endlich Taten. Man kann darüber streiten, ob der Prozentsatz denn nun gestiegen oder gesunken ist, ob eine Tat mehr oder weniger geschieht. Entscheidend ist doch aber bei der Statistik der Trend, meine Damen und Herren, und der ist hundsmiserabel, seit Sie in Nordrhein-Westfalen regieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Unter Schwarz-Gelb war die Aufklärungsquote genauso schlecht wie unter Ihnen; aber es gab einen Unterschied: Wir hatten hier in Nordrhein-Westfalen deutlich weniger Taten. Das heißt, unter Ihrer Regierung werden mehr Taten nicht gesühnt, und es gibt mehr Opfer von Straftaten in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Minister Jäger, Sie haben – nach dem Motto: „Die Kriminalität in den Großstädten beruht nur darauf, dass die Leute in die Großstädte hineinkommen“ – besonders auf den reisenden Täter abgestellt. Ich setze eine These dagegen: Nicht jeder, der in Nordrhein-Westfalen in einer Großstadt eine Tat begeht, kommt von außerhalb Nordrhein-Westfalens, meine Damen und Herren. Die Täter reisen doch nicht immer 40 oder 50 Kilometer von auswärts an. Sie fahren nicht über die Grenze. Nein, die Täter stammen im Wesentlichen aus Nordrhein-Westfalen. Derjenige, der in Münster ein Fahrrad klaut, reist doch nicht aus Budapest an.

(Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von der SPD)

Wenn es denn so wäre, müssten viele Nordrhein-Westfalen nach Bayern gefahren sein und die wenigen Taten dort begangen haben; denn ich glaube

nicht, dass wir hier in NRW alle so wenig kriminell sind, dass niemand von uns Taten begehen würde.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nun zu Ihren Statistik-Spielereien. Sie behaupten hier, diese Statistik sei doch gefälscht. – Ich möchte dann doch einmal auf Ihre eigene Statistik zur Kriminalitätsentwicklung 2011 in Nordrhein-Westfalen verweisen. Was machen Sie da? – Sie erfassen bestimmte Taten nicht mit dem Hinweis „Auslandstaten“. Auslandstaten waren klassischerweise einmal die Taten, bei denen ein Deutscher in Spanien eins auf die Mütze bekommen hat. Auslandstaten im Sinne der nordrhein-westfälischen Kriminalitätsstatistik, die Sie veröffentlichen, sind hingegen alle Taten, bei denen der Server im Ausland steht, meine Damen und Herren. Jeden Internetbetrug, für den der Server im Ausland steht, der aber mit Bezug auf Nordrhein-Westfalen begangen wird, streichen Sie aus der Statistik. Und dann sagen Sie, in Berlin würde gefälscht, meine Damen und Herren. Was ist das denn hier für eine Argumentation?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das werfen Ihnen auch die Vertreter der Polizeigewerkschaften vor. Sie werfen Ihnen vor, dass Sie genau an dieser Stelle unsauber arbeiten.

Lieber Herr Stotko, lieber Herr Körfges und auch Herr Innenminister Jäger, wenn Sie immer wieder darauf abstellen, wir hätten hier zu wenige Beamte, dann stellen Sie auf die Situation ab, dass wir in Nordrhein-Westfalen mehr Polizistinnen und Polizisten ausbilden müssten, um im Jahr 2017 das Loch schließen zu können.

Meine Damen und Herren, die Taten, um die es hier geht, haben also überhaupt nichts damit zu tun, dass wir 2017 zu wenig Beamtinnen und Beamte haben,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das hängt damit zusammen, dass Sie zu wenig eingestellt haben!)

sondern das hat damit zu tun, dass Sie von oben her alles schlecht organisieren. Die Beamtinnen und Beamten können für die Situation überhaupt nichts.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin jedenfalls guter Dinge, dass Sie 2017, wenn das von Ihnen immer wieder zitierte Loch zutage tritt, die Verantwortung nicht mehr tragen werden, meine Damen und Herren. Wir sind gerne bereit, uns dann den Problemen zu stellen – sicherlich mit einer besseren Lösung als Sie sie haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In dieser Debatte ging es schon viel um Obst, um Äpfel und Birnen. Mein Eindruck ist: Die CDU hat uns mit dieser Aktuellen Stunde ganz weit auf die innenpolitische Fallobstwiese geführt. Ihre Argumente liegen seit Jahren herum, besser werden sie nicht. Sie sind vielmehr schon seit Jahren faul.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Hier läuft eine Aktuelle Stunde zu einer Statistik, die von wirklich allen, die sich damit auskennen – von Statistikexperten wie von Polizeifachleuten – als „Unstatistik des Monats“ bezeichnet wurde. Sie wird jedes Jahr wieder auseinandergenommen. Jedes Jahr springen Sie von der CDU wieder auf den Zug auf. Das geschieht einfach aus einem einzigen Grund so: Sie haben kein Konzept, keinen Plan und keine Ideen, wie man innere Sicherheit in diesem Land gestalten kann.

Man schaue sich nur an, was wir in diesen Tagen an Bewertungen über die Statistik lesen durften. Den Begriff „Unstatistik des Jahres“ habe ich gerade schon genannt. Es gibt in Bezug auf Fahrraddiebstähle den Vergleich mit Münster; Wuppertal mit ein paar mehr Bergen steht in dem Bereich schon viel besser da. Ich habe auch eine Statistik, die ich immer gerne für Bielefeld, meine Heimatstadt, zitiere. Darin werden nicht mehr die Straftaten pro Einwohner, sondern Straftaten pro Quadratkilometer Stadtfläche gerechnet. Bielefeld ist dann ganz weit vorne. Der Garant für Sicherheit in unserer Stadt ist demnach nicht mehr die Polizei, sondern der Teutoburger Wald. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so sind all diese Statistiken doch so oder so zu bewerten; man muss immer vernünftig draufschauen, was dahinter steht.

Eines ist aber – ich glaube, dass das richtigerweise von allen Kolleginnen und Kollegen bemerkt worden ist – klar: Hinter all diesen Zahlen, hinter allen Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik stehen auch menschliche Schicksale. Wir als Landesgesetzgeber haben natürlich die Aufgabe, im Sinne der Opfer dieser Taten dafür zu sorgen, dass möglichst viele Taten aufgeklärt werden, dass es für die Arbeit der Polizei in Nordrhein-Westfalen möglichst gute Rahmenbedingungen gibt.

Aber da hilft uns doch gerade Ihr Krakeelen nicht, Herr Biesenbach. Da hilft uns auch gerade Ihre Rhetorik nicht, Herr Sieveke, dass im Prinzip andauernd an jeder Ecke eingebrochen würde. Das ist doch der Sound, mit dem wir für Unsicherheit bei den Menschen sorgen. Diese kurzfristige Effekthascherei ist es doch, die bei der Bevölkerung Ängste schürt. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wirklich unredlich: weil alle, die ein bisschen Ahnung von Innenpolitik haben, wissen, wie sensibel dieser Bereich ist und wie sensibel man da eigentlich argumentieren müsste.

Eben ist der Bundesinnenminister angesprochen worden. Er fordert immer Videoüberwachung, egal, ob sie Sinn macht oder nicht. Wenn Sie hier jetzt am liebsten leichte Artillerie fordern würden, dann zeigt das einfach, dass Sie sich völlig aus der Diskussion verabschiedet und kein Interesse an einer seriösen Debatte haben.

Das einzige Sinnvolle, was ich hierzu bislang gelesen habe, war die Forderung nach mehr Personal. Das Personal ist natürlich ein ganz wichtiger Faktor für die Polizeiarbeit.

Gucken wir uns die Zahl der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei an. 2006: 500, 2007: 500, 2008: 1.000, 2009: 1.000, 2010: 1.100. Wer hat etwas für die Polizei in Nordrhein-Westfalen getan? Das war Rot-Grün. Wir haben 2011 und 2012 jeweils 1.400 eingestellt. 2013 werden es 1.477 sein. Das sind die Zahlen, die für uns sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dass Sie immer versuchen, das als Wahlgeschenke zu diskreditieren, das ist an Absurdität wirklich nicht zu überbieten.

Ein Punkt in der Debatte hat mich eben ganz besonders erregt, Herr Sieveke: dass Sie tatsächlich vom „Gewinsel von der Prävention“ sprechen. Das macht mich wirklich fassungslos; denn wir hatten in diesem Haus seit Langem einen Konsens, wie wichtig Prävention ist.

Gucken Sie mal zurück auf die Legislaturperiode vor 2010! Damals hatten wir eine Enquetekommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen. Seinerzeit gab es Konsens, dass man mehr für Prävention tun müsste. Heute stellen Sie sich hierhin und erzählen: Prävention ist Gewinsel, ist Gejammer. Eigentlich braucht man das überhaupt nicht. Wir brauchen endlich mal wieder irgendwen, der hart durchgreift.

Das ist einfach nur noch demaskierend für Sie. Daraus spricht eine konzeptlose, eine ideenlose CDU, die längst nicht mehr die Partei der inneren Sicherheit ist, sondern einfach keine Ahnung mehr hat, was sie im Bereich der inneren Sicherheit tun will.

Neue Aufgaben angehen, Herausforderungen wirksam begegnen und die Prävention stärken – das sind die innenpolitischen Leitlinien von Rot-Grün.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Matthi Bolte (GRÜNE): Die Opposition, gerade Schwarz-Gelb, hat sich für eine Arbeitsteilung entschieden, die da heißt: Sie von CDU und FDP skandalisieren, wir als regierungstragende Fraktionen arbeiten. – Ich glaube, die eben genannten Leitlinien sind gute Leitlinien, nach denen wir arbeiten.

Dass Sie daran nicht mitwirken wollen, das haben Sie heute gezeigt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die Piraten spricht jetzt der Kollege Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch Grüße an die neu hinzugekommenen Bürgerinnen und Bürger auf der Tribüne und im Livestream! Ich möchte jetzt doch noch etwas zu den CDU-Vorwürfen sagen, Rot-Grün in NRW vernachlässigte die Kriminalitätsbekämpfung. – Das ist ganz schlimmes Wahlkampfgetöse! Werden wir jetzt weiter in jeder Plenarwoche und in allen Innenausschusssitzungen über dieses Thema sprechen? Ich befürchte das. Ich sage Ihnen auch, warum. Die SPD hat die CDU beim Thema „Sicherheit“ rechts überholt, und die CDU sieht ihre Felle davon schwimmen.

Lieber Herr Biesenbach, Sie sind richtig sauer, dass Rot-Grün mittlerweile eine schärfere Sicherheitspolitik betreibt als die Union. Da bleibt Ihnen nichts mehr. Sie laden ja schon sozialdemokratische Ordnungsdezernenten zu CDU-Klausurtagungen ein, damit diese Ihnen Nachhilfe in Sachen Sicherheit erteilen – so letztens in Oberhausen bei der dortigen CDU-Fraktion geschehen.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Und Achtung! Herrn Minister Jäger können Sie nun wirklich nichts mehr vorwerfen. Er hat es ja dank gruseliger Märchen und aufgebauschter Warnungen vor Islamisten und Terroristen geschafft, dass zukünftig schon bei Ordnungswidrigkeiten sämtliche Bestandsdaten von Behörden und Nachrichtendiensten abgerufen werden können.

(Beifall von den PIRATEN)

Das bedeutet, dass Telekommunikationsanbieter Adressen, PINs und Passwörter herausgeben müssen. Falschparker werden damit auf eine Stufe mit Terroristen gestellt. Dank Herrn Jägers Einsatz haben wir keine Kontrolle mehr darüber, was mit unseren persönlichen Daten passiert und wer uns im Internet über die Schulter schaut. Das, liebe Kollegen von der CDU, können auch Sie nicht mehr überbieten.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich möchte den Rest meiner Redezeit nutzen, um über die Kriminalitätsprävention zu sprechen, dazu kurz auf Ihre Einlassungen, Herr Körfges und Herr Bolte, einzugehen und Lösungswege vorzuschlagen, die wir beschreiten sollten.

Zunächst einmal: Nachhaltige Kriminalitätsbekämpfung ist gleichbedeutend mit Armutsbekämpfung.

Da der Armutsbericht der Bundesregierung, wie wir alle wissen, geschönt wurde, beziehe ich mich lieber auf die Studie des Paritätischen Gesamtverbands. Laut dessen Bericht ist die Armutsgefährdung seit 1990 stetig gestiegen. 15,1 % der Bevölkerung in Deutschland ist armutsgefährdet. Das sind 12,4 Millionen Menschen, jeder Sechste. Das ist ein Negativrekord. Im Bericht heißt es, dass Berlin und das Ruhrgebiet in der mehrjährigen Betrachtung die mit Abstand besorgniserregendsten Regionen in Deutschland darstellten.

Ich zeige Ihnen hier eine Grafik über die Armut nach Bundesländern aufgeschlüsselt.

(Der Redner hält ein Blatt hoch.)

Ich sehe hier ein Nord-Süd-Gefälle. Dieses Nord-Süd-Gefälle muss auch berücksichtigt werden, wenn wir über die Kriminalitätsbekämpfung sprechen. Was wir wirklich brauchen, ist ein Sofortprogramm gegen die wachsende Armut.

(Beifall von den PIRATEN)

Zum Schluss möchte ich anhand des Bereichs Jugendkriminalität Lösungsansätze skizzieren.

In Nordrhein-Westfalen gibt es einige positive Ansätze dazu, die es zu intensivieren gilt. Zum Beispiel steht den Jugendkontaktbeamten der Dortmunder Polizei seit 2011 ein aus Landesmitteln finanzierter Pädagoge zur Verfügung. Hier scheint man langsam zu lernen: Nur wenn die Sozialarbeit mit der Polizeiarbeit integrativ zusammenarbeitet, werden langfristig Straftaten verhindert und nicht nur verfolgt.

(Beifall von den PIRATEN)

Viele Probleme lassen sich gerade nicht durch Repressionen lösen. Denn was die Polizei zu Gesicht bekommt, ist meist nur die Spitze des Eisbergs einer Vielzahl von sozialen Problemen. Diese lassen sich eben nicht mit polizeilichen Mitteln lösen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Biesenbach.

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war zumindest eine laute Debatte. Herr Körfges, von Ihnen kam besonders viel Abscheu und Empörung. Nur: Sie haben nicht zu uns geredet.

Wir haben eine Debatte erlebt, bei der die Kollegen von der FDP und wir den Finger in die Wunde gelegt haben. Und wovon haben Sie gesprochen? Von einer Statistik, die für uns keine Rolle spielte. Wir haben nicht über Ranking gesprochen, wir haben nicht darüber nachgedacht, wie sicher oder unsicher

eine Stadt ist. Wir haben vielmehr gefragt: Was tut diese Landesregierung dagegen, dass die Zahl der Straftaten in Nordrhein-Westfalen fünfmal so hoch steigt wie im Bundesdurchschnitt?

(Zuruf von Matthi Bolte [GRÜNE])

Die Antwort heißt – nachzulesen in der Zeitung –, man müsse davon ausgehen, dass die Rhein-Ruhr-Metropole als Ballungsgebiet vergleichbar sei mit London oder New York. Herr Körfges sagt zwar, wir seien nicht in Manhattan-Süd.

(Zuruf von der SPD: In Düsseldorf!)

Dann wende ich mich mal an das Ministerium: Wo ist denn das Konzept, das Sie dagegensetzen? New York hat es geschafft, mit dem Konzept von „Null Toleranz“ zu einer der sichersten Städte zu werden.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Man muss dieses Konzept nicht akzeptieren, Herr Kollege, aber man muss ein eigenes dagegensetzen. Man muss etwas tun. Und was tun Sie? Nichts! Das ist es, was wir Ihnen heute vorhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will die Zahlen noch einmal nennen. Der Anteil der Kriminalbeamten, die Straftaten bekämpfen, ist so hoch wie 1992, er beträgt nämlich ca. 22 % der Polizeibeamten, egal wie hoch die Gesamtzahl ist.

Die Zahl der zu bearbeitenden Straftaten ist jedoch um 220.000 gestiegen. Kein Wort von Ihnen, was Sie dagegen tun wollen. Sie können ja auch nichts dagegen tun. Heute wird – mit Ihren Strategien – immer noch so getan, als handle es sich um Einzeltäter, die die Einbrüche begehen. Da ist keine Rede von Banden, die aus Rumänien oder Bulgarien kommen und in der Nacht das Diebesgut Richtung Venlo abtransportieren.

Betrachtet wird der Tatort, aber das Tatgeschehen wird nicht hinterfragt. Kriminalbeamte erzählen uns ganz deutlich, dass sie in Spuren und in Informationen ertrinken, die sie aber nicht in die Informationssysteme eingeben können, weil sie hierfür keine Beamten haben. Es wäre doch eine Strategie, einmal täterorientiert zu arbeiten und zu versuchen, Licht ins Dunkel zu bringen.

Wir haben die Dateien, wir haben die Programme, aber wir haben keine Menschen, die sie bedienen. Warum? Weil der Minister nicht in der Lage ist, die Polizeibeamten entsprechend zu organisieren.

Die Tatzeugen sitzen doch in Ihren eigenen Reihen. Ich will an Ihren ehemaligen Kölner Polizeipräsidenten Stiefelhagen erinnern.

(Zuruf von der SPD: Der heißt Steffenhagen!)

Der hatte ein Konzept auf dem Tisch, der hatte eine Vision. Der wollte München in puncto Sicherheit überholen. 2011 musste er dann zugeben, dass das

nicht möglich war. Warum? Die bayerische Polizei ist so organisiert, dass bei etwa vergleichbarer Personalstärke 900 Beamte mehr in München Dienst tun als entsprechend bei uns in Köln. Kein Wort dazu!

(Beifall von der CDU)

Mit diesen Punkten könnten Sie arbeiten.

Gehen wir noch ein Stückchen weiter. Ist es für Sie nicht bedenklich, dass der Leiter des Einbruchskommissariats der Kripo Köln im Zusammenhang mit dem massiven Anstieg der Zahl der Wohnungseinbrüche davon berichtet, dass er seine Wertsachen mittlerweile in einem Bankfach hinterlegt hat? Solche Punkte blenden Sie einfach aus. Davon reden wir, und nicht von Statistik.

Nehmen wir ein für die Arbeit dieses Ministers ganz typisches Beispiel. Da geht es um den Umgang mit Rockern. Der Minister verkündet ganz groß in der „WAZ“ vom 23. Februar 2013:

„Wir sind der Chef im Ring ... Die Situation wird sich in den nächsten Wochen spürbar verbessern.“

Prima, das würden wir alle gerne glauben. Drei Tage später wird ein 23-jähriger Duisburger, der den Hells Angels nahesteht, vor einem Burger-Restaurant in Oberhausen-Sterkrade von fünf Schüssen in den Bauch getroffen. Die Mordkommission vermutet, dass es sich bei dem Täter um ein Mitglied der Duisburger Bandidos handelt.

Kurz darauf – alles nach der Ankündigung des Ministers – erklärt der Präsident des in Duisburg ansässigen Rockerclubs Satudarah den verfeindeten Hells Angels erstmals öffentlich den Krieg. Die Hells Angels werde es in Duisburg bald nicht mehr geben, sagt der Rockerchef der „Bild-Zeitung“ – Zitat –: Wir weichen nicht zurück, egal was kommt. Der Krieg ist in vollem Gange. In Duisburg wird die Zukunft Europas entschieden. – Der hat auch die Zeitung gelesen und weiß, was der Minister gesagt hat. Nichts zu merken von „Chef im Ring“.

Ende April 2013 berichtet die „Bild-Zeitung“, dass 100 Hells Angels aus Duisburg, Oberhausen, Aachen, Köln und Mönchengladbach die Eppinghofer Straße in Mülheim an der Ruhr übernommen haben. Die Rocker würden der Polizei drohen, Schutzgelder von Ladenbetreibern erpressen und nachts die Straßen sperren. Zitat eines Hells Angels:

„Wir werden von Mülheim aus das ganze Ruhrgebiet erobern, die Banditen vertreiben! Die Polizei sollte uns dabei besser nicht stören.“

Das ist die Antwort der Rockerszene auf die Ankündigung des Ministers, er wolle Chef im Ring werden.

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit.

Peter Biesenbach¹⁾ (CDU): Ergebnis hierzu: Die Personenschützer der Ministerpräsidentin haben laut „Bild-Zeitung“ bereits bei der Polizei nachgefragt, ob sie und die Ministerpräsidentin – in ihrer eigenen Heimatstadt! – diese Straße künftig besser meiden sollten.

Das ist der Alltag in Nordrhein-Westfalen. An dem hätten wir gerne etwas geändert. Statistik spielt hier keine Rolle; tun Sie lieber etwas dafür! Bekämpfen Sie Kriminalität, bekämpfen Sie Straftaten, Herr Stotko! Und dann unterhalten wir uns wieder darüber. So ist jedes Versagen, das wir weiter dokumentieren werden, ein Versagen dieses Ministers und ein Versagen dieser Regierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Herr Minister Jäger, bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Da es unüblich ist, dass ein Minister eine Zwischenfrage stellt, nutze ich die noch verbleibende Redezeit, um kurz auf etwas hinzuweisen. Herr Biesenbach, ich hoffe, Sie nehmen zur Kenntnis: Die beiden von Ihnen zitierten Rocker der Vereinigung Satudarah befinden sich zurzeit in Haft. Das ist die Antwort der Polizei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. An einem Punkt will ich Sie gerne korrigieren. Es ist laut unserer Geschäftsordnung bei Aktuellen Stunden jedem Kollegen und jeder Kollegin untersagt, Zwischenfragen zu stellen, also nicht nur der Landesregierung.

Wir sind am Ende dieses Tagesordnungspunkts. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie unterlassen – Keine neuen Belastungen zulasten der Mitte unserer Gesellschaft

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2882

In Verbindung mit:

Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2898

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP Herrn Kollegen Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein britisches Magazin titelt dieser Tage: „Why can't we be more like Germany?“ – Warum können wir nicht mehr so sein wie Deutschland?

Vor einigen Wochen hat „Le Monde“ in Frankreich dem französischen Staatspräsidenten empfohlen: Macht den Schröder.

Sie aber, meine Damen und Herren von Rot-Grün, wollen es anders machen. Sie wollen eine gefährliche Gratwanderung mit dem höchsten Steuererhöhungsprogramm der Geschichte, wie die grüne Steuerexpertin Christine Scheel dieser Tage im „Focus“ geschrieben hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deutschland war einmal der kranke Mann Europas. Aber mit einem marktwirtschaftlichen Kurs ist unser Land wieder erstarkt. Heute ist Frankreich dabei, der Patient Europas zu werden,

(Jochen Ott [SPD]: Wer war damals die Regierung?)

und mit Ihrer Politik droht Deutschland wieder Ansteckungsgefahr, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aus diesem Grund diskutieren wir Ihre Steuererhöhungspläne auch hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Es ist nicht allein eine bundespolitische Frage, denn bis in die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin baut Ihre gesamte Finanzstrategie auf Steuererhöhungen des Bundes auf.

Diese rot-grünen Pläne sind unglaublich, sie sind ungerecht und gefährlich. Zu diesen drei Aspekten Ihrer Pläne will ich hier sprechen.

Erstens. Sie sagen, Sie wollten und müssten trotz der Rekorderlöse des Staates massiv an der Steuerschraube drehen, um in Bildung und Infrastruktur zu investieren und um die öffentliche Verschuldung abzubauen. Das ist das, was wir regelmäßig dann hören, wenn wir Sie befragen, warum Sie in diesen konjunkturellen Zeiten die Steuern so stark erhöhen wollen. In Nordrhein-Westfalen haben Sie seit dem Jahr 2010 6 Milliarden € zusätzlich in der Staatskasse, als damals zu erwarten war.

Was ist passiert bei Bildung, bei Infrastruktur, beim Abbau der Verschuldung? Dreimal ein verfassungswidriger Haushalt in Folge. Sylvia Löhrmann halbiert den Vertretungsunterricht an Schulen, um die globale Minderausgabe zu erwirtschaften, und Sie kürzen mit Ausnahme des Radwegebaus auch bei den Landesstraßen.

Weil Sie hier in Nordrhein-Westfalen das Gegenteil von dem machen, was Sie im Bund fordern, sind Sie unglaublich mit Ihren Plänen, meine Damen und Herren,

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ich nenne einmal nur beispielhaft das grüne Programm. Sie haben in Ihrem Programm den Menschen 25 Milliarden € zusätzliche Staatsaufgaben, zusätzliche soziale Leistungen versprochen. Das, was Sie ausgeben wollen, ist fünfmal mehr, als Sie allein über die Erhöhung der Einkommensteuer in die Kasse bekommen könnten.

Wir werden aber unseren Staat niemals aus den Schulden befreien, wenn Sie den Menschen immer noch neue Sozialleistungen auf Pump versprechen. Wir müssen irgendwann lernen, mit dem Geld des Staates auszukommen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das müssen die Hoteliers machen!)

Zweitens. Die IG Metall hat am gestrigen Tag einen sehr beachtlichen Tarifabschluss von 5,6 % erzielt. Das ist ein beachtlicher, aber ein angemessener Tarifabschluss, weil die Beschäftigten unseren Aufschwung mit erwirtschaftet haben.

Übrigens: Die von Rot-Grün vielgescholtene Wirtschaft behandelt ihre Beschäftigten damit sozialer als die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, weil Sie den Bediensteten nämlich ihren Anteil am Aufschwung verweigern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Doch der entscheidende Punkt ist, dass den Beschäftigten der IG Metall viel zu wenig von dem, was sie an Gehaltserhöhung bekommen, tatsächlich verbleibt, weil Sie sich der Anpassung des Steuersystems an die allgemeine Preisentwicklung verweigern.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie blockieren die Dämpfung der kalten Progression im Bundesrat, und das ist die erste, die heimliche Steuererhöhung, die Sie zu verantworten haben, und zwar nicht für Banker und Manager, sondern für die Mitte der Gesellschaft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es wird noch schöner. Den Grundfreibetrag, von Verfassungen wegen erforderlich, haben Sie mit uns gemeinsam erhöht, aber die Anpassung des Tarifverlaufs haben Sie mit Ihrer Mehrheit blockiert. Das Ergebnis ist, dass die Tarifkurve des Steuersystems jetzt noch steiler ansteigt, und zwar für die kleinen Einkommen. Für die Bezieher niedriger Einkommen steigt der Tarif steiler an. Das kennzeichnet Ihre Politik: Sie reden über die Reichen, aber Sie kassieren

bei den Kleinen. Das ist die große Unglaubwürdigkeit der Politik, die Sie betreiben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Sie reden über die Reichen und geben es den Reichen!)

Diese Politik ist ein Menetekel für das, was Mittelstand und Mittelschicht, was die Fleißigen und Qualifizierten nach der Bundestagswahl zu erwarten hätten, wenn die SPD mehr als 23 % erzielen würde und tatsächlich in eine verantwortliche Situation käme.

(Jochen Ott [SPD]: 40 %, Herr Lindner!)

Getroffen werden nämlich die Fleißigen und Qualifizierten in unserer Gesellschaft, zum Beispiel der Industriemeister bei Ford und seine Frau, die als Erzieherin bei der Stadt Köln arbeitet. Herr Priggen, was verdienen die beiden im Jahr? Welches Jahreseinkommen haben ein Industriemeister bei Ford und seine Frau, wenn sie Erzieherin bei der Stadt Köln ist? Das sind Menschen, die deutlich über 70.000 € Jahreseinkommen haben, und sie sind damit voll getroffen von Ihrer Politik der Steuererhöhung, der Bürgerversicherung, der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und von anderen Fragen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Mitte der Gesellschaft treffen Sie, die Fleißigen und Qualifizierten wollen Sie zur Ader lassen. Und für diese Menschen hat Leistungsfeindlichkeit zwei Farben: Rot und Grün.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Verehrte Damen, meine Herren! Die Pläne, die Sie auf Ihren Parteitagen beschlossen haben, sind gefährlich. Niemand kann glauben, dass eine Steuererhöhung von insgesamt 40 Milliarden € ohne jede Auswirkung auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland wäre.

Der Deutsche Industrie-Handelskammertag beziffert die Arbeitsplatzverluste durch diese Politik auf 1,4 Millionen Arbeitsplätze. Für die Familienunternehmen, für die vielfach die Einkommensteuer die betriebliche Steuer ist, summieren sich beispielsweise die Pläne von Bündnis 90/Die Grünen auf eine Grenzbelastung von 87 %. Damit sägen Sie den Ast ab, auf dem wir alle sitzen, nämlich unsere stabile mittelständische Struktur in Deutschland.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihre eigenen Leute kritisieren das. Herr Kretschmann warnt vor unzumutbaren Belastungen für die Mittelschicht und den Mittelstand. Rezzo Schlauch spricht von einem Sperrfeuer von Steuererhöhungen. Aber all das beeindruckt Sie nicht.

Rot-Grün glaubt offenbar, Deutschland wird sozialer mit jedem Euro, den Sie in den Händen haben. Wir

sagen, Deutschland wird unsozialer mit jedem Arbeitsplatz, der durch Ihre Politik vernichtet wird. Deshalb stellen wir uns dem entgegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Lindner. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Landtag ist der Ort, an dem wir in vielen Jahrzehnten immer die Interessen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen vertreten haben, der Arbeitnehmer, der Unternehmer, der Handwerker. Das war in diesem Haus auch sehr oft Konsens. Seit Karl Arnold hat man hier dafür gekämpft, dass wir der wirtschaftliche Motor in ganz Deutschland sind. Deshalb ist es gut, dass man sich bei manchen Themen vielleicht auch über Parteigrenzen hinweg zu diesem Industrieland bekennt.

Wir merken im Moment, dass die deutsche Wirtschaft gut dasteht. Herr Römer schmunzelt vor Freude. So ist das. Auch die Gewerkschaften sind hoch zufrieden mit dieser Bundesregierung,

(Beifall von der CDU und der FDP)

weil so viele Menschen wie noch nie seit der Wiedervereinigung heute in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen sind, weil die Sozialkassen übersprudeln, weil die Bundesagentur für Arbeit Milliardenereinnahmen hat, weil die Steuereinnahmen – auch zugunsten des nordrhein-westfälischen Finanzministers – sprudeln wie noch nie.

Dennoch stehen wir vor der Frage, wie wir Industrieland bleiben können. Christian Lindner hat ein paar Beispiele genannt. Was ist mit der Infrastruktur? Wie entwickeln sich die Energiekosten für Unternehmen und Verbraucher? Wie wird es mit exzellenten Universitäten? Das sind alles Fragen, über die wir den Wettstreit führen.

Dann geht es um die Frage, was wir jetzt eigentlich noch tun können, damit wir unsere Wirtschaft nicht noch zusätzlich belasten. Steuerentlastungen, lieber Christian Lindner, wie 2009 gehen auch nicht mehr. Wir wissen heute: Wir wollen mit den Steuereinnahmen, die da sind – sie sind sehr hoch –, vernünftig wirtschaften.

Ich erwarte aber von einer Landesregierung – von Frau Kraft, von Herrn Duin, auch von Frau Löhrmann –, dass sie diese Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen auch einmal in Berlin anmeldet, so wie das Karl-Josef Laumann diese Woche zum Fracking gemacht hat. Er hat ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt und etwas erreicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Notfalls muss man das auch einmal gegen die eigenen Leute machen, weil es um die Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen geht.

(Zurufe von der SPD – Anhaltende Unruhe)

Andere machen das ja. Christian Lindner hat einige zitiert. Die frühere Mittelstandsbeauftragte der Grünen, Christine Scheel, aus Bayern macht das. Thomas Gambke, grüner Mittelstandsbeauftragter der Bundestagsfraktion aus Bayern, meldet Kritik an diesen grünen Plänen an. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Kerstin Andreae, aus Baden-Württemberg kritisiert das ebenfalls. Ministerpräsident Kretschmann schreibt mit Nils Schmid zusammen einen Brief. Wo ist denn der Brief von Frau Kraft und von Frau Löhrmann an ihre Parteivorsitzenden?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Erklären Sie mir doch bitte einmal, wieso Herr Kretschmann und Nils Schmid die Interessen des Landes Baden-Württemberg wahrnehmen. Baden-Württemberg hat 484.000 kleine und mittlere Unternehmen, Nordrhein-Westfalen hat 750.000. Sie hätten dreimal Briefe schreiben müssen, Frau Löhrmann und Frau Kraft, anstatt hier einfach Stillschweigen herrschen zu lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schauen wir uns einmal an, um wen es denn geht. Nehmen wir einmal ein Beispiel. Das rheinische Familienunternehmen Henkelhausen stellt Notstromaggregate und Hebebühnen her. Es hat 260 Mitarbeiter, einen Umsatz von 70 Millionen €. Dieses Unternehmen müsste nach Ihren Plänen 420.000 € Vermögensteuer zahlen. Das sind 20 % des Jahresüberschusses. Der Unternehmer erklärt dann, das müssen wir jetzt aus dem Unternehmen herausnehmen. Wir haben das Vermögen ja nicht irgendwo liegen, sondern das ist im Unternehmen.

Dieses Geld fehlt für Investitionen, für internationale Expansion und für neue Arbeitsplätze. Deshalb vernichten Sie Arbeitsplätze.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das sind alles keine CDU-Erfindungen.

In früheren Zeiten konnten Sie Programme schreiben, und keiner merkte es. Heute gibt es www.vermoegensteuerrechner.eu, die Seite der Familienunternehmer. Da kann jeder seine Zahlen eingeben, die Zahl seiner Mitarbeiter, seinen Umsatz, und er weiß exakt, was Rot-Grün ihn kostet. Dieses Internet, lieber Herr Walter-Borjans, wird Ihnen zum Verhängnis. Sie könnten da vielleicht auch noch manches nachrechnen, weil es daran an Ihren Rechnungen auch immer fehlt.

Es gibt klare Beschlüsse, klare Grundlagen, und jeder weiß, was Rot-Grün kostet. Das ist auch gut so.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das gerade genannte Beispiel war aber keine Personengesellschaft. Bei einer Personengesellschaft – das sind Tausende Familienunternehmen – wird das Ganze noch schlimmer, weil Sie den Spitzensteuersatz erhöhen und bei dieser Personengesellschaft beispielsweise der Steuersatz von 47 % auf bis zu 60 % steigen kann. Dazu sagt jetzt Herr Trittin, man muss ja nicht mehr Personengesellschaften führen. Er sagt wörtlich im „Handelsblatt“: Wäre ich Unternehmensberater, würde ich immer zur GmbH raten.

(Lachen von der CDU)

Ich weiß nicht, wer in Deutschland so irre ist, sich Herrn Jürgen Trittin als Unternehmensberater zu holen.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Was ist denn das für eine Logik, Parteitagsbeschlüsse zu machen und den Leuten direkt zu empfehlen, wie sie denn die neuen Beschlüsse am besten umgehen können, indem sie nämlich GmbHs gründen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist das Grundmissverständnis darüber, was soziale Marktwirtschaft ist. Wir wollen den Unternehmer, der persönlich haftet, auch mit seinem Betriebs- und Privatvermögen – das ist unser Leitbild –

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

und wir wollen, dass Haftung und Gewinn zusammengehören und dass man das nicht anonymisiert. Auch der bizarre Streit von Jürgen Trittin mit dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages über die Frage, ob denn da wirklich Arbeitsplätze gefährdet werden, ist bezeichnend. Jeder, der so ein Unternehmen führt, kann es Ihnen vorrechnen.

Das Einzige, was mich beeindruckt, wenn ich heute die „Süddeutsche Zeitung“ lese, ist, dass sich der SPD-Kanzlerkandidat gut vorstellen könnte, im Fall der Fälle den sehr kenntnisreichen Kollegen Trittin als Finanzminister in sein Kabinett zu berufen.

(Lachen und Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden Tag für Tag bis September laufen, damit Trittin nicht Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland wird.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Nun sagt die „taz“ aus Berlin, kein Verlautbarungsorgan der CDU: „Grün am Steuer – das wird teuer“. Es geht neben den Familienunternehmen auch um ganz normale Menschen. Christian Lindner hat auch da eben einige Beispiele genannt.

(Volker Münchow [SPD]: Uli Hoeneß! – Zurufe von der CDU)

– Ja, ich komme auf Uli Hoeneß. Sie tun so – ich danke Ihnen für den Zwischenruf –, als ginge es Rot-Grün um die oberen Zehntausend, um Banker, um Uli Hoeneß, um Showstars, um Schickeria, um Leute, die sich bei Kaviar und Champagner in Bochum für 25.000 € Steinbrück-Reden anhören, um solche Leute.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Also um diese Wohlfühl-Schickeria, die sich da umtreibt, ginge es Ihnen, behaupten Sie.

Ich sage Ihnen: Es geht Ihnen nicht um diese oberen Zehntausend, sondern es geht um die Zehntausend, die gestern vor dem Landtag standen. Die Leute treffen Sie!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Volker Münchow [SPD])

Ich verstehe, dass es schwer ist, 1:1 umzusetzen, was jetzt an Gehaltserhöhungen ansteht. Das verstehe ich. Das ist nicht leicht für einen Landeshaushalt. Aber das Schlimme ist, dass das nach dem Kabinettsbeschluss von Frau Kraft damit begründet wurde, dass die, die mehr verdienen, die Besserverdienenden einen Sonderbeitrag leisten. Und die beginnen bei Ihnen bei A 11 und sind in der Spitze bei A 13. Das ist die Mitte der Gesellschaft, und die treffen Sie auch mit Ihren Steuerhöhungsorgien.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das können Sie alles auf der grünen Internetseite der Bundestagsfraktion nachlesen. Da haben die Bürger zu dem Programm Stellung genommen. Ich lese Ihnen einmal ein Beispiel vor:

„Wir sind eine vierköpfige Familie, ein Vollzeitpflegekind inklusive. Meine Frau und ich stammen aus Arbeiterfamilien und haben uns den derzeitigen Stand hart und zum Teil auf dem zweiten Bildungsweg erarbeitet. Uns nun steuerlich auf eine Stufe mit Bankvorständen und Chefetagen zu stellen, ist eine Frechheit. Bisher sind wir verlässliche Grünen-Wähler. So werdet ihr gleich zwei Stimmen verlieren.“

Rechnen Sie einmal nach, was das Ehegattensplitting kostet, wie viel Leute davon betroffen sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich nenne Ihnen ein allerletztes Beispiel, nachgerechnet, aus dem Kreis Heinsberg. Da ist ein Rentner, früher war er Schlosser, 67 Jahre alt. Er erhält monatlich eine gesetzliche Rente von 1.946 €. Seine Frau bekommt für anerkannte Kindererziehungszeiten 68,27 €. Dieses Paar wohnt zur Miete, weitere Einkünfte hat es nicht. Sie zahlen bisher keine Steuern.

Wenn Sie das Ehegattensplitting abschaffen, behandeln Sie plötzlich die beiden so, als seien sie ledig gewesen, als hätten sie in ihrem Leben keine Kinder erzogen, und sie müssten 417 € in Zukunft

zusätzlich zahlen. Sie treffen die Rentner und die kleinen Leute mit Ihrer Ideologie.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Dann sagt Frau Kraft – das ist jetzt das Neueste –: Ja, das, was die Grünen machen, das teile ich auch nicht. Das ist nicht SPD-Politik. – Sie will aber auch das Ehegattensplitting für künftige Ehen abschaffen. Aber auch künftig wird es Fälle geben, dass jemand Kinder erzieht und aus dem Beruf aussteigt. In einer älter werdenden Gesellschaft werden Menschen aussteigen, weil sie Pflegezeiten für ihre Eltern in Anspruch nehmen,

(Jochen Ott [SPD]: Die Kinderbetreuung muss finanziert werden, die Lebensgemeinschaften!)

weil sie ihre kranken Eltern pflegen. Denen das Ehegattensplitting abzunehmen, ist eine Unverschämtheit!

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Das ist falsch!)

Die Grünen sind angetreten mit dem Spruch: Deutschland ist erneuerbar. Ich habe den Eindruck, Sie haben nur noch im Kopf: Deutschland ist besteuert. Das ist rot-grüne Politik, mit der Sie in diese Wahl gehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Hahnen das Wort.

Uli Hahnen (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Herr Laschet begann, wir hätten jahrelang Konsens in Sachen Industrieland Nordrhein-Westfalen, in Sachen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land, in Sachen Mittelstand, Wirtschaft und Industrie, da hatte ich die Hoffnung, heute kriegen wir mal eine vernünftige Rede von Ihnen, Herr Laschet.

(Unruhe)

Es tut mir in der Seele weh, dass Sie uns wieder enttäuscht haben.

(Beifall von der SPD)

Sie kommen doch aus Aachen. Vielleicht könnten Sie in Aachen einen Preis wider den politischen Ernst anregen. Dann wären Sie der erste Preisträger, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Es ist richtig, meine Damen und Herren, dass wir in NRW Investitionen brauchen, Investitionen in Kin-

der, Bildung, die öffentliche Infrastruktur, unsere Kommunen – und all das bei Einhaltung der Schuldenbremse des Grundgesetzes. Das sind wirtschaftliche Voraussetzungen für einen Erfolg unseres Landes. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Das ist übrigens auch von meinen Vorrednern so gesagt worden. Nur, Herr Kollege Lindner, wir nehmen das Geld in die Hand für die Infrastruktur, für die Bildung und nicht für soziale Geschenke, die irgendwo verteilt werden.

Allein im Bildungsbereich fehlen 20 Milliarden € pro Jahr, wenn wir auf den Durchschnitt der westlichen Industriestaaten kommen wollen. 20 Milliarden € pro Jahr! Bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen gewaltigen Investitionsstau. Die Situation der Kommunen ist dramatisch – Sie wissen das genau –, und wir wollen die Investitionen nicht auf Sand bauen.

Was sind denn die Wahlversprechen von CDU und FDP? „Schulden abbauen“. Mit dieser Aussage beleidigen Sie – das sage ich ehrlich – den gesunden Menschenverstand aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wenn Sie als FDP plötzlich Sachwalter der kleinen Leute sein wollen, sage ich Ihnen: Das ist nur lächerlich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in den letzten drei Jahren in Nordrhein-Westfalen Zeichen gesetzt und unsere Hausaufgaben gemacht.

(Widerspruch von der CDU)

Wir haben die Nettoneuverschuldung um über 3 Milliarden € gesenkt. Das haben Sie in den fünf Jahren unter Rüttgers nirgendwo geschafft.

(Zurufe von der CDU)

Heute besitzen die reichsten 10 % der Bevölkerung über 60 % des Vermögens. Die Mittelschicht schrumpft, und Reiche werden immer reicher. Das sagt sogar der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung trotz der Zensur von Herrn Rösler.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

80 % der Gemeinwohllasten in Deutschland, also der Ausgaben für Bildung und für soziale Sicherung, tragen die Einkommen- und Mehrwertsteuerzahler. Kapital- und Vermögensteuereinkünfte tragen weniger als 20 % zur Finanzierung bei. Wir müssen dazu kommen, dass starke Schultern wieder deutlich mehr tragen als schwache.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP: Wie denn?)

Ich freue mich, wenn Herr Lindner und Herr Laschet Prozentzahlen der steuerlichen Belastung nennen. Sie sollten sich vielleicht im Vorfeld miteinander abstimmen. Bei Herrn Laschet waren es 60 %, bei Herrn Lindner waren es 87 %. Ich freue mich, dass

Sie bei den Steuerlasten der Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht auf über 100 % kommen.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)

Welches Konzept haben wir? Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei einem zu versteuernden Einkommen über 100.000 und bei Verheirateten über 200.000 €. Das ist nicht das Bruttogehalt, und es trifft höchstens 10 % der gesamten deutschen Steuerpflichtigen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie haben schöne Beispiele gemacht. Mit dem Internetrechner kann ich auch umgehen. Ein verheiratetes Paar mit zwei Kindern und einem Bruttogehalt von 138.000 € – das sind immerhin 11.500 € pro Monat, also mehr als die Mitglieder des Landtags an Diäten bekommen – zahlt in der Tat mehr Steuern im Monat: 17 Cent. Das ist wohl sogar für Sie ein verkraftbarer Betrag. Und dann, Herr Lindner, sagen Sie bitte nicht, dass Sie über kleine Leute reden. 11.500 € Verdienst im Monat hat mit kleinen Leuten überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall von der SPD)

Noch eines zur Mär der Vermögensteuer: Wir haben immer deutlich gemacht, dass es um eine Vermögensbesteuerung der privaten Vermögen und nicht um eine Substanzbesteuerung der Unternehmen geht. Es hat eine Anhörung zum Thema „Vermögensteuer“ gegeben, in der sich Unternehmer für die Vermögensteuer eingesetzt haben, weil sie der Meinung sind: Es gibt eine soziale Verpflichtung, die auch wir Unternehmer gegenüber diesem Staat haben.

Es gibt einen Unterschied zu dem, was CDU und FDP in der Vergangenheit gemacht haben: Wir sagen wir vor der Bundestagswahl offen und ehrlich, wie unser Steuerkonzept aussieht.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Es geht auch darum, Steuerschlupflöcher zu schließen und endlich den Steuerhinterziehern den Gar aus zu machen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Hahnen, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schemmer, CDU-Fraktion, zulassen?

Uli Hahnen (SPD): Egal von wem, immer.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Schemmer, Sie haben das Wort.

Bernhard Schemmer (CDU): Ich fand Ihre Aussage sehr loblich, dass Sie vor der Wahl sagen, was Sie nach der Wahl im Bereich der Steuer zu tun gedenken.

(Zuruf von der SPD: Sie nicht!)

Damit setzen Sie wohl eine alte Tradition fort, die Sie im Jahr 2005 schon gezeigt haben, als Sie vor der Wahl gesagt haben: Die Mehrwertsteuererhöhung, die die CDU mit 2 % vorgesehen hat, setzen wir auf null, die machen wir nicht mit. – Anschließend haben Sie sehr konsequent gehandelt und die Mehrwertsteuer um 3 % erhöht. Ist das Ihre Form, die Wahrheit zu sagen, was Sie nach der Wahl zu tun gedenken?

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Das ist die CDU!)

Uli Hahnen (SPD): Herr Kollege Schemmer, vielen Dank für die Zwischenfrage. – Ich kann Ihnen sagen: Wir haben mit unserem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück deutlich gemacht, welches Steuerkonzept wir im September nach der Wahl vorhaben. Ich gehe davon aus, dass die FDP mit ihren Wünschen für die SPD-Prozente bei der Wahl nicht ganz richtig liegen wird. Das SPD-Ergebnis wird deutlich höher sein. Ich hoffe inständig, dass die Wahlergebnisse der FDP deutlich unter den derzeitigen Prognosen liegen werden,

(Beifall von der SPD)

sodass möglicherweise dann ein wenig mehr Vernunft einkehrt. Jedenfalls macht es relativ wenig Sinn, dass wir so agieren, wie es CDU und FDP in der Vergangenheit gemacht haben, nämlich dass Steuersenkungen als Klientelpolitik gemacht werden, dass sich die FDP erst von Mövenpick eine dicke Spende zukommen lassen kann, um dann anschließend ...

(Christian Lindner [FDP]: Lüge!)

– Sie sollten mit dem Vorwurf „Lüge“ vorsichtig sein. Bei dem Thema sollten Sie sehr, sehr vorsichtig sein. Sie sollten vielleicht erst einmal darüber nachdenken, ob Sie mit Ihrem ganz persönlichen Engagement als Unternehmer dieses Landes, der Subventionen in Millionenhöhe kassiert hat, nicht auch einen Beitrag hätten leisten können. Sie haben doch bisher in Ihrer Vergangenheit nur vom politischen Geschäft gelebt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ansonsten haben Sie doch nur deutlich gemacht, dass Sie als Unternehmer völlig versagen. Und hier treten Sie auf, als seien Sie Unternehmer par excellence.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: Hören Sie auf mit Ihren Steuersenkungsorgien! Das bringt nichts. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden es Ihnen nicht glauben. Sie werden in Erinnerung haben, was Sie mit den Hotels gemacht haben. – Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Hahnen, der Kollege Lindner von der FDP und der Kollege Schmalenbach von der Piratenfraktion würden Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Uli Hahnen (SPD): Immer.

(Christian Lindner [FDP]: Eine Kurzintervention!)

Vizepräsident Daniel Düngel: Alles klar, dann machen wir das so. Das habe ich dann falsch verstanden. – Dann stellt Herr Schmalenbach erst seine Zwischenfrage.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Mich würde interessieren, was das Privatleben von Herrn Lindner hier im Raum zu suchen hat.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Uli Hahnen (SPD): Herr Kollege Schmalenbach, das kann ich Ihnen gerne sagen. Herr Kollege Lindner ist derjenige, der sich hier immer als Besserwisser geriert, der weiß, wie Unternehmen handeln müssen. Das gehört dann auch hier in diese Diskussion.

(Robert Stein [PIRATEN]: Sie instrumentalisieren den Hoeneß! Sie instrumentalisieren den Lindner! – Weitere Zurufe von der FDP und den PIRATEN)

Nun Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie die Kurzintervention zulassen. – Herr Hahnen, wenn Sie sich hier schon als mein Biograf vorstellen, dann will ich Sie wissen lassen, dass ich sieben Jahre lang erfolgreich unternehmerisch tätig war und sieben Monate an einem Unternehmen, das nicht erfolgreich war, beteiligt gewesen bin.

(Beifall von der FDP)

Ich habe kein Problem damit, Verantwortung auch für unternehmerischen Misserfolg zu übernehmen. Sie sollten sich aber fragen, welches Bild Sie hier Menschen vermitteln, die sich vielleicht selbstständig machen und ins Risiko gehen wollen.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Welches Bild vermitteln Sie? – Diejenigen, die erfolgreich sind, dürfen sich auf Ihren Neid freuen, und über diejenigen, die scheitern, gießen Sie Spott und Häme aus. Stellen Sie sich die Frage nach Ihrem Charakter!

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Herr Hahnen, Sie haben bis zu 90 Sekunden Zeit für eine Antwort auf die Kurzintervention.

Uli Hahnen (SPD): Herr Kollege Lindner, ich habe überhaupt kein Problem damit, dass Existenzgründer auch scheitern können. Ich habe aber ein Problem damit, wenn Politiker über Jahre immer wieder in Parlamenten deutlich machen, wie gut sie doch sind, welche tollen Ideen sie für unternehmerisches Handeln haben, sich aber darüber ausschweigen – auch das lässt sich Ihrer Biografie entnehmen –, was sie selber zu verantworten haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Für die grüne Landtagsfraktion spricht jetzt der Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lindner hat ja großes Kino hier erwartet. Letzte Woche waren sechs Journalisten bei Ihrer Pressekonferenz. Am Wochenende haben Sie eine dreiseitige Pressemitteilung geschrieben, die niemand abgedruckt hat. Jetzt ist noch ein Journalist in diesem Plenarsaal verblieben. Das ganz große Kino ist offensichtlich ausgeblieben. Das Gehampel ist als substanzlos entlarvt. Niemand will mehr darüber schreiben.

Weil Sie die Bundestagswahl angesprochen haben, Herr Kollege Lindner: Sie kämpfen ja im Moment um 5 % statt der 15 %, die Sie noch vor vier Jahren hatten. Das ist auch nicht gerade ein Leistungsbeleg für die Koalition, zumindest nicht für den gelben Teil der Koalition.

(Zurufe von der FDP)

Herr Kollege Laschet, Sie haben eine super Steilvorlage geliefert, als Sie gesagt haben, Sie würden jeden Tag dafür strampeln und rennen, dass Jürgen Trittin nicht Bundesfinanzminister wird. Wenn Sie genauso gut strampeln und rennen wie vor der Landtagswahl, dann ist mir nicht bange.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben gesagt – das muss ich richtigstellen; das habe ich bereits gestern getan –, wir würden die 10.000 Menschen, die vor dem Landtag standen, mit unserer Steuerpolitik packen wollen. Das ist schlicht unzutreffend. Zutreffend ist, dass wir ab einem Single-Einkommen von 60.000 € den Einkommensteuersatz um einen gewissen Teil erhöhen und ab einem Single-Einkommen von 80.000 € jährlich den Spitzensteuersatz auf 45 % respektive

49 % anheben wollen. Der Spitzensteuersatz unter Schwarz-Gelb lag bei 53 %; das nur zur Erinnerung.

Hier haben eben zwei Leute gesprochen – der Kollege Lindner und der Kollege Laschet –, die in der Zeit, in der sie in der Regierung waren oder zu den Regierungsfractionen gehörten, jedes Jahr neue Schulden aufgebaut haben. Sie sprechen immer davon, dass wir Rekordsteuerreinnahmen haben und trotzdem jedes Jahr neue Schulden machen. Allein von 2008 bis 2011 ist die Staatsverschuldung in Deutschland von 1,6 Billionen € auf sage und schreibe 2,1 Billionen €, also um 25 %, angestiegen.

Die neue Steuerschätzung besagt: Trotz relativ hoher wirtschaftlicher Vordaten, die ja die Bundesregierung vorgegeben hat, werden die Steuereinnahmen nicht mehr so stark ansteigen. Jeder kann sich ausrechnen, dass sich die Zinssätze der staatlichen Refinanzierung von nahe null in den nächsten Jahren nicht auf Dauer halten lassen werden. Und Sie tun hier so, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, als wenn man in dieser Situation nicht vorausschauend handeln müsste, als wenn man sich nicht angucken müsste, welche staatlichen Aufgaben wir auf der einen Seite und welche staatlichen Einnahmen auf der anderen Seite haben und wie man es in den nächsten zehn Jahren organisieren muss, um das hinzubekommen.

Sie versprechen unter anderem ein beitragsfreies Vorschuljahr. Wenn Sie versprechen, die Schulden abzubauen, also keine neuen Schulden zu machen, sondern abzubauen, dann müssen Sie schon sagen, wie Sie es machen wollen. Davon habe ich nichts gehört, Herr Kollege Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Bundeshaushalt!)

Im Bundestagswahlprogramm der FDP ist dazu nichts zu finden.

Ich komme jetzt einmal zu den Einnahmegrößenordnungen, die das grüne Programm im Vergleich zu FDP und CDU sowie zu den Linken bietet. Das ist ganz interessant. Die Linken haben ein Programm vorgelegt, welches exakt auf die Einnahmelineie einschwenkt, die Schwarz-Gelb unter Genscher und Kohl hinterlassen hat. Das fand ich zumindest ganz Spaßig.

Rot-Grün will maximal ein Drittel dessen wieder einsammeln, was unter Schwarz-Gelb schon in Deutschland Recht und Gesetz war, Herr Kollege Lindner. Der wesentliche Unterschied ist, wir wollen das in einer deutlich gerechteren Struktur machen. Wir wollen 8 % belasten, nämlich diejenigen, die entweder über sehr hohe Vermögen, hohe Erbschaften oder über ein hohes Einkommen verfügen. Deswegen halten wir es für steuerlich gerecht, es so zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein Punkt, den Sie immer ins Zentrum der Kritik stellen, ist das Ehegattensplitting. Das ist der Angriffspunkt. – Den Einkommensteuer-Spitzensatz können Sie nicht wirklich meinen. Wir haben über 80 % der Bevölkerung auf unserer Seite, die es politisch richtig finden.

(Zuruf)

– Ja, nehmen Sie die Umfragen nach unserem Parteitag. Von der Einkommensteuererhöhung sind maximal 6 bis 7 % negativ betroffen. Die anderen werden sogar entlastet, obwohl wir mehr hereinholen.

Kommen wir also zum Ehegattensplitting. In den nächsten Tagen erwartet das Bundesverfassungsgericht ein Gesetz von der schwarz-gelben Bundesregierung, das die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen im Bereich des Ehegattensplittings darstellt. Wie ist die Situation in Nordrhein-Westfalen? Herr Kollege Laumann versteckt sich hinter dem Kreuz der katholischen Kirche und möchte damit lieber gar nichts zu tun haben. Gleichgeschlechtliche Lebensweisen sind möglicherweise igitt. Herr Kollege Laschet schlägt vor, sie gleichzustellen, aber die daraus entstehenden Kosten noch draufzupacken.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Das ist auch mal eben ein dreistelliger Millionenbetrag für Nordrhein-Westfalen. Interessanterweise schlägt der Vorsitzende der Seniorenunion vor, diesen Steuervorteil abzuschaffen. Daran würde ich gerne anknüpfen, um es klarzustellen.

Wir Grünen wollen ebenso wie die Sozialdemokraten keinen bestimmten Status, sondern wir wollen Verantwortung entlasten. Wir wollen Familien mit Kindern fördern. Wir wollen diejenigen steuerlich besser stellen, die sich um Kinder und Ausbildung kümmern und die Verantwortung übernehmen. Wir wollen nicht diejenigen fördern, die einfach nur einen Trauschein haben. Das ist der politische Unterschied, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich könnte jetzt ganz viele Vergleichsrechnungen für Menschen vornehmen, die bis 60.000 € verdienen und weniger belastet werden. Ich will aber noch einen anderen Punkt in den Fokus stellen: Wir wollen mit diesen Mehreinnahmen Dinge machen. Wir wollen bessere Bildung finanzieren. Wir wollen die Länder besser ausstatten.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Kollege Lindner, Sie waren in dem Fall nicht dabei. CDU, SPD und Grüne haben in diesem Landtag beschlossen, 50 % der Sozialausgaben der Kommunen vom Bund übernehmen zu lassen. Wer bezahlt die denn? Nirwana? Oder muss dafür Geld bereitgestellt werden?

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Herr Kollege Abruszat hat in der gestrigen Debatte noch gesagt, ...

(Christian Möbius [CDU]: Der Bund zahlt es jetzt schon!)

– Ach so. Dann ist ja alles gut. Dann brauchen wir nicht weiter darüber zu reden. Dann geht es den Kommunen gut, Herr Kollege Möbius.

Wir wollen, dass die Kommunen besser gestellt werden.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Ich komme zurück zum Parteitag der FDP. Er war sehr aufschlussreich. Es gab ein Riesengetöse, ein Riesengeschrei und eine lange Rede von Herrn Brüderle am Schluss. Ich möchte Ihnen abschließend den Kommentar dazu aus dem „heute-journal“ – nicht aus der „heute-show“ – nicht vorenthalten. Der Kommentator sagte nämlich: Bei Brüderle wartet man am Ende einer Rede immer darauf, dass entweder ein Tusch erfolgt oder der Notarzt kommt. – So viel zur Qualität der Freien Demokraten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Dündel: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Piratenfraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Dr. Paul.

(Unruhe)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, mein Lieblingspräsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Raum und daheim! Gestatten Sie mir eingangs eine Anmerkung. Herr Lindner und ich hatten gestern in der Debatte über unseren Antrag zur Lebensmittellkennzeichnung ein kleines Scharmützel. Ich habe behauptet, wesentliche Teile des Hochschulfreiheitsgesetzes seien in Gütersloh geschrieben worden. Herr Lindner hat mich folgerichtig gefragt, ob ich das belegen kann. Das ist völlig richtig, das hätte ich auch gemacht.

Herr Lindner, hier sind die Belege.

(Der Redner hält ein Blatt Papier hoch.)

Fragen Sie einen Piraten nie nach den Quellen. – Sie bekommen es gleich.

(Zurufe: Oh!)

Verehrte Briefeschreiber! Täglich grüßt das Murmeltier. Zum wiederholten Mal gibt es hier eine Debatte zur Steuerpolitik in Deutschland, die nach unserer Auffassung ins parlamentarische Absurditätenkabinett gehört. Die Aneinanderreihungen von Schuldzuweisungen sind einfach nur noch lächerlich.

Die Analyse der Fakten über die öffentlichen Haushalte – egal, ob Bund, Land oder Kommunen – lassen eigentlich nur einen Schluss zu. Wir müssen die

Ausgaben – und die Einnahmenseite beleuchten, wir müssen Input und Output betrachten. Das ist Grundvoraussetzung einer systemischen Betrachtungsweise. Dies ist zugegebenermaßen ein Fremdwort für viele Betriebswirte. Aber das mit dem „systemisch“ machen wir im Haushaltsverfahren eigentlich immer.

Was in den aktuellen Debatten von Ihnen kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen von Union und FDP, ist, ehrlich gesagt, mit „Blödsinn“ noch wohlwollend beschrieben.

(Beifall von den PIRATEN)

Mir fallen sofort Vokabeln ein wie: unseriös, realitätsfremd, marktradikal und staatsdiffamierend.

(Zuruf von der CDU: Mein Gott! – Zuruf von der CDU: Tusch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Was Sie hier immer wieder betreiben, verdient noch nicht einmal den Namen Laienschauspiel; denn viele Laien können das. Mit verantwortungsvoller Finanzpolitik hat das nichts mehr zu tun.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie berufen sich andauernd auf die soziale Marktwirtschaft und streichen direkt und ungeniert das Soziale in Ihren Anträgen einfach aus.

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

Wie großzügig ist in beiden Anträgen davon die Rede, dass die starken Schultern in diesem Land mehr tragen sollen als die schwachen! Ja, und? Das ist doch genau der gesamtgesellschaftliche Konsens, der gerade von Ihnen immer wieder infrage gestellt wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Mit viel Tamtam und Pathos legen CDU und FDP los und arbeiten sich an den Wahlprogrammen der anderen ab, wohl mit dem Ziel, von der eigenen Unfähigkeit abzulenken.

(Zuruf von der CDU: Phrasen!)

– Das mit den Phrasen können Sie auch ganz gut, nicht wahr?

Da behaupten Sie einfach, dass keine Handlungsspielräume für Steuergerechtigkeit in Deutschland vorhanden sind. Und Ihr einziges Argument lautet, NRW habe die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte des Landes.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ja, wo sind denn dann Ihre Einsparvorschläge für den Landeshaushalt? Erzählen Sie doch den Lehrerinnen und Lehrern, dass Sie bei der Bildung sparen wollen!

(Zuruf von der CDU)

Teilen Sie den Polizeibeamten mit, dass der Gürtel noch enger geschnallt werden soll!

(Beifall von den PIRATEN)

Erzählen Sie den Parteikollegen vor Ort, dass leider kein Geld mehr für Straßen und Brückenbau da ist!

(Beifall von den PIRATEN)

Erzählen Sie den Altenpflegern und Erziehern, dass sie leider keine gute Bezahlung bekommen, weil die öffentlichen Kassen leer sind! – Das sind die Folgen Ihrer Blockadepolitik im Deutschen Bundestag.

Gerade jetzt ist eine Studie des Paritätischen Gesamtverbandes herausgekommen. Da hat man nach Parteizugehörigkeit gefragt, wie das aussieht mit dem Besteuern höherer Vermögen. Bei dieser Geschichte sagen 66 % der Anhänger der CDU/CSU, dass sie eine positive Meinung zur stärkeren Besteuerung großer Einkommen und Vermögen haben. Sie werden gerade finanzpolitisch von Ihrer Parteibasis gefrackt, liebe Kollegen von der Union.

(Beifall von den PIRATEN)

Die FDP entlastet lieber Hoteliers und belastet Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit einer Eurokrisenpolitik, die in Europa so viel Porzellan zer schlagen hat, dass die Wut auf uns Deutsche immer größer wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Ganz zu schweigen von dieser selbsternannten Alternative, die jetzt die Rede macht in den Medien, die versucht, europafeindliche und sogar demokratiefeindliche Politik in Deutschland salonfähig zu machen. Das sind nicht unsere Dissidenten, das sind Ihre.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie rühmen sich mit einer erfolgreichen Politik im Bund, und um uns herum brennt es lichterloh. Den Blick über den Tellerrand hinaus wagen Sie nicht, sondern schwadronieren hier von der Leistung, die sich wieder lohnen soll. Wessen Leistung eigentlich? Die Leistung der Menschen oder die Leistung des Kapitals?

(Beifall von den PIRATEN)

Sie merken längst nicht mehr, dass die vielzitierte sogenannte Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gerade in Frankreich und Südeuropa soziale Missstände produziert, die zum Himmel stinken.

(Beifall von den PIRATEN)

Dort liegt nämlich die Kettensäge an der sozialen Säule der Nachhaltigkeit. Wir leben in einem vereinten Europa. Ich denke, wir alle, die hier im Parlament sitzen, sind Europäer. Das heißt auch, dass es uns nicht kalt lassen kann, wenn die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien bei über 60 % liegt. Wo soll das

denn noch hinführen? Das ist alles eine Folge von Merkels Blockadepolitik.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Für uns sind die marktkonforme Demokratie und die vielbeschworene Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als alleinigmachendes Credo eben nicht das Leitbild des politischen Handelns.

Da schließt sich auch der Kreis zu Ihren Anträgen. Es ist mehr als dreist, die Politik der Bundesregierung über den Klee zu loben und die strukturellen Probleme der Länder und Kommunen auszubilden. Das wissen doch längst Ihre eigenen Bürgermeister.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Wir werden auch wieder beobachten können, welche Wendehalspolitik in Richtung Kommunalwahl 2014 wieder vertreten werden wird.

Wir brauchen endlich eine neue Betrachtung der Steuerpolitik, um einen handlungsfähigen Staat zu erhalten. Das heißt, dass die Einnahmenseite deutlich erhöht werden muss.

Wenn Sie in Ihren Anträgen davon sprechen, dass eine Umverteilung des Vermögens in Deutschland nicht stattgefunden hat, ist das eine glatte Lüge. Das sind die Dezenteile der Vermögensverteilung in Deutschland. Da können Sie unten einmal logarithmieren und gucken, was bei der Kurve rauskommt. Anything plotted against anything yields at straight line. Wo soll die Kurve noch hinführen?

(Zuruf von der FDP: Fangen Sie doch mal an!)

– Euro-Sixpack, das können Sie nachlesen. Das haben wir in Neumarkt verabschiedet.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Deutschland ist ganz generell gesprochen nicht mehr auf der Höhe der Zeit und läuft den Krisenentwicklungen hoffnungslos hinterher.

Wir sind sicherlich dafür, dass man finanzpolitisch vernünftig agiert. Es geht nicht darum, dass der Staat möglichst viel Geld zum Fenster hinauswirft. Im Gegenteil, wir wären wesentlich härter, was Steuersenkungen anbelangt, als es die Wirtschaftspolitik der letzten zehn bis 15 Jahre war, aber an den richtigen Stellen. Machen wir uns doch nichts vor! Wenn wir noch den Spitzensteuersatz des konservativen Realsozialisten Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl in Deutschland hätten, würden wir die Debatte hier ganz anders führen.

(Beifall von den PIRATEN)

Dass Ihnen das weh tut, ist uns klar. Stattdessen stimmen Sie in diesen fast 40 Jahre alten Evergreen ein, der älter ist als Herr Lindner: Steuern senken schafft Arbeitsplätze, Steuern senken schafft Ar-

beitsplätze. – Vielleicht kriegen Sie mit Ihrer Boygroup da noch eine Rapnummer hin. Und wenn das nicht passt, nehmen Sie Herrn Laschet und Herrn Laumann dazu. Dann kippt das Ganze ein bisschen in Richtung Oberkrainer.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir benötigen einen Maßnahmenkatalog und einen Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik, um Teilhabe und Wohlstand der Gesellschaft in Deutschland und in ganz Europa zu sichern und auszubauen. Gleichzeitig gilt es, endlich die Finanzmärkte an die Kandare zu nehmen. Dies muss durch eine echte Finanztransaktionssteuer geschehen und nicht durch diese Merkelsche Lightversion davon.

(Beifall von den PIRATEN)

Das ist auch europaweit möglich.

(Zurufe von der FDP)

– Ja, lesen Sie unser Euro-Sixpack.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir freuen uns auf den Wahlkampf.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist doch manchmal schön, wenn man sich erst einen großen Teil der Debatte anhören kann, weil man dann auch versteht, warum CDU und FDP übereinstimmend in ihren Anträgen das Wort „Orgie“ benutzen. Denn eins merkt man dann: Sie verfolgen hier rhetorisch, wie Sie das auch in der gesamten inhaltlichen Debatte tun, ungezügelt und hemmungslos Ihre Zerrbilder, die Sie transportieren wollen über das, was unsere Steuermodelle für die Menschen im Land und für die Wirtschaft im Land bedeuten.

Wenn Sie sich das einfach einmal angucken würden – das ist hier schon mehrfach gesagt worden –, was die Tarife in der Einkommensteuer, wie sie Grüne und Sozialdemokraten vorschlagen, wirklich bedeuten! Wenn man dann den einen oder anderen hört, der plötzlich von der Mitte der Gesellschaft redet, die hier angeblich schwer belastet wird, muss man sich doch einmal fragen, was Sie überhaupt für eine Vorstellung von der Mitte haben. Wenn Sie sich einmal die Statistik des Bundes der Steuerzahler ansehen, die so schön beschreibt, dass ja die oberen 50 % der Einkommensbezieher 94 % der Steuern zahlen, dann sollten Sie sich vielleicht auch einmal angucken – das ist dem Bund der Steuerzahler vielleicht sogar selbst entgangen –, dass in derselben Statistik zu sehen ist, dass die unteren

50 % der Einkommensbezieher 25.000 € und weniger verdienen. So sieht die Einkommensverteilung aus.

(Christian Lindner [FDP]: Aber nicht der Haushalt!)

Wenn wir uns die Vermögensverteilung angucken, dann müssen wir gar nicht erst über die reichsten 10 % reden. Wir können schon darüber reden, dass 1 % Reiche 20 % des gesamten Vermögens haben.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir leben in einem Land, in dem es eine Kluft zwischen einem explodierenden Vermögen der Oberen und eigentlich der gesamten Gesellschaft gibt, in dem sich dieses Vermögen in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelt hat auf über 5 Billionen € Geldvermögen und etwa noch einmal die gleiche Größenordnung von Sachvermögen. Das ist ein Land, das 2,5 Billionen € im Jahr als Bruttoinlandsprodukt verdient und in der Summe von Staat, öffentlichen Händen, Privaten und Unternehmen ungefähr 6,5 Billionen € Schulden hat.

Jeder kann sehen, dass diese Gesellschaft in sich eine wohlhabende Gesellschaft ist. Jeder Haushalt, der ein gutes, stabiles Einkommen hat, vier Mal so viel an Vermögen hat und zweieinhalb Mal so viel wie das Jahreseinkommen an Schulden hat, ist ein absolut stabiler Haushalt.

Sorgen machen muss uns also alles andere als das ewige Gefasel, dass wir der jungen Generation nichts anderes als Schulden hinterließen. Keine Generation vorher hat der Folgegeneration so viel Reichtum hinterlassen, wie wir das tun. Die Frage ist nur: Wie entwickelt sich die Kluft zwischen den vielen, die wenig oder nichts haben, und den wenigen, die fast alles haben?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Sprengsatz, der darin liegt, ist nicht dieses Gesamtbild. Der Sprengsatz, der darin liegt, ist die Tatsache, dass wir aus der gemeinsamen Haushaltskasse die Voraussetzungen dafür finanzieren müssen, dass erstens diejenigen, die bislang nicht so viel haben, in ihrem Leben eine Chance haben, auch zu Einkommen und Vermögen zu kommen, und zweitens diejenigen, die schon viel haben, auch sicher sein können, das, was sie haben, behalten zu können und weiteres Vermögen erwerben zu können, das ihnen niemand neidet. Das setzt aber voraus, dass der öffentliche Haushalt in diesem Gesamtspiel einer reichen Gesellschaft nicht tief im Defizit ist. Das ist er allerdings nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

Im Übrigen hat unser Land auch eine Menge an Lasten zu schultern, die andere Länder in dieser Weise nicht zu schultern haben. Und die, die wie Sachsen auch Lasten zu schultern haben, bekommen mehr als ein Drittel ihres gesamten Haushalts

aus Transferzahlungen der anderen Länder und stellen sich dann als Musterknaben hin.

Vor diesem Hintergrund stellen wir mittlerweile fest, dass die Menschen, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, da viel weiter sind als Sie. Darüber bin ich sehr froh. Es ist ja gut, dass Sie noch nicht einmal mehr von diesen Verantwortlichen als deren Interessenvertreter bezeichnet werden. Wenn man sich mit Wirtschaftsvertretern unterhält, sitzen sie vor einem und sagen: Uns ist völlig klar, dass wir in einer Schieflage sind. Natürlich zahlen wir alle nicht gerne Steuern und würden auch nicht gerne mehr Steuern zahlen. Die Kluft zwischen der Einnahmenseite und der Ausgabenseite muss aber geschlossen werden. Auf der einen Seite müsst ihr noch mehr darauf achten, überflüssige Ausgaben zu streichen und bestimmte Aufgabenbereiche effizienter abzuwickeln. Auf der anderen Seite ist uns als Unternehmen aber klar, dass auch auf der Einnahmenseite etwas geschehen muss; denn wir brauchen ...

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Minister, darf ich Sie kurz unterbrechen? Der Kollege Lindner möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Würden Sie sie zulassen?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich würde jetzt gerne erst einmal ein Stück weitermachen. Dann können wir gerne weiterreden.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist genau dazu!)

– Für Herrn Lindner tue ich das doch gerne. Dann soll er mich jetzt unterbrechen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Sie lassen die Zwischenfrage also zu?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ja.

Vizepräsident Daniel Düngel: Dann haben Sie das Wort, Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Minister, es ist nur ganz kurz und tatsächlich eine Frage. Sie sprechen hier anonymisiert von Vertretern von Wirtschaftsverbänden, die höhere Steuern akzeptieren und fordern. Bitte nennen Sie Namen.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Das werde ich jetzt nicht tun; aber es sind Menschen aus großen Unternehmen, die bei mir im Büro zu Terminen sind, mit denen ich vertrauliche Gespräche führe.

(Armin Laschet [CDU]: Steuersünder!)

Es gibt einige, die es auch schon in der Öffentlichkeit gesagt haben, zum Beispiel der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG. Es gibt aber auch andere – und zwar namhafte Unternehmer; darauf können Sie sich verlassen –, die über genau diese Themen mit mir vertraulich reden.

Diejenigen wissen als Unternehmer im Übrigen auch, was für ein leeres Gefasel es ist, wenn man immer von Rekordsteuereinnahmen redet. Man muss sich einmal vor Augen führen, dass wir in den letzten 20 Jahren zwölf Jahre mit Rekordsteuereinnahmen hatten. Das ist auch nichts Verwunderliches. In einer wachsenden Wirtschaft ist es normal, dass bei einem etwa gleichbleibenden Anteil Steuern an der Wirtschaftsleistung auch die Einnahmen jedes Jahr wachsen, selbst wenn man keine weiteren Standards vereinbart – allerdings auch die Ausgaben. Da sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen etwa im Gleichschritt mit dem Bruttoinlandsprodukt wachsen, schließt sich eine bestehende Lücke überhaupt nicht.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Minister, ich muss Sie noch einmal ganz kurz unterbrechen. Auch der Kollege Laschet würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Es wäre ja nicht fair, wenn ich Herrn Lindner fragen ließe und Herrn Laschet nicht.

Armin Laschet (CDU): Vielen Dank, Herr Minister.

(Norbert Römer [SPD]: Jetzt kommt die Wirtschaftskompetenz!)

– Ich hoffe, dass das wirtschaftskompetent ist, was ich jetzt sage; denn der Bundesverband der grünen Wirtschaft – das sind den Grünen nahestehende Wirtschaftspersönlichkeiten –

(Ralf Witzel [FDP]: Es gibt so etwas?)

hat in einem offenen Brief geschrieben:

„Für äußerst problematisch halten wir dagegen die Vorschläge für die Einführung einer Vermögensabgabe und – nach deren Auslaufen – für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer. Beide Abgaben bzw. Steuern greifen in die Substanz von Unternehmen ein und gefährden damit deren Investitionskraft und letztendlich auch Arbeitsplätze.“

Das ist ein Grünen nahestehender Verband. Sie zitieren auf die Frage von Herrn Lindner anonym in Ihrem Büro sitzende Wirtschaftsgrößen. Nehmen Sie auch solche Stellungnahmen von Menschen ernst, die sicher grün wählen, aber trotzdem nicht so schönrednerisch sprechen wie Sie?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ja, das nehme ich ernst. Sie können mir auch abnehmen – das sage ich ganz offen –, dass ich hier nicht über fingierte, nicht existierende Persönlichkeiten aus der Wirtschaft rede. Im Übrigen macht das ja deutlich – das war auch der Anfangsteil Ihrer Rede –, dass das sehr differenziert zu sehen ist. Man sollte auch nicht durch die Gegend rennen und behaupten, dass man alle bestehenden Lücken über zusätzliche Einnahmen füllt. Das ist überhaupt keine Frage.

Die einäugige Sicht, dass man den Haushaltsausgleich nur noch als ein Ausgabenproblem betrachten sollte, geht aber genauso wenig. Ich sage es noch einmal: Wenn wir auf der einen Seite eine Ausgabenentwicklung haben, die über die Zeit, und zwar ziemlich stabil, nach oben läuft, weil Preise steigen, weil Kosten steigen, und auf der anderen Seite auch bei gleichbleibendem Anteil an der Wirtschaftskraft die Steuern nach oben gehen, dann ist das für sich genommen nicht die Lösung des Problems.

Man könnte sich zum Beispiel vorstellen, einmal alle Steuern zu halbieren. Dann hätten wir auch jedes Jahr Rekorderlöse. Wäre das eine Lösung des Problems? Irgendwann muss doch jedem einmal einleuchten, dass allein das Schlagwort „Rekorderlöse“ nicht die Lösung für das ist, was wir zu tun haben.

Deswegen ist ganz klar: Das Problem bzw. der Sprengstoff in dieser Situation ist nicht die Armut unserer Gesellschaft, sondern die Verteilung des privaten Reichtums und die Armut der öffentlichen Haushalte, die nicht in der Lage sind, die wichtigen Voraussetzungen für das zu schaffen, was die Wirtschaft im Übrigen zu Recht für sich genauso reklamiert. Sie will nämlich nicht nur eine maßvolle Steuerbelastung haben, sondern auch gut ausgebildete Menschen bekommen, gute Infrastrukturen haben und – darüber haben wir heute Morgen schon eingehend gesprochen – die öffentliche Sicherheit im Land gewährleistet sehen. Dafür ist auch der Zusammenhalt dieser Gesellschaft wichtig; denn man braucht ein Klima, in dem es für Menschen interessant ist, ein Unternehmen zu gründen, ein Unternehmen weiterzuführen oder sogar ein Unternehmen aus anderen Ländern zu uns zu transferieren.

Das sind alles Dinge, die für die Wirtschaft eine mindestens so große Rolle spielen wie die Frage der Steuerbelastung in einem akzeptablen Maß. Das wissen Sie, und Sie merken auch, dass die Menschen in allen Umfragen genau diesen Kurs für richtig erklären. In vielen Bereichen – das reicht vom Thema „Steuerflucht“, über Frauenquote, Mindestlohn und andere Dinge – haben Sie sich gedreht, nachdem Sie zunächst – ich will es einmal so ausdrücken – „sehr ungesteuert dagegegengelassen hatten“, dann aber erkannt haben, dass Sie sich auf der falschen Spur befinden, sich drehen mussten,

um sich zur Speerspitze der Gesellschaft zu erklären. Sie merken, dass Sie auch jetzt falsch liegen, wenn Sie permanent nur auf die Ecke dreschen wollen, dass das alles nur mit einem Ausnahmeproblem zu tun hat.

Deswegen basteln Sie sich Ihre Horrorvisionen und kommen auf die riesige Belastung, die auf der Internetseite der Familienunternehmen abrufbar ist. Die ist nicht anonym, wir kennen den Absender. Trotzdem ist sie nicht richtig. Ich kenne eine ganze Reihe von Vertreterinnen und Vertretern dieser Vereinigung, mit denen ich mich gerne treffe, gerne rede, oft auch gerne streite, die sich etwas zusammengerechnet haben, das allerdings alles ausblendet, was im Umfeld der Diskussion über Vermögenssteuer, den Spitzensteuersatz oder das Ehegattensplitting immer wieder klar gemacht worden ist:

Erstens. Wir werden bei der Vermögenssteuer die betriebliche Substanz nicht schwächen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens. Sie reden von „Mitte der Gesellschaft“. Bei der Gelegenheit komme ich erneut auf die Statistik des Bundes der Steuerzahler zurück. Wir reden davon, dass der Spitzensteuersatz für Menschen, die als Single – ich übersetze es – bei einem Bruttogehalt von etwa 130.000 € liegen, 1 % dieses Gehalts mehr an Steuern zu zahlen haben. Als zusammen Veranlagte mit 250.000 € macht 1 % 2.500 € mehr aus. Rechnen Sie einmal mit dem Tarif nach, den wir vorgeschlagen haben. Dann werden Sie zu genau diesem Ergebnis kommen.

Drittens. Beim Ehegattensplitting haben Sie sich selber korrigiert. Wir haben deutlich gesagt: Das gilt nicht für die Bestandsehen, sondern für künftige Ehen. Noch etwas ist ganz deutlich gemacht worden: Wir haben nie gesagt, dass die mindestens 20 Milliarden €, die sozusagen wegen des Ehegattensplittings an Steuern nicht erhoben werden, für irgendetwas in die Staatskasse fließen. Sondern es geht vielmehr genau darum, sie dem Zweck zuzuführen, zu dem das Bundesverfassungsgericht das Ehegattensplitting in den 50er-Jahren überhaupt erst einmal eingeführt hat. Wir wissen doch ganz genau, dass das Rollenbild, das damals zur Grundlage des Ehegattensplittings gemacht worden ist, heute nicht mehr so wie damals ist. Damals gab es den alleinverdienenden Ehemann, der deswegen über das Ehegattensplitting entlastet wurde, weil in dieser Familientradition auch die Kinder waren.

Gerade wenn es um gesellschafts- und familienpolitische Punkte geht, versteht sich die FDP doch immer als Vorreiter, erklärt jetzt aber als grüne Gerechtigkeit, wenn ein Single gegenüber einem Alleinverdiener mit Kind steuerlich profitiert. Die FDP sagt allerdings nicht, dass der Single mit Kind gegenüber dem Alleinverdiener ohne Kind extrem schlechter gestellt wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Weil solche Familienstrukturen mit den heutigen Strukturen überhaupt nicht mehr übereinstimmen, setzt dort der Reparaturbedarf an. Dort setzen auch wir an, weil wir wissen, dass es nicht um Steuererhöhung aus Lust oder Orgie geht. Das mag Ihr Empfinden sein. Es geht auch nicht um Steuererhöhungen aus Neid heraus, sondern es geht um eine wirtschaftliche Weitsicht: Wenn wir das staatliche Defizit nicht ausgewogen durch Ausgabensenkung und Einnahmensteigerung reduzieren, wird sich der Markt das auf andere Weise holen. Wir merken es jetzt schon: Dann werden durch einen Niedrigzins, der noch nicht einmal die Inflationsrate ausgleicht, die Vermögen verkleinert, aber nicht nur die 20 %, die 1 % der Menschen gehören. Vielmehr ist es dann egal, wer Vermögen hat. Aber genau das wollen wir nicht, sondern wir wollen eine überdachte und durchdachte Regelung haben, die sicherstellt, dass diese Gesellschaft auch in Zukunft in der Lage ist, die Basis für eine Infrastruktur, ein Bildungssystem, für Sicherheit und Zusammenhalt so zu bieten, dass wirtschaftlicher Erfolg so weitergehen kann, wie er in dieser Gesellschaft jetzt weitergeht, um den wir im Übrigen auch beneidet werden. Dazu gehören diese Punkte genauso wie das Steuersystem.

An der Stelle muss etwas unternommen werden. Das wissen diejenigen, die davon betroffen selber sind, besser als Sie von der Opposition hier im Saal. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben heute eine Aufführung, in der vonseiten von Rot-Grün ganz viel Propaganda zur Verteidigung von Steuererhöhungsplänen gemacht wird. Eine der Propagandaaussagen ist die des Kollegen Mostofizadeh. Wenn er heute Zeitung liest, wird er feststellen, dass Emnid ermittelt hat, dass 63 % der Befragten die Steuerpläne der Grünen ablehnen, ihnen also keineswegs 80 % zustimmen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Natürlich profitiert der Staat auch deshalb von Rekordsteuereinnahmen, weil wir die kalte Progression haben. Diese kalte Progression bedeutet, dass jeder bei jeder Gehaltserhöhung prozentual weniger in der Tasche hat. Die kalte Progression ist eine besondere Form der Umverteilung.

Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Steuereinnahmen in den letzten Jahren um 4 bis 6 % gestiegen sind, die Inflation unter 2 % lag. Angesichts dessen muss man mit dem Geld auf der Einnah-

menseite auskommen. Die Steuerschätzung sagt: Die Steuereinnahmen steigen gesamtstaatlich von 600 Milliarden € im Jahr 2012 auf 700 Milliarden € im Jahr 2017. Auf der Einnahmeseite ist damit alles gesagt und getan – auch ohne Tarifierhöhungen. Dann muss man nicht noch auf der Ausgabenseite nicht konsolidieren.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Dr. Optendrenk, es gibt eine Zwischenfrage vom Kollegen Mostofizadeh.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich würde gerne im Zusammenhang vortragen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Okay.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Weil das alles so ist, bleibt an dieser Stelle nur das Leitbild von Rot-Grün, das – kurz zusammengefasst – lautet: Sie wollen den Staat zur Heuschrecke machen. Wie schädlich Heuschrecken sind, hat Franz Müntefering uns vorgeführt: Heuschrecken sind schädlich für die Gesellschaft, für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Deshalb, Herr Dr. Paul, verstehe ich nicht, dass Sie sich heute als eine Parodie von Karl Marx oder Friedrich Engels aufführen. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Dr. Optendrenk, würden Sie bitte kurz vorne bleiben? Nicht ganz überraschend hat sich Herr Mostofizadeh für eine Kurzintervention angemeldet. Würden Sie sich bitte einmal eindrücken, Herr Kollege, dann kann ich Sie hier freischalten. – Das war jetzt der Fall. Sie haben 90 Sekunden Zeit. Bitte sehr.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Optendrenk, ich brauche das jetzt nicht mehr als Frage zu formulieren. Die Einkommensverteilung in Deutschland laut Bundesministerium der Finanzen ist folgendermaßen gegliedert: 47,1 % verdienen 1 € bis 20.500 €, 47,4 % 20.500 bis 52.000 €. Die verbleibenden 5,5 % verdienen über 53.000 €. Insofern ist Ihre Propaganda, um Ihr Wort aufzugreifen, dass wir die Mitte der Gesellschaft treffen würden, an dieser Stelle schlicht erstunken und erlogen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich kann auch noch belegen, dass es 72 % der Befragten unmittelbar nach dem Parteitag der Grünen für richtig gehalten haben, eine Vermögensteuer zu erheben und auch Besserverdienenden mit einem höheren Einkommensteuersatz zu belegen. Darauf habe ich mich bezogen. Ich habe keine Propaganda gemacht, sondern amtliche Zahlen oder Zahlen, die

statistisch eindeutig belegt sind, hier in den Raum gestellt. Was Sie machen, ist eine Verdrehung der Tatsachen. Sie laufen an der Stelle Ihrem Propaganda-Minister Laschet hinterher.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Dr. Optendrenk, auch Sie haben 90 Sekunden Zeit. Ein kleiner Hinweis dazu: Herr Dr. Paul hat sich eigentlich auch noch für eine Kurzintervention angemeldet. Diese Anmeldung kam allerdings erst während der Kurzintervention des Kollegen Mostofizadeh hier vorne an.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das bezieht sich auf seine Rede!)

– Sie kam leider zu spät. Die kann ich in dem Fall leider nicht mehr zulassen. – Jetzt hat Herr Dr. Optendrenk noch 90 Sekunden Zeit. Bitte.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Kollege Mostofizadeh, herzlichen Dank für Ihre Zahlen. Zur Wahrheit gehört auch, dass 10 % der Einkommensbezieher in Deutschland 50 % der Steuerlast tragen. Wir haben richtigerweise – das haben wir in unserem Antrag beschrieben – ein progressives Steuersystem. Das bedeutet, dass schon heute – das ist ja auch richtig – stärkere Schultern mehr tragen. Die Frage ist nur: Wo ist die Grenze dessen, was sie tragen können, damit wir deren Wohlstand auf Dauer nicht verfüttern, sondern sie motivieren, so zu wirtschaften, dass auf Dauer für das Gemeinwesen mehr Geld hereinkommt?

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist es auch richtig, dass sich die Umfragen bei dem Thema „Wie sieht man Ihr Steuerkonzept?“ entsprechend entwickeln. Je mehr sich die Menschen damit beschäftigen, was Sie wirklich wollen, desto klarer wird, dass sie nicht wollen, was Sie da alles machen wollen, was Sie alles an Umverteilung zu Lasten derjenigen vornehmen wollen, die in der Mitte der Gesellschaft ihr Einkommen redlich verdienen.

Das ist die Wahrheit. Deshalb werden die Umfragen auch noch weiter in die angesprochene Richtung gehen. Die Menschen merken, dass Sie sie mitten ins Portemonnaie treffen wollen – und zwar da, wo es nicht um die Frage von Umverteilung geht, sondern um die Frage von Substanz, wo wir Ehe und Familien stärken, wo wir Kinder erziehen lassen wollen.

(Beifall von der CDU)

Das ist der Kern des Geschehens. Da werden wir auch in den nächsten Monaten noch eine interessante Diskussion haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion habe ich den Kollegen Hübner hier auf der Liste stehen. Bitte sehr.

Michael Hübner (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen hier eine interessante Debatte, die aus meiner Sicht, Herr Kollege Lindner, eines ausgeblendet hat. Es wurde ausgeblendet, dass wir – das haben wir im kommunalpolitischen Bereich auch mit dem Kollegen Abrusatz schon länger hin und her gewälzt – eine strukturelle Unterfinanzierung nicht nur der Kommunen, sondern auch des Landes haben. Ihr Wortbeitrag hat mich eher an ein Zitat erinnert, das ich dem „Tagespiegel“ entnehmen kann. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich zitieren:

„Die FDP setzt im Wahlkampf auf die Furcht vor den Grünen. Nach eigenen Ideen sucht man im Wahlprogramm der Liberalen vergeblich.“

Genau das ist es. Genau diese Ideen haben Sie heute – auch in der Debatte – nicht geliefert, sondern Sie haben sich allein an dem Programm der Grünen abgearbeitet. Sie negieren eines, dass wir eine strukturelle Unterfinanzierung im gesamten öffentlichen Bereich der Bundesrepublik haben und dass wir dort ordentlich etwas tun müssen. Das kann letztlich keiner negieren.

(Beifall von der SPD)

Auch der Vorwurf – Kollege Laschet ist nicht mehr da, Kollege Laumann auch nicht –, wir würden im Bereich der Ausgaben zu wenig tun, kann nicht richtig sein.

Gestern noch haben wir verständlicherweise eine Demonstration von vielen Beamtinnen und Beamten erlebt, bei der es um den Bereich der Ausgaben ging. Ich muss schon sagen: Das komplett zu negieren und gleichzeitig auf der anderen Seite zu sagen, dass Sie nicht bereit sind, die öffentliche Finanzierungsbasis vonseiten des Bundes besser aufzustellen, finde ich schon recht abenteuerlich. Das ist auch nicht der Debatte wert, die heute Morgen angestoßen werden sollte.

Ich habe einmal nachgeschaut, welche Steuerkonzepte oder Vorschläge Sie denn insgesamt vorgelegt haben. Natürlich muss ich auch noch einmal darauf hinweisen, dass zwischen 2005 und 2010 in schwarz-gelber Verantwortung ein abenteuerlicher kommunaler Raubzug durch die Gemeinden durchgeführt wurde. Dabei sind den Kommunen 3,5 Milliarden € entzogen worden. Wir waren bis jetzt nur in der Lage, davon 2,5 Milliarden € wieder zurückzugeben. Gleichzeitig gibt es, Kollege Lindner, bei den Gemeinden eine in der Kurve etwas abflachende Entwicklung in Bezug auf die Steuerentwicklung. Das macht aber auch eines deutlich, dass wir da weitere Finanzierungsbedarfe haben. Das werden wir nicht dadurch hinbekommen, dass

wir auf der Ausgabenseite weitere Einschnitte vornehmen, sondern wir müssen uns die Einnahmenseite ganz deutlich anschauen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Hübner, es gibt eine Zwischenfrage vom Kollegen Optendrenk. Sollen wir diese zulassen?

Michael Hübner (SPD): Ja.

Vizepräsident Daniel Düngel: Dann machen wir das so.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich bedanke mich herzlich. Die Frage möchte ich gerne zu Ihrer Aussage zum Thema „Ausgaben“ stellen.

Wie können Sie uns erklären, dass das Land in den letzten drei Jahren sein Haushaltsvolumen von 54 Milliarden € auf 60 Milliarden € erhöht hat? Dadurch sind bestimmte Ausgaben im Bereich der Beamenschaft nicht mehr möglich, obwohl das 10 % des Haushaltsvolumens in drei Jahren sind. Wo ist denn da die Konsolidierung auf der Ausgabenseite?

(Beifall von der CDU)

Michael Hübner (SPD): Herr Kollege Optendrenk, ich bin Ihnen einerseits ganz dankbar für Ihren Beitrag am Ende, weil er zumindest deutlich gemacht hat, dass Sie sich ein bisschen tiefer mit dem Thema auseinandergesetzt haben und nicht nur bloße Luftlöcher in die Diskussion einbringen wollten. Sie wissen aber auch, dass wir bei der Kommunalfinanzierung erheblich nachgelegt haben. Das ist zum Beispiel ein ganz, ganz großer Teil der Mehrausgaben die wir vornehmen wollten.

Ich will Sie gerne noch einmal daran erinnern, dass es eine unserer Forderungen war, dass wir den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellen. Das haben wir eingehalten. Sie wissen, dass das mittlerweile annähernd 10 Milliarden € sind. Das sah bei der Regierungsübernahme noch völlig anders aus. Im Gegenteil, Sie haben die Kommunen befrachtet, um zu Konsolidierungseffekten für den Landshaushalt zu kommen. Das müssen Sie auch akzeptieren, auch das gehört zur Wahrheit. Wir müssen da mehr tun und nicht weniger. Das will ich Ihnen deutlich gesagt haben.

(Beifall von der SPD)

Weitere Aspekte des Steuerkonzeptes sehen meistens so aus, dass wir uns auch darüber unterhalten müssen, ob es eine sogenannte Kulturförderabgabe in diesem Land geben darf oder nicht. Woran liegt das denn noch mal? Ich kann mich gut daran erinnern, dass eine Partei, die damals bundespolitische Verantwortung hatte, einmal gesagt hat: Wir müs-

sen den Hoteliers erst mal eine ordentliche Entlastung geben. – Stichwort „Mövenpick“, das wissen Sie.

(Ralf Witzel [FDP]: Die hat Peer Steinbrück doch in der EU verhandelt!)

Wir machen jetzt quasi Hilfe zur Selbsthilfe in den Kommunen, haben diese Steuer auf den Weg gebracht.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Sie ist von einem Verwaltungsgericht auch genehmigt worden.

Wenn Sie auf die Stadt Köln gucken würden, könnten Sie feststellen, dass das, was in der Anhörung an Befürchtungen geäußert worden ist, nicht eingetreten ist. Es fahren mehr Menschen nach Köln, die diese Steuer auch bezahlen, sodass die Einnahmen steigen.

Das ist mit Blick auf die schwarz-gelbe Bundesregierung genau der richtige Weg, den wir da beschritten haben: den Kommunen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und nicht die Steuerorgien weiter zu betreiben, die Schwarz-Gelb auf den Weg gebracht hat. Sie hat sämtliche Steuern nach unten gefahren und gleichzeitig riesige Bankenschirme mit uns aufspannen müssen. Das kann nicht das Ziel sein. Von daher bin ich von dieser Debatte sehr enttäuscht.

Auch folgender Punkt ist mir als Kommunalpolitiker sehr wichtig: die Abschaffung der Gewerbesteuer. Auch die ist Schwarz-Gelb im Bund anzulasten. Wir sind sehr dankbar, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in Deutschland in den letzten Jahren zumindest auf Länderebene deutlich verbessert haben und dass niemand mehr über die Abschaffung der Gewerbesteuer in irgendeiner Art und Weise diskutiert.

(Beifall von der SPD)

Das ist eine ganz wichtige Einnahmeposition der Kommunen. Dazu lassen wir uns von Ihnen auch keine Änderungsvorschläge unterbreiten. Uns geht es darum, die kommunalen und die Landeshäushalte besserzustellen. Natürlich werden wir das mit einem abgewogenen Steuerkonzept umsetzen; das hat Finanzminister Norbert Walter-Borjans gerade deutlich gemacht. Wir werden das sehr abgewogen machen und das auch ordentlich auf den Weg bringen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Auf meiner Redeliste steht jetzt noch der Kollege Stein von der Piratenfraktion. 13 Sekunden stehen auf dem Ticker. Das geht bestimmt mit hoher Schlagzahl.

Robert Stein (PIRATEN): Danke, Herr Präsident. – Wir müssten diese Debatte hier gar nicht führen, wenn diese vier Parteien hier in der Vergangenheit

nicht so verantwortungslos mit Steuergeldern umgegangen wären, siehe BER, siehe Stuttgart 21, siehe Datteln 4, siehe Betreuungsgeld und siehe auch Euro Hawk. Deswegen werden wir Piraten im Bund gebraucht! So ist die Lage! – Danke sehr.

(Beifall von den PIRATEN – Lachen von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Stein. – Das waren am Ende fünf Sekunden mehr, aber das passt.

Damit sind wir am Ende der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt, **stimmen jetzt** allerdings **nicht ab**, weil wir uns in unserer abstimmungsfreien Zeit befinden. Die Abstimmung holen wir nach 14 Uhr nach.

Insofern treten wir jetzt ein in Tagesordnungspunkt

3 Bund muss rasanten Anstieg von Mieten eindämmen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2889

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende Fraktion der SPD hat der Kollege Breuer das Wort.

Reiner Breuer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den oftmals etwas trockenen Steuerdiskussionen können wir uns nun wieder dem prallen Leben widmen, vor allen Dingen folgenden Fragen: Wie schaffen und sichern wir preiswerten, bezahlbaren Wohnraum? Wie können wir unsere Landesregierung dabei unterstützen, den Mieterschutz in Nordrhein-Westfalen und bundesweit zu stärken? Konkret geht es um die Frage: Können wir nicht gemeinsam auf die Mietpreisbremse drücken?

Genau das wollen wir tun, meine Damen und Herren. Das ist auch dringend erforderlich, nachdem die Bundesregierung eine völlig unzureichende Mietrechtsänderung auf den Weg gebracht hat, eine Mietrechtsänderung, die keinen ausreichenden Schutz der Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieterhöhungen gewährt und die Kosten der Energiewende einseitig den Mieterinnen und Mietern auferlegt.

Meine Damen und Herren, unter dem Deckmantel der Energiewende wurden die Rechte der Mieterinnen und Mieter erneut eingeschränkt. So darf seit Anfang dieses Monats bei der energetischen Sanierung einer Wohnung die Miete nicht mehr gemindert werden, jedenfalls nicht in den ersten drei Monaten ab Beginn der Bauarbeiten. Das ist aus unserer Sicht völlig inakzeptabel. Denn wieso soll ein Mieter

den Mietzins voll zahlen, obwohl die Wohnung nicht vollständig nutzbar ist?

Das ist so, als würden Sie sich für eine Woche ein Auto mieten und müssten auch den Tag voll bezahlen, an dem Sie den Wagen für eine TÜV-Inspektion zur Verfügung stellen müssten. Das würden Sie mit Sicherheit auch nicht bezahlen wollen.

Es wird aber noch skurriler: Ein Vermieter kann heute die Kosten der Modernisierungsmaßnahme auf den Mieter und die Mieterin umlegen, 11 % pro Jahr. Das mag mit Blick auf Energieeinsparungen, die wir ja alle wollen, durchaus gerechtfertigt und gewünscht sein. Aber mit welchem Recht soll der Vermieter auch nach über zehn Jahren noch die erhöhte Miete erhalten dürfen? Hat er seine Kosten für die Modernisierung – die wohl oft auch Instandhaltung ist – dann nicht bereits vollständig über seinen Mieter refinanziert? Er hat!

Deshalb ist es auch dringend geboten, die Beteiligung des Mieters an den Kosten einer Modernisierung zu deckeln. Auch vor dem Hintergrund der Zinsentwicklung ist es mehr als vertretbar, nur noch 9 % der Modernisierungsumlage pro Jahr zu gewähren und die Höhe der Investitionen insgesamt zu beschränken. Andernfalls – das ist jedenfalls die Erfahrung der letzten Jahre – beschleunigen die durchaus gewünschten energetischen Modernisierungen die Preisspirale für Mietwohnungen. Wenn dann noch die Kosten für Energie steigen, haben alle gewonnen, nur die Mieterinnen und Mieter nicht.

Für ein Geschäftsmodell „energetische Sanierung“ allein auf Kosten der Mieterinnen und Mieter können wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns jedenfalls nicht erwärmen. Gutes und energiespar-sames Wohnen darf kein Luxusgut sein. Das Dach über dem Kopf mit Heizung und Strom muss für alle Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen bezahlbar sein und bezahlbar bleiben. Es kann deshalb auch nicht angehen, dass insbesondere in Großstädten, in Ballungsräumen, in Universitätsstädten die Mietpreise ins Uferlose getrieben werden.

(Beifall von der SPD)

Vor allem ältere Menschen leiden darunter und werden aus ihrem sozialen Umfeld verdrängt.

Meine Damen und Herren, nicht alles, was der Wohnungsmarkt hergibt, muss und darf ausgereizt werden. Wenn Wiedervermietungen in Großstädten und Ballungsräumen dazu führen, dass in der Regel 20 bis 30 % auf die bisherige Miete aufgeschlagen werden, ist zumindest die Grenze zum Mietwucher bald erreicht. Deshalb darf nach unserer Auffassung die Miete bei Wiedervermietung einer Wohnung nicht mehr als 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Dies ist ein zentrales Anliegen, das im Bundesrat weiterverfolgt werden soll.

Wir wissen aber auch, dass sich der Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedlich entwickelt. Deshalb sollen zum Beispiel bei der Wiedervermietung einer Wohnung die bisherigen Mieteinnahmen gesichert werden können, soweit diese nicht wucherhaft erscheinen.

Ebenso müssen die Besonderheiten der Regionen berücksichtigt werden, in denen die örtliche Vergleichsmiete relativ niedrig liegt. Wir wollen jedenfalls dafür sorgen, dass die Mietpreisbremse nicht zu einer Investitionsbremse wird.

Beim Mieterhöhungsverlangen in bestehenden Mietverhältnissen muss aus Gründen des Mieterschutzes allerdings bundesweit eine einheitliche Grenze gezogen werden. Wir wollen, dass die Miete innerhalb von vier Jahren um nicht mehr als 15 % ansteigen darf und maximal bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete angehoben werden kann.

Bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete in den Mietspiegeln der Gemeinden wollen wir im Übrigen eine Novellierung herbeiführen und uns stärker an die Realitäten der Wohnungsmärkte anpassen. Wir werden eine sehr viel breitere Erhebungsbasis und einen deutlich längeren Referenzzeitraum zur Berechnung der Mietspiegel heranziehen. Wir sind überzeugt, dass auch dies preisdämpfend für die Mieten in angespannten Teilmärkten wirken kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Sie von der Opposition treten bei vielen Gelegenheiten politisch auf die Bremse. Sie haben heute einmal die Gelegenheit, mit uns gemeinsam auf eine Bremse zu treten, nämlich auf die Mietpreisbremse. Dazu lade ich Sie herzlich ein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Breuer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich die einschlägigen Magazine der letzten Monate durchsieht – auch entsprechende Presseberichterstattungen in Nordrhein-Westfalen – dann erkennt man, dass Wohnungsnot und steigende Mieten wieder ein Thema geworden sind. Eigentlich hatte man ja das Gefühl, der Wohnungsmarkt sei ausgewogen und demografische Effekte würden dafür sorgen, dass in Nordrhein-Westfalen sozusagen eine natürliche Mietpreisbremse greifen würde. Dem ist aber nicht so.

Insbesondere die CDU ist auf einem falschen Pfad, wenn sie glaubt, die Mietpreisproblematik sei nur eine Problematik der Großstädte und der Städte am Rhein in Nordrhein-Westfalen. Diese Problematik

betrifft durchaus auch andere Städte, beispielsweise im Münsterland. Bei einem Besuch in Münster ist mir berichtet worden, dass der Mietpreis für Studierendenwohnungen in der Spitze bei 30 €/m² liegt. Dabei ist der doppelte Abiturjahrgang noch nicht einmal in Münster angekommen.

So sieht die Situation aus – der Kollege Breuer hat es vorhin deutlich gemacht –, die viele Menschen in Nordrhein-Westfalen betrifft. Laut dem Wohnungsmarktbericht des Landes Nordrhein-Westfalen von 2012 müssen zwei von fünf Haushalten in den Städten am Rhein mehr als 30 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Miete ausgeben; bei der Hälfte dieser Haushalte sind es schon über 40 %.

Es handelt sich um eine Problematik, die insbesondere Familien mit Kindern in hohem Maße betrifft, und die sich noch bedeutend schlimmer auswirkt, wenn diese Familien einmal umziehen müssen. Der Wohnraum in den Großstädten entlang des Rheins, aber beispielsweise auch in Münster, wird knapper. Das ist eine Entwicklung, die für Hochschulstandorte – wenn auch zum Teil in abgeschwächter Form – genauso zutrifft.

Gerade im Rheinland sind die Preise für Miete und übrigens auch Eigentum deutlich gestiegen, und sie werden weiter steigen. In den letzten Jahren gab es hier Preissteigerungen über die allgemeine Preissteigerung hinaus.

Was sind die Ursachen? – Eine Ursache ist die ausbleibende Neubautätigkeit in den vergangenen Jahren. Gerade der Baumarkt springt immer erst mit einer gewissen Verzögerung an.

Es ist aber auch eine soziale Entwicklung innerhalb der Gesellschaft zu verzeichnen. Die Menschen gehen wieder gerne zurück in die Städte, gerade wenn sie älter geworden sind. Die Zahl der Singlehaushalte in Nordrhein-Westfalen wächst, und das, obwohl die Bevölkerungszahl zurückgeht. Das alles sind Effekte, die zusammengenommen dazu führen, dass der Druck auf den Wohnungsmarkt steigt.

Was hat die Bundesregierung gemacht? Wie reagiert die Bundesregierung, die mit der Novelle des Mietrechts die Möglichkeit gehabt hätte, entsprechend politisch zu handeln, gerade im Wahljahr? – Die Bundesregierung hat folgende klare Botschaft an die Mieterinnen und Mieter geschickt: Euer Problem, euch auf dem Wohnungsmarkt zu versorgen, ist uns egal.

Die Bundesregierung ist ein Totalausfall für die Mieter und Mieterinnen. Sie von der CDU und der FDP hatten die Chance, Sie hatten es in der Hand, durch eine Mietrechtsnovelle auf diese Entwicklung zu reagieren. Diese Entwicklung beschränkt sich nicht nur auf Nordrhein-Westfalen, sondern es ist eine bundesweite Entwicklung, die Ihnen auch bekannt ist.

Sie haben diese Chance aber nicht genutzt, und das geht auch zulasten der Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen. Schwarz-Gelb lässt die Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen im Stich. Das ist Ihre Botschaft.

Darum fordern wir: Die Mietrechtsnovelle muss noch einmal nachgebessert werden, und zwar in verschiedener Hinsicht. Wir haben Ihnen hierzu einen Antrag vorgelegt. Mieterhöhungen müssen gedeckelt werden, beispielsweise durch eine Absetzung der Kappungsgrenze.

Ich will aber noch auf einen anderen Punkt aufmerksam machen: Neben der steigenden Kaltmiete gibt es auch ein Problem mit der Warmmiete. Seit Jahren steigen die Energiepreise; sie belasten die Haushalte enorm. Es ist dringend notwendig, im Bereich der energetischen Gebäudesanierung etwas zu tun, und zwar nicht nur, weil wir bereits klimapolitisch in dieser Verpflichtung stehen, sondern auch deswegen, weil sich eine preisdämpfende Wirkung für die Haushalte ergeben muss.

Die energetische Gebäudesanierung ist eine Herausforderung, sowohl für Vermieterinnen als auch für Mieter. Darum müssen die Kosten in angemessener Weise aufgeteilt werden. Durch eine energetische Sanierung wird der Wert einer Immobilie noch einmal angehoben. Das führt zu einer entsprechenden Vermögenswertsteigerung auf der Vermieterseite.

Darum ist eine Senkung der Umlage von 11 % auf 9 % geboten. Das wäre in unseren Augen eine sachgerechte und richtige Aufteilung der Belastungen durch die energetische Modernisierung, die in Wahrheit eine enorme Chance für den Immobilienmarkt in Nordrhein-Westfalen und für die Mieterhaushalte bedeutet. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU-Fraktion spricht als nächster Redner Herr Kollege Vossemer.

Klaus Vossemer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine werten Damen und Herren von Rot und Grün, Initiativen werden nicht zwingend dadurch besser, dass man sie immer wieder wiederholt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der vorliegende Antrag ist nämlich nur ein Abklatsch des Antrags der letzten Plenarrunde. Schon bei der Überschrift waren Sie wenig innovativ. Sollte die Bundesregierung beim letzten Mal die Mietsteigerung begrenzen, so soll sie diesmal den Anstieg der Mieten eindämmen. Ein bisschen mehr Kreativität könnte Ihrer Wahlkampfmaschinerie sicherlich guttun.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Reiner Breuer [SPD])

Auch inhaltlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ergibt sich aus Ihrem Antrag nichts Neues. Das Mietrechtsänderungsgesetz wurde im Bundesgesetzblatt verkündet und ist zum 1. Mai 2013 in Kraft getreten.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Die Änderung des Mietrechts wurde auch vom Bundesrat gebilligt, da keine Mehrheit für die Anrufung des Vermittlungsausschusses zustande kam. Das beklagen Sie jetzt in Ihrem Antrag, Fakt ist jedoch: Sie hatten offensichtlich mit Ihrer Position keine Mehrheit im Bundesrat. Punkt. Und darum gilt dieses Gesetz jetzt auch. Punkt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Das ist der Gang der Gesetzgebung in Deutschland; das müssen auch Sie akzeptieren.

Mit dem Antrag der letzten Runde wurde der zuständige Minister aufgefordert, eine Selbstverständlichkeit umzusetzen. Herr Minister Groschek sollte eine Verordnung erlassen, mit der Gebiete bestimmt werden, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen in einer Gemeinde oder in einem Teilbereich der Gemeinde zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Dort können Mietsteigerungen innerhalb von drei Jahren auf 15 % begrenzt werden.

Diese Verordnung kann ein handwerklich und fachlich einigermaßen im Stoff stehender Minister auch ohne Parlamentsbeschluss fassen. Das habe ich schon letztes Mal gesagt; passiert ist bis heute nichts.

Nur: Schlimmer geht offenbar immer. Mit Ihrem Antrag heute wollen Sie zusätzlich unter anderem das Mietminderungsrecht bei energetischen Sanierungsmaßnahmen beibehalten. – Meine Damen und Herren, Sie gefährden damit die Erreichung der Klimaschutzziele in Deutschland. Ich weiß gar nicht, Frau Kollegin Schneckenburger, wie Grüne so etwas fordern können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die vorliegende Regelung in den §§ 558 ff. BGB macht energetische Modernisierungsmaßnahmen, von denen gerade Mieter profitieren, deutlich attraktiver. Es werden Investitionen angeschoben, die eine Modernisierung von Wohnungen zur Folge haben. Sie hingegen wollen den Mieter vor allem vor der Modernisierung seiner Wohnung schützen. Das, meine Damen und Herren, passt nicht zusammen.

Fazit: Wieder einmal beglücken Sie uns mit Wahlkampfklimbim ohne ernsthaftes Interesse an einer inhaltlichen Debatte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie bitte. Frau Kollegin Schneckenburger möchte Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen. Sind Sie damit einverstanden?

Klaus Vossemer (CDU): Gern, Frau Schneckenburger.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, bitte.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Vossemer! Vielen Dank für die Gelegenheit zu einer Zwischenfrage.

Herr Vossemer, ist Ihnen die derzeitige Sanierungsrate im Segment privater Hauseigentümer bekannt, und welche Vorschläge hätte die CDU, um dafür zu sorgen, dass die Sanierungsrate signifikant erhöht werden kann und damit auch Wirkung nicht nur für das Klima, sondern auch für die zweite Miete in Nordrhein-Westfalen und bundesweit entfalten kann?

Klaus Vossemer (CDU): Frau Kollegin Schneckenburger, die Sanierungsrate ist mir sehr wohl bekannt. Sie könnte deutlich höher sein.

Aber da sind wir gerade bei dem Punkt, den ich als letzten Gedanken noch ansprechen wollte. Wäre Ihnen heute an einer ernsthaften Debatte gelegen, dann hätten Sie Ihren Antrag in den Ausschuss verwiesen. Sie wollen aber direkt abstimmen. Insofern werden wir Ihrem Antrag heute sicherlich nicht zustimmen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion spricht als nächster Redner Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD überrascht nicht.

(Reiner Breuer [SPD]: Der ist verlässlich!)

Denn wir haben so etwas in den letzten Ausschusssitzungen bzw. im Plenum schon einmal gehabt.

Sie hatten gestern – schade, dass die Kollegen Herter und Ott nicht hier sind – in der von der FDP-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde über Verkehrspolitik gesagt: Das ist Bundespolitik, das hat gar nichts mit Nordrhein-Westfalen zu tun, Wahlkampfgetöse usw.

Wenn Sie Ihre eigenen Worte ernst nehmen würden, dann hätten Sie diesen Antrag heute zurückgezogen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Da Sie das nicht tun, werden die Ausführungen des Kollegen Vossemer, dass es sich – wie auch bei anderen Positionen nachweisbar – um Wahlkampfgeiztöse handelt, greifen. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Das können Sie tun, aber das ist nichts.

Meine Damen und Herren, Sie veranstalten wieder eine Schattendebatte mit Blick auf den Bund. Sie versuchen, mit der Angst der Menschen Politik zu machen, indem Sie darstellen, in Nordrhein-Westfalen würde es überall flächendeckend zu exorbitanten Mietpreiserhöhungen kommen. Das kommt es in einzelnen Großstädten, auch an der Rheinschiene, auch in Münster, auch in Bielefeld. Doch insgesamt haben wir in Nordrhein-Westfalen keine flächendeckende Problematik mit exorbitanten Mietpreiserhöhungen. Die von Ihnen genannten Zahlen sind sehr interessengesteuert; da gibt es ganz andere Zahlen. Lassen wir das.

Meine Damen und Herren, wir machen doch genau das Gegenteil von dem, was wir in der Enquete-kommission festgestellt haben. Wir haben Probleme – jawohl –, die müssen wir lösen. Durch die öffentliche Hand sind sie nicht lösbar. Also müssen wir privates Kapital für öffentliche Aufgaben verfügbar machen. Wir müssen privates Kapital für den Wohnungsbau verfügbar machen. Wir müssen den Privaten stärken. Denn er ist derjenige, der immer noch am meisten Wohnungen vermietet. Punktum.

Da ist noch das, was Kollege Vossemer eben auf die nicht so schnell nachvollziehbare Frage der Kollegin Schneckeburger gesagt hat, wie wir das machen können: Indem wir den Privaten nicht an den Pranger stellen, als Abzocker darstellen, sondern indem wir es ihm erleichtern, sein Geld hier zu investieren.

Woran liegt es, dass wir die Probleme der Wohnungsknappheit haben? Ich zitiere den Vorsitzenden eines großen Wohnungsbauunternehmens:

„Wir erleben aber eine große Nachfrage in Ballungsräumen wie Düsseldorf, mit der die Neubauaktivitäten nicht Schritt halten. Das liegt auch an den hohen Neubaukosten, die zurzeit zwischen 1.500 und 2.000 €/m² liegen – zuzüglich Grundstückskosten.“

Dieses wird sich auch über die Miete widerspiegeln. Logisch!

Wenn Sie mit einem solchen Antrag ernsthaft an einer Lösung des Problems interessiert wären, sollten wir ihn nicht nur im Ausschuss beraten, sondern dann auch deutlich machen: Wer hat die Grunderwerbsteuer von 3,5 % auf 5 % erhöht? Wer hat die Wohnungsbauförderrichtlinien so gestaltet, dass die

privaten Mittel für Wohnungsbau nicht abgerufen werden?

Herr Minister, vielleicht ist es überzeichnet, aber wenn man die Situation betrachtet, könnte man meinen, dass Sie als Mitglied der Landesregierung als einheitliche Organisationseinheit gern noch Aufgaben des Sozialministers mit übernehmen würden. Denn das Nichtabrufen von Wohnungsbaufördermitteln wollen Sie ja in den Quartierssozialbereich überschreiben.

Ich finde es übrigens hervorragend, dass die Landesregierung hier als Einheit auftritt. Kollege Kutschatky macht nicht nur Taubenklinikbesuche in Essen oder Mietrecht. Er ist ja nicht ausgefüllt. Ich finde es gut, wenn jemand nicht genug Arbeit hat, dass er dem Bauminister hilft. Das finde ich richtig gut. Das ist eine kollegiale Handlungsweise.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wer hat denn im Bereich der finanzschwachen Kommunen durchgesetzt, dass sich die Grundsteuern erhöhen? Wer hat denn mit einer überbordenden Energieeinsparverordnung dafür gesorgt, dass letztendlich die Warmmieten explodieren. Diesbezüglich haben wir als FDP auf Bundesebene auch gelernt, wie wir deutlich sagen müssen. Wir konnten unseren Koalitionspartner auf Bundesebene überzeugen, dass die neue Energieeinsparverordnung zu weit geht, dass wir die noch einmal überdenken müssen. Wir sind ja nicht beratungsresistent. Anderen sagt man das nach. Wir sind aber nicht beratungsresistent.

Meine Damen und Herren, Sie treiben die Baulandpreise in die Höhe, indem Sie einerseits den Kommunen vorwerfen, Sie stellten nicht rasch genug genügend Bauland zur Verfügung, andererseits aber entsprechend dem überzogenen Ansatz Innenentwicklung fordern, den Freiraum nicht zu belasten. Natürlich: Wenn wir Anschluss- und Benutzungszwang ernst nehmen, ist das ein automatisch laufendes Korrektiv.

Ich kann noch weitere Beispiele anführen. Das hätten wir im Ausschuss besprechen können. Aber das wird ja nicht gemacht. Ich habe meinem Präsidenten versprochen, die Uhr im Blick zu behalten, und komme deswegen zum Schluss.

Dieser Schauantrag ist inhaltsleer. Er bringt nichts. Wenn Sie uns gestern vorgeworfen haben, dass wir Bundespolitik in den Landtag bringen würden – aus gutem Grunde –: Bei diesem Thema machen Sie dies auf einer schwachen Basis. Im Bundesrat sind Sie gescheitert. Sie versuchen hier ein erneutes Aufkochen der gleichen Suppe „Mietrechtsänderung“. Ich stelle dazu nur Folgendes fest: In Berlin haben Sie sich nicht durchgesetzt. Hier können Sie noch einmal versuchen, die Suppe aufzukochen. Den Begriff Recycling habe ich allerdings bisher anders verstanden. Wiederverwertung heißt, dass der Ausgangsstoff inhaltsreich sein muss. Das ist bei

Ihrem Antrag leider nicht der Fall. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Bayer das Wort.

Oliver Bayer (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Mieter und Eigentümer im Stream und hier im Plenarsaal! Wir teilen die Einschätzung, dass es auf den Wohnungsmärkten akute Probleme und eklatante Regelungsdefizite gibt. Stark steigende Mieten führen bereits heute zu nicht mehr vertretbaren Belastungen für private Haushalte, besonders für solche mit geringem Einkommen. Das betrifft nicht nur, aber vor allem die Ballungsräume und wachsenden Regionen in Deutschland und damit auch in NRW. Sie wurden eben genannt.

Frau Schneckenburger sagte zu Recht, dass das Thema nicht gegessen ist. Denn mittlerweile ist die Hoffnung wieder groß, mit Immobilien hohe Renditen zu erzielen. Die Menschen und Wohnungen selbst rücken dabei in den Hintergrund. Der gesetzliche Rahmen bietet unter diesen Umständen kaum noch einen effektiven Schutz vor Mietpreisexplosionen, Luxussanierungen und Verdrängungen.

Unsere Fraktion hat auf diesen Umstand bereits mehrfach aufmerksam gemacht. Wir haben auch in dieser Runde – gut, da waren ein paar mehr oder auch andere Leute hier – eigene Vorschläge unterbreitet und sinnvolle Anträge anderer Fraktionen unterstützt. Wir wollen konstruktiv und im Sinne der Mieterinnen und Mieter an einer Verbesserung der Situation arbeiten.

Deshalb werden wir uns auch dem heute von den Fraktionen von SPD und Grünen eingebrachten Antrag nicht verweigern. Wir teilen Ihre Auffassung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stellen zudem allerdings fest, dass einige Ihrer Forderungen auch denen der Enquetekommission entsprechen und bereits ausführlich diskutiert werden konnten.

Es ist aber sehr ärgerlich – dass wurde hier von Herrn Vossemer und Herrn Ellerbrock erwähnt –, dass Sie leider wieder einmal Punkte hier zur direkten Abstimmung stellen, über die noch zu reden wäre. Es gibt ja keinen unmittelbaren Zeitdruck, der es unmöglich machte, das im Ausschuss zu behandeln.

Ein Beispiel: Sie fordern die Senkung der Modernisierungumlage von 11 auf 9 %. – Ich frage mich übrigens, warum eigentlich genau 9 % und nicht 10, 8 oder 8,9 %. – Das hört sich erst einmal gut an. Wir hätten aber gern darüber diskutiert, warum Mieterinnen und Mieter nach einer Modernisierung dauerhaft mit Mietsteigerungen leben müssen. Wieso

werden die Umlage und damit die Mietsteigerungen nicht zeitlich begrenzt, nämlich auf den Zeitpunkt, an dem sich für den Eigentümer die Kosten amortisiert haben. Herr Breuer hat eigentlich die Gründe für eine solche zeitliche Begrenzung in seiner Rede auch genannt.

Der Antrag ist ein „bunter Sammelantrag Bund“, doch fehlen darin Punkte, die ihm nicht schlecht zu Gesicht gestanden hätten. Darunter finden sich Empfehlungen aus der Enquetekommission, wie zum Beispiel die Umkehr der Beweislast bei Streitigkeiten zur Wirtschaftlichkeit von Betriebskosten. Die Betriebskosten sind vielerorts zur zweiten Miete geworden. Insofern sind eine Einsicht in die Zusammensetzung – also Transparenz – und die Pflicht des Eigentümers, besonders wirtschaftlich vorzugehen, notwendig.

Einen Punkt habe ich noch: Wie Sie den Reaktionen gerade auch von Herrn Vossemer und Herrn Ellerbrock entnehmen mussten, entsteht bei Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, der Verdacht, es handele sich um ein Wahlkampfmanöver. Eine Initiative zu starten, kurz nachdem das Thema auf Bundesebene entschieden wurde, mutet ein bisschen merkwürdig an.

Ich will Ihnen da aber aus der Patsche helfen. Sie haben gleich die Möglichkeit, diesen Verdacht zu entkräften und Ihr ernsthaftes Interesse an der Sache unter Beweis zu stellen. Denn beim nächsten Tagesordnungspunkt können Sie mit uns zusammen eine Maßnahme auf den Weg bringen, die unmittelbar auf Landesebene umgesetzt werden kann. Rasante Mietsteigerungen zu verhindern, heißt nämlich auch, Zweckentfremdung zu verhindern. Nicht nur privates Kapital löst Probleme, Herr Ellerbrock, man kann auch im Land durch Handeln etwas tun. – In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Kutschat das Wort.

Thomas Kutschat, Justizminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Ellerbrock, sehr schön, dass Sie die Verbandszeitschrift der Brieftaubenzüchter lesen. Darin steht manchmal mehr Sinnvolles als in Ihrem Parteimitteilungsblättchen. Insofern: Schauen Sie dort manchmal hinein. Davon kann man auch noch etwas lernen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland lebt in Mietwohnungen. Rund 24 Millionen Wohnungen sind im Augenblick in Deutschland vermietet. Dabei ist die Wohnung der Mittelpunkt des sozialen Lebens und der privaten Existenz.

Für die Herren von CDU und FDP mag die Wohnung vielleicht eher nur ein Wirtschaftsgut und eine Kapitalanlage sein, für uns ist eine Wohnung deutlich mehr, nämlich ein großes, wichtiges soziales Gut. Der Schutz der Wohnung ist daher auch eine zentrale Aufgabe des Gesetzgebers.

Menschen, die Angst haben müssen, ihre Wohnung zu verlieren, leiden unter Existenzängsten. Bereits heute zahlen Mieterinnen und Mieter durchschnittlich rund ein Drittel ihres Einkommens für die Wohnung. In Haushalten mit eher geringen Einkommen, beispielsweise in Haushalten mit einem zur Verfügung stehenden Einkommen von bis zu 1.300 €, werden schon 45 % des verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aufgewendet.

Allein an diesen Zahlen merkt man schon, wie schnell Mieterhöhungen dazu führen können, dass gerade sozial schwächere Bevölkerungsschichten aus bestimmten Stadtteilen durch Mieterhöhungen regelrecht verdrängt werden, weil sie sich eine Wohnung nicht mehr leisten können. Ich glaube – das hoffe ich zumindest –, dass das ein Konsens im Parlament ist, dass wir solche Entwicklungen nicht haben wollen.

Es hilft auch nicht, einem Kölner zu sagen: Zieh doch in die Eifel, dann ist der durchschnittliche Mietzins in Nordrhein-Westfalen für dich wieder gewährleistet. – Ich glaube, das sind auch keine Lösungen, die wir den Bürgerinnen und Bürgern anbieten können. Deswegen müssen wir gemeinsam etwas tun.

Die Initiativen des Bundestages, die jetzt beschlossen wurden, sind auch keine Lösungen in dem Bereich. Auch den Ländern die Möglichkeit einzuräumen, über Verordnungen in bestimmten Gebieten die Kappungsgrenze von 20 % auf 15 % zu reduzieren, ist allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Was es ist? Es ist ein erheblicher Bürokratieaufwand. Zeit- und kostenaufwendige Gutachten müssen erstellt werden. Wir machen das als Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Aber effektiv bekämpfen können Sie Mieterhöhungen so nicht. Das reicht dazu nicht aus.

Noch deutlicher wird uns die Belastung der Mieterinnen und Mieter uns vor Augen geführt, wenn wir uns darüber Gedanken machen, was im Rahmen der energetischen Gebäudesanierung an Modernisierungsumlagen tatsächlich zu erbringen ist. Ohne Frage: Wir alle wollen energetische Gebäudesanierung. Aber es geht auch darum, die Lasten einer energetischen Gebäudesanierung, die Kosten dafür gerecht zwischen Vermieter und Mieter zu verteilen. Was kann man der einen und was der anderen Partei zumuten?

Hier 11 % Modernisierungsumlage auf die Miete aufschlagen zu können und dann auch noch klaglos die Modernisierungsmaßnahmen ohne das Recht zur Mietminderung dulden zu müssen, das ist mei-

ner Meinung nach der falsche Weg. Ab dem zehnten Jahr verdient auch nur der Vermieter daran. Meine Damen und Herren, 11 % Rendite nach zehn Jahren: Das ist nicht das unseriöse Versprechen eines Hedgefonds; das ist soziales Mietrecht à la Bundesregierung in Deutschland.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock zulassen?

Thomas Kutschaty, Justizminister: Gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte, Herr Kollege.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege, ich hatte eben schon gesagt, wir müssen überlegen, welche Maßnahmen wir ergreifen können, um privates Kapital in den Wohnungsbau zu holen. Ich höre von Ihnen momentan immer nur, wie schwierig das ist.

Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, damit Private mehr Geld in den Wohnungsbau stecken und wir zu einer weiteren Entspannung des Wohnungsmarktes kommen? Was ist bei Ihnen konkret da? Keine Publikumsbeschimpfung, sondern ein klein wenig konkretes Handeln ist gefragt. Kollege Groschek versucht ja auch, das bei solchen Sachen wahrzumachen.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Herr Ellerbrock, wir haben im Augenblick am Finanzmarkt die günstigste Situation für Investoren in Immobilien. Wir haben Kreditzinsen heutzutage, da können Sie mit 2 1/2 % über zehn Jahre Wohnungsbau finanzieren. Das war früher anders. Als die 11-%-Modernisierungsumlage kam, hatten wir Kreditzinsen von 6 % bis 8 %. Wir müssen entsprechend der aktuellen wirtschaftlichen Lage auf dem Kreditzinsmarkt reagieren. Die Bedingungen für Investitionen zur Schaffung von Wohnraum waren finanziell für Investoren zu keiner Zeit so günstig wie heute.

Das Hauptproblem, meine Damen und Herren, das wir allerdings bekämpfen und angehen müssen, das ist der rasante Anstieg der Mieten insgesamt, insbesondere wenn es um Neuvermietungen geht. Nach Schätzungen des Deutschen Mieterbundes gibt es Regionen, in denen nach einer Neuvermietung die Mieten drastisch – teilweise um 50 % – steigen. Das hat zur Folge, dass gewisse Quartiere und Viertel nicht mehr mit bezahlbarem Wohnraum für junge Familien zur Verfügung stehen.

Wir erleben es – die Tendenz wird sich verfestigen –, dass wir Stadtteile finden werden, in denen wir keine Kinderspielflächen mehr sehen werden,

aber teure Hundesalons. Nicht, dass ich etwas gegen Hunde habe – ich bin auch ein Freund der Brieftauben, insofern habe ich etwas übrig für Tiere –, aber meine Damen und Herren, wir dürfen nichts unternehmen, um Familien mit Kindern ungebührlich zu benachteiligen.

Deswegen ist der Vorschlag des Antrages, bei einer Neuvermietung die Kappung bei 10 % der Vergleichsmiete anzusetzen, sehr gut und sinnvoll.

Insgesamt legt der Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen den Finger genau in die richtige Wunde und zielt darauf ab, das, was auf Bundesebene in der letzten Mietrechtsmodernisierung schiefgelaufen ist, wieder zu korrigieren. Das ist dringend notwendig. Deshalb appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam moderat dieser Fehlentwicklung entgegensteuern.

Wir müssen jeder Tendenz entgegenwirken, die die soziale Spaltung in unserem Land fördern kann. Dazu gehört auch die Beibehaltung eines wohlausgewogenen Wohnumfelds. Gerade in Ballungsgebieten müssen Familien mit Kindern, müssen Ältere, Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund immer auch ihren festen Platz haben.

Dazu muss der Gesetzgeber die festen Rahmenbedingungen schaffen. Was nützen uns Diskussionen über Integration und Inklusion, wenn wir auf dem Mietwohnungsmarkt wieder eine soziale Isolation betreiben? Deswegen, meine Damen und Herren, arbeitet die nordrhein-westfälische Landesregierung derzeit intensiv an einer Initiative, die wir noch im Juni in den Bundesrat einbringen wollen.

Deswegen ist es auch angezeigt, hier schnell zu entscheiden. Die Fakten sind auf dem Tisch. Man muss sich positionieren und Farbe bekennen, wie wir das Mietrecht zukünftig gestalten können. Dass Sie das tun, das können Sie hier heute unter Beweis stellen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. Ich wollte Sie gerade fragen, ob Sie noch eine Zwischenfrage zulassen. Aber der Kollege signalisiert, das hätte sich erledigt. – Zu Wort gemeldet hat sich noch einmal für die CDU-Fraktion Herr Kollege Schemmer. Bitte.

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Betrachten wir einmal das, was nach dem von Rednern der Regierungskoalition und dem „zuständigen“ Minister Vorgetragenen übrig geblieben ist.

Kommen wir zu den Nebelkerzen: Auf Bundesebene hat die schwarz-gelbe Mehrheit die 20-%-Lösung bei den Mieterhöhungen auf 15 % für drei Jahre reduziert, hat etwas für den Mieter verbessert, was

Rot-Grün mal falsch gemacht hat. – Das wäre schon der erste Hinweis gewesen.

Danach hat man für weitergehende Lösungen, obwohl der Bundesrat von Rot-Grün regiert wird, keine Mehrheit gefunden.

Außerdem habe ich etwas zur Modernisierung und zu den Kosten gehört. Jeder Wohnungsinvestor bekommt quasi fürs Nichtstun – er investiert nur so ein bisschen in energetische Verbesserungen – 11 % lebenslang aufs Konto. Wenn das die gigantische Lösung ist, frage ich mich: Warum macht das bloß keiner?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben hier eine „Geldeinholungsmechanik“ zugunsten von Wohnungsvermietern – so habe ich das aus dem gesamten rot-rot-grünen Bereich gehört –, und keiner nutzt sie. Die wollen das Geld alle gar nicht verdienen. Deswegen investiert nur 1 % der Wohnungsvermieter da, wo es nun wirklich nicht mehr anders geht.

Preisdämpfung? Die Frage lautet: Wie kommen wir zu ausreichendem Neubau? Wie kommen wir zu genügend Bauland? Wie kommen wir dazu, die degressive Abschreibung – Steinbrücks Unsinn – wieder zu beseitigen? Dazu höre ich nichts.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wohnung? Wie gesagt, der Oberwohnungsbaupolitiker erzählt uns jetzt, dass Wohnen ein soziales Gut ist. Ich weiß gar nicht, wo er in den vergangenen Jahren – er ist schon etwas länger hier – gesessen und ob er nichts mitgekriegt hat.

Letzter Satz: Eine Landesregierung, die es innerhalb von drei Jahren schafft, die Förderung von sozialem Wohnraum von 1,14 Milliarden oder 1.140 Millionen auf schäbige 548 Millionen zu reduzieren, hat jedes Recht verloren, sich zu diesem Thema überhaupt zu äußern. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Ich darf der guten Ordnung halber noch mal darauf hinweisen, dass die Landesregierung in Form von Herrn Minister Kutschaty ihre Redezeit um 55 Sekunden überzogen hatte. Wir haben diese 55 Sekunden Herrn Kollegen Schemmer zugutekommen lassen.

(Minister Michael Groschek: Das wäre auch schade gewesen!)

Ich darf fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

In die Abstimmung werden wir noch nicht eintreten – die antragsstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt –, da solche Abstimmungen, wie interfraktionell vereinbart, bis 14 Uhr nicht

stattfinden. Wir **stellen** also die **Abstimmung zurück**.

Ich rufe auf:

4 Wohnungsangebot sichern – Zweckentfremdung von Wohnungen verhindern

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2895

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Wegner das Wort.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Wie die Regierungskoalition in der vorhergehenden Debatte richtig festgestellt hat, findet in den wachsenden Ballungsräumen des Landes eine fortwährende Verknappung preisgünstigen Wohnraums statt.

Weiter haben wir auch erfahren, dass die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum zu stark steigenden Mietpreisen führt. Die rasante Entwicklung bewirkt, dass Mieterinnen und Mieter mittlerweile mehr als 30 %, viele sogar 40 % ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben müssen.

Darüber hinaus müssen wir aber auch feststellen, dass das Angebot durch die Zweckentfremdung von bestehendem Wohnraum zusätzlich vermindert wird. Wohnungen werden in Büros umgewandelt oder stehen aus spekulativen Motiven leer. Es ist ein Unding, dass sich diese Spekulation mit Wohnraum gerade dort lohnt, wo er am dringendsten benötigt wird.

Die Situation auf den Wohnungsmärkten erfordert unserer Meinung nach zeitnahes Handeln. In angespannten Wohnungsmärkten darf Wohnraum nicht ersatzlos verloren gehen. Das befeuert nur die Mietspirale und befördert vor allem in den Innenstädten Verdrängungsprozesse. Ist das erst einmal geschehen, kann die Entwicklung nur durch intensive Maßnahmen und öffentliche Förderung ausgeglichen werden.

Bis zum 31. Dezember 2006 galt zur Verminderung der Zweckentfremdung von Wohnraum eine Landesverordnung. Die damalige Regierung ließ sie ersatzlos auslaufen. Erst mit der WFNG-Novellierung wurde hier eine kommunale Satzungsermächtigung geschaffen. Aber was ist nach anderthalb Jahren daraus geworden? Die Satzungsermächtigung ist bislang kaum genutzt worden. Dort, wo sie dringend benötigt würde, insbesondere in den wachsenden Ballungsräumen, ist die Zweckentfremdung von Wohnraum immer noch möglich.

Wo immer die Probleme in der Umsetzung liegen mögen, dieser Zustand ist vor dem skizzierten Hintergrund nicht länger hinnehmbar. Bei der WFNG-Novellierung gab es bereits Kritik an der kommunalen Satzungsermächtigung und dem Verzicht auf eine Landesregelung. Die Kritiker scheinen wohl recht behalten zu haben.

Nun werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, wahrscheinlich darauf hinweisen, dass bereits von Beginn an eine Evaluation der Satzungsermächtigung versprochen wurde und diese noch abzuwarten sei.

Da sind wir anderer Meinung:

Erstens. Wir denken nicht, dass die Zeit vorhanden ist, um noch länger abzuwarten. Dazu ist das Problem zu akut.

Zweitens. Das Ministerium erarbeitet derzeit nach eigener Aussage ein Wohnungsaufsichtsgesetz, das um die Frage der Zweckentfremdung wohl kaum herumkommen wird. Macht es da nicht Sinn, jetzt schon die Diskussion über die derzeitige Situation und eine potenzielle landesweite Regelung zu führen? Die Ergebnisse könnten dann direkt in den Gesetzentwurf einfließen.

Wir meinen, eine landesweite Regelung hat viele Vorteile. Sie kann einheitliche Maßstäbe an alle Wohnungsmärkte des Landes anlegen und effektiver eine qualifizierte Bewertung der Gebietskulisse vornehmen. Sie stellt insofern auch eine Hilfe für die Kommunen dar.

Die Piratenfraktion folgt mit ihrem Antrag auch den Empfehlungen der Sachverständigen der Enquete-kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“. Die Sachverständigen haben sich eindeutig für eine landesweite Regelung ausgesprochen. Sie schlagen eine zusätzliche Satzungsermächtigung der Kommunen vor, um Gebiete kleinräumig ergänzen zu können.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Eine effektive Regelung zur Verhinderung von Zweckentfremdung ist ein unverzichtbares Instrument für den Schutz der Mieterinnen und Mieter. Sie muss auf den Weg gebracht werden. Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht einmal eine Bundesinitiative nötig. Das können wir hier und jetzt auf den Weg bringen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Jahl das Wort.

Armin Jahl (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag der Piraten gelesen habe, habe ich mich ge-

fragt: Was wollen sie damit erreichen? Warum habe ich mich das gefragt? – Wir haben am 21. März in diesem Landtag einen gemeinsamen Antrag – Rot, Grün und Piraten – beschlossen, in dem auch zur Zweckentfremdungsverordnung Stellung genommen worden ist. In diesem Antrag haben wir eine Zeitvorgabe gemacht und ausgeführt: Wir haben nicht nur die Zweckentfremdung als Problem, sondern wir haben viele andere Probleme. Diese Probleme hat die Enquetekommission aufgearbeitet und sind in diesem gemeinsamen Antrag enthalten. Warum nehmen Sie also einen Problembereich heraus, wollen hier im Landtag noch einmal darüber reden und nicht – das hätte ich ja noch verstanden – direkt darüber abstimmen, sondern in den Ausschuss überweisen lassen? Das heißt, wir machen jetzt die zweite Ausschussüberweisung zum Thema „Zweckentfremdungsverordnung“. Tut mir leid, das kann ich in der Sache nicht nachvollziehen.

Wir haben am 21. März hier gemeinsam gesagt: Wir wollen im zuständigen Ausschuss diskutieren. Wir geben der Landesregierung maximal ein halbes Jahr Zeit, um einen ersten Zwischenbericht zum Ergebnis der Enquetekommission abzugeben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das reicht nicht aus!)

– Das werden wir sehen, ob das ausreicht. – Hierüber soll dann im zuständigen Ausschuss diskutiert werden, und notfalls sollten dort Prioritäten festgesetzt werden. Lassen Sie uns das doch gemeinsam abwarten.

Wir haben eine Reihe von Problemen. Ich könnte das aus dem gemeinsamen Antrag zitieren. Der Kollege Bayer hat ja eben ein Beispiel genannt. Wir reden über die Frage der Beweislast, wenn Wohnungen nicht mehr bewohnbar sind. Bisher muss das die Kommune beweisen bzw. eine Ersatzvornahme vornehmen, die dann möglicherweise auf den Kosten sitzen bleibt. Wir wollen eine Beweislastumkehr, sodass der Eigentümer nachweisen muss, dass die Probleme nicht so groß sind. Ansonsten muss er die Instandsetzung, was ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, bezahlen.

Bezüglich der Zweckentfremdungsverordnung haben Sie eben auf die Sachverständigen in der Enquetekommission hingewiesen. Sie wissen sicherlich, dass es auch bei den Sachverständigen unterschiedliche Meinungen zu verschiedenen Themen gegeben hat. Aus dem Endbericht der Enquetekommission will ich ausdrücklich den Teil zur Zweckentfremdungsverordnung zitieren, damit klar ist, was gemeinsam – fast gemeinsam, denn eine Fraktion hat sich etwas zurückgehalten – beschlossen worden ist. Es heißt dort:

„Die Wirkungen und die Anwendung der bisherigen Zweckentfremdungsverordnung mit einer Satzungsermächtigung für die Kommunen muss gewissenhaft geprüft und nach einer ausrei-

chenden Zeit einer Evaluierung unterzogen werden. Zudem soll geprüft werden, ob durch gesetzliche Regelungen klargestellt wird, dass in einem Gemeindegebiet auch bestimmte Stadtteile festgelegt werden können, in denen die Zweckentfremdungsverordnung gilt.“

Denn bisher gilt ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts, dass nur für ein gesamtes Stadtgebiet die Zweckentfremdungsverordnung vom Rat, von der Gemeindevertretung beschlossen werden kann.

Im Interesse der Mieterinnen und Mieter müssen wir darauf achten, dass wir die im Endbericht und im Entschließungsantrag aufgeführten möglichen Lösungen rechtssicher und ökonomisch auf den Weg bringen. Wir wollen nicht nur ein Problem lösen, wir wollen möglichst gemeinsam und frühzeitig mehrere Probleme lösen.

Ich setze darauf, dass uns die Landesregierung spätestens nach der Sommerpause – dann wäre das Halbjahr rum; es wäre auch nicht schlimm, wenn es vor der Sommerpause geschehen könnte – einen ersten Zwischenbericht gibt und wir im Ausschuss das tun, was wir bereits am 21. März gemeinsam vereinbart haben, nämlich in der Sache diskutieren. Dann kommen wir auch zu den notwendigen Entscheidungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich diesen Antrag gelesen habe, habe ich mich gefragt: Bist du jetzt in der DDR-Volkskammer oder im Landtag von Nordrhein-Westfalen?

(Beifall von Klaus Vosssem [CDU])

Darüber hinaus fiel mir ein, dass seit einem Jahr die Linke nicht mehr im Landtag ist. Ich habe wirklich nicht ganz verstanden, was der Antrag soll. Aber ich komme gleich darauf zu sprechen.

Ja, wir haben einen Wohnungsmangel in rund einem Drittel des Landes, insbesondere in Universitätsstädten, an der Rheinschiene, in einigen prosperierenden ländlichen Räumen. Wir haben Wohnungsüberhänge im nördlichen Ruhrgebiet, teilweise in Ostwestfalen, teilweise im Sauerland, teilweise in der Eifel. Wir dürfen den Mangel nicht verwalten wie in der ehemaligen DDR – deswegen passt der Antrag nicht in diese Welt –, sondern wir müssen den Mangel beseitigen durch Neubau, und zwar sowohl durch frei finanzierten als auch durch öffentlich geförderten Wohnungsbau. Ich habe bereits vorhin gesagt: Da wird das Versagen dieser Landesregierung in den letzten drei Jahren mit der Halbierung der Mittel für den öffentlich geförderten

Wohnungsbau deutlich. Das ist das zentrale Problem innerhalb dieses Landes.

In der letzten Wahlperiode hat man alles, was Schwarz-Gelb vernünftigerweise gemacht hat, rückgängig gemacht. Von 2005 bis 2010 sind die Wohnungsmärkte kontinuierlich verbessert worden. All das musste beseitigt werden. Als Beispiel nenne ich den Wiedereinstieg in die Zweckentfremdungsverordnung – Klammer auf: Rot-Grün zurück in die Vergangenheit. Die Piraten setzen sich nun an die Spitze und marschieren mit einer ganz dunkelroten Fahne voran.

Ich empfehle hin und wieder auch das Lesen von Lektüre. Es muss nicht für jeden eine CDU- oder FDP-Lektüre sein. Ich zitiere – hoffentlich mit Genehmigung des Präsidenten – die „Welt am Sonntag“ vom letzten Sonntag: „Wie aus dem Büroturm ein Mietshaus wird.“

In dem Artikel wird breit dargelegt, in welchen Situationen wir aus nicht mehr funktionstüchtigen Bürobereichen neue Wohnungen entstehen lassen können, wo sie gebraucht werden. Das ist genau der umgekehrte Fall zur Zweckentfremdung, die Sie meinen. Es ist genau der richtige Weg, um Wohnungen da zu bekommen, wo wir sie brauchen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen nun einmal die Situation, dass gewerbliche und dienstleistende Nutzung aus Wohn- und Mischgebieten heraus- und in Gewerbegebiete hineingeht. Deshalb ist es sinnvoll, dort Neubau hineinzubringen.

Die Wiedereinführung der Zweckentfremdungsverordnung schafft neue Bürokratie: In der schönen sozialdemokratischen Stadt Dortmund hat man es schon geschafft. Die Verordnung schafft zusätzliche Personalkosten, die nicht interessieren. Wenn zusätzliche Personalkosten in Städten die Folge sind, dann machen wir eben einen Stärkungspakt und gleichen das irgendwie wieder aus. – Ich finde das wirklich interessant.

Die Zweckentfremdungsverordnung so einzuführen, bedeutet schlichtweg die Frage, wie man Investoren abschrecken kann. Ich denke, Rot-Grün wird es schon schaffen.

Wir brauchen also eine zeitgemäße Wohnraumförderung ohne bürokratische Einengung, wie es heute der Fall ist. Wir brauchen mehr Bauland in prosperierenden Regionen, nicht im Kreis Höxter. Wir brauchen eine neue degressive Abschreibungsmöglichkeit. Ich kann mich noch daran erinnern, wer sie hauptsächlich abgeschafft hat. Was wir nicht brauchen, ist die neue alte Zweckentfremdungsverordnung à la DDR. Diese Zeit sollten wir seit über 20 Jahren hinter uns haben. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Für die Fraktion Bündnis

90/Die Grünen spricht als nächste Rednerin Frau Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Herr Schemmer hier ans Mikrofon geht und dunkelrot sieht, dann verdüstert sich bei einem selbst manchmal der Horizont. Dass Sie jetzt die Piraten in die Nähe der DDR rücken, ist einmal eine ganz neue Note in der Plenardebatte. Das hatten Sie in der letzten Legislaturperiode immer bei einer anderen Fraktion. Besser und gehaltvoller wird die Debatte an der Stelle darum aber nicht.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Schemmer, es ist ziemlich mühselig. Halbwahrheiten wie die Halbierung der Wohnungsbauförderung tragen Sie jetzt zum zweiten Mal in der heutigen Debatte vor. Ich will trotzdem noch einmal etwas sagen. Vorhin habe ich es mir zum Teil verkniffen, weil es ein wenig mühselig ist, Halbwahrheiten dieser Art zu diskutieren. Ich will es trotzdem noch einmal sagen.

Als Ihre Fraktion zusammen mit der FDP damals die Regierung getragen hat, also unter Schwarz-Gelb, haben Sie die Wohnungsbauförderung des Landes in eine Eigentumsförderung des Landes umgewandelt.

(Christof Rasche [FDP]: Sie war doch unter Ihnen vorher viel höher!)

Sie haben so lange umgewandelt, bis Ihnen Ihr Finanzminister geschrieben hat: Wissen Sie eigentlich, was Sie mit dem revolving Fonds des Wohnungsbauvermögens tun? Das ist unverantwortliches Handeln. – Der Brief vom Februar 2010 ist und bleibt legendär. Durch ihn hat Ihnen Ihr eigener Finanzminister ins Stammbuch geschrieben, dass Sie die Wohnungsbauförderung zweckentfremden,

(Zustimmung von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CDU: Sie wollen doch gar nicht mehr!)

indem Sie mehr Geld ausschütten, als in diesem Fonds überhaupt vorhanden ist. Das jetzt auch noch als Wohltat an den Mietwohnungsmärkten und am sozialen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen zu verkaufen, ist schon eine ziemlich abenteuerliche Mär, die Sie hier erzählt haben.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Schemmer zulassen?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Aber immer, gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, bitte.

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Frau Kollegin Schneckenburger, ist Ihnen bekannt, dass die Eigentumsförderung in den Jahren 2003 und 2004 unter Rot-Grün deutlich höher war als in den Jahren 2005 bis 2010 unter Schwarz-Gelb? Praktisch heißt das, die Eigentumsförderung wurde damals durch Rot-Grün ganz nach vorne gestellt und nicht durch Schwarz-Gelb.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Herr Schemmer, uns beiden sollte durch entsprechend hinterlegte Dokumente bekannt sein, dass die Ansätze in der Tat 2003 und 2004 höher waren als zu Ihrer Zeit. Der Grund, warum Ihnen der Finanzminister geschrieben hat, bestand darin, dass Sie die Eigentumsförderung in Nordrhein-Westfalen weit über die Ansätze hinaus ausgedehnt haben.

(Bernhard Schemmer [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Jetzt lassen Sie mich bitte auch einmal antworten.

Sie haben zwar einen bestimmten Ansatz in Ihren Plan zur Eigentumsförderung geschrieben, haben aber am Ende bis zu 800 Millionen € ausgeschüttet. Das war doch der Grund, warum der Finanzminister sagte: Jetzt sind wir bei 1,14 Milliarden €. Wir können aber maximal 1 Milliarde € aus dem Wohnungsbauvermögen ausschütten, weil sich der Fonds sonst selbst sozusagen karnalisiert. Jetzt gebt mal bitte acht; das ist nicht mehr zu verantworten. – So viel dazu.

Jetzt kommen wir zum Thema „Zweckentfremdungsverordnung“. Wir haben als Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen in der letzten Legislaturperiode wieder eine Zweckentfremdungsverordnung eingeführt. Warum haben wir das getan? Wir haben das mit Blick darauf und mit Wissen darum getan, dass es Entwicklungen in den Großstädten gibt, die die Mietwohnungslage problematischer machen und es darum notwendig ist, zu reagieren. Wir haben das Instrument aber in die Hände der Kommunen gegeben. Das ist das Gegenteil von staatlichem Durchregieren durch das Land, Herr Schemmer. Wir haben dieses Instrument mit Blick darauf in die Hände der Kommunen gegeben, dass die Kommunen nicht nur die Wohnungsaufsicht haben, sondern ihre Wohnungssituation in Nordrhein-Westfalen am besten kennen. Es gibt Kommunen, die vor dem Hintergrund ihrer eigenen Wohnungsmarktanalyse entschieden haben, das Instrument anzuwenden. Wie Sie da auf staatlichen Dirigismus à la DDR kommen, ist mir ohnehin schleierhaft.

Aber jetzt noch einmal an die Piraten gewandt: Ich verstehe nicht, warum Sie an dieser Stelle noch einmal mit diesem Antrag kommen. Wir haben diese Frage doch auch in der Enquetekommission dis-

kutiert. Wir haben uns doch auch verständigt. Sie haben doch auch die Hand dafür gehoben, will sagen, den Bericht am Ende unterschrieben, dass es Sinn macht, zunächst auszuwerten, wie das Instrument Zweckentfremdungsverordnung gewirkt hat und ob die Gebietskulissen auch entsprechend einer optimalen Wirksamkeit des Instrumentes angelegt sind. Ich finde, das sollte man dann auch machen. So viel Sorgfalt muss sein.

Insofern macht es keinen Sinn, jetzt diesen Antrag zu beschließen. Wir gehen ja ohnehin auch noch einmal in einen gemeinsamen Umsetzungsprozess der Ergebnisse der Enquetekommission. Das haben wir jetzt vor uns. Es macht auch Sinn, das mit der notwendigen Sorgfalt zu machen und mit Blick auf die unterschiedlichen Situationen in den lokalen Teilmärkten. Dann können wir das miteinander diskutieren.

Wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass man vor dem Hintergrund der Entwicklung eine andere Variante der Zweckentfremdungsverordnung machen sollte, dann ist der Minister gefordert, das auch zu tun. Das wird er auch mit Sicherheit tun, so wie ich ihn kennengelernt habe. Aber das zu tun, ohne zunächst auch einmal auszuwerten und das einzuhalten, was man gemeinsam verabredet hat, macht jedenfalls auch keinen Sinn. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Als nächster Redner spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Wegner, ich schätze Sie, weil wir in der Enquetekommission ausgesprochen gut zusammengearbeitet haben. Die Sinngebung dieses Antrages nachzuvollziehen, fällt mir sehr schwer. Kollege Schemmer hat deutlich auf die letzte „Welt am Sonntag“ hingewiesen, darauf, dass es ein anderes Problem gibt, nämlich Umnutzung von Gewerberaum in Wohnungen. Das ist ein Problem, gerade auch in Verdichtungsgebieten. Ich habe Schwierigkeiten, das nachzuvollziehen. Ob das eine wesentliche Entspannung auf dem Wohnungsmarkt mit sich bringen würde, weiß ich nicht.

Aber das Stichwort „Entspannung auf dem Wohnungsmarkt“ bringt mich zum Kollegen Kutschatj. Sie haben eben auf die Frage, was Sie denn nun neben dem Beklagen dieser so schlimmen Situation in einzelnen Großstädten an eigenen Vorstellungen haben, gesagt: Im Endeffekt habe ich da nichts. Denn die Zinsen sind so niedrig.

Ich habe eine Ahnung, was der Kollege Groschek sagen würde. Der hätte zumindest gesagt:

(Der Abgeordnete imitiert Minister Michael Groschek.)

Herr Ellerbrock, Sie wissen ja, wir Sozialdemokraten sind das soziale Herz der Republik. Wir werden natürlich die Wohnungsbauförderungsrichtlinien entsprechend umstellen. Wenn wir erst mal Quartiersförderung machen mit unseren Sozialarbeitern vor Ort, dann haben wir randständige Gesellschaftsgruppen auch integriert. Das kriegen wir alles unheimlich gut hin.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Übrigen weise ich darauf hin, dass der VEB Wohnungswirtschaft immer eine ganz tolle Sache war.

Das werden Sie dann nicht sagen, aber haben Sie im Kopf.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, Entschuldigung, ich möchte Herrn Minister Groschek nur die Zusicherung geben, dass wir diesen Beitrag nicht gleich von seiner Redezeit abziehen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Da sollte man wirklich einmal rangehen. Da muss doch mehr da sein, als hier nur zu sagen: Das wissen wir auch nicht.

Wir haben dazu ja Vorschläge gemacht, was man da alles machen kann. Darüber sollten wir vielleicht dann noch einmal reden.

Kollege Wegner, Herr Miksch von der Architektenkammer sagt ganz deutlich: Hier mag es in bestimmten Gebieten unseres Landes wie der Rheinschiene durchaus Regelungsbedarf für Zweckentfremdung geben. Wir sehen allerdings in vielen übrigen Bereichen das gegenteilige Verfahren, nämlich dass Büroraum zu Wohnraum umgenutzt wird, weil sich unterdessen auch bei Investoren herumgesprochen hat, dass sich Wohnraum sicherer und dauerhafter vermieten lässt, als das im Zweifel bei Büroimmobilien der Fall ist.

Frau Gendziorra vom BFW sieht auch solche Überlegungen als Investitionshemmnis an. Da müssen wir, glaube ich, ganz vorsichtig sein.

Meine Zielrichtung für meine Partei ist: Wir haben eine Vorbildfunktion als öffentlicher Wohnungsbau für die kommunalen Wohnungsbauunternehmen, die vieles von dem ja umsetzen könnten, was Sie hier fordern. Die könnten das ja machen. Kollege Groschek würde da doch sagen:

(Der Abgeordnete imitiert erneut Minister Michael Groschek.)

Ich habe die natürlich alle eingeladen. Wir machen jetzt hier eine gemeinsame Sitzung und werden das

festlegen, die Vorbildfunktion der kommunalen Wohnungsbauunternehmen. Herr Ellerbrock, das regeln wir alles.

(Beifall von der SPD)

Es ist ja gut. Wir können dann schon besser in den Dialog kommen.

Da muss doch etwas kommen.

Ich habe jetzt allerdings bei der SPD ein Argument nicht gehört. Sie müssten in einem Punkt für die Zweckentfremdungsverordnung doch ein ganz warmes Herz haben. Das wäre doch wieder eine Möglichkeit, durch Gebühren für die Zweckentfremdungsverordnung nehme. Das ist doch normalerweise Ihr Weg. Wir sind hier kreativ. Wir helfen Ihnen in Ihrer Argumentation, Herr Minister. Die begründete Gegenargumentation haben wir aber auch.

Meine Damen und Herren, Herr Wegner, der Antrag ist überflüssig. Wir werden den Inhalt, glaube ich, im Zusammenhang mit der Enquetekommission und anderen Anträgen beraten können. Es steht mir nicht an, Ihnen einen Rat zu geben, aber ich würde das für nicht diskriminierend halten, wenn man sagt: Wir haben in der Plenardebatte neue Gedanken gesehen und können das in andere Beratungen einbeziehen. Ich fände, das wäre Größe. So wie ich Sie kenne, können wir auch darüber reden. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Landesregierung erteile ich nun Herrn Minister Groschek das Wort. Bitte.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Kollege Ellerbrock, es geht doch. Ich bin fasziniert. Wenn jetzt Herr Schemmer beim nächsten Wortbeitrag da anknüpft, wo Sie aufgehört haben, dann haben wir einen Konsens gestiftet, der „Wir in Nordrhein-Westfalen“ untermauern würde. Das wäre eine neue Qualität von Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In dem Urteil über den Antrag kann ich Ihnen nur zustimmen. Der ist in der Tat überflüssig. Der wird gut gemeint gewesen sein. Aber angesichts der Vorgeschichte, die hier geschildert wurde, macht er im Moment als parlamentarischer Diskussionspunkt keinen Sinn. Wir haben darüber geredet, ob es sinnvoll oder unsinnig ist, eine Zweckveränderungsverordnung in die Wege zu leiten.

Herr Schemmer hat die „Welt am Sonntag“ zitiert. Herr Schemmer, im Grunde ist das ja ein Hinweis darauf, wo es Konsens gibt. Wir haben immer gesagt, das Land Nordrhein-Westfalen untergliedert sich im Großen und Ganzen in drei Teilmärkte.

Es gibt eine boomende Region mit einer erheblichen Nachfrage, wo Neubau, Neubau, Neubau das Thema sein muss und wo es in der Tat positiv wäre, wenn man genau dem Beispiel folgen könnte, Büroräumlichkeiten, die nicht genutzt werden, zu Wohnräumen umzunutzen, so wie wir es ja auch bei Industrie- und Werkstatträumlichkeiten unter der Überschrift „Loff“ kennen.

Dann gibt es aber Regionen, in denen genau das Gegenteil der Fall ist. Auch da muss man reagieren können. Deshalb finde ich es richtig, dass wir die Kommunen qua Satzung ermächtigt haben; denn die kommunale Wirklichkeit schafft eine Differenzierungsmöglichkeit, die wir hier gemeinsam nicht hätten.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Ansonsten nehmen wir natürlich den Auftrag des Landtags ernst, binnen der vorgegebenen Frist hier zu bilanzieren und Vorschläge zu unterbreiten, um Ihnen die Gelegenheit zu geben, mit uns gemeinsam über den besten Weg zur Umsetzung der Vorschläge der Enquetekommission zu diskutieren und zu entscheiden.

Wir sind in der Pflicht, Ihnen das Wohnungsaufsichtsgesetz zu präsentieren. Das werden wir auch machen. Es ist auf einem fristgerechten Weg.

Wir werden das Bündnis für Wohnen mit Leben erfüllen und dem Ausschuss regelmäßig berichten.

Ich kann nur dazu einladen, an den Stellen, an denen Konsens möglich ist – jenseits der Frage, wer welche Art von Eigentumsförderung aus dem Wohnungsbaukapitel gemacht hat –, diese Konsensmöglichkeit auch zu nutzen. Die Wohnungswirtschaft verlangt ja danach, dass wir neben den Kontroversen auch konsensual bemüht sind, adäquate Antworten auf die drei unterschiedlichen regionalen Wohnungsmärkte zu geben. Die Landesregierung ist gewillt, allen die Hand zu reichen, die helfen, die Wohnungsbauprobleme in diesem Land zu beseitigen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Es ist eine Kurzintervention angemeldet worden, und zwar vom Herrn Kollegen Bayer von den Piraten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Herr Minister, eine Kurzintervention – extra für Sie!)

Oliver Bayer (PIRATEN): Besten Dank. – Es wurde gesagt, wir hätten das in der Enquetekommission

behandelt. Das ist auch richtig. Es wird aber natürlich noch einige Zeit dauern. Ich glaube nicht, dass wir dieses Thema noch vor der Sommerpause im Ausschuss diskutieren werden. Wir rechnen eher damit, dass längere Zeit vergehen wird, bis wir das alles behandelt haben werden.

Insofern haben wir – genau wie SPD und Grüne – gedacht, dass man eine dringende Sache, die in unserem Fall auch direkt im Land geregelt werden kann, bereits einbringen kann. Wir haben darauf geachtet, dass es auch im Land erledigt werden kann und nicht einfach ein Appell an den Bund ist. Sonst unterscheidet sich dabei allerdings nichts von der Vorgehensweise von Rot-Grün – bis auf den Punkt, dass wir das auch noch in den Ausschuss bringen und tatsächlich beraten wollen.

Das wollte ich nur als Statement hinterherschicken. – Danke schön.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Herr Minister, bitte schön.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ich nehme zur Kenntnis, dass es aus Ihrer Sicht weitestgehend eine Übereinstimmung zwischen den Fraktionen von Piraten, Rot und Grün gibt – bis auf die Nuance, die Sie in Ihrem Antrag thematisiert haben.

Bezogen auf die Evaluierungsfrist will ich nur noch einmal darauf hinweisen – das gilt auch aus kommunalpolitischer Sicht –, dass wir gerade noch in der Einführungsphase des Gesetzes sind. Wir haben diese Satzungsermächtigungsoption erst seit einem Jahr. Sowohl bei der hauptamtlichen als auch bei der ehrenamtlichen Kommunalpolitik gibt es immer Eingewöhnungsphasen. Deshalb hat die Enquetekommission in ihrer Empfehlung auch nicht darauf gedrungen, jetzt Veränderungen vorzunehmen, sondern sich dafür ausgesprochen, eine qualifizierte Evaluierung abzuwarten, bei der ein angemessener Zeithorizont zur Grundlage gemacht wird, um dann eine wirklich fundierte Entscheidungsgrundlage für den Landtag zu schaffen.

Daher sehe ich auch nur in diesem Punkt einen gelinden Widerspruch und kann mich dem Urteil vieler Vorredner anschließen. Angesichts der Vorbeschlussfassung am 21. März 2013 ist dieser Antrag zum jetzigen Zeitpunkt überflüssig.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann sind wir am Schluss der Beratung des Tagesordnungspunktes 4.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2895** an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**. Die ab-

schließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir hatten zwischen 12:30 und 14 Uhr die abstimmungsfreie Mittagspause und kommen nun zur direkten Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3.

Zunächst die **Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 2**: Wir stimmen erstens über den **Antrag** der Fraktion der FDP „Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie unterlassen – Keine neuen Belastungen zulasten der Mitte unserer Gesellschaft“ **Drucksache 16/2882** ab, da die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt hat. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mit Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP- und der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den **Antrag** der Fraktion der CDU „Rot-Grüne Steuererhöhungsorgie gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze“ **Drucksache 16/2898** ab. Auch die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/2898. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion **abgelehnt**. Es hat eine, zwei, inzwischen drei Enthaltungen bei den Piraten gegeben.

(Zuruf von den PIRATEN: Zwei!)

– Nein, es wurden gerade immer mehr.

Wir kommen jetzt zur **Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 3**. Das war der **Antrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Bund muss rasanten Anstieg von Mieten eindämmen“ **Drucksache 16/2889**. Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion **angenommen**.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

5 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2622

Ich eröffne die Beratung und erteile für die FDP Herrn Kollegen Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Das Thema „Gemeindefremde Kinder“, über das wir heute sprechen wollen, hat eine Gemeinsamkeit mit dem großen Thema „U3-Ausbau“. In beiden Fällen klaffen die Realität und das Empfinden aufseiten der Regierung weit auseinander.

Frau Ministerin, ich will mir an dieser Stelle doch den aktuellen Hinweis erlauben: Bislang war es in Teilen schon etwas schwierig, Ihrem Optimismus in Sachen U3-Ausbau zu folgen. Wenn Sie in aktuellen Pressemitteilungen und Veröffentlichungen aber sogar davon sprechen, Sie hätten das Soll übererfüllt, ist das doch etwas zu viel des Guten.

(Beifall von der FDP)

Wir alle wissen, dass es in sehr vielen Kommunen nicht ausreichend U3-Plätze geben wird. Das Soll ist nach wie vor die tatsächliche Nachfrage, nicht aber irgendwelche statistischen Zahlen.

In der Frage der Finanzierung von Kita-Plätzen für gemeindefremde Kinder schieben Sie Ihre Verantwortung noch konsequenter von sich. Sie bestreiten Handlungsbedarf, obwohl der offenkundig ist. Eltern können ihr Kind nicht ohne Weiteres in einer Kita außerhalb ihrer Wohnsitzgemeinde anmelden. Denn dann bekommen sie zu hören, dass für den Anspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem im Kinder- und Jugendhilferecht geltenden Örtlichkeitsprinzip grundsätzlich die Wohnortgemeinde zuständig ist. Das Land beteiligt sich zwar nach Maßgabe des KiBiz an den Kosten für jeden in Anspruch genommenen Platz, unabhängig davon, ob das jeweilige Kind dort wohnt oder nicht. Aber die Kommunen sind prinzipiell nicht zur Kostenübernahme für Kinder verpflichtet, die ihren Wohnsitz außerhalb der Gemeinde haben.

Dies bedeutet, dass eine Kommune entweder den Kostenanteil für ein gemeindefremdes Kind selbst aufbringen muss oder mit der Kommune, in der das Kind seinen Rechtsanspruch hat, eine Ausgleichsvereinbarung treffen muss – das alles mehr oder minder auf freiwilliger Basis.

Übergeordnete Handlungsempfehlungen, wie sie beispielsweise in Niedersachsen der Fall sind, ein Konsens zur Handhabung oder eine eigene Landesausgleichsregelung diesbezüglich gab und gibt

es bisher nicht. Dies führt in der Praxis mittlerweile dazu, dass vor allem finanzschwache Kommunen Verantwortlichkeiten hin- und herschieben, wodurch die Inanspruchnahme eines Kita-Platzes durch ein gemeindefremdes Kind letztendlich unmöglich gemacht wird.

Neben Eltern und Trägern, die uns und bestimmt auch Sie schon mehrfach auf die Problematik hingewiesen haben, hat auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe bereits deutlich gemacht, dass Handlungsnotwendigkeiten bestehen. Insofern noch einmal meine dringende Aufforderung an die Landesregierung, sich dieser Sorgen endlich anzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Liberale sind der Auffassung, dass dem Wunsch von Eltern nach einem Betreuungsplatz möglichst flexibel und individuell entsprochen werden sollte. Eltern sollten möglichst frei entscheiden können, welchen Kindergarten mit welcher pädagogischen Ausrichtung ihr Kind besucht.

(Beifall von der FDP)

Auch ist es nur schwer vermittelbar, dass ausgerechnet im Mobilitätszeitalter mit vielen Jobpendlern die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten bei der Überschreitung von Stadt- und Gemeindegrenzen mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Wie wir den Kommunen und den Eltern unter die Arme greifen können, müssen wir sehen. Wir würden uns freuen, wenn dazu niedrigschwellige Handlungsempfehlungen ausreichen. Im Antrag haben wir dazu Vorschläge unterbreitet.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt viele Gründe dafür, sein Kind nicht am Wohnort betreuen zu lassen. Es können geografische, berufliche oder auch persönliche Gründe sein. Eines gilt aber für alle Betreuungsplätze: Das Land finanziert die Plätze für alle Kinder, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Nordrhein-Westfalen haben, egal in welcher Betreuungsform.

Die Kommunen als Träger der öffentlichen Jugendhilfe erstellen, abgeleitet vom KiBiz und vom SGB VIII, einen rechtzeitigen Jugendhilfebedarfsplan, um vor Ort ausreichend Kinderbetreuungsplätze vorzuhalten. Eine Verpflichtung, einen ortsnahen Platz in Anspruch nehmen zu können, leitet sich daraus allerdings nicht ab. Das heißt: Alleine

die Jugendämter entscheiden im Rahmen ihrer Jugendhilfeplanung in eigener Zuständigkeit über die Aufnahme und die Finanzierung sogenannter gemeindefremder Kinder in den Einrichtungen.

Auch nach dem gültigen KiBiz gibt es dazu keine weiter gehenden Regelungen. Seit 2010 haben wir sowohl mit der ersten Stufe der KiBiz-Revision als auch im Rahmen des qualitativen und quantitativen U3-Ausbaus alles darangesetzt, die Kinderbetreuung in diesem Land zu verbessern. Herr Hafke, Sie müssen zugeben: Das ist uns geglückt.

Zu dem Zweck haben wir landesseits rechtzeitig erhebliche Finanzmittel bereitgestellt. Wir können heute zur Recht und mit Stolz darauf verweisen, dass wir es geschafft haben, den U3-Ausbau in dieser Zeit hinbekommen zu haben. Ab August werden wir den gesetzlichen Anspruch erfüllen können.

Also: Wir haben Betreuungsplätze, aber auch Plätze in der Tagespflege; es gibt Betriebskindergärten und Großtagespflege. Ich stelle fest: Die Eltern und die Kommunen sind flexibel genug, eine gute und passende Lösung zur Betreuung der Kinder zu finden.

Dass Sie, meine Damen und Herren von der FDP, in Ihrem Antrag einen Regelungsbedarf oder sogar eine Erleichterung in der kommunalen Kostenerstattung für die Betreuung sogenannter gemeindefremder Kinder sehen, können wir nicht unterstützen. Denn die Realität im Land sieht anders aus: Bei mir im Kreis Warendorf hat die gemeindefremde Betreuung schon länger Bestand, sogar über Ländergrenzen hinaus. Unser Kreis liegt an der Grenze zu Niedersachsen. Auch über diese Ländergrenze hinweg ist die Kostenerstattung kein Problem. Innerhalb des eigenen Jugendamtsbezirks, aber auch in Zusammenarbeit mit anderen Jugendämtern im Kreis ist die interkommunale Zusammenarbeit kein Problem. So die Aussage meines Kreisjugendamtes.

Der Saldo – den habe ich mir auch geben lassen – ist interessant: Im Kreis Warendorf betreuen wir zurzeit sogar mehr Kinder von außen, als wir selber Kinder abgeben. Im Übrigen befinden wir uns in der Nähe von Münster; das erklärt vielleicht einiges.

Es ist übrigens jeder Kommune im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung freigestellt, die Kostenerstattung für die Betreuung gemeindefremder Kinder interkommunal zu regeln. Das geht auch vertraglich. Davon wird auch Gebrauch gemacht. Deshalb gibt es auch keine Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände, in dieser Richtung tätig zu werden.

Zum Schluss lassen Sie mich feststellen: Wir haben in unserem Land ein gutes, auch gemeindeübergreifendes Betreuungsangebot im Sinne der Eltern anzubieten. Die interkommunale Kostenerstattung scheint uns dabei überhaupt kein Problem zu sein.

Wir sehen in dieser Angelegenheit keinen Regelungsbedarf.

Deshalb kann ich sagen: Wir freuen uns auf die vertiefte Diskussion im Fachausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die CDU-Fraktion spricht der Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im Bereich der Kinderbetreuung schon Probleme genug, die nicht gelöst sind. Der FDP-Antrag beschreibt heute zutreffend ein weiteres Problem, das wir zum Wohle der Kinder lösen sollten.

Meine Damen und Herren, ich habe gerade das Problem mit einer Besuchergruppe aus einem Ortsteil meiner Heimatstadt erörtert. Eine alleinerziehende Frau aus diesem Ortsteil Lünten arbeitet nicht in der zehn Kilometer entfernten Kernstadt Vreden, sondern im drei Kilometer entfernt Alstätte, einem Ortsteil der Nachbarstadt Ahaus. Sie möchte ihr Kleinkind im Kindergarten in Alstätte in der Nähe ihrer Arbeitsstelle unterbringen. Ein Platz ist dort auch noch frei.

Jetzt weiß ich, dass die beiden Bürgermeister von Ahaus und Vreden dazu ohne großen Aufwand eine Regelung finden würden. So hat meine Kollegin aus Warendorf das ja auch für den Ortsteil beschrieben, aus dem sie kommt. Das können die Münsterländer gut regeln.

Aber, meine Damen und Herren, das ist landesweit nicht die Regel, sondern es stellt in vielen Teilen des Landes aus verschiedensten Gründen ein erhebliches Problem dar. Deshalb beschreibt der Antrag auch richtigerweise die Lösungsansätze.

Meine Damen und Herren, zur Verwirklichung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Wahlfreiheit ist es deshalb vernünftig, den Jugendämtern Empfehlungen an die Hand zu geben, damit die Kinder und die Eltern nicht alleine gelassen werden. Und wenn das nicht reichen sollte – ich kann mir das aber nicht vorstellen –, sollten wir gegebenenfalls auch über landesgesetzliche Regelungen nachdenken.

Auch ich freue mich, Frau Kollegin, auf die sachliche Diskussion im Fachausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen! Es stimmt, das Leben mit Kindern ist bunt und vielfältig. Wir als Politik sind gefordert, für Familien für bedarfsgerechte und auch passgenaue Lösungen zu sorgen und Angebote zur Verfügung zu stellen, um tatsächlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern möglich zu machen und es vor allen Dingen den Eltern leichter zu machen.

Zu dieser Vielfalt des Familienlebens gehört es auch, dass Eltern für ihre Kinder nicht immer einen Platz in ihrer Heimatgemeinde wollen, sondern dass sie – weil sie einen Betriebskindergarten haben, ein anderes Konzept wie zum Beispiel einen Waldorfschule wollen oder auch weil die Kita in der Nachbargemeinde näher am Wohnort liegt – einen Platz in der Nachbargemeinde beanspruchen.

Wir alle kennen das Problem der Kita „Düssel“ in Wülfrath, die für die Wuppertaler Eltern näher liegt als eine Einrichtung in Wuppertal. Der Fall ging durch die Gerichte. Wir haben dazu hier mehrfach Petitionen gehabt. Zu der Zeit, als es virulent war, habe ich x Briefe geschrieben und unzählige Telefonate geführt, um eine Lösung dieses Problems hinzubekommen. Letztendlich ist es – das kann man schon sagen – an der Sturheit der Stadt Wuppertal gescheitert, die nämlich nicht bereit war, für ihre, die Wuppertaler Kinder, die in Wülfrath in die Einrichtung gingen, dann auch zu bezahlen.

Das Argument war: Es gibt dafür keine gesetzliche Grundlage. Genauso ist es. Und wer hat verursacht, dass es keine gesetzliche Grundlage gibt?

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Genau, Herr Hafke, das war Schwarz-Gelb. Bevor Sie dieses Kinderbildungsgesetz gemacht haben, war es überhaupt kein Problem, meine Damen und Herren, wenn Kinder einer anderen Gemeinde in die Kita gingen. Das wissen auch Sie, das wissen wir alle.

Mit diesem Gesetz ist die missliche Situation entstanden. Herr Hafke, wir beobachten schon seit längerem, dass Sie sich von dem KiBiz absetzen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass auch Sie als FDP dieses Gesetz mit beschlossen haben. Sie können sich da jetzt nicht aus dem Staub machen.

Sie haben damals sogar Kinder aus anderen Bundesländern von der Betreuung in NRW ausgeschlossen. Wir, Rot-Grün, haben das mit dem ersten KiBiz-Änderungsgesetz geradegerückt. Wir haben es möglich gemacht, dass Kinder aus anderen Bundesländern jetzt auch in NRW eine Kita besuchen können. Diese Lösung hat übrigens auch die FDP, die heute Antragstellerin ist, abgelehnt. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

Die Verfahren, die Sie als FDP nun vorschlagen, sind nicht praktikabel. Sie können so in keiner Form

umgesetzt werden; denn Ihre Forderung ist, dass man eine Lösung notfalls gegen die Kommunen auf den Weg bringt und dass die dadurch entstehenden Kosten mal eben aus dem Landeshaushalt finanziert werden sollen.

Meine Damen und Herren, um es ganz klar sagen: Ich bitte die FDP, da einmal ihren politischen Instinkt einzuschalten und sich zu fragen, ob sie, wenn sie Regierungsfraktion wäre, überhaupt einen solchen Antrag stellen würde, gegen die Kommunen eine millionenteure Maßnahme aus dem Landeshaushalt zu finanzieren. Das kann eigentlich nicht Ihr Ernst sein. Das wäre kein seriöses Regierungshandeln. Noch dazu würde es sich um Landesgeld handeln, das gar nicht bei den Kitas, sondern direkt beim Kämmerer landet. Das ist unklug. Denn eine solche Regelung geht nur im Einvernehmen mit den Kommunen, die das dann tragen müssen.

Im Übrigen – Sie haben das Beispiel Niedersachsen angeführt – ist es in Niedersachsen genau zu dieser Lösung gekommen. Dort gab es nämlich eine Vereinbarung der kommunalen Spitzenverbände, und auf dieser Grundlage ist man zu der Regelung gekommen, dass auch gemeindefremde Kinder in der Gemeinde finanziert werden.

In Nordrhein-Westfalen haben wir diese Frage in der Anhörung zum 1. KiBiz-Änderungsgesetz gestellt. Da haben die kommunalen Spitzenverbände ganz klar gesagt, sie lehnten das ab. Es gebe nur vereinzelte Fälle, sodass Gründe der Einzelfallgerechtigkeit zwar durchaus dafür sprächen, dass aber bei einer Kosten-Nutzen-Analyse insbesondere der administrative Aufwand zu hoch sei. Die kommunalen Spitzenverbände haben das also abgelehnt.

Wir werden diese Frage gleichwohl in einem neuen Kindergartengesetz aufgreifen und das nochmals versuchen zu klären. Jetzt einen Einzelaspekt aus dem Finanzierungssystem, das Sie ja entwickelt haben, losgelöst von allen anderen Dingen zu diskutieren, macht keinen Sinn. Wir sprechen gerne mit Ihnen darüber, wie man dieses Problem einer Lösung zuführen kann, aber dann im Kontext eines neuen Gesetzes. Ich hoffe, dass wir dann gemeinsam mit den Kommunen zu guten Lösungen kommen. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich bin ein bisschen überrascht und will gleich auf ein paar Dinge eingehen, die Frau Watermann-Krass und auch Frau Asch eben aufgeworfen haben.

Zunächst allerdings an die antragstellende FDP-Fraktion: Herzlichen Dank dafür! Das ist ein ganz wichtiges Thema, worüber wir uns jetzt hier unterhalten können.

(Beifall von der FDP)

Uns hilft es an dieser Stelle nicht, ein paar schöne Beispiele aufzuzählen, wo das ganz wundervoll klappt, irgendwo in Warendorf bzw. beim Kollegen Tenhumberg vor der Türe. Das ist alles ganz toll. Fakt ist aber: In der Mehrzahl der Kommunen funktioniert es eben nicht.

In der Debatte eben war ich überrascht. Frau Watermann-Krass steht hier vorne und sagt – wenn ich sie richtig verstanden habe; vielleicht habe ich sie auch falsch verstanden –: Wir sehen gar keinen Regelungsbedarf. Das ist alles okay.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Ja!)

Frau Asch sagt dagegen: Wir gucken jetzt mal. Wenn wir ein neues KiBiz schaffen, dann hören wir uns die kommunalen Spitzenverbände in dem Zusammenhang noch einmal an, greifen dieses Thema noch einmal auf. – Ich höre daraus, dass zu diesem Thema zumindest noch Diskussionsbedarf besteht.

(Zustimmung von Andrea Asch [GRÜNE])

Vielleicht setzen Sie sich dazu noch einmal zusammen und schauen, ob die Meinungen miteinander einhergehen.

Was mich bei der ganzen Thematik ebenfalls überrascht, ist Folgendes: Ich habe immer wieder den Eindruck – zu dem Thema gibt es auch diverse kleine Anfragen –, dass Sie, Frau Ministerin Schäfer, bzw. die Landesregierung sich ein bisschen herausstellen und sagen: Das ist alles kommunale Selbstverwaltung. – Das ist es natürlich auch, das ist gar keine Frage. Aber ist es aus meiner Sicht zu naiv gedacht, dass die Landesregierung, die Familienministerin genau informiert sein sollte bzw. ein Eigeninteresse daran haben sollte, dass es vernünftige Regelungen gibt?

(Beifall von Walter Kern [CDU] und Marcel Hafke [FDP])

Ich frage das einfach mal so. Vielleicht können Sie dazu nachher noch etwas dazu sagen.

Ich komme zu einem zweiten Thema und einer Frage an die antragstellende FDP-Fraktion. Sie äußern sich in Ihrem Antrag zu Kindertageseinrichtungen und zur Kindertagespflege. Die Voraussetzungen sind da ja etwas unterschiedlich, was die Finanzierung und die Zuständigkeit des Jugendamtes angeht. Ich lese aus dem Antrag erst einmal nicht heraus, ob dazu schon Lösungsansätze in der FDP-Fraktion vorhanden sind. Eigentlich gibt es nur den Vorschlag, eine Diskussion anzustoßen. Wenn das die Intention des Antrags ist, kann ich damit sehr gut leben. Aber, wie gesagt, einen richtigen Lö-

sungsvorschlag habe ich darin bislang noch nicht gesehen bzw. vermisste ich an der Stelle.

Ich komme zu einem ganz entscheidenden Knackpunkt. Frau Asch hat eben – wie sie es häufig tut – gesagt, was Schwarz-Gelb alles Schlimmes getan habe. Auf jeden Fall ist schlimm, dass die Kommunen unterschiedliche Kindergartenbeiträge haben. Das ist ein Punkt, über den wir uns in diesem Gesamtzusammenhang unterhalten sollten. Ich halte die unterschiedlichen Beiträge für schlecht und glaube, dass es angesichts der Problematik des interkommunalen Ausgleichs nicht hilfreich ist, dass in den Kommunen unterschiedliche Kindergartenbeiträge, unterschiedliche Elternbeiträge existieren.

Der Landeselternbeirat, mit dem ich Kontakt aufgenommen habe, hat als möglichen Lösungsansatz auch schon aufgeworfen, für die gemeindefremde Kindergartenunterbringung eine interkommunale Clearingstelle oder Ähnliches einzurichten. Darüber sollten wir uns ganz sicher unterhalten.

Wir Piraten haben ein klares Wahlprogramm. Ich zitiere jetzt aus dem Bundestagswahlprogramm, das am Wochenende verabschiedet wurde:

„Betreuungs- und Bildungsangebote des Staates sind den Kindern kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Angebote sollen wohnort- oder wahlweise arbeitsplatznah realisiert werden – auch über kommunale Grenzen hinweg.“

Genau das Thema steht also im Wahlprogramm. Ich weiß, liebe FDP, beim ersten Part kommen wir nicht ganz überein. Beim zweiten Part sehe ich allerdings Übereinstimmungen.

Wir als Piraten stimmen sicherlich einer Regelung zu, die den Eltern die freie Wahl eines Kinderbetreuungsangebotes ermöglicht bzw. diese erleichtert.

Wir stimmen ebenfalls zu, dass, wenn eine Einigung nicht sinnvoll möglich ist, der Landesgesetzgeber Regelungen schaffen muss. Wir sehen es allerdings als zwingend erforderlich an, in die weitere Diskussion eine zeitliche Komponente mit hineinzunehmen. Einfach zu sagen, die Landesregierung solle irgendwann mal was tun, halte ich für relativ kompliziert.

Wir müssen uns auch über den Unterschied zwischen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege unterhalten.

Im neuen KiBiz könnte irgendwann stehen, dass die Aufnahme eines Kindes in eine Kindertageseinrichtung nicht allein deswegen verwehrt werden darf, weil das Kind in einer anderen Gemeinde wohnt. Das können wir als Konsens am Ende vielleicht so stehen lassen.

Ich bedanke mich ganz herzlich und freue mich auf die Ausschussberatung.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Ich will noch einmal deutlich machen, dass wir das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern in Nordrhein-Westfalen durch eine verbesserte Angebotssituation deutlich gestärkt haben. Ich nenne in diesem Zusammenhang das erste KiBiz-Änderungsgesetz und auch unser Engagement für den quantitativen und qualitativen Ausbau mit einer Versorgungsquote von 33 % für Kinder von unter drei Jahren.

Herr Hafke, eine Anmerkung vorab: Wenn ich davon gesprochen hätte, dass wir bei 144.883 Plätzen unser Soll übererfüllt hätten, hätten Sie mit Ihrer Kritik recht. Ich hatte allerdings darauf hingewiesen, dass wir unser Soll bei der Schaffung von Betreuungsplätzen mit 74 % im Kita-Bereich übererfüllt haben. Wir hätten nämlich eigentlich nur 70 % in den Kitas schaffen müssen und 30 % in der Kindertagespflege. Darauf bezog sich die Anmerkung, das nur zur Korrektur.

Ich komme nun zum Bereich „gemeindefremde Kinder“. Über gemeindefremde Kinder entscheiden die Jugendämter im Rahmen ihrer örtlichen Jugendhilfepflicht grundsätzlich in ihrer eigenen Zuständigkeit. Anders als Schulen sind Kindertageseinrichtungen keine staatlichen Einrichtungen, sondern kommunal getragene bzw. von anderen Trägern getragene Einrichtungen. Hier liegt ein anderes Rechtsverhältnis zugrunde.

Die kommunale Selbstverwaltung ist nun einmal ein hohes Gut in unserem Land. Sie haben selbst gesagt, dass die Kommunen nicht prinzipiell den Kostenausgleich vornehmen müssen. Wenn wir sie jetzt gesetzlich dazu verpflichten würden, den Kostenausgleich vorzunehmen, dann würden wir in die örtliche Jugendhilfepflicht eingreifen. Herr Hafke, was haben wir dann? Dann haben wir anschließend ein Konnexitätsproblem. Sie haben bei Ihrer gesamten Debatte überhaupt nicht berücksichtigt, welche unterschiedlichen Rechtsverhältnisse hier jeweils zugrunde liegen.

Werfen wir einen Blick nach Niedersachsen. Dort haben die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit den Landesjugendämtern Empfehlungen entwickelt. Wir müssen uns dem gar nicht entgegenstellen, solche Empfehlungen zu entwickeln. Wir diskutieren weiterhin über das Kinderbildungs- und -pflegegesetz. Wir stehen als Landesregierung in einem sehr konstruktiven Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden. Selbstverständlich können wir dieses

Thema noch einmal erörtern. Niemand wird etwas dagegen haben, diesen Weg so zu beschreiten.

Noch einmal zurück zu den Landesjugendämtern: Sie sind bei den Landschaftsverbänden angegliedert, und die Landschaftsverbände sind Kommunalverbände, getragen von den Kommunen. Auf diesem Weg können wir uns dem Problem sicherlich auf eine konstruktive Weise nähern, allerdings nicht über eine gesetzliche Regelung. Da kann ich mich nur meinen Vorrednern anschließen: Wenn Sie es hätten anders regeln wollen, hätten Sie es selber im Kinderbildungsgesetz anders regeln müssen. Das haben Sie vermutlich auch deswegen nicht getan, weil Sie die örtliche Jugendhilfeplanung stärken wollten. Das war sicherlich eine Ihrer Überlegungen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns als Land – auch nach der jetzigen Rechtslage – an der Finanzierung aller Betreuungsplätze, die uns seitens der Jugendämter angemeldet werden, beteiligen. Das können wir als Land tun, und das machen wir auch.

In der ersten Gesetzesnovelle haben wir die Änderung vorgenommen, dass Kinder, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Nordrhein-Westfalen haben – egal ob sie aus diesem Bundesland kommen oder nicht – auch von uns unterstützt werden.

Noch einmal: Mit Ihrem Vorschlag wäre in der Tat ein Eingriff in die örtliche Jugendhilfeplanung verbunden, und das hätte enorme Folgewirkungen im Hinblick auf die Konnexität. Das ist zu bedenken. Empfehlungen können wir jederzeit gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln. Darum sollten wir dieses Thema im Ausschuss noch einmal vertiefen und daraus kein Streitthema machen, sondern überlegen, wie es uns weiterhin gemeinsam noch besser gelingt, Eltern die optimale Unterbringung ihrer Kinder zu ermöglichen. Das sollte unser Ziel sein. In diesem Sinne freue auch ich mich auf die Debatte im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt noch eine Wortmeldung aus der CDU-Fraktion vom Kollegen Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht nur der Kollege Döngel war etwas überrascht über die Wortmeldung und den Beitrag von Frau Asch. Anstatt nur zurückzublicken, sollte man vielleicht lieber einmal den Antrag lesen; dann könnte man sachlicher und fachlicher darüber diskutieren.

Fakt ist doch – das hat auch die Ministerin dargelegt; da sind wir gar nicht so weit auseinander –, dass es ein Problem gibt. Dieses Problem dürfte eigentlich gar nicht vorhanden sein, wenn alle guten Willens wären – so hat es auch Frau Watermann-

Krass beschrieben – und haushalterisch in der Lage wären, das Problem zu lösen.

Fakt ist aber auch, dass Eltern alleine gelassen werden, wenn sie ihr Kind gemeindefremd unterbringen wollen. Wenn sich keine Regelungen finden lassen und es sich um ein Massenphänomen handelt, dann ist der Landesgesetzgeber auch verpflichtet, entsprechende Empfehlungen vorzunehmen. Das ist das Mindeste.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Frau Ministerin, ich habe eine Bitte. Sie sollten sich nicht auf die Zuständigkeitsfrage zurückziehen. Das geht nicht. Es geht hier um Kinder, es geht um ein Problem, das wir in Nordrhein-Westfalen haben. Andere Länder haben nicht weggeschaut und haben Empfehlungen entwickelt und Regelungen gefunden. Vielleicht waren dort die Spitzenverbände auch innovativer als unsere in Nordrhein-Westfalen, das mag sein. Das Problem existiert jedenfalls, und das kann man nicht mit dem Verweis auf die Zuständigkeitsfrage einfach links liegen lassen.

Wenn die örtliche Jugendhilfeplanung keine Lösung findet, wollen Sie das dann einfach kommentarlos hinnehmen? Wollen Sie den Kindern die Chance nehmen, gemeindefremd untergebracht zu werden, sodass die Eltern kurze Wege zur Betreuungseinrichtung haben? Sie wollen also einfach wegschauen mit dem Hinweis darauf, dass Sie nicht zuständig sind und dass das die örtliche Jugendhilfeplanung regeln müsste?

So verstehe ich meine Aufgabe als Abgeordneter nicht. Als Landtagsabgeordnete und als Gesetzgeber haben wir eine andere Aufgabe. Wir sollten uns ein Beispiel an anderen Ländern nehmen. Die FDP hat in ihrem Antrag einen Lösungsansatz formuliert. Wenn wir zu anderen Lösungen kommen, soll mir das auch recht sein. Wichtig ist aber, dass das Problem gelöst wird. Wir können die Eltern nicht alleine lassen, und die Kinder schon gar nicht. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Tenhumberg, bei Ihnen als maßgeblichem Architekt des gegenwärtig gültigen Kinderbildungsgesetzes kann ich mich über Ihren zweiten Wortbeitrag nur wundern.

Punkt eins. Es hätte in Ihrer Kompetenz gelegen, das Ganze entsprechend zu ändern. Dann hätten Sie die konnexitätsrelevanten Kosten tragen können.

Punkt zwei. Sie reden von einem „Massenphänomen“. Das sehe ich wahrlich nicht. Wir wissen, dass es solche Fälle gibt. Es gibt gute Lösungen – das haben wir gehört –, und es gibt Lösungen, die nicht funktionieren, also im Grunde keine Lösung sind.

Bei der gesamten Debatte dürfen wir eines nicht vergessen: Jedes Kind ab einem Jahr hat ab dem 1. August 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesplatz, und den wird es in Nordrhein-Westfalen dann auch bekommen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2622** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu:

6 Für echtes Netz: Netzneutralität dauerhaft gewährleisten und gesetzlich festschreiben!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2888

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2963

In Verbindung mit:

Netzneutralität gesetzlich verankern, Drosselung von Netzzugängen verhindern

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2892

Bevor wir nach der Beratung zur Abstimmung kommen, möchte ich noch darauf hinweisen, dass sich alle Fraktionen darauf verständigt haben, diese **Anträge zu überweisen**.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Vogt das Wort.

Alexander Vogt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, insbesondere liebe Zuhörerinnen und Zuschauer am Livestream!

(Beifall von den PIRATEN)

Ich begrüße hier insbesondere diejenigen, die heute in Köln für Netzneutralität demonstrieren und – so haben wir gehört – für die es auch eine Übertragung unserer Debatte geben soll.

Ein kleines Gedankenspiel! Stellen Sie sich vor, alle Straßen in Deutschland würden einem großen Unternehmen gehören – wir alle fahren Autos verschiedener Marken –, und dieses große Unternehmen würde sagen: Eine einzige Marke darf die volle Geschwindigkeit ausfahren, alle anderen Automarken dürfen nur noch in Schrittgeschwindigkeit fahren. Was würden Sie dazu sagen?

Ähnlich verhält es sich bei der Debatte um die sogenannte Netzneutralität. Was heißt Netzneutralität? Für viele ist es vielleicht erst einmal ein nebulöser Begriff. Aber wenn ich mich als Internetnutzer im Internet bewege, möchte ich, dass alles, was ich abrufe, möglichst schnell auf meinem Rechner landet, ganz egal, ob es eine Internetseite, eine E-Mail, ein Video oder der Song meiner Lieblingsband ist.

Als Nutzer möchte ich nicht, dass mein Provider, also derjenige Dienstleister, der mir den Internetzugang zur Verfügung stellt, entscheidet, welche Daten wichtig für mich sind. Er soll auch nicht bestimmen, wie schnell welche Daten bei mir ankommen oder gar ganz blockiert werden. Bisher funktioniert das im Festnetzinternet genauso. Bis auf einige technisch begründete Ausnahmen werden die Daten alle gleich behandelt.

Wenn wir uns die Geschichte des von uns genutzten Internets ansehen, dann gibt es zwei Grundlagen. Einmal die militärische Grundlage, im Ergebnis ein ziemlich stabiles Netz, und zum anderen die akademische Grundlage, ein offenes, ein freies Netz, mit dem Gedanken zum Informationsaustausch. Diese Eigenschaften haben den Erfolg des Internets begründet, und wir müssen darauf achten, dass diese auch weiterhin zu sichern sind.

Welche Situation haben wir jetzt? Einige Zugangsprovider überlegen, Flatrates in Volumentarife umzuwandeln. Dies ist vielleicht aus unternehmerischer Perspektive sinnvoll und rechtlich nicht zu beanstanden. Auch stellt ein Volumentarif nicht zwangsläufig eine Verletzung der Netzneutralität dar.

Problematisch wird es jedoch, wenn eigene Dienste des Providers, des Anbieters, mit Exklusivverträgen nicht auf das Datenvolumen des Kunden angerechnet werden. Nach Erreichen der maximal abzurufenden Datenmenge wird die Geschwindigkeit gedrosselt, die eigenen Angebote des Providers werden jedoch weiterhin schnell durchgeleitet und somit

bevorzugt, ähnlich wie bei dem Beispiel mit den Straßen und den Autos.

Dieses Vorgehen ist die Grundlage zur Abkehr des Prinzips der Netzneutralität. Wenn eigene Daten und die von Partnern bevorzugt behandelt werden, dann ist das eine Diskriminierung anderer Anbieter. Daran lässt sich nichts uminterpretieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, ich habe erfreut festgestellt, dass der FDP-Bundeswirtschaftsminister Rösler anscheinend die gleiche Einstellung hat wie ich.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das würde mir zu denken geben!)

– In diesem Punkt.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Prima! – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

– Lassen Sie mich doch weitermachen.

Er hat einen Brief an den Telekomvorstandsvorsitzenden Herrn Obermann geschrieben und drückt darin seine Besorgnis aus. Leider sind ihm weitere Handlungsmöglichkeiten nicht in den Sinn gekommen. Dabei hätte die Bundesregierung längst die Chance gehabt, Netzneutralität gesetzlich festzuschreiben. Sie ist hier untätig wie auf so vielen anderen Gebieten auch.

Wenn wir uns die Auswirkungen anschauen, was eigentlich eine gedrosselte Geschwindigkeit im Netz bedeutet, dann heißt das, wenn wir möglicherweise von 16 Megabit bei der Telekom ausgehen, eine Drosselung auf 384 Kilobit pro Sekunde, dass auf 2,4 % gedrosselt wird.

Das ist etwas, was nicht nur Musik und Videodienste betrifft, viele Dinge wie die Übertragung der Plenarsitzungen, Mediatheken von den öffentlich-rechtlichen Sendern bis hin zu Videochat-Plattformen oder E-Learning-Angeboten sind davon betroffen. Dadurch gibt es hierbei große Einschränkungen.

Natürlich sind auch viele kleine Unternehmen, Start-up-Unternehmen, betroffen, von denen wir viele in Nordrhein-Westfalen haben. Auch viele erfolgreiche, nicht kommerzielle Dienste im Netz wie Wikipedia hätten nie die Chance gehabt, wenn wir keine Netzneutralität gehabt hätten, da dann nur die großen Unternehmen untereinander Verträge geschlossen und kleine Unternehmen keine Chance gehabt hätten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Alexander Vogt (SPD): Ich komme zum Schluss. – Für uns steht fest: Wir brauchen die Netzneutralität.

Wenn sich die Provider nicht freiwillig dazu bekennen, dann müssen gesetzliche Regelungen her. Die Bundesregierung verweigert hierbei zum wiederholten Mal ihr Tätigwerden. Darum fordern wir in unserem Antrag eine Bundesratsinitiative im Sinne von Meinungsvielfalt und gleichberechtigtem Zugang. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Abgeordneter Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man auf die gut zwanzig Jahre zurückblickt, die das World Wide Web nun alt ist, dann denkt man sich, wie weit könnten wir eigentlich mit der Gestaltung des digitalen Wandels sein, wenn wir nicht dauernd hingehen und Selbstverständlichkeiten verteidigen müssten.

(Beifall von den PIRATEN)

Der Grundsatz der Netzneutralität ist ein Erfolgsgeheimnis des Internets, wie wir es heute kennen. Die diskriminierungsfreie Übertragung von Datenpaketen war bisher eigentlich immer eine solche Selbstverständlichkeit, auch wenn es in den letzten Jahren immer wieder Versuche gab, sie einzuschränken.

Die Deutsche Telekom hat – das ist natürlich auch der Anlass für unseren Antrag – ihre Tarife umstrukturiert. Statt echter Flatrate können Kundinnen und Kunden seit Anfang Mai nur noch Datenkontingente buchen. Das ist eine unternehmerische Entscheidung, die sich massiv auf die digitale Teilhabe auswirken wird. Deshalb kritisiere ich diese auch. Die Drosselung allein ist aber noch kein Verstoß gegen die Netzneutralität.

Wir bekommen erst dann ein Problem, wenn – das ist die Absicht der Deutschen Telekom – eigene Produkte, wie beispielsweise Entertain, bevorzugt behandelt und auf die zur Verfügung stehenden Datenkontingente nicht angerechnet werden. Dann liegt ein Verstoß gegen die Netzneutralität vor. In diesem Augenblick haben wir ein Problem, das wir unpacken müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Obermann von der Telekom hat gesagt, man könne es nicht allen recht machen. Das fand ich eine bemerkenswerte Einsicht. Ich glaube aber, dass er nicht damit gerechnet hat, dass es fast 200.000 Menschen gibt, denen das nicht recht ist und die deswegen eine Online-Petition unterschrieben haben und von denen viele heute Nachmittag auch in Köln demonstrieren. Mit diesem berechtigten und auch durch den Grünen-Landesverband unterstützten Protest hat Herr Obermann wahrscheinlich nicht gerechnet.

Es geht aber an dieser Stelle auch nicht allein um die Tarifreform der Deutschen Telekom. Es geht

auch nicht allein um die Frage, wie sich hier ein großer Konzern aufstellt. Vielmehr geht es darum, dass wir jetzt eine Situation haben, die wir für die Zukunft unbedingt vermeiden und ausschließen müssen. Deswegen brauchen wir dringend eine gesetzliche Garantie der Netzneutralität.

Dabei ist die Bundesebene am Zug. Wir müssen die Netzneutralität durchschlagskräftig im Telekommunikationsgesetz verankern. Was bisher darin steht, das hilft einfach nicht. Die bisherigen Regelungen sind eben nicht durchschlagskräftig. Es hilft auch nicht das, was die CDU-Fraktion im Landtag vorge schlagen hat. In ihrer Pressemitteilung von vor ungefähr zwei Wochen hat sie vorgeschlagen, doch einmal mit denen zu reden, die die Netzneutralität verletzen wollen, dann wird das schon was.

Von der FDP-Landtagsfraktion haben wir bisher noch gar nichts gehört. Mein Eindruck ist, das ist auch besser so, wenn wir uns einmal ansehen, was die FDP auf Bundesebene macht. Das wissen wir seit der TKG-Novelle des letzten Jahres. Danach soll der Markt alles richten. In der Diskussion, die wir jetzt haben, übernimmt Herr Rösler das Aigner-Prinzip. Solange das Thema heiß ist, werden markige Pläne geschmiedet, wenn es dann einen anderen Aufreger gibt, landet das alles in der Schublade. Das gleiche Schicksal blüht sicherlich Philipp Rösler's bösem Brief nach Bonn.

Meine Damen und Herren, wir sprechen viel über Meinungs- und Medienvielfalt im digitalen Zeitalter. Beides gerät mit einem Zwei-Klassen-Internet, wie es uns ohne gesetzliche Garantie der Netzneutralität droht, in ernste Gefahr. Deshalb war es mir wichtig, dass wir in unserem Antrag auch die Chancen für die Wirtschaft bei einer Festschreibung der Netzneutralität betonen. Netzneutralität bedeutet fairen Wettbewerb und Marktzugänge für innovative Unternehmen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Debatte im Ausschuss. Ich sage aber auch ganz klar, dass das, was wir heute angehen, nicht die einzige Baustelle ist. Wir werden den Netzbauausbau weiter vorantreiben. Wir werden Initiativen unternehmen für Breitbanduniversaldienstverpflichtung. Wir sorgen in allen Bereichen für digitale Teilhabe.

Das ist ein gewaltiges Programm. Ich hoffe dabei, dass es dafür auch konstruktive Unterstützung aus der Opposition in diesem Haus gibt. Ganz besonders hoffe ich – und damit will ich schließen –, dass es nach dem 22. September eine neue Mehrheit im Deutschen Bundestag gibt, die endlich genau für diese Themen steht, die ein Ende macht mit einer Koalition, die den digitalen Wandel von vorn bis hinten verschläft, sodass wir dann endlich auch eine klare gesetzliche Absicherung der Netzneutralität haben werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrtes Publikum! Liebe Netzbürger! Einen besonderen Gruß möchte ich an die Drosselkom-Demonstranten vor der Telekom-Hauptversammlung richten, die uns in diesem Moment zuschauen, die die Kölner Piraten angemeldet haben.

(Der Redner winkt in Richtung Webcam. –
Beifall von den PIRATEN und Matthi Bolte
[GRÜNE])

Achtung!! Achtung!! Es steht nichts weniger als die Freiheit im Internet auf dem Spiel ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, das ist an sich nicht üblich und gehört auch nicht zu den parlamentarischen Gepflogenheiten. Darauf möchte ich hinweisen.

(Beifall von der FDP)

Daniel Schwerd (PIRATEN): Die Freiheit des Internets steht auf dem Spiel. Ein ehemaliger Staatskonzern und aktueller Quasi-Monopolist der Netzinfrastruktur hat sich daran gemacht, das freie, offene und gleichberechtigte Internet, so wie wir das heute kennen, schlichtweg abzuschaffen.

Die gesamte Problematik der Telekom-Drossel lässt sich unter dem Begriff Netzneutralität zusammenfassen. Netzneutralität ist das zentrale Prinzip, nachdem das Internet bislang funktioniert. Alle Datenpakete im Internet sollen gleich behandelt werden.

Das hört sich jetzt nicht so problematisch an? Ich möchte deshalb gern veranschaulichen, was passiert, wenn dieses Prinzip verletzt wird.

Übrigens: Danke an Herrn Vogt für den Vergleich mit der Autobahn. Ich meine, mich dunkel zu erinnern, das in einem Blog eines Fraktionskollegen schon gelesen zu haben. Na ja, ab 1. August kostet es dank des Leistungsschutzrechtes Geld.

(Beifall von den PIRATEN)

Zurück zu dem Beispiel: Stellen Sie sich vor, Ihr Stromversorger schließt einen Vertrag mit RTL II ab. Sie können diesen Sender solange sehen, wie Sie wollen, aber wenn Sie andere Programme sehen wollen oder das öffentlich-rechtliche Programm, dann wird Ihrem TV-Gerät nach 30 Stunden der Strom abgedreht.

Ihr Stromversorger macht den anderen Sendern großzügig ein Angebot, dass diese nicht ablehnen können. Durch Zahlung eines Schutzgeldes können Sie sich ebenfalls von dieser Sperre befreien.

Das klingt absurd? – Genau das sind aber die Pläne der Deutschen Telekom.

Nach dem Verbrauch eines Inklusivvolumens soll der Netzzugang so weit gedrosselt werden, dass er quasi unbenutzbar wird. Denn da sind ganz wesentliche Dienste der Echtzeitkommunikation, des Videos und des Audio Screenings nicht mehr aufrufbar. Selbst das normale Surfen ist so langsam, dass der Seitenaufbau Minuten in Anspruch nimmt. Damit ist der Netzzugang funktional kaputt.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Entscheidende ist: Die Telekom möchte bestimmte Dienste von dieser Drosselung ausnehmen, etwa den firmeneigenen TV-Dienst „Entertain“. Wettbewerber schauen in die Röhre, oder sie sind so genannte Partner, haben also Lösegeld an die Telekom gezahlt. Dann sind sie ebenfalls von dieser Drosselung ausgenommen. Die Folgen sind verheerend: Kleine innovative Anbieter, nichtkommerzielle Projekte und private Webseiten haben das Nachsehen und fallen unter die Drosselung.

Finanziell starke Konzerne können sich von dieser Drosselung freikaufen. Das ist der Einstieg in das Zwei-Klassen-Internet. Google, YouTube und Bild online: immer zu empfangen. Abgeordnetenwatch, netzpolitik.org, der Pottblog oder vielleicht auch einfach die Webseite Ihrer Partei bleiben außen vor.

Die Bevorzugung von Diensten kann aber nur mit der Deep Packet Inspection stattfinden. Und das ist ein eklatanter Bruch des Fernmeldegeheimnisses, meine Damen und Herren. Blicken Sie bitte in § 88 Telekommunikationsgesetz.

Zusätzlich plant die Telekom, ihren Kunden einen Aufpreis von 20 € dafür abzunehmen, einen unge-drosselten Zugang zu bekommen. Das ist keine Lösung des Problems, sondern doppelte Abzocke. Zuerst verkauft man den Privatkunden ein Produkt, das faktisch defekt ist, und kassiert gleichzeitig von denjenigen Diensten ab, die sich von dieser Drosselung freikaufen wollen. Dann verlangt man auch noch einen Aufpreis von den Privatkunden, die ein unzensuriertes Internet haben wollen. Das ist ungeheuerlich.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Argument der Telekom, die Drosselung sei nötig, um den von sogenannten Vielnutzern verursachten Traffic zu bewältigen, ist falsch und vorge-schoben. Tatsächlich sind Backbone-Kapazitäten immer noch im Überfluss vorhanden und machen für die gesamten kalkulierten Kosten eines Internet-zugangs nur wenige Cent aus. Es handelt sich vielmehr um den Versuch der Telekom-Chefetage, Netzbürger, also die Menschen, die ihren Lebens-mittelpunkt im Netz haben, als „Vielnutzer“ gegen-über den vermeintlichen „Normalnutzern“ auszu-spielen. Das stellt eine öffentliche Diskriminierung dar. Die Spaltung zwischen Digital Natives und Be-

suchern im Internet wird so von der falschen Seite her geschlossen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten und die Regierungsfractionen sind uns einig, dass Netzneutralität gesetzlich festgeschrie-ben werden muss. Unser Antrag geht jedoch noch über den von Rot-Grün hinaus. Wir haben erstens eine Reihe von technischen Anforderungen formuliert, um eine gesetzliche Festlegung der Netzneut-ralität bürgerfreundlich und effektiv zu gestalten. Zweitens wollen wir das Recht auf netzneutralen In-ternetzugang in der Verfassung verankern.

Wir hoffen, unsere Änderungsvorschläge finden Ihre Zustimmung. Es geht um viel: Die Freiheit des In-ternets steht auf dem Spiel. Für ein echtes Netz! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Schick.

Thorsten Schick (CDU): Sehr geehrter Herr Präsi-dent! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beginnen wir mit dem erfreulichen Teil dieser Debatte: Im Ziel sind wir uns zu 100 % einig. Netzneutralität ist un-verzichtbar für mediale Vielfalt und journalistische Chancengleichheit.

(Beifall von der CDU)

Aus diesem Grund sieht es die CDU-Landtagsfraktion mit Sorge, dass die Telekom dar-über nachdenkt, die Geschwindigkeit im Internet für bestimmte Anwendungen auf ein Minimum zu dros-seln, wenn ein bestimmtes Datenvolumen im Monat überschritten ist.

Jetzt mag der eine oder andere einwenden: Tem-podrosselungen sind nicht neu. Mobilfunkverträge beinhalten entgegen landläufiger Meinung keine Flatrates, sondern nur bestimmte Datenvolumina. Viele Handybenutzer merken das am Ende des Monats schmerzlich, wenn der Zugang zum Internet zur wahren Geduldsprobe wird.

Eine neue Qualität hat der Vorstoß der Telekom aber dadurch, dass dieses Tempo-Limit nicht für al-le Anwendungen gleichermaßen gilt, sondern eige-ne Angebote der Telekom oder die von Vertrags-partnern privilegiert werden sollen. Das ist dann keine unternehmerische Entscheidung mehr, die wir hinnehmen müssen, sondern eine Absicht,

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

die sehr wohl zu massiven Verzerrungen im Wett-bewerb zwischen Internetanbietern führen kann.

Deshalb haben die Koalitionsfraktionen in Berlin in § 41a Telekommunikationsgesetz einen entsprechenden Passus aufgenommen. Da heißt es in Abs. 1: Mit Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates ist die Bundesregierung ermächtigt, eine willkürliche Verschlechterung und eine ungerechtfertigte Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs in Netzen zu verhindern. Außerdem kann die Bundesnetzagentur nach Absatz 2 in einer technischen Richtlinie Einzeleinheiten über Mindestanforderungen durch Verfügung festlegen.

Es gibt also einen Instrumentenkoffer, um die unmöglichen Bestrebungen der Telekom auszubremsen. Darüber hinaus hat der zuständige Staatsminister deutlich gemacht, dass zusätzliche Maßnahmen erwogen werden, wenn der Rechtsrahmen nicht ausreichen sollte. Das Problem wird also angegangen. Allerdings bricht hektische Betriebsamkeit bei SPD und Grünen immer dann aus, wenn es darum geht, die Bundespolitik zu maßregeln. Schön wäre es, wenn Sie sich allerdings einmal hier vor Ort flankierend einbringen würden.

Nordrhein-Westfalen ist zweifellos das wichtigste Telekommunikationsland in Deutschland. Hier haben neben der Telekom noch die Mobilfunkanbieter Vodafone und E-Plus ihren Sitz. Außerdem gibt es viele regionale Netzanbieter. Aus meiner Sicht ist es zwingend erforderlich, mit diesen Unternehmen in einen engen Dialog zu treten. Es geht um die Interessen der Verbraucher bzw. Nutzer, die sich einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet wünschen.

Diese Telekommunikationsunternehmen sind aber auch große Arbeitgeber, von denen viele Tausend Arbeitsplätze abhängen. Außerdem sind diese Unternehmen wichtiger Bestand des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen, was ein wichtiges Merkmal unseres Bundeslandes ist. Mit anderen Worten: Für einen nicht unerheblichen Teil des Kabinetts müssten diese Unternehmen ein wichtiger Ansprechpartner sein. Vorteil eines intensiven Austauschs wäre es, dass man in Gesprächen auf Fehlentwicklungen hinweisen könnte bzw. bei solchen schnell zum Hörer greifen kann.

Mir drängt sich allerdings der Eindruck auf, dass dieser Austausch mit sehr langsamen Übertragungsraten vorstattengeht. Zumindest muss man den Eindruck gewinnen, wenn man die Namen einzelner Minister beim googeln einmal eingibt – Beispiel Frau Medienministerin Schwall-Düren: Außerhalb von Branchentreffen sind keine Begegnungen zu erkennen, wo sie sich mit telekommunikationsintensiven Betrieben im Austausch befindet.

Stichwort Verbraucherschutz: Gibt man die Namen „Remmel“ und „Telekom“ ein, stellt man fest, dass ein gewisser Armin Remmel bei Telekomfragen hilft. Ich vermute nicht, dass er der oberste Verbraucherschützer dieser Landesregierung ist.

Das Fleißkärtchen hat sich Minister Duin schon allein dadurch verdient, dass er sich auf der CeBIT mit Branchenvertretern getroffen und eine Besuchsreihe angekündigt hat. Ein erster Besuch hat bereits stattgefunden. Das kann allerdings nur ein Anfang sein. Sie müssen wieder zu einer Kommunikationskultur zurückkehren, wie sie unter Minister Krautscheid üblich war, als man sehr intensiv mit den Medienunternehmen aus Nordrhein-Westfalen im Dialog stand.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schick.

Thorsten Schick (CDU): Appelle an die Bundesregierung sind nicht notwendig, der ausgesprochene Appell an die Landesregierung schon.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Schick, Entschuldigung, ich hätte Sie gerne unterbrochen, weil Kollege Stein Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen würde. Möchten Sie die noch zulassen?

Thorsten Schick (CDU): Ja.

Robert Stein^{*)} (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Kollege. – In unseren Reihen habe ich gerade große Fragezeichen gesehen. Auch ich habe keinen blassen Schimmer, worüber Sie reden.

(Zuruf von der SPD: Nicht zum Thema!)

Können Sie das bitte erklären?

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Thorsten Schick (CDU): Zum Antrag.

(Robert Stein [PIRATEN]: Danke!)

Wenn Sie nicht verstanden haben, worum es geht, ist das mehr als bedenklich. Ich denke, ich habe die zwei Punkte aufgezeigt,

(Beifall von der CDU)

die in der heutigen Diskussion notwendig sind:

Auf der einen Seite hat die Bundesregierung das Problem sehr wohl erkannt, dass es einen Instrumentenkoffer gibt, um das Thema anzugehen, damit gehandelt wird.

Auf der anderen Seite ist NRW ein sehr wichtiger Telekommunikationsstandort, aber die Landesregierung entwickelt nur ein sehr leidliches Interesse, mit den entsprechenden Telekommunikationsunternehmen in Kontakt zu treten, um auf die Wünsche der Verbraucher und die Notwendigkeiten aus Sicht des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen hinzuweisen.

Beide Bestandteile können heute einmal diskutiert werden, selbst wenn das vielleicht ein wenig über das hinausgeht, worüber Sie sprechen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Herr Bolte, ich hatte gesehen, dass Sie versucht haben, auch eine Zwischenfrage zu stellen. Da aber die Redezeit schon vor der ersten Zwischenfrage abgelaufen war, bitte ich um Verständnis, dass ich Sie nicht berücksichtigt habe. – Als nächster Redner spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Nückel.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schick, ich hoffe, Sie haben Armin Remmel vorgewarnt, dass er seit heute beim Verbraucherschutz berühmter als der Minister ist.

Selten gibt es einen Bereich, der so viel mit Kommunikation zu tun hat. Dennoch war das, was die Telekom präsentiert hat, zunächst einmal ein Kommunikationsgau. So haben die Ankündigungen der Deutschen Telekom, die Tarife für den Internetzugang zu ändern und die üblichen Flatrate-Angebote perspektivisch ein Stück weit zu begrenzen, natürlich eine Debatte ausgelöst und die Frage aufgeworfen, ob die geplanten Tarifänderungen wettbewerbswidrig sind und einen Verstoß gegen den Grundsatz der Netzneutralität darstellen.

Die Bundesregierung hat sich dazu bekannt, die Netzneutralität zu wahren. Klar ist, es gibt Diskussionen, welche Wege dorthin führen.

Mit Blick auf die gesellschaftspolitische Dimension der aktuellen Debatte rate ich aber zur Besonnenheit. Die Ankündigung der Deutschen Telekom, neue Volumentarife einführen zu wollen, ist für politische Schnellschüsse sicherlich ungeeignet. Deshalb freue ich mich, dass man sich besonnen und darauf geeinigt hat, die Angelegenheit nicht in einer direkten Abstimmung zu behandeln, sondern zunächst im Ausschuss ausführlich zu beraten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Preise für Leistungen zu verändern, ist erst mal nichts Ungewöhnliches. 10 oder 20 € mehr zu fordern, wäre vielleicht okay. Leider kamen die nebulösen Andeutungen von Herrn Obermann reichlich spät. Ob es eine echte Flatrate wird, wird sich auch zeigen.

Problematisch sind andere Dinge; das wurde schon angedeutet. Nicht nur Verbraucherschützer sehen eine unangemessene Benachteiligung der Verbraucher. Die selektive Diskriminierung nach Diensten, bei der es zur Drosselung von Inhalten fremder Anbieter, jedoch nicht zur Drosselung von eigenen oder

von Partnerproduktangeboten kommt, stellt einen potenziellen Angriff auf die Netzneutralität dar.

Im Bereich des Telefonkabels – ein klassischer Begriff – verfügt die Telekom noch aus Zeiten vor der Privatisierung über ein natürliches Monopol, und ihre Wettbewerber sind immer noch darauf angewiesen, zumindest zum Teil Leitungen von der Telekom zu buchen.

Die Telekom hat die Kritik an den geplanten Einschränkungen nicht ernst genommen. Deshalb gab es auch zu Recht eine Abmahnung seitens der Verbraucherschützer. Die uneinheitliche Behandlung ist das Besorgniserregende. Die Netzneutralität soll aber sichern, dass alle Daten gleich behandelt werden.

Es stellt sich auch die Frage des Datenschutzes, die ich nur kurz anreißer, weil auch sie schon aufgeworfen wurde. Die Fragen „Wie werden die verschiedenen Daten und Datenpakete unterschiedlich abgerechnet? Wie weit muss dazu der Internetkonsum des einzelnen Nutzers überwacht werden?“ müssen dringend kritisch überprüft werden. Die Bundesregierung sowie die Wettbewerbsbehörden verfolgen die weitere Entwicklung bezüglich einer unterschiedlichen Behandlung eigener und fremder Dienste unter dem Aspekt der Netzneutralität sehr sorgfältig.

Ich kann noch mal unterstreichen, was Kollege Schick gesagt hat: Im Rahmen der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes hat die Bundesregierung den Grundsatz zur Gewährleistung der Netzneutralität festgeschrieben. Die Bundesnetzagentur ist auf dieser Grundlage tätig geworden und wird die neuen Tarife bei der Zulassung sorgfältig in Augenschein nehmen.

(Beifall von der FDP)

Ich sehe außerdem in der Bewegung für eine Branchenvereinbarung zu einem transparenten Breitbandmarkt auch einen Weg. Denn die Branche redet mittlerweile miteinander – vielleicht auch aufgrund der Diskussion. Die Vorschläge zur Transparenz hinsichtlich Datenvolumen und Kosten für den Nutzer, wie sie auch die Netzentur unterbreitet hatte, sind ein gutes Zeichen in die richtige Richtung.

Wir werden also kritisch das Verfahren der Bundesnetzagentur und die Diskussion beobachten und sicherlich auch einer kritischen Würdigung unterziehen. Deshalb werden die Diskussionen im Ausschuss sicherlich sehr spannend. – Danke.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal danke ich den antragstellenden Fraktionen für die Initiative zur gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität.

Klar ist – das hat die Debatte gerade noch mal zum Vorschein gebracht, nicht zuletzt wegen der Tagesaktualität –: Mit der Entscheidung der Telekom, die Tarifstruktur ab 2016 für Datenübertragungsraten zu ändern, ist in der breiten Öffentlichkeit eine neue Diskussion über dieses im politischen Raum schon häufig diskutierte Thema entstanden.

Ich glaube, bei all den Bekenntnissen zur Netzneutralität verträgt eine solche Debatte durchaus, zu Beginn kurz zu sagen, dass aus Unternehmenssicht eine Änderung des Tarifmodells in gewisser Weise nachvollziehbar erscheint. Das Datenvolumen steigt stetig und soll sich bis 2016 vervierfachen. Die Netzbetreiber müssen ihre Netze mit Milliardenaufwand ausbauen. Die Telekom hat angekündigt, in den kommenden Jahren in Deutschland 6 Milliarden € in den Breitbandausbau zu investieren. Demgegenüber sinken Erlöse der Telekommunikationsunternehmen seit Jahren. Die konnten nicht alleine durch mehr Umsätze mit Datenvolumen kompensiert werden. Dagegen verdienen Content-Anbieter und Provider, also Google und andere Anbieter dieser Welt, Milliarden, ohne in die kostenintensiven Netze investieren zu müssen. Der Ruf nach neuen Tarifmodellen für das Internet aufseiten der Netzanbieter ist also auf den ersten Blick nachvollziehbar.

Was aber zweifelhaft erscheint, ist der nun beschrittene Weg. Anstelle der Flatrate soll wieder das alte Modell der verkauften Datenpakete im Festnetz Einzug halten. Ob sich das Prinzip der Verbindungsgebühr, wie wir es bereits aus der untergegangenen geglaubten analogen Telefonwelt kennen, so auf die digitale Welt übertragen lässt, ist aber äußerst zweifelhaft. Deswegen ist es richtig und nachvollziehbar, dass der Präsident der Bundesnetzagentur die Telekom in einem Schreiben gebeten hat, die sich hieraus ergebenden offenen Fragen zu klären.

Wichtiger als der eigentliche Auslöser dieser Debatte ist aber meines Erachtens die Beantwortung der Frage, wie wir das Prinzip der Netzneutralität bewerten. Für die Landesregierung – das will ich in aller Deutlichkeit sagen – ist die Netzneutralität ein hohes Gut. Wir gehen davon aus, dass eine gute gesellschaftliche, aber auch wirtschaftliche Entwicklung Netzneutralität braucht. Eine unterschiedliche Behandlung von Daten ist diskriminierend. Reguläre Internetdienste müssen diskriminierungsfrei behandelt werden, das bedeutet, so gut es die zur Verfügung stehenden Ressourcen ermöglichen.

Darauf zielt ja auch der Antrag der Koalitionsfraktionen ab, nämlich zum einen eine Bundesratsinitiative

zu ergreifen, um die Netzneutralität gesetzlich festzuschreiben, zum anderen einen verbindlichen Rechtsrahmen zu schaffen, der den gleichberechtigten Transport aller Datenpakete unabhängig von Inhalt oder Absender nach dem Prinzip des Best-Effort-Grundsatzes gewährleistet, und drittens sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, eine internationale Verständigung zur Sicherstellung der Netzneutralität zu erreichen.

Insbesondere der erste Punkt ist aus unserer Sicht, aus Sicht der Landesregierung, wichtig. Dem werden wir mit einer entsprechenden Initiative im Bundesrat nachkommen.

Die darüber hinausgehenden Punkte der Piraten sind in großen Teilen sicherlich vernünftig. So kann man natürlich dem Gleichbehandlungsgrundsatz der Daten, also dem Kern der Netzneutralität, so wie Sie ihn noch einmal formuliert haben, nur zustimmen.

Ich halte auch das Thema der Verwendung bestimmter Hardware oder Software durch die Netzbetreiber, die an ihrem Anschluss vorschreiben wollen, was genutzt wird oder nicht benutzt werden darf, für einen richtigen Punkt. Auch ist die Verpflichtung für Internetzugangsanbieter, alle von ihnen durchgeführten Eingriffe in den Datenverkehr offenzulegen, etwas, was Unterstützung finden kann.

Die Forderung nach Schaffung einer neuen Aufsichtsbehörde allerdings, die die Einhaltung der Regelung der Netzneutralität überwacht, halte ich für nicht zustimmungsfähig. Es bedarf meines Erachtens keiner neuen zusätzlichen Behörde. Es ist vielmehr sachdienlicher, die Kompetenzen der Bundesnetzagentur zu konkretisieren und diese mit wirksamen Sanktionsmechanismen auszustatten.

Meine Damen und Herren, abschließend will ich noch einmal sagen, dass die eigentliche Problemstellung, über die wir zu reden haben, der Zusammenhang von möglicher Drosselung von Breitbandzugängen einerseits und der Privilegierung eigener Angebote andererseits ist.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ganz genau!)

Das hat mit Chancengleichheit nichts zu tun.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Dabei rächt sich – es ist ja im vorausseilenden Gehorsam schon gewarnt worden, dass sich ein Angriff in Richtung Berlin nicht lohnen würde, aber bei diesem Punkt kommt man nicht daran vorbei –, dass bei der letzten Novellierung des TKG darauf verzichtet worden ist, eine klare Stellungnahme zum Thema „Netzneutralität“ zu verankern. Wir haben auch in der Enquetekommission erlebt, dass mit 17 zu 17 Stimmen, obwohl Sie als Schwarz-Gelb in der Enquetekommission eine eigene Mehrheit gehabt hätten, ein entsprechender Antrag zu einer gesetzli-

chen klaren Verankerung von Netzneutralität abgelehnt worden ist.

Trotzdem hoffe ich, dass wir, wie das durch die beiden Redner von FDP und CDU gesagt worden ist, in der weiteren Beratung zu einer gemeinsamen Haltung kommen, die sich aber in der Gesetzgebung des Bundes widerspiegeln muss. Ansonsten nützt das Bekenntnis zur Netzneutralität nichts. Wir brauchen eine gesetzliche Verankerung. Wir als Landesregierung werden im Bundesrat eine entsprechende Initiative starten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. Bleiben Sie bitte gleich am Redepult. Es gibt nämlich die Anmeldung einer Kurzintervention durch Herrn Kollegen Schwerd von der Piratenfraktion. Bitte schön.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister Duin, ich danke Ihnen für Ihr explizites Bekenntnis zum Prinzip der Netzneutralität und übrigens auch zur Endgerätefreiheit.

Ich muss aber leider feststellen, dass die Landesregierung bisher ein netzpolitisches Desaster veranstaltet hat. Beim Leistungsschutzrecht hat sie ein schädliches, innovationsfeindliches Gesetz nicht verhindert, obwohl es vorher klare Aussagen von Frau Ministerin Schwall-Düren dazu gab.

Darüber hinaus hat Herr Minister Jäger mit seinem Angstmachebrief aus „#Achtung!!“ und Falschaussagen die BDA im Bundesrat gestützt und seine Parteikollegen geängstigt. Herr Minister, wie soll ich jetzt glauben, diese Landesregierung nähme sich der Netzneutralität wirklich an? Die Reden der Landesregierung passten bislang nicht zu den Taten. Im Moment traue ich dieser Landesregierung in Sachen Netzpolitik nicht weiter als der Abstand zwischen meiner Stirn und meiner Hand ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Herr Minister, wenn Sie antworten möchten, haben Sie jetzt die Gelegenheit dazu.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ich weiß nicht, was sich bei Herrn Schwerd zwischen Hand und Hirn abspielt.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Er hat das Bild gezeichnet, also muss er damit leben. – Herr Schwerd, es dient der Debatte um das Thema, was hier heute aufgerufen ist, überhaupt nicht, wenn Sie versuchen, andere Leib- und Magenthemen der Piraten mit einzuflechten.

Durch entsprechende Antragstellung hier im Landtag, seit Jahren durch entsprechende Antragstellung von SPD und Grünen im Bundestag und durch eine entsprechende Formulierung in der Koalitionsvereinbarung haben wir auf vielfältige Weise klargestellt, dass diese Regierung ohne Wenn und Aber zur Netzneutralität steht und diese auch gesetzlich verankern will. Deswegen die herzliche Bitte: Verwässern Sie ein gemeinsames Anliegen oder torpedieren Sie eine gemeinsame Anstrengung nicht dadurch, dass Sie mit ganz anderen Themen in diese Debatte einsteigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Bereits ohne Kurzintervention hatte der Minister die Redezeit um 1:20 Minuten überzogen. Wünscht jemand aus dem Plenum noch das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Debatte.

Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, alle drei Anträge, nämlich den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2888**, den **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2963** und den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2892** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung der Anträge sollen dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich gehe davon aus, dass niemand dagegen stimmen oder sich enthalten möchte. – Das ist der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

7 Freihandelsabkommen EU – USA: Audiovisuelle Dienste und Kultur vor Handelsliberalisierung schützen! Bundesregierung ist in der Pflicht grundlegende Länderinteressen zu berücksichtigen!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2887

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2986

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2980

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2988

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellenden Fraktionen Herrn Kollegen Vogt das Wort.

Alexander Vogt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA gestellt.

Zuerst will ich kurz darstellen, worum es sich bei diesem komplexen Thema handelt. Auf der Welt wird reger Handel getrieben. Waren aller Art – ob Autos, Elektrogeräte oder Maschinen – werden dabei auf unterschiedlichen Transportwegen von A nach B verkauft. Diese Prozesse sind klaren Regeln und internationalen Handelsabkommen unterworfen.

Die Wirtschaftsminister der Europäischen Union führen aktuell Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA. Angeregt wurde das durch die Rede zur Lage der Nation von US-Präsident Obama im Februar dieses Jahres. Die dahintersteckende Idee bezieht sich auf die Förderung wirtschaftlicher Verbindungen, den Abbau von Zöllen und Beschränkungen sowie die Angleichung von Standards.

Im Prinzip bringen diese Maßnahmen eine Reihe von Vorteilen mit sich.

Das Problem an der Sache ist, dass sich der bisherige Entwurf nur auf die Regelungen der Welthandelsorganisation bezieht. Es wird keine Rücksicht auf Fragen der kulturellen Vielfalt genommen. Diese sind durch ein UNESCO-Abkommen geregelt. Die USA haben dieses Abkommen nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert und darüber hinaus oft eine eigene Ansicht zum Thema Kulturförderung.

Zukünftig soll es weder die Möglichkeit zur Kulturförderung noch Sonderregelungen wie zum Beispiel für unser duales Rundfunksystem geben; denn in dem aktuellen Mandatsantrag wird die Besonderheit der audiovisuellen Dienste außer Acht gelassen. Die jetzigen Bestrebungen bedrohen unsere Film-, Fernseh- und Musikindustrie. Die Filmförderung wäre in ihrer jetzigen Form nicht mehr erlaubt. Europäische Filmprojekte hätten es im Vergleich zu Hollywoodproduktionen wesentlich schwerer.

Eines müssen wir klarstellen: Kulturgüter sind keine normalen Waren im klassischen Sinne und können demzufolge nicht wie zum Beispiel Automobilexporte behandelt werden. Dies ist übrigens nicht der erste Versuch in diese Richtung. Frankreich hat bereits

1990 einen Vorstoß für ein ähnliches Freihandelsabkommen zu Fall gebracht.

Wir in Europa, in Deutschland und hier in NRW haben klare Vorstellungen und Regeln für kulturelle Vielfalt und freie Meinungsäußerung. Wir haben einen Grundkonsens, Kulturgüter nicht den Gesetzen des Marktes zu überlassen. Wir haben mit dem dualen Rundfunksystem Sonderregelungen für Rundfunk und Telemedien. Unser Grundgesetz schreibt fest, dass Medien- und Kulturpolitik Ländersache ist – innerstaatlich sowie auf europäischer Ebene.

Darum fordern wir in unserem Antrag, dass die Bundesregierung bzw. das Wirtschaftsministerium die Medienhoheit der Länder wahren muss und Verhandlungen zu unterlassen sind, die den Kultur- und Medienbereich im Transatlantischen Freihandelsabkommen betreffen. Wir brauchen den Schutz unserer kulturellen Güter in Europa. Darum bitten wir um Ihre Zustimmung.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorhin gehört, es gibt noch einen Entschließungsantrag von der CDU und der FDP. Dieser ist mir leider nicht bekannt und kommt gerade erst zu uns. Deshalb kann ich dazu wenig sagen.

Ich will mich aber inhaltlich gern voll meinem Vorredner, Herrn Kollegen Vogt, anschließen. Alles, was er zur Ausnahmesituation von Kultur und Medien gesagt hat, ist auch aus grüner Sicht richtig. Sie wissen alle, dass es langjährige Verhandlungen im Hinblick auf WTO und GATS gab und in der Welt über viele Jahre versucht worden ist, diese Ausnahmen, die wir uns in Europa aus sehr guten und wohlherwogenen Gründen leisten, zu unterminieren.

Gott sei Dank ist es uns Europäern bisher immer gelungen, diese Handelsabkommen so zu gestalten, dass die kulturelle Vielfalt, die Meinungsvielfalt und der Medienpluralismus gewahrt bleiben, nämlich als besondere Güter, die über ihren wahren Charakter, den sie auch haben können, weit hinausreichen und die für uns vor allen Dingen von inhaltlicher, von identitätsstiftender Bedeutung sind.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir uns auch bei unseren Hoheitsthemen „Kultur“ und „Medien“ frühzeitig bemerkbar machen, wenn es darum geht, die Länder – und dazu ist der Bund verpflichtet – dort einzubeziehen, wo ihre Themen berührt sind, also auch hier bei der Organisation des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der Europäischen Union.

Wir müssen aufpassen, dass die Handelsliberalisierung, die im Wesentlichen in allen Bereichen geplant ist, nicht durch die Hintertür das, was wir über WTO und GATS erreicht haben, für diesen Bereich wieder öffnet, sodass Wälle gebrochen werden – mit der Folge, dass wir uns inhaltlich und politisch weit von dem entfernen, wofür wir in Europa in besonderer Weise stehen und worum uns übrigens viele in der Welt auch bis heute beneiden, weil wir kulturelle Vielfalt und medialen Pluralismus haben.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich befürchte – das sage ich Ihnen ganz offen –, dass wir dann, wenn wir uns nicht wehren, in die Lage geraten, dass Google, Apple und Co genau über diese gebrochenen Schranken anders, als wir das bisher kennen, in unsere Welt eindringen. Die Versuche dazu gibt es auf vielfältigen Wegen. Meines Erachtens müssen wir uns auch politisch gegen solche Art von Freihandel wehren.

Ich will hier für meine Fraktion deutlich sagen, dass das ausdrücklich auch für andere Bereiche des politischen Miteinanders gilt. Das gilt für den Bereich der Umwelt und den Bereich der Landwirtschaft. Wir befürchten durch ein solches Freihandelsabkommen zum Beispiel auch Probleme beim Genfood und ähnlichen Produktlinien, die in den USA selbstverständlich sind, während sie in Europa bisher verboten sind und auch nicht auf Akzeptanz stoßen. Wir Grünen haben die Befürchtung, dass dieses Freihandelsabkommen viel zu weit geht und auch an Stellen gilt, die in diesem Antrag nicht berücksichtigt sind. Ich sage das hier im Namen meiner Fraktion ganz ausdrücklich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Um es auf den Punkt zu bringen: Der Vertrag von Lissabon hat das klar geregelt. Das Amsterdamer Protokoll hat das klar geregelt. Die AVMD-Richtlinie, die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, hat das klar geregelt. Wir sind uns in Europa einig darin, dass wir diese Ausnahme bewahren wollen – auch und gerade vor dem Hintergrund eines Freihandelsabkommens mit den USA.

Insofern hoffe ich, dass wir heute gemeinsam zu Entscheidungen kommen, die bei der Abstimmung über unseren Antragsvorschlag auch zu entsprechenden Mehrheiten im Hohen Hause führen, und dass wir uns darin einig bleiben, dass Kultur und Medien eben nicht nur Ware, sondern vor allem für uns in Europa wesentlich mehr sind, nämlich richtungsweisend für unser weiteres Fortleben und auch für das, was wir – bei allem, was sonst die Welt bestimmt – als Wertegemeinschaft in Europa miteinander hochhalten wollen.

Insofern freue ich mich auf eine breite Zustimmung im Hohen Hause zu unserem heute vorliegenden Antrag und danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Bleiben Sie bitte gleich am Redepult. Herr Kollege Dr. Paul von den Piraten hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. – Herr Kollege, ich schalte Sie frei. Bitte.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Keymis, es ist überhaupt nichts Böses. Ich möchte an dieser Stelle nur die Gelegenheit nutzen, um den Zusammenhang zwischen diesem Tagesordnungspunkt, bei dem Sie relativ übereinstimmend mit unserer Meinung erläutert haben, worum es Ihnen geht, und dem vorigen Tagesordnungspunkt zur Netzneutralität noch einmal hervorzuheben. Sie haben Google, Apple und Co erwähnt. In dem Fall, dass dort ein freier Handel von Datenpaketen nicht mehr möglich sein sollte, ist dieses Nicht-mehr-möglich-Sein über technische Maßnahmen, die den Datenschutz verletzen, realisiert. Das sollten wir direkt mit in Betracht ziehen, wenn wir über diese Dinge nachdenken. – Das war alles. – Vielen Dank.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Herr Keymis, möchten Sie erwidern?

Oliver Keymis (GRÜNE): Im Grunde brauche ich nicht viel dazu zu sagen. Das war ja mehr eine Anmerkung von Ihnen, Herr Dr. Paul. Ich glaube, wir sind da nicht sehr weit auseinander. Es gibt deutliche Befürchtungen, dass uns hier insbesondere bestimmte Handelsriesen, die auf dem Markt der Daten und der Meinungen natürlich schon stark sind, in die europäische Tasche greifen wollen. Das ist völlig klar.

Selbstverständlich ist dieses Feld auch kommerziell hochinteressant. Das wissen alle. Das weiß auch die Telekom.

Insofern haben wir die Diskussion zur Netzneutralität eben zu Recht geführt. Ich glaube, wir waren uns da einiger, als es ein Teil der Debatte wiedergegeben hat. Vor diesem Hintergrund hoffe ich aber, dass wir jetzt bei diesem Antrag unsere Einigkeit noch stärker herausstellen können. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und Lisa Steinmann [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Keymis. – Weil Ihnen das eben entgangen war, würde ich Sie gerne noch darauf aufmerksam machen, dass es sich um einen gemeinsamen Entschließungsantrag von CDU und FDP handelt, der die Drucksachennummer 16/2988 trägt. – Als nächster Redner spricht für die CDU Herr Kollege Prof. Dr. Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bei der gestrigen Jahresfeier der Akademie der Wissenschaften sprach Udo Di Fabio über Europa. Er sagte unter anderem – zumindest nach meinen Notizen –:

Die funktionale Einigung Europas ermöglicht es, nationalen Konzernen wie Google oder Microsoft milliarden schwere Bußzahlungen aufzuerlegen, was ein einzelner Staat nie geschafft hätte.

Ich bin nicht ganz sicher, ob sich Udo Di Fabio bewusst war, wie aktuell seine Einlassungen waren; denn sie passen auch auf unsere heutige Debatte.

Die Europäische Union und die USA planen zurzeit eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft – durchaus auf Augenhöhe – und verfolgen das Ziel, ein umfassendes und ambitioniertes Abkommen zu erreichen. Übrigens: Nach Schätzungen der Europäischen Kommission kann das Freihandelsabkommen mit den USA zu gesamtwirtschaftlichen Gewinnen für Europa von bis zu 119 Milliarden € jährlich führen.

Nicht nur die Bundesregierung bewertet das Freihandelsabkommen als wertvollen Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks. Wir haben auch aus nordrhein-westfälischer Sicht ein hohes Interesse daran, dass diese Verhandlungen gelingen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die transatlantische Freihandelszone mit den USA für das mit Abstand wichtigste Zukunftsprojekt der Handelspolitik.

Am 13. März dieses Jahres hat die EU-Kommission ihren Mandatsentwurf vorgelegt. Am 25. April 2013 hat sich der Ausschuss für internationalen Handel mit großer Mehrheit für die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen ausgesprochen. Das war eine sehr große Mehrheit. Allerdings hat sich derselbe Ausschuss nur mit knapper Mehrheit dafür ausgesprochen, kulturelle Güter von den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen auszunehmen.

Um genau diese kulturellen Güter in ihrer Vielfalt und mit ihren besonderen Ansprüchen geht es hier. Ich brauche da nur an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Buchpreise, den Mehrwertsteuersatz für Druckerzeugnisse, die Filmförderung oder das System des Presse-Grosso mit den jeweiligen Sonderregelungen zu erinnern.

Zudem basiert die Kultur Europas gerade auf der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen – in Filmen, Musik, Literatur und auch neuen Medien. Das ist eine lange Diskussion. Wir haben in der Kulturpolitik seit vielen Jahren, spätestens seit der UNESCO-Konvention, sehr viel über Diversität und die Vielfalt der europäischen Kultur gesprochen.

Diese Diskussion ist lange und intensiv und hat jetzt noch einmal angezogen und deutlich gemacht, dass diese kulturelle Vielfalt bei den Verhandlungen über

das Freihandelsabkommen nicht zur Disposition gestellt werden kann. So appellieren zum Beispiel die Filmförderer sowie die Film- und Medienstiftung unseres Landes. Nicht zuletzt der WDR-Rundfunkrat hat sich am 23. April alarmiert gezeigt über die Verhandlungen und einstimmig eine Erklärung verabschiedet.

Ruth Hieronymi, die Vorsitzende des Rundfunkrates, sagte:

„Der Rundfunkrat fordert, dass die bisher in den internationalen Handelsabkommen festgelegte Ausnahme für Kultur und Medien erhalten bleibt. Medien sind kein reines Wirtschaftsgut, sondern Träger kultureller Vielfalt in den europäischen Mitgliedstaaten. Rundfunk darf nicht zur reinen Handelsware werden.“

So weit Ruth Hieronymi.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine ganze Reihe von Anträgen vorliegen. Wir haben einen Entschließungsantrag vorgelegt. Dieser Entschließungsantrag hat die merkwürdigen und völlig unangebrachten Unterstellungen der Bundesregierung gegenüber getilgt und klar gemacht, dass wir die Bundesregierung unterstützen. Das war richtig. Wir sind nämlich im Ansinnen durchaus einig. Es gibt aber gar keinen Grund, die Bundesregierung anzugreifen. Die Bundesregierung macht einen guten Job.

(Beifall von Lutz Lienenkämper [CDU] und Christof Rasche [FDP])

Wir haben einen entsprechenden Entschließungsantrag formuliert. Weitere Anträge liegen vor, beispielsweise ein Änderungsantrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist wichtig, dass der nordrhein-westfälische Landtag seine Kompetenz für kulturelle Fragen, die er verfassungsmäßig ausschließlich besitzt, klar und deutlich formuliert. Deswegen bin ich ziemlich sicher: Hätte man sich zusammengesetzt, wäre es möglich gewesen, einen gemeinsamen Antrag zustande zu bringen.

Aber so geht es nicht: Erst macht man einen Antrag, der die Bundesregierung aus ziemlich durchsichtigen Motiven heraus angreift, weil nämlich Wahlkampf ist. Anschließend tritt man den Piraten bei und schafft eine Koalition aus Piraten, Grünen und SPD.

Wir haben einen Entschließungsantrag von FDP und CDU vorliegen, bei dem Sie merken werden: In der Sache, nämlich dem Schutz der kulturellen Vielfalt und dem Schutz der Medien und der Presse, sind wir uns durchaus einig. Darin sind wir uns auch mit der Bundesregierung einig. Ich glaube, wir werden zu einem guten Ergebnis kommen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Dr. Sternberg. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Nückel das Wort.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich ist die bevorstehende Aufnahme der Verhandlungen über das umfassende Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA zu begrüßen. Darin sind wir uns, glaube ich, einig. Das ist auch ein zentrales Projekt der zweiten Amtszeit von Präsident Obama. Fast alle europäischen Politiker – angefangen beim Präsidenten des Europäischen Parlaments Schulz – haben betont, dass sie auf das Zeichen, dass endlich Fahrt in die Aufnahme der Verhandlungen kommt – wir befinden uns noch vor und nicht in den Verhandlungen –, lange gewartet haben.

Es geht aber nicht, wenn gleich aus der Verhandlungsmasse Themen, die einem zwar brennend am Herzen liegen, herausgebrochen werden. Bei der allgemeinen Ausklammeritis-Tendenz in vielen Fragen würde dann nicht viel übrig bleiben. Es gibt ja auch schon andere Bereiche, in denen solche Forderungen aufkommen.

Das Abkommen, das geschaffen werden soll, bedeutet eine große Chance, denn es soll die im Bereich des Waren- und Dienstleistungshandels bestehenden Hindernisse abbauen und gemeinsame Standards festlegen. Das ist eine große Chance für die transatlantischen Beziehungen hin zu einem echten transatlantischen Marktplatz. Gerade wegen dieser positiven Effekte ist es auch für den deutschen Mittelstand und die Kreativwirtschaft höchstwahrscheinlich mit spürbaren Umsatz- und Beschäftigungssteigerungen verbunden.

Gerade wegen dieser positiven Effekte sollte man sich umfassend um die angemessene, den eigenen Interessen nutzende inhaltliche Ausgestaltung eines solchen Abkommens bemühen. Dabei hilft die Stoßrichtung des ursprünglichen rot-grünen Antrags nicht weiter. Konkret geht es Ihnen um die Aufforderung, bereits jetzt, also vor den Verhandlungen, aus den Verhandlungen bestimmte Themen herauszunehmen, also schon Fakten zu schaffen. So kann man aber nicht in Verhandlungen gehen. Halten Sie die Verhandlungsmasse bei Ihren Verhandlungen auch immer gleich möglichst gering? Oder geht man nicht vielleicht doch lieber offen, aber bestimmt in solche Dinge?

Ob es sinnvoll ist, von vornherein Gesprächspunkte kategorisch auszuschließen? Das würde international, glaube ich, als Arroganz gewertet. Es gibt ein gutes Zitat von John F. Kennedy, der einmal sagte: Wir können nicht mit jenen verhandeln, die sagen: Was mein ist, ist mein, und was dein ist, ist Verhandlungssache! – Wir sind uns wohl auch einig: Audiovisuelle Medien und Kulturgüter sind nicht als reine Handelsware zu verstehen. Wir sind uns im

Hause aber bestimmt auch einig, dass es notwendig sein wird, die Länderhoheit im Medienbereich und der Kultur so weit wie möglich zu schützen.

Dabei ist auch klar: Kommunikation darf eine Verhandlung nicht durch den Aufbau einer Drohkulisse gefährden. Aus Sicht der FDP wäre es für die anstehenden Verhandlungen nicht sinnvoll, bereits jetzt Ausnahmetatbestände festzulegen. Denn beispielsweise Medienkonvergenz und Medienwandel halten sich nicht an geografische Grenzen. Eine Kooperation und etwaige Vereinbarungen wären in diesem Bereich durchaus sinnvoll: Schweden, Dänen, Engländer und gerade die Spanier haben im Bereich der neuen Medien umgekehrt offensive Interessen an Marktzugangsverbesserungen. Dabei geht es nicht nur um das Spanisch sprechende Rundfunkpublikum in den USA.

Die Signale aus Brüssel zeigen, dass der individuelle Politikspielraum der Mitgliedstaaten im Bereich von Audiovision und Kultur hervorgehoben und herausgestellt wird. Damit wird das berechnete Interesse der Mitgliedstaaten anerkannt, Medien- und Kulturpolitik auch und besonders als Ausdruck nationaler Identität zu gestalten.

Ich will es durchaus wiederholen: Selbstverständlich sind die audiovisuellen Dienste und die Kultur bei solchen Verhandlungen äußerst sensibel zu behandeln. Es herrschen besondere Marktsituationen, die wir nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Die Bundesländer sitzen letztendlich auch im Boot, da sie aufgrund des sogenannten Lindauer Abkommens über das Abkommen, das bei den Verhandlungen zum Freihandel eventuell herauskommt, einzeln und im Bundesrat zustimmen müssen. Deswegen glaube ich, dass uns frühzeitige Verhandlungsblokkaden nicht weiterhelfen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel.

(Der Abgeordnete begibt sich zu seinem Platz.)

– Herr Kollege Nückel, Sie müssen leider – oder vielleicht auch nicht „leider“ – zurückkommen. Der Kollege Keymis hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. – Bitte, Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Kollege Nückel, ich will die Gelegenheit der Kurzintervention nutzen, um einmal darauf hinzuweisen, dass ich Ihre Meinung nicht teile, dass mit dem Antragsvorschlag, den wir gemacht haben, irgendeine totale Blockadehaltung eingenommen werden würde.

Zum Zweiten will ich sagen: Da wir leider erst jetzt Kenntnis von dem gemeinsamen Entschließungsan-

trag von CDU und FDP bekommen haben, will ich für meine Fraktion und – das darf ich, glaube ich, jetzt sagen – auch für die SDP-Fraktion getrennte Abstimmung beantragen, um zu den Punkten einzeln Stellung zu nehmen. Sie können sich vorstellen, wie die Differenzierung ausfallen wird.

Thomas Nückel (FDP): Gegen getrennte Abstimmung spricht nichts. Dann kann man seine Haltung zu den Themen noch einmal detailliert zum Ausdruck bringen. – Ich bin fest davon überzeugt, dass die Strategie, die Sie in den politischen Leitlinien Ihres ersten Antrags vorgeben, in der Tat zu einer totalen Blockade führen würde. Wir sehen auch schon die Reaktionen auf das französische Verhalten, auf die Art und Weise, mit der auch die Medienwirtschaft überhaupt nicht glücklich ist. Denn das führt erst einmal dazu, dass gar nicht geredet wird. Wie gesagt, wir sind nicht in den Verhandlungen, sondern wir befinden uns vor den Verhandlungen.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die Piraten spricht der Kollege Schwerd.

(Beifall von den PIRATEN)

Daniel Schwerd (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Besuchertribüne und im Livestream! Audiovisuelle Dienste und die Kultur sind – so viel steht fest – keine normalen Güter. Wir sind uns hier offensichtlich fraktionsübergreifend einig, dass Kultur und Medien ein wirtschaftlicher, ganz besonders aber auch ein ideeller Wert zukommt. Beides gilt es zu schützen. Schließlich hat die Bundesrepublik Deutschland das UNESCO-Abkommen zur kulturellen Vielfalt unterzeichnet.

Damit hat sich Deutschland einerseits verpflichtet – ich zitiere – „die besondere Natur von kulturellen Aktivitäten, Gütern und Dienstleistungen als Träger von Identität, Werten und Sinn anzuerkennen“. Gleichzeitig bekräftigt dieses UNESCO-Abkommen das „souveräne Recht der Staaten ... die Politik und die Maßnahmen bereitzuhalten bzw. beizubehalten, zu beschließen und umzusetzen, die sie für den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in ihrem Hoheitsgebiet für angemessen erachten.“

Konkret heißt das, dass jeder Staat das Recht hat, die Art von Kulturpolitik zu machen, die er für den Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt für angemessen hält. Nun soll zwischen der EU und den USA ein Freihandelsabkommen ausgehandelt werden, in dem allem Anschein nach der Kultur- und Medienbereich nicht von vornherein ausgeklammert ist. Bei vergangenen Freihandelsabkom-

men wurde der Kultur- und Medienbereich explizit ausgenommen.

In Deutschland ist Kulturpolitik jedoch Sache der Länder. Nach dem eben von mir zitierten UNESCO-Abkommen hat NRW also nicht nur das Recht, sondern sogar die ausdrückliche Pflicht, sich einzumischen, wenn auf europäischer Ebene ein solches Freihandelsabkommen ausgehandelt wird, das den Kultur- und Medienbereich betrifft.

Wir dürfen unsere Handlungsfähigkeit auf Landesebene nicht durch solche EU-Aktionen beschneiden lassen – dies umso mehr, als es um Themen wie beispielsweise die Filmförderung geht, die auch hier im Landtag diskutiert werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Die deutsche und die europäische Kultur- und Kreativbranche ist darauf angewiesen, dass auch in Zukunft hier auf Länderebene souverän über Fragen der Kultur- und Medienpolitik bestimmt werden kann. Deswegen unterstützen wir als Piratenfraktion die Forderungen des Antrags von SPD und Grünen in vollem Umfang, und ich bitte meine Fraktion um Zustimmung für diesen Antrag.

Meine Damen und Herren, wir sollten aber, wenn wir uns hier schon mit dem geplanten Freihandelsabkommen beschäftigen, auf ein weiteres grundsätzliches Problem zu sprechen kommen, das es bei solchen Verhandlungen auf europäischer Ebene gibt, nämlich auf den Mangel an Transparenz und öffentlicher Beteiligung.

(Beifall von den PIRATEN)

Bei diesem Freihandelsabkommen geht es um weitreichende Verpflichtungen gegenüber Drittstaaten, die jeden Bürger Europas direkt betreffen werden. Die Europäische Kommission verhandelt aber im Namen der Mitgliedstaaten hinter verschlossenen Türen und legt am Ende den Parlamenten einen fertigen Vertragstext nach dem Motto „Friss oder stirb“ vor. Das stellt demokratische Prozesse auf den Kopf.

(Beifall von den PIRATEN)

Es ist nicht hinzunehmen, dass finanzkräftige Lobbygruppen über den Stand der Verhandlungen stets gut im Bilde sind und ihren Einfluss geltend machen können, dass aber weder die Zivilgesellschaft noch die meisten Parlamentarier wissen, was genau gerade wo verhandelt wird und wer verhandelt.

(Beifall von den PIRATEN)

Das ist europäische Hinterzimmerpolitik, wie wir sie schon von ACTA kennen, eine Politik an den Parlamenten und Bürgern vorbei. Deswegen fordern wir Piraten in unserem Entschließungsantrag volle Transparenz bei den Verhandlungen über dieses Abkommen. Ein wichtiger Schritt hin zu dieser Transparenz ist die Offenlegung aller Protokolle dieser Verhandlungen.

(Beifall von den PIRATEN)

Darüber hinaus möchten wir erreichen, dass alle relevanten gesellschaftlichen Akteure bei den Vorbereitungen und später bei den Verhandlungen selbst so weit wie möglich informiert und beteiligt werden. Dazu gehören zum einen die demokratisch legitimierte Vertreter der Menschen in diesem Land – also wir alle hier in diesem Parlament – und zum anderen und besonders die einschlägigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber selbstverständlich auch die Bürger selbst.

Wir Piraten fordern transparente und nachvollziehbare Verhandlungen, die Raum für eine öffentliche Debatte lassen und eine Beteiligung der Öffentlichkeit schon während der Verhandlungen ermöglichen. Das ist im Sinne des Interesses der Zivilgesellschaft und der parlamentarischen Demokratie des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den PIRATEN)

Daher bitte ich Sie: Nehmen Sie unseren Entschließungsantrag an. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich bei dem Tagesordnungspunkt vorher etwas überzogen hatte, mache ich es dieses Mal etwas kürzer. – Eines hat die Debatte, in der alle den Sachverhalt noch einmal ausführlich geschildert haben, gezeigt: dass es vom Grundsatz her – bis auf ein, zwei Punkte, die gerade auch von Herrn Schwerd genannt worden sind – doch große Einigkeit gibt. Richtig ist – auch darauf hat insbesondere Herr Nückel gerade noch einmal hingewiesen –, dass wir uns nicht in den Verhandlungen, sondern in der Mandatierungsphase befinden. Das ist etwas ganz Wichtiges dabei. Deswegen, Herr Nückel, komme ich auch zu einem anderen Ergebnis als Sie.

Meines Erachtens ist eben jetzt der richtige Zeitpunkt, dass sich die Länderparlamente in Deutschland – auch dieser Landtag hier – damit befassen. Es ist aber eben so, dass die Bundesregierung – deshalb richtet sich diese Forderung auch an sie; denn sie hat die größere Nähe zu denjenigen, die das auf der europäischen Ebene verhandeln – jetzt, und zwar von vornherein, Verhandlungen insbesondere mit Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausschließen will. Das ist doch der entscheidende Punkt.

In die Verhandlungen hineinzugehen und zu sagen: „Gucken wir mal, was wir zum Beispiel über den öf-

fentlich-rechtlichen Rundfunk am Ende an Ergebnis erzielen“, halte ich für den falschen Weg. Ich habe auch Prof. Sternberg, der insbesondere auf die Thematik des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingegangen ist, so verstanden, dass man es von vornherein ausschließen sollte. Das bringen eigentlich auch die meisten Anträge so zum Ausdruck.

Der Handelsausschuss des Europäischen Parlamentes hat bereits eine Stellungnahme abgegeben. Auch darauf wird in verschiedenen Anträgen Bezug genommen. Diese Linie zu unterstützen sollte sicherlich auch das Signal der heutigen Debatte und Beschlussfassung sein.

Ich bin der Auffassung, dass wir hier heute noch eine ganz grundsätzliche Bemerkung machen sollten. Ich kann mich an die Bundesratssitzung der vorletzten Woche erinnern, liebe Kollegin Schwall-Düren, wo es ebenfalls um ein Handelsabkommen ging und auf einmal in breiten Teilen der Bevölkerung in Deutschland, nicht nur auf dem Kirchentag, eine ganz intensive Debatte über das fertige Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru stattgefunden hat.

Jetzt sind wir – deswegen ist der Zeitpunkt so wichtig – in der Mandatierungsphase. Jetzt reden wir hier im Parlament im Rahmen der – Herr Schwerd – repräsentativen Demokratie – also im Auftrage – darüber, wie wir ein solches Handelsabkommen gestalten wollen. Heute liegt der Schwerpunkt bei Medien, audiovisuellen Diensten, öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Ich halte es für ein gutes Zeichen, dass wir uns auch aus der Landespolitik heraus, so früh es geht und so intensiv es geht, in die Debatten über Handelsabkommen der EU mit anderen Staaten in der Breite einschalten, wie Herr Keymis das soeben angesprochen hat. Sie sind für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Das ist nicht irgendetwas, was man einigen wenigen überlassen sollte, sondern das ist etwas, in das wir uns frühzeitig und intensiv einbringen sollten.

Ich habe Herrn Keymis gerade auch so verstanden, dass es möglich ist, ein bisschen aufeinander zuzugehen und das eine oder andere aus den unterschiedlichen Anträgen gemeinsam auf den Weg zu bringen, um so das gemeinsame Interesse, insbesondere den Schutz der Länderhoheit in Deutschland in diesem sensiblen Bereich, durch ein entsprechendes Abstimmungsverhalten zu dokumentieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die vielen Anträge, die unter Tagesordnungspunkt 7 vorliegen.

Weil Sie jetzt gemeinsam eine Reihe von Abstimmungen durchzuführen haben, die unsere volle Konzentration erfordern, würde ich gerne noch mal für alle Kolleginnen und Kollegen mitteilen, worüber wir abstimmen, und eine Verfahrensfrage klären.

Zum einen gibt es einen zugrundeliegenden Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/2887.

Dann gibt es einen Entschließungsantrag der Piraten Drucksache 16/2980.

Es gibt einen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Drucksache 16/2986, der sich sowohl auf den zugrundeliegenden Antrag Drucksache 16/2887 wie auf den Entschließungsantrag Drucksache 16/2980 bezieht.

Und es gibt den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/2988. Hierzu ist in der Kurzintervention von Herrn Keymis der Wunsch geäußert worden, über den Forderungsteil eine Einzelabstimmung durchzuführen.

Ich würde als Erstes gerne die Verfahrensfrage zum letztgenannten Entschließungsantrag klären wollen. Gibt es Widerspruch gegen den Wunsch, eine Einzelabstimmung durchzuführen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir die Verfahrensfrage geklärt.

Dann möchte ich Sie alle darauf hinweisen, dass der Änderungsantrag Drucksache 16/2986 eine etwas andere Form hat als Änderungsanträge üblicherweise. Wir bitten deshalb darum, dass für den Fall, dass der Änderungsantrag und auch die entsprechend geänderten Anträge angenommen werden, die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der drei antragstellenden Fraktionen im Anschluss zum Präsidium kommen und mit dazu beitragen, dass das Abstimmungsvotum korrekt festgestellt wird. Den Abstimmungswillen werden wir durch das Abstimmungsvotum feststellen können. Die korrekt protokollierte Fassung ist notwendig, um für die Bürgerinnen und Bürger und vor allen Dingen die Landesregierung Klarheit herzustellen.

Dann kommen wir jetzt zu dem Abstimmungsmarathon.

Ich rufe zuerst den **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten **Drucksache 16/2986** auf. Er bezieht sich, wie gesagt, sowohl auf den zugrundeliegenden Antrag wie auf den Entschließungsantrag. Ich frage, wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will. – Das sind Piraten, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. – Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich komme zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2887** in der – durch Annahme des

Änderungsantrags – soeben **geänderten Fassung**. Wer diesem geänderten Antrag seine Zustimmung geben möchte, der möge bitte die Hand heben. – Piraten, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – FDP und CDU. Stimmenthaltungen? – Niemand. Dann ist der geänderte Antrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich komme jetzt erneut zu dem gemeinsamen **Änderungsantrag Drucksache 16/2986**. Er bezieht sich, wie gesagt, in Teilen auch auf den Entschließungsantrag der Piraten. Wer dem Änderungsantrag **im Hinblick auf den Entschließungsantrag 16/2980** der Fraktion der Piraten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Piraten, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – CDU und FDP. **Angenommen**.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den soeben **geänderten Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2980**. Wer stimmt dem zu? – Piraten, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU. Wer enthält sich? – Die FDP. Dann ist der Entschließungsantrag in der geänderten Fassung ebenfalls **angenommen**.

Jetzt kommen wir zum Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/2988. Auf Seite 2 steht unter III „Der Landtag beschließt.“ Dann folgen vier arabische Ziffern, über die jetzt einzeln abgestimmt wird.

Als Erstes rufe ich auf **Punkt III.1**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen, SPD und die Piraten. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist III.1 mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf zur Abstimmung III.2. Wer möchte dem zustimmen? – FDP, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist **Punkt III.2** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf zur Abstimmung III.3. Wer möchte dem zustimmen? – FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch **Punkt III.3** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe als Vorletztes auf III.4. Wer möchte dem zustimmen? FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und die Piraten. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist **Punkt III.4** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich komme zur Gesamtabstimmung des jetzt **geänderten Entschließungsantrags** von CDU und FDP

Drucksache 16/2988. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Stimmt jemand dagegen? – Die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der jetzt so geänderte Entschließungsantrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wenn mir jemand nicht etwas anderes sagt, sind wir jetzt auch am Ende dieses Tagesordnungspunktes angekommen, ohne dass wir uns irgendwo verstrickt hätten.

Nun rufe ich auf:

8 Keine europaweite Einführung von Gigalinern „durch die Hintertür“ – Folgenabschätzung für NRW dringend erforderlich!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2896

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Kern das Wort.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Wer öfter einmal in den Niederlanden oder in Skandinavien unterwegs ist, hat sie bestimmt schon im Einsatz gesehen: Riesen-Lkw, genannt Gigaliner, 25 Meter lang und bis zu 60 Tonnen schwer.

Gelinde gesagt: Der Einsatz von Gigalinern in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten ist von Anfang an äußerst umstritten. Dabei scheint die Rechnung der Befürworter doch ganz logisch: Mehr Ladung pro Lkw bedeutet weniger Lkw pro Ladung, also weniger Lkw auf deutschen Autobahnen. Und dennoch geht diese Rechnung nicht auf. Ich sage Ihnen auch, warum.

Gigaliner sollen und können keine Städte oder Dörfer befahren. Sie sind nur für lange Strecken geeignet, auf denen wirklich große Mengen transportiert werden müssen. Damit werden Autobahnen und Bundesstraßen natürlich belastet. Experten sind sich einig, dass durch den Einsatz von Gigalinern die Zahl von Lkw auf Fernstraßen nur leicht sinken würde. Die versprochenen Umweltvorteile werden durch das zu erwartende Mehraufkommen an Lkw-Verkehr zunichte gemacht. Dies wurde bereits durch das Fraunhofer Institut bestätigt.

Das sind Effizienzgewinne und Umweltschutz nach Rechenschiebermethode. Das ist umweltpolitische Realitätsverleugnung, die in der verkehrspolitischen Sackgasse endet.

(Beifall von den PIRATEN)

Aus guten Gründen kann der Gigalinerverkehr in der EU bisher nur innerstaatlich erlaubt werden; die Grundvoraussetzungen im stark belasteten Transitland NRW sind im Vergleich zu dünn besiedelten Ländern wie Schweden grundlegend anders. In NRW würden allein aufgrund des maroden Zustandes der Infrastruktur immense Kosten für das Land und damit für den Steuerzahler anfallen, die den zu erwartenden Nutzen bei Weitem übersteigen.

Vor diesem Hintergrund übernimmt die Europäische Kommission nun den nächsten Versuch, mittels einer Richtlinienänderung den grenzüberschreitenden Einsatz von Gigalinern durchzudrücken. Nach Vorstellung der Kommission soll der grenzüberschreitende Gigalinerverkehr zulässig sein, wenn zwei aneinandergrenzende Mitgliedstaaten den Einsatz bereits erlauben.

Über die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs soll hier massiv politischer Druck auf die unwilligen Staaten aufgebaut werden. Die zu erwartenden Wettbewerbsnachteile für die Logistikbranche in Staaten, die Gigaliner nicht erlauben, erzeugen zudem wirtschaftlichen Anpassungsdruck. Dies würde – wenn wir es einmal weiterdenken – dazu führen, dass zukünftig falsche Investitionsentscheidungen getroffen werden: weiter weg von der Schiene, hin zur Straße. Das ist unsinnige Brüsseler Marktliberalisierung durch die Hintertür.

(Beifall von den PIRATEN)

Neben der verkehrspolitischen Bewertung von Gigalinern haben wir es hier also in erster Linie mit einer europarechtlichen Druckkulissee zu tun, die NRW unmittelbar betrifft. Deswegen ist hier der federführende Europaausschuss angesprochen, zu dem auch überwiesen werden soll.

Die rot-grüne Landesregierung hat sich ohne Wenn und Aber für eine Verkehrspolitik weg von der Straße, hin zur Schiene ausgesprochen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir fordern daher ein klares Bekenntnis des Landtags NRW gegen die schleichende Einführung von Gigalinern in Europa, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Wir Piraten bleiben dabei: Gigaliner sind ein umwelt- und verkehrspolitisches Placebo. Die Europäische Kommission muss endlich aufhören, die verkehrspolitische Zukunft Europas zu asphaltieren. Wir freuen uns auf die verkehrspolitische Debatte in den Ausschüssen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Schlömer.

Dirk Schlömer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste auf der Tribüne! Ich begrüße ausdrücklich, dass sich die Piratenfraktion den – seit übrigens sehr lange – geäußerten erheblichen Bedenken der SPD gegen den Einsatz solcher Gigaliner angeschlossen hat.

In der Tat ist der Einsatz solcher überlanger und bis zu 50 % schwereren Fahrzeugen in den Mitgliedstaaten der EU äußerst umstritten. Insgesamt über 70 % der Menschen in der Europäischen Union lehnen den Einsatz solcher Gigaliner grundsätzlich ab.

Mittlerweile ist auch wissenschaftlich schon bewiesen, dass die von der Lkw-Lobby vorgetragenen Vorzüge solcher Gigaliner nur sehr theoretisch sind. Im Prinzip kann ein Gigaliner nur dann punkten, wenn er komplett ausgelastet ist; und das ist eben nicht immer der Fall. Das kann dort der Fall sein, wo jedoch normalerweise eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene die ökologisch vernünftige Alternative darstellen würde.

Es besteht also überhaupt kein Zweifel daran, dass die SPD weder in Nordrhein-Westfalen noch auf Bundesebene oder europäischer Ebene einer Aufweichung der jetzigen Rechtslage nicht zustimmen wird.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Mit unserer Ablehnung stehen wir keineswegs allein da. Gegen den vorgelegten Richtlinienentwurf gibt es europaweit – das wissen wir schon jetzt – erhebliche Widerstände.

Es wäre übrigens schön, wenn auch aus den Reihen der konservativen und liberalen Parteien das gehört würde, was in der Bevölkerung in Europa gewollt wird, nämlich die Gigaliner in Europa nicht weiter zu fördern, sondern stattdessen ein vernünftiges Eisenbahnsystem in Kombination mit Lkw-Verkehren umzusetzen.

Ramsauers Gigaliner-Politik für Deutschland – entschuldigen Sie bitte, wenn ich das hier anmerke – ist im Prinzip gescheitert. Wir wissen, dass das Ganze mittlerweile durch entsprechende Klagen aus den Bundesländern beim Bundesverfassungsgericht vorliegt, und wir sind gespannt darauf, wie dort entschieden wird.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Die Befürworter des jetzigen Richtlinienentwurfs beschäftigen sich insbesondere mit den Bedürfnissen der Menschen in Schweden und Finnland. Das ist eine Ausnahmesituation. Aber bitte sehr, die Infrastrukturverhältnisse in Finnland und Schweden kann man weder mit denen in Nordrhein-Westfalen noch mit denen in Deutschland oder in den meisten anderen mitteleuropäischen Industrienationen vergleichen.

Zudem haben wir uns in den vergangenen Monaten schon mehrfach mit der Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Ich glaube, wir stimmen insofern alle überein, dass klar sein dürfte: In Nordrhein-Westfalen wird die Infrastruktur Gigaliner auf Dauer überhaupt nicht aushalten können.

(Beifall von Nicolaus Kern [PIRATEN])

Aus diesem Grund halten wir eine Lockerung dieser EU-Regelungen für nicht möglich und für nicht vernünftig.

Meine Damen und Herren, kommen wir zurück auf den Kern – entschuldigen Sie, wenn ich das so sage – des vorliegenden Piratenantrags. NRW hat sich bereits von Anfang an gegen die Erprobung von Gigaliner ausgesprochen. Deshalb verfehlt der Titel des Piratenantrags das Thema im Prinzip gänzlich.

Da hier keine Gigaliner fahren, kann es logischerweise auch nicht im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Verkehren von Gigaliner zu Folgeauswirkungen für Nordrhein-Westfalen kommen. Allerdings ist es aus anderen Gründen sinnvoll, dass wir uns mit dem Richtlinienentwurf der Kommission beschäftigen. Aus dem Grund wird die SPD-Fraktion auch gern der Überweisung in den Fachausschuss zustimmen.

Es gibt einige Punkte, bei denen man hinschauen muss: Fahrzeuglängen zum Beispiel sollen im Zusammenhang mit Verbesserungen der Aerodynamik und der Länge von Eurocontainern verändert werden, zusätzliche Höchstgewichte sollen wegen Elektro- oder Hybridantrieben angehoben werden, und – was derzeit bei allen Entwürfen aus dem Bereich der Europäischen Kommission gang und gäbe ist – die Zulassung delegierter Rechtsakte soll den Eingriff in die künftige Richtlinie ohne die Beteiligung des Europäischen Parlaments ermöglichen. Auch das müssen wir uns sehr detailliert anschauen.

Aus dem Grund wird die SPD-Fraktion der Überweisung in den federführenden Ausschuss für Europa und Eine Welt gern zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Schlömer. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Kollege Fehring.

Hubertus Fehring (CDU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist schade, dass meine Vorredner das nur negativ gesehen haben. Es geht nicht nur unbedingt um die 60-Tonner; es gibt auch noch etwas dazwischen.

Wir beraten heute Ihren Antrag zu dem besagten Thema. Anknüpfungspunkt des Piratenantrags sind die Vorschläge der EU-Kommission zur Überarbei-

tung der Richtlinie zu Lkw-Maßen und -Gewichten in Europa.

Ich möchte gleich zu Beginn vorwegschicken, dass die CDU-Fraktion die grundsätzlich ablehnende Darstellung der Thematik überlanger Lkw im vorliegenden Antrag nicht teilt. Der Antrag problematisiert ausschließlich, ohne die Diskussion konstruktiv in einen größeren Zusammenhang zu stellen, nämlich in den Kontext der zukünftigen Entwicklung des Fern- und Güterverkehrs in Europa.

Diese enge Vorgehensweise wird der Thematik nach unserer Auffassung nicht gerecht. Im Übrigen greifen die Piraten auch nur einen Aspekt bei der Novellierung der eben genannten EU-Richtlinie heraus. Der Legislativvorschlag der EU sieht nämlich Vorschriften für sicherere und umweltfreundlichere Lkw vor, die ich gern näher erläutern möchte.

Konkret ist zum Beispiel vorgesehen, Führerhäuser mit abgerundeter Form und das Anbringen aerodynamischer Luftleiteinrichtungen am hinteren Teil des Anhängers zuzulassen. Diese Maßnahmen sollen zu einer erheblichen Verbesserung der Fahrzeug-aerodynamik beitragen und damit die Kraftstoffkosten für einen im Fernverkehr eingesetzten Lkw, der jedes Jahr ca. 100.000 bis 130.000 km laufen soll, um rund 5.000 € pro Jahr senken.

Dies entspricht einer Verringerung der Treibhausgasemission von 7 bis 8 %, in Tonnen ausgedrückt: 7,8 t für einen solchen Lkw bei besagter Streckenleistung.

Gleichzeitig wird das Sichtfeld des Fahrers verbessert, wodurch jedes Jahr das Leben besonders gefährdeter Verkehrsteilnehmer – Sie kennen den Begriff „toter Winkel“ – wie Fußgänger oder Radfahrer gerettet werden kann.

Durch einheitlichere Kontrollen sollen geringere Straßenschäden erreicht werden, um die Überladung von Lkw einzudämmen. Die Überladung von Lastkraftwagen kostet die Steuerzahler zurzeit nach EU-Schätzungen ca. 950 Millionen € pro Jahr.

Auch Förderung des intermodularen Verkehrs ist vorgesehen. Durch Absenkung des Verwaltungsaufwandes soll es einfacher werden, 45-Fuß-Container im kombinierten Verkehr von Schiff, Schiene und Straße zu transportieren.

Schließlich ist der Vorschlag enthalten, dass der Einsatz längerer Fahrzeuge von zwei angrenzenden Mitgliedstaaten genehmigt werden kann, solange er auf den Verkehr zwischen diesen beiden Mitgliedstaaten, die diesen gestatten, beschränkt bleibt und er den internationalen Wettbewerb nicht wesentlich beeinträchtigt.

Diese Vorschläge sind gut. Warum soll man sie ablehnen?

Ich denke, weil mit viel Angst operiert wird, jedenfalls im Hinblick auf die sogenannten Gigaliner.

Schon das Wort „Gigaliner“ verursacht eine negative Assoziation.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Pieper?

Hubertus Fehring (CDU): Nein, ich möchte im Zusammenhang vortragen.

Ich erinnere an den erfolgreichen Feldversuch in Nordrhein-Westfalen von Ende 2006 bis Ende 2007, der gezeigt hat, dass Fahrzeugkombinationen im Autobahnnetz technisch problemlos und verkehrstechnisch sicher eingesetzt werden können und Störungen des allgemeinen Verkehrsgeschehen und Gefahrenmomente, die eindeutig der Länge der Fahrzeugkombination zuzuordnen gewesen wären, nicht registriert wurden. Diese Passage stammt aus dem Abschlussbericht NRW-Modellversuch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unser Ja zum Lang-Lkw beinhaltet die Beibehaltung der 40- bzw. 44-t-Zulassungsgrenze im Kombi-Verkehr und geht davon aus, dass nur geeignete Straßen oder Autobahnen infrage kommen. Mit größerer Flexibilität könnten wir zudem den unterschiedlichen Verkehrsstrukturen unseres Landes gerecht werden.

Ich möchte mit einem Beispiel aus meinem Wahlkreis die positive Wirkung von Lang-Lkws aufzeigen. Ein im Kreis Höxter ansässiger Betrieb mit Standorten im nordhessischen Korbach und in Paderborn verarbeitet überwiegend Leichtmetalle. Seine Produkte im Bereich Automotive und Medizintechnik bringen keine Gewichte, sondern Volumen auf die Straße. Für diesen Betrieb und seine 934 Mitarbeiter würden die Lang-Lkws eine wesentliche wirtschaftliche Stärkung bedeuten.

Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün und Piraten verschließen sich solchen, bestimmt auch in anderen Landesteilen vorkommenden Beispielen, die dazu beitragen können, die Anzahl der Lkw-Fahrten zu verringern. Sie tun so, als könne man auf absehbare Zeit den Lkw-Verkehr kurzfristig auf Wasser und Schiene verlagern. Das ist illusorisch. Das wissen Sie auch.

An dem seit Anfang 2012 laufenden Feldversuch hat unser Bundesland nicht teilgenommen. Wir bedauern das außerordentlich. Mit dem vorliegenden Antrag soll jetzt auch die Möglichkeit verschlossen werden, sinnvolle Entlastungen im grenzüberschreitenden Fernverkehr zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, wir werden den Antrag ja auch noch in den Ausschüssen ausführlich beraten. Ich hoffe, dass sich dort eine pragmatische Haltung durchsetzt, die einen vernünftigen Einsatz von Fahrzeugen und Fahrzeugkombinationen mit Überlänge dort zulässt, wo die entsprechende Straßeninfrastruktur vorhanden ist.

Ich sehe den weiteren Beratungen optimistisch entgegen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Fehring. Bleiben Sie noch einen Moment stehen. Es ist eine Kurzintervention von Frau Kollegin Pieper angemeldet worden. Bitte schön, Frau Pieper, Sie haben 90 Sekunden.

Monika Pieper (PIRATEN): Ich habe gerade in der Rede zur Kenntnis genommen, dass diese Gigaliner auf den Autobahnen fahren und im städtischen Verkehr gar nicht vorkommen. Umso erstaunter bin ich, dass Sie darüber reden, dass durch Verbesserungen der toten Winkel verringert wird, damit Fußgänger und Fahrradfahrer nicht mehr gefährdet sind. Können Sie mir den Zusammenhang erklären? Ich hoffe nicht, dass Fußgänger und Fahrradfahrer sich auf unseren Autobahnen bewegen.

Hubertus Fehring (CDU): Ihnen ist ja das Problem des toten Winkels bekannt. Durch eine Verbesserung der Fahrzeugkonzeption – durch die Überlängen hat die Industrie dann die Möglichkeit – gibt es andere Fahrerhäuser, in denen bezüglich dieses toten Winkels Verbesserungen möglich werden. Das ist damit gemeint.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Fehring. Frau Pieper, vielen Dank für die Intervention. – Nächster Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Kollege Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrter Herr Präsident! Lieber Herr Fehring, ich hatte im letzten Jahr das Vergnügen, bei einer Veranstaltung Ihrer Wirtschaftsvereinigung MIT in Neuss genau zu diesem Thema zu Gast zu sein. Da haben wir das diskutiert; Herr Rasche war auch dabei. Dabei waren auch zwei Spediteursunternehmen, unter anderem ein bayerischer, der mit uns auf dem Podium saß und der ganz deutlich davon sprach, dass es bei der Zulassung der Gigaliner, also bei der Perspektive für die bundesweite Einführung um Lkws bis zu 60 t geht. Es soll also nicht so sein, dass das bei 40 oder 44 t endet, wie Sie das als die von Ihnen gewünschte Perspektive eben dargestellt haben. Die Spediteure sprechen vielmehr ganz klar davon, dass wir über 60 t reden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich weiß natürlich auch, dass bei vernünftiger Verteilung der Achslast der Gewichtszuwachs nicht prozentual in einer Weise ansteigt, dass man sagen könnte, es würden viel mehr Straßenschäden durch diesen Gigaliner verursacht als durch normale Lkws. Aber es ist heutzutage schon so, dass über

95 % der verursachten Straßenschäden von Lkws ausgehen. Wir müssen grundsätzlich alles unternehmen – wir wissen, dass das sehr schwierig ist; der Schienenausbau ist schwierig, und auch im Binnenschiffahrtsbereich ist einiges zu tun –, um mehr Güter von der Straße auf die Schiene und aufs Wasser zu verlagern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Feldversuch Gigaliner geht in die andere Richtung. Deswegen hat Nordrhein-Westfalen für sich entschieden, an diesem Feldversuch nicht teilzunehmen. Die jetzige Vorlage aus der EU-Kommission könnte zumindest ein Tor öffnen, wenn sie entsprechend in Kraft tritt, dass grenzübergreifende Verkehre von Nachbarländern auch in deutsche Bundesländer ermöglicht werden, die Gigaliner auf ihren Straßen nicht zulassen. Deswegen unterstützen wir grundsätzlich die Initiative der Piraten, die das klar formuliert hat. Wir sollten die entsprechenden Kritikpunkte ernst nehmen. Wir werden gleich dafür stimmen, dass dieser Antrag in den Ausschuss für Europa und Eine Welt sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr überwiesen wird. Möglicherweise führt man auch dazu eine Anhörung durch.

Wir brauchen noch mehr belastbares Zahlenmaterial für die Argumentation. Aber es gibt eine ganze Reihe von Zahlen, die uns heute schon vorliegen. Sie besagen zum Beispiel auch, lieber Kollege Fehring, dass das Unfallrisiko durch diese langen Lkws deutlich höher ist als bei normalen Lkws. Überholvorgänge auf Autobahnen, die an Lkws vorbeiführen sollen, die die zweifache oder dreifache Länge eines normalen Lkws haben, sind problematisch. Wenn man sich in diesem Bundesland die rechte Spur auf Autobahnen anschaut, die teilweise nur aus Lkws besteht, und wenn dann noch Gigaliner dazukommen, die deutlich länger sind als normale Lkws, dann wird deutlich, dass Gigaliner ein deutlich größeres Unfallrisiko bergen. Es ist auch für Verkehrsteilnehmer abschreckend, einen solchen Wagen überholen zu müssen.

Heutzutage gibt es – davon sprach auch der Spediteur auf Ihrer CDU-Veranstaltung – auch viel zu wenige ausgebildete Fahrer, die auf diesen Lkws eingesetzt werden können. Die Situation in Bayern ist folgende: Bayern ist ein Bundesland, das diesen Feldversuch durchführt. In Bayern gibt es nur sechs Unternehmen, die an diesem Feldversuch überhaupt teilnehmen.

Da frage ich mich: Gibt es überhaupt eine gesellschaftliche oder eine wirtschaftliche Relevanz für die Einführung von Gigaliner, wenn in den Bundesländern, die an den Feldversuchen teilnehmen können, nur wenige Spediteursunternehmen überhaupt an diesem Feldversuch teilnehmen?

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich möchte kurz Zahlen nennen, die noch einmal deutlich machen, dass diese Gigaliner oder Groß-Lkws klimabelastende Wirkungen haben. Ein transportierter Tonnenkilometer eines solchen Lkws hat 92,5 g CO₂-Ausstoß. Wenn man das mit der Eisenbahn vergleicht, sind wir bei 21,9 g, beim Binnenschiff bei 35,5 g. Das heißt, Lkws sind eindeutig die schlechtere Variante beim Transport von Gütern.

Richtig ist, dass wir natürlich nicht alle Güter heute auf Schiene und Schiff umladen können. Aber ich denke, wir sollten alles dagegen tun, was die weitere Verlagerung auf Lkws weiter begünstigt. Die Einführung von Gigaliner ist eine weitere Begünstigung in dem Zusammenhang.

Von daher begrüßen wir den Antrag der Piraten, sind gespannt auf die Diskussion im Ausschuss und brauchen sicherlich noch ein paar weitere Fakten in diesem Zusammenhang. Wir bitten auch die Landesregierung, ein entsprechendes Signal in Richtung EU-Kommission zu setzen – die Beratungen dort laufen ja weiter –, dass Nordrhein-Westfalen sehr kritisch ist, was diese neue Richtlinie angeht, und dass wir eine weitere Türöffnung in Richtung Gigaliner hier aus Nordrhein-Westfalen ganz klar ablehnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Klocke. – Die FDP-Fraktion wird nun von Herrn Kollegen Rasche vertreten.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Gigaliner sind Lkws mit einer Länge von 25,25 m. Sie sind in Deutschland beschränkt auf ein Gewicht von 40 t. Die Politik spielt da auch gar nicht mit. Keine Partei, die FDP auf Bundesebene, bei der CDU ist es nicht anders, SPD und Grüne sowieso, wenn Sie sich mit der Thematik beschäftigen, will mehr als 40 t.

Innenminister Ralf Jäger sprach heute unter TOP 1 davon, dass manchmal mit den Ängsten der Menschen gespielt wird. Genauso ist das hier auch. Da werden mal eben Gerüchte gestreut, man wolle 60 t fahren. Selbst wenn das einige Spediteure wollen – da hat Arndt Klocke recht –, wenn aber die Politik das nicht will, dann gibt es das nicht. Da spielt man also mit Gerüchten, mit Ängsten, um sich am Ende politisch zu profilieren. Das ist der falsche Weg. Das bringt Deutschland nicht weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Das geht ja früh los, ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Fricke.

Stefan Fricke (PIRATEN): Herr Kollege, wir hatten vor einigen Monaten die Sperrung der Leverkusener Rheinbrücke, der A1. Damals haben viele herkömmliche Lkws, statt den ausgeschilderten Umweg über die A3 und die A4 zu nehmen, den Weg durchs Kölner Stadtgebiet gesucht.

Können Sie sich vorstellen, dass die Probleme in der Stadt allein aufgrund der größeren Länge der Gigaliner nicht noch größer werden könnten?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Fricke! Das beantworte ich Ihnen gerne. Das findet gleich sowieso in meiner Rede statt. Von daher müssen Sie sich noch einen kleinen Moment gedulden.

Wir sind uns einig, dass wir von den Verkehrszuwächsen im Güterverkehr – das ist unglaublich viel, auf den Hauptstrecken bis 2030 bestimmt um manchmal 100 % – möglichst viel auf die Schiene und auf die Binnenschifffahrt bringen müssen. Das ist das zentrale Ziel. Da sind wir überhaupt nicht auseinander.

Alle Fachleute, auch Sie, wissen, dass wir nicht in der Lage sind, von den jetzigen Verkehrsmassen auf der Straße auch nur einen Lkw auf Schiene und auf Binnenschifffahrt zu bringen, weil wir auch nicht in der Lage sind – auch das ist völlig unumstritten –, sämtliche Zuwächse im Güterverkehr auf Schiene und Binnenschifffahrt zu bringen, sondern dass natürlich auch Zuwächse auf der Straße landen müssen. Das ist völlig unumstritten. Wir sollten uns heute darauf einigen, dass wir darüber nicht länger zu reden brauchen. Es kommen Zuwächse auf alle Verkehrsträger zu. Wir wollen gemeinsam möglichst viel Güterverkehr auf Schiene und auf die Binnenschifffahrt bringen.

Kommen wir zu dem konkreten Punkt Gigaliner. In den Niederlanden heißen die tatsächlich Ökoliner. Das ist kein Gerücht, das ist so. Erster Punkt: Es sind ausgewiesene Strecken, Punkt-zu-Punkt-Verkehre in der Regel von einem Logistikzentrum zum anderen Logistikzentrum, nie durch Städte. Selbst dann – jetzt komme ich auf Ihre Frage, Herr Fricke –, wenn Strecken gesperrt sind, dürfen diese langen Lkws nicht andere Strecken benutzen. Sie dürfen dann nicht fahren, es sei denn, sie hätten Ausweichstrecken, die für Gigaliner erlaubt sind.

(Christian Lindner [FDP]: Aha!)

Sie würden niemals durch andere Städte fahren. Das ist völlig ausgeschlossen. Von daher kann man auch Ihre Bedenken in diesem Punkt ausschließen.

Zweiter Punkt: Die 40 t, die in Deutschland gewollt und erlaubt sind, verteilen sich auf mehr Achsen. Das führt zu einer deutlichen Entlastung von Brücken und von Straßen. Weil sich das besser verteilt, werden Straßen und Brücken geschont. Das ist doch gut. Das sollte man zumindest nicht so leichtfertig ablehnen.

(Christian Lindner [FDP]: Physik!)

Dritter Punkt: Bei gleichem Volumen fahren dann zum Beispiel statt drei Lkws zwei Lkws. Am Spritverbrauch ändert sich aber so gut wie gar nichts. Also minimiere oder reduziere ich den CO₂-Ausstoß. Also ist es auch aus Umweltgedanken absolut positiv, wenn ich mir zumindest Gedanken mache, ob nicht die Möglichkeit, die Nutzung von Gigalinern, sinnvoll sein könnte.

Vierter Punkt: Es werden natürlich, weil ich Personalkosten spare, Kosten reduziert. Wie viele Unternehmen im Logistikbereich haben schon in Deutschland ausgeflaggt oder auch in Westeuropa? Da gibt es einen ungeheuren Wettbewerb. Wenn wir wettbewerbsfähiger werden, dann ist das nicht nur gut für die Arbeitgeber, sondern es ist gut für Arbeitsplätze und für Arbeitnehmer.

(Beifall von der FDP)

Es gibt also vier Punkte, die positiv sind. Es sind die ausgewiesenen Punkt-zu-Punkt-Verkehre. Sie können auf anderen Strecken nicht ausweichen, es sei denn, sie sind ausgewiesen. Es sind 40 t auf mehr Achsen. Ich schone also Brücken. Ich habe weniger CO₂-Ausstoß, und meine Damen und Herren, ich reduziere die Kosten und sichere dadurch die Arbeitsplätze.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage vom Kollegen Klocke?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Ich habe schon darauf gewartet.

Arndt Klocke (GRÜNE): Das freut mich, lieber Herr Kollege Rasche. Danke, dass Sie die Zwischenfrage zugelassen haben. – Ich würde an einer Stelle gerne nachfragen. Die Aussage war, dass es durch die Verlagerung auf Gigaliner, weg von normalen Lkws, einen Umwelteffekt gibt. Eine Reihe von Studien aus anderen europäischen Ländern sagt zu der Einführung dieser Feldversuche, dass sich die Straßentransporte durch den Einsatz von Gigalinern deutlich verbilligen, sodass für Transportunternehmen ein größerer Anreiz besteht, auf den Lkw zurückzugreifen.

Wenn ich mich in der Konkurrenz von Schiene, Wasserstraße und Lkw wegen der günstigeren Transportkosten auf der Straße für den Lkw entscheide, ist mir der Umwelteffekt noch nicht so ganz

klar. Vielleicht können Sie mir weitere Infos oder Fakten liefern.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Lieber Kollege Klocke, ich versuche das gerne. Man kann natürlich bestimmte Sachverhalte unterschiedlich beurteilen. Der Schienenverkehr ist in seiner Kapazität absolut begrenzt. Wir müssen ungeheuer viel Geld investieren. Wir reden von der Betuwe-Lijn, dem Eisernen Rhein und anderen Strecken, um noch mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, was äußerst schwierig ist.

Durch Lang-Lkws, auch wenn sie kostengünstiger als andere Lkws sind, werden wir den Güterverkehr auf der Schiene überhaupt nicht reduzieren. Vielmehr sind wir in der Lage, relativ kostengünstig Güterverkehrszuwächse durch Deutschland und Europa zu fahren. Das ist gut. Der Schienenverkehr bleibt und wächst auf der einen Seite, und auf der anderen Seite schaffe ich ein Produkt – die Gigaliner –, das Kosten spart, den CO₂-Ausstoß reduziert, Punkt-zu-Punkt-Verbindungen schafft und die Brücken entlastet.

Es gibt aber auch Risiken. Bei der Sicherheit mögen noch Fragen offen sein, mit denen man sich beschäftigen muss.

Wenn ich auf der Autobahn überhole – ich fahre viel Autobahn, nicht nur, ich fahre auch viel Zug – überhole ich 20 Lkws auf der rechten Seite. Demnächst überhole ich nicht mehr 20, sondern nur 12. Aber von der Praxis her ist das kein Unterschied; ich fahre daran vorbei. Das Risiko ist wohl beschränkt.

Andere Sicherheitsrisiken mag es geben. Deshalb hat man doch einen Feldversuch eingeführt; das ist klug. Bei diesem Feldversuch kann man im Nachhinein alle Risiken und Chancen bewerten. Wer diesen Feldversuch rein politisch motiviert ablehnt, die Chancen nicht wahrnimmt, sondern wegschiebt und sich mit den Risiken nicht ernsthaft beschäftigt, der schadet damit dem Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Bayer?

Christof Rasche^{*)} (FDP): Es ist zwar die dritte, aber gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich lasse sie heute zu. Bitte schön.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank. – Sie verwenden das Argument „mehr Achsen und weniger Straßenbelastung“. Das mag bei 40-Tonnern zutreffen, obwohl wir heute gar nicht über Feldversuche mit 40- oder 44-Tonnern reden, sondern tatsächlich

darüber, dass in Europa 60-Tonner unterwegs sind. Ich habe aber gedrückt, als Sie sagten: Damit schonen wir auch die Brücken. – Wir wissen, der Zustand der Brücken ist nicht so gut. Wie macht sich das bemerkbar, wenn sich der Gigaliner mit mehr Achsen komplett auf der Brücke befindet? Okay, das würde stimmen, wenn sie zwar noch auf der Brücke sind, aber vorne und hinten nicht. Doch so lang sind die Lkws auch wieder nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, stellen Sie bitte Ihre Fragen. Sonst wird es eine Kurzintervention.

Oliver Bayer (PIRATEN): Wie wirkt sich der positive Effekt von „mehr Achsen“ auf die Brücken aus? Bei der Straße verstehe ich das, aber bei den Brücken nicht.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Kollege Bayer, wir haben schon gemeinsam in Neuss mit Fachleuten darüber diskutiert. Es war nicht nur der eine Spediteur da, den Herr Klocke gerade erwähnt hat, sondern noch sehr viele andere Fachleute, übrigens auch viele Logistiker, Lkw-Fahrer und Unternehmer aus der Region. Die haben nicht stundenlang, aber wohl eine Stunde erklärt, wie es physikalisch durch eine andere Achsbelastung und Verteilung des Gewichts zu der Entlastung der Brücken kommt. Für mich war das völlig logisch.

Wir können das gerne noch mal mit denen zusammen durchgehen. Ich weiß auch gar nicht, welche Frage dabei noch offen ist. Kollege Breuer, der sich im Bereich „Logistik und Häfen“ sehr viel aufhält, war auch bei der Diskussion anwesend. All diese Spezialisten werben für Gigaliner und haben heute wahrscheinlich aus diesem Grund nicht für die SPD-Fraktion geredet. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Rasche. – Für die Landesregierung spricht der zuständige Minister, Herr Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Gleich vorweg, ich war nicht bei dieser Veranstaltung in Neuss. Es gibt in Nordrhein-Westfalen keine Lang-Lkws auf der Autobahn, und dabei soll es auch bleiben.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Lang-Lkws sind der systematische Einstieg in Schwer-Lkws – sei es nun die 60-Tonnen- oder die 48-Tonnen-Perspektive. Der Lang-Lkw mag im sie-

gerländischen Einzelbeispiel als Leicht-Lkw Sinn machen, aber systematisch als wirkliche Verkehrsperspektive der Zukunft macht er nur Sinn, wenn man als Beruhigungsspiel den Lang-Lkw zum Gewöhnen auf die Straße bringt, um dann nicht sichtbar die Gewichte auf die Achsen zu bringen. Dieses Spiel sollten wir so nicht mitmachen.

(Beifall von Robert Stein [PIRATEN])

Straße, Schiene, Wasserstraße: Die Belastungsverhältnisse sind nicht so wie der politische Wille der meisten Parteien. Die reale Situation ist so, dass wir die Straße über Gebühr mit Verkehrszuwächsen belasten, statt sie zu entlasten. Der Lang-Lkw, der Schwer-Lkw würde dazu führen, dass die Straße weiter über Gebühr belastet würde, und der politische Wille, Schiene und Wasserstraße stärker zu belasten, nicht umgesetzt würde, zumal wir nicht mal dazu in der Lage sind, einen Schienekorridor beispielsweise zwischen Rotterdam und Duisburg in Nordrhein-Westfalen anzubieten, was natürlich eine naheliegende Alternative in einem Lang-/Schwer-Lkw-Bereich wäre. All das spricht dafür, dass Nordrhein-Westfalen wachsam bleiben sollte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rasche.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist aber nett von Ihnen. Bitte schön, Herr Rasche.

Christof Rasche^{*)} (FDP): In der Tat ist die Betuwe-Linie nicht gebaut, und Sie weisen meistens freundlich auf die jetzige Bundesregierung hin. In diesem Zusammenhang ist auch Wahlkampf. Tatsache ist, der Staatsvertrag zwischen den Niederlanden und Deutschland wurde im Jahre 1992 geschlossen. Danach gab es eine Phase von elf Jahren, in der die SPD den Verkehrsminister in Deutschland stellte, darunter zwei Verkehrsminister aus Nordrhein-Westfalen mit den Herren Müntefering und Bodewig. Können Sie sich erklären, warum im Bereich Schiene absolut nichts passiert ist?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ich kann mir das sehr gut erklären. Das, was ich dazu öffentlich sagen kann, ist Folgendes: Nach meinem Eindruck zählt in der sehr fachlich orientierten Verkehrspolitik häufig nicht die politische Farbenlehre, sondern eine regionale Kumpanei. Nordrhein-Westfalen hat die Solidarisierung mit anderen regionalen Kräften nicht so optimal wie andere Regionen verstanden.

Hinzu kommt ein unterschiedliches Verhalten von Bundesverkehrsministern. Ich habe den Eindruck, belegen zu können, dass sozialdemokratische Bundesverkehrsminister national wesentlich ausgewogener und weniger regional konzentriert Mittel verteilt haben als beispielsweise der jetzige Bundesverkehrsminister. Beim letzten Konjunkturpaket, dem Infrastrukturpaket, hat jedenfalls Bayern für beginnende Baumaßnahmen einen jeweils mehr als doppelt so hohen Baustellenanteil bekommen wie Nordrhein-Westfalen. Das mag nicht rational, sondern vielleicht nur mit Blick auf anstehende Landtagswahltermine zu erklären sein, obwohl nach meinem Eindruck das jetzt das geringste politische Thema in Bayern ist.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schemmer?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist dann die zweite Zwischenfrage im Rahmen Ihrer Rede. Dabei würde ich es dann auch belassen. – Bitte schön, Herr Schemmer.

Bernhard Schemmer^{*)} (CDU): Herr Minister, der Kollege Rasche hat gerade die Amtszeit des Verkehrsministers Bodewig angesprochen. In der Zeit hatten wir ja einen SPD-Bundesverkehrsminister und einen SPD-Landesverkehrsminister. Dieser ehemalige Verkehrsminister soll ja nun Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden der Daehre-Kommission werden. Erklären Sie mir bitte, warum zu der Zeit, als Herr Bodewig Bundesverkehrsminister war und es mehrere SPD-Landesverkehrsminister gab, in Deutschland eine Politik zu Gunsten Bayerns stattgefunden hat. Haben damals die beiden Minister geschlafen, nichts mitbekommen? Was hat in der Zeit stattgefunden, als sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene die SPD die jeweiligen Verkehrsminister gestellt hat?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ganz einfach, Herr Schemmer: Zu der Zeit der beiden von Ihnen genannten sozialdemokratischen Verkehrsministern hat eine unter nationalen Solidaritätsaspekten auskömmliche Finanzierung einschließlich des nationalen Nachholbedarfs der fünf neuen Bundesländer stattgefunden ohne regionale Privilegierung. Ich habe von der regionalen Privilegierung nur in Bezug auf den Kollegen Ramsauer gesprochen, der ja nun ganz deutlich bemüht ist, seine Heimatregion nach seinen Maßstäben mit verkehrsinfrastrukturellen Projekten angemessen auszustatten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich bitte Sie, Zwischenfragen als Fragen zu formulieren. Inzwischen geht das etwas in die Kurzintervention über. Ich weiß nicht, ob Sie es selber gemerkt haben.

Nach unserer Geschäftsordnung sollen pro Rede nicht mehr als zwei Zwischenfragen gestellt werden. Das ist eine Soll-Vorschrift. Herr Minister Groschek, Sie haben jetzt das Wort bis zum Schluss. Ich werde nach zwei Zwischenfragen nun keine mehr zulassen. – Bitte schön, Herr Minister.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ich wiederhole: Wir wollen also dabei bleiben, dass die Straße durch Verkehrszuwächse nicht über Gebühr belastet wird, sondern endlich der politische Wunsch Wirklichkeit wird, Güter von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege zu bringen.

Was die konkreten Lang-Lkws und die EU-Verordnung angeht, muss man allerdings der Form halber sagen: Vom Verfahren her müsste – EU-Verordnung hin oder her – nationales Recht geändert werden und der Bundesrat zustimmen. Bezüglich dieser Bundesratszustimmung kann ich Ihnen versichern, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Bundesrat einer solchen Änderung nicht zustimmen würde, sondern sich gegen eine solche Änderung stellen würde, um mit nordrhein-westfälischer Stimme zu verhindern, dass sogenannte Lang-Lkws, die im Grunde nur eine Vorstufe für Schwerst-Lkw sind, eingeführt werden.

Einwände gegen die Überweisung und intensive Diskussion haben wir als Landesregierung selbstverständlich nicht, sondern wir ermuntern geradezu dazu, deutlich zu machen, dass es bei der nordrhein-westfälischen Linie der verkehrspolitischen Vernunft bleiben sollte, Gigaliner nicht auf unsere Autobahnen zu bringen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit sind wir am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2896** – federführend – an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt** sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**. Abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung stattfinden. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf.

9 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf ist ja schon im Vorfeld umfänglichst diskutiert worden. Ich habe erfahren, dass die Fraktionen heute auf eine Debatte verzichten. Deswegen möchte ich meine Einbringung kurzhalten.

Meine Damen und Herren, der Stärkungspakt soll insbesondere überschuldete oder in der mittelfristigen Finanzplanung in die Überschuldung geratene Kommunen soweit unterstützen, dass sie sich aus den Fesseln des Nothaushaltes befreien können und wieder zu ausgeglichenen Haushalten kommen.

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen hat ein Volumen von 5,85 Milliarden € bis zum Jahre 2020. Die nach dem Gesetz erforderlichen Haushaltssanierungspläne haben fast alle Kommunen, die am Stärkungspakt sowohl der Stufe I als auch der Stufe II teilnehmen, inzwischen vorgelegt.

Wenn man eine Verteilung einer solch großen Summe vornimmt, dann ist Fairness in der Verteilung das oberste Gebot. Um Fairness herzustellen, sind wir verpflichtet, die richtigen Zahlen zu verwenden. Das ist unsere gesetzliche, aber, wie ich finde, auch unsere moralische Pflicht gegenüber den teilnehmenden Kommunen. Dass die Neuberechnung erforderlich ist, hängt damit zusammen, dass in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Kommunen nicht mit der ausreichenden Sorgfalt amtliche Statistiken geführt hat, dies inzwischen festgestellt worden ist und diese Neuberechnung und Korrektur damit erforderlich geworden ist. Klar ist: Wir werden alle Kommunen gleich behandeln, aber es gilt auch unser Wort: Zu viel gezahlte Mittel werden wir nicht zurückfordern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass die Kommunen selbst, die Vielzahl der Abgeordneten, aber auch ich mir vorstellen könnte, dass dieser Stärkungspakt ein deutlich höheres Volumen hat, wenn wir noch intensiver den Kommunen helfen wollen. 5,85 Milliarden € sind allerdings eine Größenordnung, die das Land bis an die Schmerzgrenze dessen, was im eigenen Haushalt vertretbar ist, bringt. Deshalb meine Bitte an alle Fraktionen hier im Hause, sich an die gemeinsame Beschlusslage der letzten Legislaturperiode zu erinnern. Ohne

eine Beteiligung des Bundes, insbesondere bei den Sozialausgaben der Kommunen, werden wir langfristig mit eigenen Mitteln, mit Mitteln des Landes die kommunalen Haushalte nicht vollständig konsolidieren können. An dem Ziel, dass der Bundesgesetzgeber deutlich mehr Unterstützung für die Kommunen leistet, sollten wir gemeinsam arbeiten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Wie der Minister schon angekündigt, haben sich die Fraktionen darauf verständigt, keine Debatte zu führen.

Wir können also abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/2722** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Jetzt würde ich gerne Tagesordnungspunkt 10 aufrufen. Wir brauchen noch einen kleinen Moment, weil der Minister auf dem Weg ist.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans betritt den Saal.)

– Ah. Der schnellste Minister im Plenum.

Ich rufe auf und lese ganz langsam vor:

10 Gesetz zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2652

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile dem nun ankommenden Minister Herrn Dr. Walter Borjans das Wort. Bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich bedanke mich sehr, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren! Wir bringen das Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes in den Landtag ein, weil das Sparkassengesetz aus mehreren guten und wichtigen Gründen veränderungsbedürftig bzw. novellierungsbedürftig ist.

Einer dieser Gründe ist, dass die nicht mehr existierende WestLB in § 37 als Sparkassenzentralbank abgelöst werden muss. Das bisherige Gesetz enthält zwar eine Klausel für den Fall, dass die WestLB diese Rolle nicht mehr ausfüllen kann. Wenn es die WestLB nicht mehr gibt, ist es aber geboten, diese

Passage nicht mehr in der Form im Gesetz zu belassen. Wir möchten eine neutrale Formulierung an die Stelle der bisherigen Beleihung der WestLB mit den Aufgaben der Sparkassenzentralbank setzen. Sie soll auch einer möglichen Veränderung standhalten, die sich in der Zukunft ergeben kann, wenn etwa die Konsolidierung der Landesbanken über den jetzigen Stand hinaus fortschreiten sollte und an dieser Stelle noch einmal Veränderungen notwendig sind.

Der entscheidende Paradigmenwechsel ergibt sich nach unserer wohl gemeinsamen Auffassung aber aus der Veränderung des § 36. In diesem Paragraphen steht bislang die Verpflichtung zu einer Vereinigung des Rheinischen und des Westfälisch-Lippischen Sparkassenverbandes. Diese Verpflichtung wollen wir in dem Gesetzestext durch eine Kann-Regelung ersetzen. Die Ziele, die der bisherigen Formulierung einer Verpflichtung zur Fusion der Sparkassenverbände zugrunde lagen, haben sicher nichts an Bedeutung verloren. Das habe ich an vielen Stellen immer wieder gesagt. Es ist völlig richtig: Wir müssen effizientere und effektivere Wahrnehmungen landeseinheitlicher Aufgaben voranbringen. Wir wollen mögliche Synergieeffekte durch die Verkürzung von Entscheidungsprozessen befördern. Zur Entlastung der kommunalen Sparkassen vor Ort sollen Kosten gesenkt werden.

Als diese Frist ablief, hat sich deutlich gezeigt, es lag interessanterweise nicht nur im Interesse der Sparkassen selbst, sondern auch im Interesse der Kommunen, an dieser Stelle nicht auf der Verpflichtung zu bestehen, sondern sich zu überlegen, welche Nachteile einer solchen verpflichtenden Fusion es geben kann.

Ein ganz schwerwiegender Nachteil wäre es meiner Auffassung nach gewesen, dass die beiden Sparkassenverbände im Haftungsausgleich getrennt voneinander eine ganz andere Rolle spielen würden als gemeinsam.

Wenn beispielsweise rund 300 Millionen € innerhalb eines Sparkassenverbandes selbst aufgefangen werden müssen und diese Wanne überläuft, läuft sie bisher quasi in das Gesamtgebiet des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes über, also in den gesamten Haftungsverbund der Sparkassenfamilie. Das wäre etwas anderes, wenn man die beiden Verbände zusammenfassen und diese zwischen 500 und 600 Millionen € auffangen müssten, bevor die Summe bundesweit von der Sparkassenfamilie getragen würde.

Dabei handelt es sich nicht darum, etwas auf eine unfaire Weise auf das gesamte bundesweite Sparkassensystem zu verteilen. Beide Verbände sind so groß, dass sie sich bisher sehr stark an der Rettung und Stützung anderer beteiligt haben. Es wäre keine unfaire Lastenverteilung, wenn wir es bei dieser Trennung beließen.

Außerdem würden wir die Repräsentanz innerhalb des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes schwächen. Bislang ist Nordrhein-Westfalen ohne die WestLB mit den beiden Verbänden noch mit zwei Stimmen vertreten, ebenso wie das Saarland mit der SaarLB und den saarländischen Sparkassen. Hier nur noch mit einer Stimme vertreten zu werden, wäre nach unserer Auffassung nicht der richtige Weg.

Ich fand es bemerkenswert, dass sich die FDP, aber auch mein Vorgänger in diesem Zusammenhang noch einmal geäußert und darauf hinwiesen haben, das sei ein Verlust für den Steuerzahler. Herr Witzel hat eine Verbindung mit der Fusion der Oberfinanzdirektionen hergestellt. Das finde ich bemerkenswert. Bislang hatte ich immer den Eindruck, die FDP würde die Meinung vertreten, dass die in unserem unmittelbaren Zugriff liegenden Dinge auch von uns schlanker gestaltet werden sollten, dass aber diejenigen, die sich in unternehmerischer Verantwortung befinden, nicht vom Staat reguliert werden sollten. Letzteres gilt selbst für öffentlich-rechtliche Sparkassen und Sparkassen in der Zuständigkeit der Kommunen. Von der kommunalen Seite haben wir im Rahmen der Anhörung überhaupt keinen Einwand in diese Richtung gehört.

Ich will die weiteren noch wichtigen Punkte nicht ausführlich ansprechen, um die Zeit nicht zu weit zu überziehen.

Es geht darum, dass die Repräsentanz von Frauen in den Führungsgremien gestärkt werden soll und dass wir die Altersregelungen für den Vorstand an die Erhöhung der Pensionsgrenze auf 67 Jahre angepasst haben.

Ich glaube, dass wir in diesem Zusammenhang eine runde, eine richtige Erneuerung des Sparkassengesetzes auf den Weg bringen, die dem Ziel, insgesamt effizienter zu arbeiten, gerecht wird und die beiden Sparkassenverbände auch in einigen Punkten zu einer Zusammenarbeit, etwa bei den Akademien und vielen anderen Dingen – ich würde fast sagen – zwingt, um sie dazu zu bringen, Kosten zu senken; das war auch eine Grundvoraussetzung.

Auf diesem Weg einer freiwilligen Kooperation haben wir das – auch mit der Öffnung für eine Fusion, wenn sie denn sinnvoll erscheint – auf die richtige Schiene gebracht. Deswegen bitte ich um eine positive Behandlung und Begleitung bei den nächsten Schritten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, vielen Dank. – Gönnen Sie sich bitte noch einen Moment am Pult. Es gibt eine Kurzintervention; Herr Witzel hat sie angemeldet. – Bitte schön, Herr Witzel; 90 Sekunden für Sie.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Finanzminister Dr. Walter-Borjans, Sie haben mich gerade auch persönlich angesprochen, was den OFD-Vergleich betrifft. Ich habe mir einfach einmal die Organigramme angeschaut, weil es um dieselbe Aufgabenstellung geht, nämlich die Fusion der Standorte Rheinland und Westfalen. Es stehen etwa dieselben Beschäftigtenzahlen dahinter, und es gibt vergleichbare Zentralabteilungen. Sie haben noch gestern Nachmittag hier im Plenum ein sehr erkennbares Plädoyer dafür gehalten, dass Sie die OFD-Fusion Rheinland und Westfalen zukünftig für notwendig halten. Im Kern sind die Strukturen bei den Sparkassenverbänden genauso angelegt. Das beantwortet die Frage, weshalb beides vergleichbar ist.

Umgekehrt würde mich Folgendes interessieren: Sie haben von Stimmrechten gesprochen. Mir ist keine einzige DSGVO-Entscheidung auf Bundesebene aus den letzten zehn Jahren bekannt, bei der es darauf angekommen wäre, ob NRW ein oder zwei Stimmrechte hat. Kennen Sie eine solche Entscheidung?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich kann Ihnen jetzt kein Beispiel vortragen. Das war für mich aber auch nicht der entscheidende Punkt. Ganz offensichtlich ist das aber von der nordrhein-westfälischen Sparkassenfamilie als ein Punkt von Gewicht bezüglich der Vertretung der Interessen der nordrhein-westfälischen Sparkassen auf Bundesebene angesehen worden. Diesen Punkt habe zur Kenntnis genommen. Für mich sind aber zwei Dinge wichtiger.

Das Erste ist die Einbindung in den gesamtdeutschen Haftungsverbund und die Frage: Wieso sollten wir eigentlich eine Neigung haben, ein größeres Risiko für den nordrhein-westfälischen Steuerzahler aufzumachen, als es der Gewinnmöglichkeit durch die organisatorische Neugliederung, die Sie gerade angesprochen haben, entspricht?

Das Zweite ist, dass ich an dieser Stelle auch Vertrauen in die Sparkassen und die Kommunen als Eigentümer habe, die diese Synergieeffekte offensichtlich nicht sehen. Ich weiß nicht, warum man dann gegen den Willen der Sparkassen mit einem größeren Haftungsrisiko eine Regelung durchsetzen sollte, deren Ziele sich ganz offenbar in einer anderen Weise besser verwirklichen lassen.

Im Zusammenhang mit den Oberfinanzdirektionen sehe ich das allerdings völlig anders.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister. Vielen Dank auch für die Kurzintervention, Herr Kollege Witzel. – Als Nächster spricht für die SPD-Fraktion der zuständige Experte der Fraktion, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Sehr freundlich. – Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Minister hat zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs das Notwendige und Erforderliche gesagt. Die Regierung kommt mit ihrer Einbringung der Bitte nach, mit der sich die regierungstragenden Fraktionen von SPD und Grünen zum Ende des vergangenen Jahres an den Finanzminister gewendet haben. Insofern freuen wir uns auf die Beratungen und sehen den konstruktiven Vorschlägen aller Beteiligten, sowohl hier aus dem Parlament als auch der Expertinnen und Experten, mit Freude entgegen.

Ich möchte nur noch auf einen Punkt besonders hinweisen. Wir haben uns, wie es bei solchen Grundlagengesetzen üblich ist, vorgenommen, an das Sparkassengesetz nicht allzu häufig heranzugehen, am liebsten nur einmal in dieser Legislaturperiode. Insofern sind wir für sachdienliche Vorschläge, was etwaigen weiteren Änderungsbedarf angeht, offen. Das werden wir im Zuge der Sachverständigenanhörung, die wir mutmaßlich schon heute Abend beschließen werden, dann sehen. Wenn es weiteren Veränderungsbedarf geben sollte, werden wir ihn bewerten und entsprechende Änderungen möglicherweise in die zweite Lesung einbringen.

Insofern bedanke ich mich schon jetzt herzlich für Ihre konstruktive Beratung. Ich freue mich auf dieselbe. – Danke sehr.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]:
Ganz wenig Inhalt, Herr Kollege! – Gegenruf
von Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Einbringung!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Börschel. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„2012 war für die Sparkassen in Deutschland ein wichtiges Jahr. Die Sparkassen haben in einem schwierigen Marktumfeld ihr Eigenkapital und ihre Vorsorgereserven weiter ausgebaut.“

So schildert der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, die aktuelle Situation dieser wichtigen Säule unseres Bankensystems. Nach seiner Analyse können sich die Sparkassen auf sichere und gut gestreute Anlagen konzentrieren, vornehmlich auf Kundenkredite in ihrer Region. In ihren wichtigsten Geschäftsfeldern, nämlich bei Unternehmenskrediten und Wohnungsbaukrediten, haben die Sparkassen weitere Zuwächse verzeichnet. Für die Herausforderung der Zukunft sind sie wegen ihrer Verwurzelung vor Ort gut gerüstet.

Sparkassen leben vom Vertrauen ihrer Kunden, aber auch – das ist dann ein Teil unserer Aufgabe – von einem soliden ordnungspolitischen Umfeld. Ich stelle das fest, was ich an gleicher Stelle schon im Dezember 2012 gesagt habe: Das geltende Sparkassengesetz ist ein gutes Gesetz.

Das von CDU und FDP seinerzeit novellierte Gesetz enthielt ein Bekenntnis zum Drei-Säulen-System der deutschen Bankenlandschaft. Das war und ist richtig.

(Martin Börschel [SPD]: Gut, dass wir euch das beigebracht haben! Ihr wolltet es ganz anders!)

Eine Änderung dieses Gesetzes ist nicht erforderlich. Es legt niemandem unzumutbare Lasten auf, auch nicht den zur Fusion aufgerufenen Sparkassenverbänden.

Das immer noch geltende Gesetz sieht vor, dass sich die Sparkassenverbände Rheinland und Westfalen-Lippe zusammenschließen. Entweder hätten sie das durch einen eigenen Antrag bis zum 31. Mai 2012 als freiwillige Fusion darstellen können, oder der Finanzminister dieses Landes hätte unverzüglich im Anschluss daran tätig werden müssen. So steht es im Gesetz.

(Beifall von der FDP)

Der Antrag ist nicht gestellt worden. Der Minister ist aber auch nicht als Aufsichtsbehörde tätig geworden.

Inzwischen haben wir Mai 2013. Erst jetzt liegt dem Landtag der Entwurf einer Gesetzesänderung vor, durch die von der Fusion der Verbände Abstand genommen werden soll. Dazwischen liegt ein Jahr, in dem juristisch nichts passiert ist.

Ich stelle fest: Insoweit hat sich der Minister nicht an seine Amtspflichten gehalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Denn er hat hier in diesem Hohen Hause geschworen, Verfassung und Gesetz zu wahren und zu verteidigen. Das gilt auch noch für das geltende Sparkassengesetz, und zwar in all seinen Teilen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Minister, ich frage: Warum haben Sie sich nicht einfach daran gehalten und die Fusion vollzogen? Fällt es Ihnen so schwer, sich an ein geltendes Gesetz zu halten, wenn es Ihnen politisch nicht passt? Oder interpretieren Sie das ein bisschen zu frei, was umzusetzen ist und was dilatorisch zu behandeln ist?

Herr Minister, für jemanden, der Bürgerinnen und Bürgern ständig mit dem Kadi droht, wenn sie sich an geltende Gesetze nicht halten – zum Beispiel an Steuergesetze –, ist das jedenfalls eine etwas interessante Rechtsauffassung.

(Beifall von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: In der Tat!)

Sollten denn nicht Minister geradezu Vorbilder sein, insbesondere wenn sie selbst Gegenstand und Adressat von Gesetzen sind? Wie wollen Sie eigentlich den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass die sich an Gesetze halten müssen, wenn Sie sich nicht daran halten?

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Die Rede schicken wir den Sparkassenverbänden!)

Schon im alten Rom galt nämlich der Satz Ciceros – ich bin ganz sicher, Sie werden sich besonders darüber freuen, Herr Körfges, dass wir ein solches historisches Zitat haben –, dass nichts schädlicher ist als ein schlechtes Beispiel!

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Börschel?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Aber natürlich!

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Optendrenk. – Angesichts Ihrer Einlassung gerade würde ich von Ihnen gerne wissen, wie Sie denn beurteilen, dass sich der Herr Finanzminister doch exakt so verhalten hat, wie es die Mehrheit dieses Parlaments zum Ende des Jahres von ihm erwartet und von ihm erbeten hat?

Insofern können wir hier nur ein vorbildliches Verhalten erkennen, nicht aber die Richtigkeit Ihrer eigenwilligen Interpretation. Würden Sie mir darin zustimmen?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Börschel, ich kann Ihnen nicht zustimmen, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde, weil nämlich die Frage, ob ein Antrag der regierungstragenden Fraktionen umgesetzt wird oder nicht, kein gleichwertiges Gut zu der Frage ist, ob ein Gesetz zu befolgen ist. Er hätte das Gesetz ab dem 31.05.2012 umsetzen müssen, nicht erst durch Änderung ihrer politischen Meinung oder einen Koalitionsvertrag oder was auch immer.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage vom Kollegen Ellerbrock?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Aber natürlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist freundlich. – Bitte schön, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Die Frage des Kollegen Börschel wirft für mich eine Nachfrage auf. Habe ich es richtig verstanden, Herr Kollege Dr. Optendrenk, dass hier wohl in Auswirkung des Effizienzkontrollteams der Finanzverwaltung eine Verfahrensbeschleunigung eingeführt wird, nach der bestehende Gesetze über einen Entschließungsantrag nach Billigkeitsgründen angewandt werden oder nicht? Ist das vielleicht ein Ergebnis dieser Arbeit des Effizienzkontrollteams?

(Martin Börschel [SPD]: Interessante Anregung!)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Man könnte sich das so überlegen. Es wäre aber vielleicht am besten, wenn der Minister dazu nachher noch selbst Ausführungen machen könnte. Das würde die Angelegenheit sicher klarstellen. Ansonsten würden wir uns als Abgeordnete viel zu spekulativ verhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Minister, ein solches schlechtes Beispiel haben Sie bei der Achtung der Gesetze gerade im letzten Jahr abgegeben. Der Kern der Neufassung dieses Sparkassengesetzes besteht ja im Verzicht auf eine Fusion der beiden Verbände. Was stattdessen vorgesehen ist, überzeugt nicht. Da wollen und sollen Verbände enger kooperieren, Synergien heben, wie es auf Neudeutsch heißt. Man kann, glaube ich, mit Fug und Recht sagen: Das ist im Ergebnis eine Moglepackung!

(Beifall von der CDU)

Wir haben aber auch Verständnis dafür, dass sich die Geschehnisse auf den internationalen Kapitalmärkten auf eine Fusion verzögernd auswirken können. Deshalb hatten wir schon im Dezember vorgeschlagen, dass man die Frist für die Fusion deutlich verlängern kann, aber an ihr festhalten sollte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden uns im Anhörungsverfahren ganz sicherlich noch intensiv mit den Fragen auseinandersetzen. Ich glaube, dass wir es an dieser Stelle dabei bewenden lassen sollten, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich es ganz kurz machen. Aber angesichts des Wortbeitrages von Herrn Optendrenk muss ich doch noch zwei Takte dazu sagen.

Zunächst einmal finden wir es sehr begrüßenswert, dass der Minister und die Landesregierung diesen Gesetzentwurf einbringen.

(Christian Möbius [CDU]: Zu spät!)

– Herr Möbius, Sie sind auch immer ganz schön spät. Insbesondere bei der Landtagswahl war es für die CDU ganz, ganz spät.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Zuruf von der CDU: Das war ein Brüller!)

Aber was „zu spät“ anbetrifft: Der Kollege hat schon darauf hingewiesen, dass die CDU ursprünglich die Fusion bis auf 2015 verschieben wollte. Ich weiß gar nicht, warum der Minister dann „zu spät“ sein soll. Immerhin bringt er 2013 einen Gesetzentwurf ein, der diese Sachlage klärt, und zwar im Übrigen im Einvernehmen mit den Sparkassenverbänden.

Das Wesentliche hat der Minister dargestellt: Einerseits geht es um die Fusion. Es werden wichtige Punkte angesprochen, die die Zusammenlegung der Akademie und verschiedene Details betreffen, die im Einvernehmen geklärt worden sind.

Wir werden eine Anhörung durchführen, bei der wir uns die Details noch einmal intensiv anschauen.

Einen Aspekt möchte ich dennoch schon jetzt herausheben: Erstmals – das hat die CDU auch nicht vernünftig zustande gebracht – wird in diesem Fachgesetz die Frauenförderung in ganz besonderer Weise vorangebracht

(Beifall von den GRÜNEN)

und insofern der Koalitionsvertrag in konsequenter Weise umgesetzt. Auch das ist in der Gesetzesbegründung ausgeführt worden.

Dass Sie sich allein die Frage des Zeitpunkts herausuchen, ist schon von besonderem Interesse. Vielleicht muss ich noch einmal deutlich sagen: Uns ist es wichtig, ein klares Bekenntnis für die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen abzugeben. Alleine die Intervention von Herrn Witzel macht schon wieder deutlich, dass der Kollege auch an dieser Stelle nicht davon ablassen kann, bestehende und wichtige Institutionen nicht nur in Verfahrensfragen, sondern ganz grundsätzlich infrage zu stellen.

(Ralf Witzel [FDP]: Völlig absurd!)

Deshalb gehe ich davon aus, dass die drei großen Fraktionen diesen Prozess in großer Einigkeit nach vorne bringen werden. Die CDU wird es wahrscheinlich nicht schaffen, am Ende zustimmen zu können. Aber die von vielen CDU-Kommunalpolitikern getragenen Sparkassen und Sparkassenverbände sind sehr froh über das Ge-

setzgebungsverfahren. Die Stellungnahmen sind mit sehr einhelligem Tenor abgegeben worden.

Ich freue mich auf das Beratungsverfahren und erkläre für unsere Fraktion ganz klar: Wir sind froh über diesen Gesetzentwurf und froh darüber, dass die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen diese wichtige Stelle in Nordrhein-Westfalen einnehmen und die Helaba die neue Sparkassendachfunktion für diese Sparkassen wahrnimmt und die Sparkassen eben nicht – wie die FDP es gerne gehabt hätte – in den Sumpf der WestLB-Abwicklung hineingezogen worden sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat vor wenigen Wochen einstimmig – mit den Stimmen aller fünf Landtagsfraktionen – einen Antrag zum Erhalt des Drei-Säulen-Modells von Sparkassen, Volksbanken sowie Privatbanken beschlossen. Denn, Herr Kollege, auch Sparkassen sind gut für unser Land.

Wir wollen ein leistungsfähiges Sparkassensystem erhalten. Gerade deshalb wollen wir eine Stärkung der wirtschaftlichen Basis der Einzelinstitute vor Ort, die ihre Arbeit in der Region nahe beim Kunden erbringen. Und gerade deshalb sind geringe Umlagen für überregionale Verbandsapparate gut und im Interesse der Sparkassen vor Ort.

(Beifall von der FDP)

Niedrige Umlagebelastungen sind gut. Sie sind gut für die kleinen Sparer, gut für die gemeinnützigen Destinatäre, die dann mehr von der Unterstützung ihrer Sparkassen haben. Sie sind wegen der Gewinnabführung an die kommunalen Eigentümer gut für die kommunalen Haushalte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Körfges?

Ralf Witzel (FDP): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke. – Bitte schön.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Kollege Witzel, wenn das alles so gut für die Sparkassen ist, wie Sie behaupten: Wie erklären Sie sich dann, dass beide Sparkassenverbände in großer Einmütigkeit davon abraten, zwangsweise eine Fusion durchzuführen, und uns stattdessen ein Modell vorschlagen,

auf das der konkrete Gesetzesentwurf Bezug nimmt?

Ralf Witzel (FDP): Das kann ich Ihnen sehr gerne erklären, Herr Kollege Körfges. Das, was objektiv im Interesse einer gesamten Organisation mit all ihren Instituten vor Ort sein muss, muss nicht immer 1:1 das Handeln von Akteuren in bestimmten Verbänden widerspiegeln, die natürlich auch ihre Verbandsfunktion wahrnehmen.

Ich kann die Frage, Herr Körfges, deshalb an Sie zurückgeben. Beide Verbände – Rheinland wie Westfalen; Sie wissen das, dafür sind Sie lange genug dabei – haben bei ihren Trägerversammlungen einstimmig beschlossen, dass sie eine unwiderrufliche öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen und Verpflichtungen abgegeben haben, bis 2012 zu fusionieren. Es gab einstimmige Beschlüsse in beiden Trägerversammlungen. Das, Herr Kollege, hätten Sie hier sagen sollen. Das hat der Finanzminister in seinem Gesetzentwurf verschwiegen.

Er hat die Genese dieses Prozesses dort anders, nämlich verkürzt, dargestellt. Sie wissen aber, dass das die Wahrheit ist. Das war die Grundlage einer Einigung, die am Ende der letzten Sparkassengesetzgebung gestanden hat. Ich glaube, da kann man entsprechende Verlässlichkeit auf beiden Seiten erwarten.

Weniger gut sind allerdings die europarechtlichen Rahmenbedingungen für die Sparkassenfamilie. Das wird von ihr – das gilt auch für die bundesweite Entwicklung – beklagt. Es geht uns dabei auch um dieses rot-grüne Gesetzesvorhaben, die notwendige und gesetzlich verpflichtende Strukturreform zu unterlassen.

Ich komme zur Vorgehensweise der Landesregierung. Ich sehe den Finanzminister jetzt gerade nicht. Es macht sicherlich Sinn, dass wir das hier gemeinsam besprechen. Wo ist er? – Im Gespräch mit Herrn Börschel. – Diese Vorgehensweise der Landesregierung ist jedenfalls ein Stück aus dem Tollhaus. Deshalb sollten Sie einmal auf das schauen, was Sie in Ihrem Gesetz ausführen.

Sie schreiben dort: Nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung müsste nunmehr bei einem Gesetz mit Datumstempel „Mai 2013“ die Fusion durch Rechtsverordnung zwangsweise durchgeführt werden. Herr Finanzminister, Sie müssen diese Fusion nach geltender Gesetzeslage nicht „nunmehr“ – irgendwann – herbeiführen. Die letzte Frist dafür lief bis zum 31.12.2012. Sie können nicht nach dem Motto verfahren: Wenn einem ein Gesetz nicht passt, wendet man es eben einfach nicht an und lässt es liegen. – Das ist nicht das, was wir an rechtsstaatlichem Handeln von einer Landesregierung erwarten können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Mostofizadeh?

Ralf Witzel (FDP): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Witzel, vielen Dank. – Sie schlagen vor, dass die Sparkassenverbände fusioniert werden, um sie postwendend wieder zu trennen und neu aufzubauen. Ist dies das Ansinnen der FDP? Oder sind Sie entgegen den Sparkassenverbänden der Auffassung, dass eine Fusion durchgezogen werden muss, die dann nicht mehr zurückgezogen werden darf?

Ralf Witzel (FDP): Herr Kollege, meine Erwartung ist, dass in diesem Lande Recht und Gesetz befolgt werden und dass ein Finanzminister, der die Sparkassenaufsicht hat, auch Aufsicht und nicht Wegsicht ist. Er hat eine gesetzliche Verpflichtung zu erfüllen. Es können sich – warum auch immer – politische Auffassungen ändern. Dabei ist gleichgültig, ob er das nun selber so sieht oder ob er es von Ihnen durch den Koalitionsvertrag vorgegeben bekommt. Es ist egal, was auch immer da der Hintergrund sein mag. Wenn die Landesregierung vorher weiß, dass da eine Uhr tickt und sie eine rechtliche Verpflichtung zu erfüllen hat, sie das aber nicht machen will, muss sie einen Gesetzentwurf vorlegen. Der geht dann in das Anhörungsverfahren. Er wird breit diskutiert. Dann stimmen die Parlamente über ihn ab.

Es kann aber nicht einfach nach der Devise gehandelt werden: Ich ignoriere geltendes Gesetzesrecht, nehmen wir einmal alles nicht so genau, und irgendwie wird es sich später schon richten. – Das ist nicht das, was wir von einer Landesregierung erwarten; denn dieser laxer Umgang hat an anderen Stellen – zum Beispiel beim Haushalt – schon zu mehreren verlorenen Verfassungsgerichtsverfahren geführt. Das sollten wir beim Sparkassengesetz nicht auch noch entsprechend so praktizieren.

Herr Kollege, Sie haben gefragt, was wir da an Fusion wollen. – Ich darf Sie nur darauf hinweisen, dass momentan in der Sparkassenlandschaft ein breiter Fusionsprozess stattfindet. Es gibt den bei den Bausparkassen, der LBS. Die Sparkassen machen das in ihrer Assekuranz-Sparte bei der Provinzial. Alle anderen Bundesländer haben einen einzigen Sparkassenverband. Deshalb glaube ich, Herr Kollege – um Ihre Frage zu beantworten –, dass wir auch für Nordrhein-Westfalen erwarten können, dass hier Recht und Gesetz praktiziert werden.

Die Volksbanken machen es genauso. Sie haben den Prozess schon längst hinter sich. Beim RWGV

gibt es eine Verbandsfusion. Sie können alle Betroffenen fragen. Die sagen Ihnen: Das klappt wunderbar. Er reicht noch bis nach Rheinland-Pfalz hinein. Es hat da nie zu entsprechenden Problemen geführt.

Sie, Herr Finanzminister, haben jetzt eine einmalige Chance. Wir alle wissen, dass Standortfragen für Rheinländer und Westfalen immer sehr wichtig sind. Deshalb hätten Sie, wenn sowieso die Provinzial-Fusion ansteht, im Rahmen einer großen Lösung die Fragen besprechen können. Es ging vor wenigen Minuten erst über den dpa-Ticker, dass im Rahmen der Provinzial-Fusion Rheinland-Westfalen 500 Stellen eingespart werden sollen. Das wäre für Sie die historische Chance gewesen, die Akteure an den Tisch zu holen und zu sagen: Jeder bekommt – auf Augenhöhe – etwas an Firmensitz. – Damit können die Westfalen leben und auch die Rheinländer. Wenn sowieso von der LBS über die Provinzial alles in Bewegung ist, dann beziehen wir das in eine insgesamt ökonomisch vernünftige Lösung, die die Kriterien erfüllt, die Sie hier selber genannt haben, mit ein.

Wir müssen im Interesse der Sparkassen das machen, was Sie hier ja auch als Ziel formuliert haben, nämlich Synergien heben, damit es der Sparkassenfamilie insgesamt bessergeht und die Effizienzpotenziale genutzt werden können.

Herr Finanzminister, wir haben in den letzten 15 Jahren 150 Institute auf Bundesebene durch eigene Fusionsentscheidungen verloren. Da ist ein Drittel der Geschäftsstellen geschlossen worden, immerhin 6.000 deutschlandweit. Sparkassenorganisationen sind also durchaus auch mit ökonomisch sinnvollen Konzentrationsprozessen betraut.

Eine letzte Anmerkung: zu Ihrem Leitmotiv „Frauenquote statt Fusion“. Das ist ebenso fahrlässig wie unpraktikabel.

Es ist unpraktikabel, weil die Aufsichtsgremien dort, wo Politik zu entscheiden hat, demokratisch gewählt werden. Da können Sie das alles gar nicht feinteilig im Vorfeld sortieren.

Vor allem ist es aber auch fahrlässig. Im Zentrum einer Besetzung von Aufsichtsfunktionen, wo es ja auch um große Beträge geht, über die fachkundig entschieden werden muss, muss immer die Qualifikation stehen, keine anderen Kriterien. Es muss auf Qualifikation und Fachkenntnisse ankommen. Das ist die Voraussetzung für die Besetzung von Aufsichtsgremien.

Über diese Punkte werden wir im Beratungsverfahren sprechen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe ein Lächeln im Rund. Das ist auch gut so – zu dieser späten Stunde. Nach erschöpfenden Beratungen sind wir nun bei einem Gesetzentwurf gelandet, hinsichtlich dessen Bewertung ich vorab, bevor wir in die Beratungen im Ausschuss, in die Anhörung gehen, Herrn Kollegen Dr. Optendrenk folgen möchte, der da sagte: Im Prinzip bedarf es dieser Gesetzesänderung nicht.

Ich nehme das Ergebnis mal vorweg: Tatsächlich, in rechtlicher wie aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht, bleibt bei ordnungsgemäßer Bewertung genau so viel

(Der Redner deutet mit Daumen und Zeigefinger die Größe eines Textabsatzes an.)

übrig. Das ist ein Absatz, nämlich § 40, wo die Frauenquote eingeführt wird. Mehr haben wir nicht.

Mehr haben wir deshalb nicht, weil es anders, als es hier teilweise ausgeführt worden ist, und auch anders, als der Begründungsansatz der Landesregierung es darlegt, gar keine Notwendigkeit einer Fusion gibt, gar keinen Zwang.

Die derzeitige Regelung spricht von einer Ermächtigung: Die Aufsichtsbehörde ist für den Fall, dass die beiden Sparkassenverbände in Nordrhein-Westfalen nicht zusammenkommen, keine Vereinbarung treffen usw., ermächtigt.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie ist verpflichtet! Es gibt kein Ermessen!)

– Doch! Das steht da. Herr Witzel, da muss ich Ihnen widersprechen. In § 36 Abs. 3 steht:

„Wird der Antrag auf Genehmigung der Vereinbarungen nach Absatz 2 nicht ... vorgelegt, ist die Aufsichtsbehörde ermächtigt, die für eine Vereinigung erforderlichen Anordnungen ... zu treffen.“

Eine Ermächtigung ist keine Verpflichtung.

(Ralf Witzel [FDP]: Doch! In dem Kontext juristisch schon!)

– Das kann man im Wege der Auslegung mal versuchen herauszufinden. Fakt ist: Es steht dort nicht „hat zu“. Das muss man ganz klar sagen.

Fakt ist jedenfalls: Was jetzt geändert werden soll, ist im Prinzip nichts anderes als das, was bereits dort steht. Wir haben in der 18. Plenarsitzung dieser Legislaturperiode im Dezember 2012 einen Entschließungsantrag gestellt. Diesem kommt man nunmehr nach. Wir haben gesagt: Herrgott noch mal, lasst uns doch bitte wenn schon ein ordnungsgemäßes Gesetzesänderungsverfahren durchführen. – Dafür herzlichen Dank!

Außerdem – an dieser Stelle gehe ich schon mal auf den Gesetzentwurf ein – sind in diesem Entwurf die Transparenzanforderungen mal wieder über-

haupt nicht berücksichtigt. Sie waren aber Forderung verschiedener Fraktionen.

Es wird auch überhaupt nicht darauf eingegangen, dass hier offensichtlich werden soll, welche Personal- und Finanzverflechtungen zwischen öffentlicher Hand und Sparkassen einschließlich der Bezüge der Führungsebene vorhanden sind. Das wird sicherlich eine Forderung sein, die wir aufrechterhalten müssen.

Denn eines dürfen wir bei der ganzen Sache auch nicht vergessen: Warum gibt es denn überhaupt noch die zwei Verbände, wo doch allüberall quer durchs ganze Land Fusionsbestrebungen im Gange sind, zum einen zur Reduzierung von Kosten, zum anderen zur Effizienzsteigerung?

Dann betrachte ich auf der anderen Seite den Antrag „Sparkassengesetz ideologiefrei anpassen – Sparkassen vor Ort entlasten!“ seitens der regierungstragenden Fraktionen vom Dezember letzten Jahres. Damals hatte ich gesagt – und dabei bleibt es –: Das war eine Fusion light. Das heißt, all das, was in einer Fusion normalerweise geregelt wird und was die Folge davon ist, ist in dieser Vereinbarung, die der Gesetzgeber hier schon beschlossen hat, für die Verbände verpflichtend geworden.

Im Ergebnis heißt das nichts anderes: Auf den mittleren und unteren Personalschichten wird heftig zusammengestrichen, nämlich bei der Prüfung, bei der Rechtsberatung, bei der Personalberatung, möglicherweise auch bei der Geschäftsstellenbesetzung.

Nur eins bleibt bestehen: zwei Verbände und zwei Führungsebenen dieser Verbände. Und ich bin mir einigermaßen sicher, dass die Chefs der beiden Verbände und die Vizechefs der beiden Verbände ein gehöriges Wörtchen mitgesprochen haben bei der Einbringung dieser Gesetzesänderung.

Ich freue mich wie alle anderen auf die Beratung, vor allen Dingen auch auf die Anhörung und darauf, was die Experten zu dieser Geschichte sagen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Schulz. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Börschel.

Martin Börschel (SPD): Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem, was Herr Kollege Dr. Optendrenk und insbesondere Herr Witzel hier gesagt haben, bedarf es doch an der einen oder anderen Stelle noch der Korrektur oder ordnenden Einschätzung.

Dass Sie von einem Minister erwarten, dass er als Vorbild zu handeln hat – da haben Sie uns noch an der Seite.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Aber Sie verlangen von einem Minister, es anders auszulegen, als es eindeutig niedergelegt ist. Ich bin dem Kollegen Schulz sehr dankbar, dass er hier noch mal den Wortlaut vorgebracht hat. Es geht hier um die Ermächtigung der Aufsichtsbehörde, etwas zu tun.

Überlegen Sie doch einmal, was Sie – nach einer lebensnahen Auslegung – erwartet hätte, wenn man Ihrem Vorschlag gefolgt wäre: Der Landtag bringt im Dezember 2012 eindeutig zum Ausdruck, dass er nicht möchte, dass die Landesregierung von dieser Ermächtigung zur Zwangsfusion der beiden Sparkassen und Giroverbände Gebrauch macht. Nach Ihrer Auslegung hätte dann die Regierung zum 31. Dezember 2012 die Fusion zwangsanzordnen müssen, um sie dann – dem Mehrheitswillen des Landtags gemäß – ein halbes Jahr später wieder aufzuheben.

Solch einen Schwachsinn habe ich selten gehört. Das kann ernsthaft noch nicht einmal von Ihnen vorgetragen und verlangt werden!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Börschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Witzel?

Martin Börschel (SPD): Also, er hat wirklich schon genug geredet. Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD)

Ich möchte noch hinzufügen: Wenn ausgerechnet der Kollege Dr. Optendrenk und Sie, Herr Witzel, sich jetzt als Freunde der Sparkassen gerieren, dann läuft es mir wirklich kalt den Rücken runter. Sie waren es, Ihr Fraktionsvorsitzender Lindner war es, die bis zuletzt der Vertikalisierung von Sparkassen das Wort geredet haben. Sie waren es, die damals bei Ihrer Revision des Sparkassengesetzes größte Proteststürme über sich ergehen lassen mussten. Es gehörte damals zu den großen Erfolgen der Fraktionen von SPD und der Grünen, dass es gelungen war, dem Sparkassengesetz die schärfsten Giftzähne zu ziehen.

Dass ausgerechnet Sie sich jetzt zu den Freunden der Sparkassen stilisieren wollen, spottet jeder Beschreibung. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Börschel, bleiben Sie einfach einmal am Pult. So allmählich gewöhnen wir uns an die Kurzinterventationen. Ein Tipp für alle: einfach einen Moment stehenbleiben; dann weiß man, was kommt. – Herr

Kollege Witzel hat sich gemeldet. 90 Sekunden, bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. Dann eben auf diesem Wege, Herr Kollege Börschel. Ich wollte Sie ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich mir in der Rechtsauffassung einig bin mit dem Finanzminister. Sie können der Landtagsdrucksache 16/2652 die Formulierung entnehmen, die er dort verwendet und die auch von fachkundigen Juristen so gesehen wird, nämlich:

„Nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung müsste nunmehr die Fusion durch Rechtsverordnung zwangsweise durchgeführt werden.“

Die beschriebene Ermächtigungsnorm – das müssten Sie eigentlich wissen, Sie sind ja Jurist – ist immer im Kontext der höherrangigen Bestimmungen auszulegen. Das heißt: Das jetzt bestehende und gültige Sparkassengesetz, die Ermächtigung, hat der Finanzminister anzuwenden, spätestens am 31. Dezember. Er selber sieht das so. Warum sehen Sie das anders als der Gesetzentwurf der Regierung?

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Börschel. 90 Sekunden sind eingedrückt.

Martin Börschel (SPD): Herr Kollege Witzel, im Gegensatz zu Ihnen bin ich vor allem der Meinung, dass man Rechtsverordnungen lebensnah und sinnvoll auslegen muss. Zur sinnvollen Auslegung gehört doch zwingend dazu, dass es absoluter Quatsch wäre, wenn die Landesregierung eine Zwangsfusion gegen den Willen der beiden betroffenen Verbände, gegen den Willen der Mehrheit dieses Landtags, also des Gesetzgebers, vollzöge, um sie hinterher wieder in einem komplizierten Verfahren aufzuheben, nur weil Sie Rechthaberei betreiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist falsch, es ist sachwidrig, es wäre teuer, und zwar für alle Beteiligten, besonders für den Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen. Deswegen fordere ich Sie dringend auf: Lassen Sie doch diese Winkelzüge und die Rechthaberei. Der Finanzminister macht exakt das, was der Gesetzgeber von ihm erwartet. Nichts anderes erwarten wir. Ich finde es sehr traurig, dass Sie offensichtlich eine andere Vorstellung davon haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Börschel. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/2652** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Wer ist damit einverstanden? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

11 Freie Lernmaterialien fördern!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1253

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Drucksache 16/2910

Der Antrag der Fraktion der Piraten wurde gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Schule und Weiterbildung liegen in der genannten Drucksache dem Hohen Hause vor.

Ich darf die Beratung eröffnen und für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Feuß das Wort geben.

Hans Feuß (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns sehr intensiv mit dem richtungsweisenden und positiven Antrag der Piraten beschäftigt. Im Grunde stimmen alle Fraktionen mehr oder weniger damit überein.

Wir haben im Haushalt noch einmal 100.000 € eingestellt. Dieses Geld soll dazu verwendet werden, learn:line zu intensivieren und aufzustocken. Die Ministerin hat zugesichert, diese Thematik in den Schulen offensiv zu bewerben. Von daher kurzer Rede langer Sinn: Ich bitte, der Beschlussempfehlung des Ausschusses zu folgen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Feuß. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Dr. Bunse.

Dr. Anette Bunse^{*)} (CDU): Ich fasse mich auch kurz. – Herr Präsident! Frau Ministerin! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Trotz oder vielleicht gerade wegen der Anhörung konnten wir Ihrem Antrag

leider nicht ganz folgen. Ich fand ihn – das habe ich Ihnen auch schon gesagt – sehr interessant, und ich freue mich auch auf die weitere Diskussion.

Bis auf Weiteres müssen wir uns mit learn:line NRW zufrieden geben. Lassen Sie mich deutlich machen: Wir freuen uns auf eine Diskussion über Qualität in der Schule; uns geht es nicht nur um Materialien und Strukturen. Für uns gehört zur Frage der Qualität auch die Person des Lehrers. Die möchten wir in der weiteren Zukunft etwas mehr im Fokus sehen. Wir hoffen, dass wir auch einen kleinen Blick auf die Hattie-Studie werfen können.

Von uns bekommen Sie heute nur ein „Jein“. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Dr. Bunse. – Für die grüne Fraktion hat das Wort Kollege Bas.

Ali Bas (GRÜNE): Sehr verehrter Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Noch einmal zur Klarstellung: Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung besagt eine Ablehnung des Antrags der Piraten. Das bedeutet jetzt aber nicht, dass ich grundsätzlich gegen freie Lernmaterialien bin. Die sind sehr wichtig, auch im Bereich von Schule und Förderung.

Im Antrag ist aber ein Aspekt nicht enthalten, nämlich der der Qualität. Nicht alles, was umsonst ist, ist automatisch geeignet für die Schule.

Aus diesem Grund freue ich mich auf die Diskussionen im weiteren Verlauf. Ich denke, das Thema wird uns noch erhalten bleiben. Aber für heute hat es dazu nicht ganz gereicht. – Danke sehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bas. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Schmitz.

Ingola Schmitz^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig und wichtig, dass die Fraktion der Piraten diesen Antrag eingebracht und wir dazu eine Anhörung durchgeführt haben.

Für uns Liberale steht fest: Bei der Nutzung digitaler Angebote muss das Urheberrecht immer strikt beachtet werden. Als Lehrerin kann ich aus meiner pädagogischen Praxis heraus bestätigen, dass bei dieser Frage oft große Unsicherheit besteht.

(Beifall von der FDP)

Es sind zwei weitere Aspekte zu nennen, die hier etwas zu kurz kommen. Dies ist zum einen die durchaus bestehende Rechtsunsicherheit – hier möchte ich auf den Aspekt der Lizenzen verweisen – und zum Zweiten die Qualitätssicherung, die vorhin schon angesprochen wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei aller Bedeutung der Digitalisierung unserer Bildungswelt lassen Sie uns eines nicht vergessen: Das menschliche Gehirn ist keine Maschine aus Fleisch.

(Beifall von der FDP)

Kinder lernen immer am ehesten durch Zuwendung, Respekt, Verständnis und Liebe. Es muss die oberste Pflicht des Menschen sein, das Leben selbst von der pathologischen Neigung auszunehmen, jedes Ding als Objekt zu betrachten. Bei all unserem Handeln müssen wir uns immer von wirklich menschlichen Standards leiten lassen und einer Enthumanisierung des Menschen entgegenwirken.

Insgesamt werden wir uns bei diesem Antrag enthalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Schmitz. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verwirrung gerade hat gezeigt, dass alle dieses Thema unglaublich wichtig finden. Durch die Anhörung haben wir dieses Thema aus der Nische geholt und hier platziert, und ich glaube, das Thema wird uns die nächsten vier Jahre sicherlich noch ganz prominent verfolgen.

Alle Fraktionen haben gesagt, sie wollen mitarbeiten. Darauf freuen wir uns. Ich bedanke mich bei Frau Löhrmann für die Zusage, noch einmal aktiv auf die Schulen zuzugehen. Was wir wollen, ist das Bekenntnis des Landtags, dass freie Lernmaterialien unterstützungswürdig sind. Insofern spricht überhaupt nichts dagegen, diesen Antrag anzunehmen, auch wenn es ein Teilerfolg war, dass wir das Geld für learn:line bekommen haben. Doch ich denke, es wird nicht der letzte Antrag sein. Wir werden dranbleiben. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Pieper. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr

Präsident! Wir sind uns einig: Wir brauchen digitale Medien, wir brauchen sie aber eingebettet in eine pädagogische Konzeption.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Medien sind kein Selbstzweck, sondern sind Werkzeuge. Das Lernen der Kinder muss im Mittelpunkt stehen. Wir nutzen die 100.000 €, die wir dankenswerterweise mit dem Haushalt 2013 zusätzlich bekommen haben, um die Arbeit zu optimieren. Wir haben den Medienpass in Zusammenarbeit mit der Medienministerin entwickelt – das ist gut für Nordrhein-Westfalen –, und wir haben learn:line. Dieses Instrument sollten wir nicht kleinreden. Das ist ein gutes Instrument. Wir nutzen die Mittel, um es zu verbessern und zu optimieren, damit Lehrerinnen und Lehrer rechtssicher auf diese Möglichkeiten der digitalen Medien zurückgreifen können, damit das individualisierte Lernen in unseren Schulen für gutes Lernen von Kindern und Jugendlichen optimiert werden kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Damit sind wir am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2910**, den Antrag Drucksache 16/1253 abzulehnen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Die Piratenfraktion. Wer enthält sich? – Es enthalten sich CDU und FDP. Damit ist diese Empfehlung **angenommen**, den Antrag abzulehnen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Beratungen.

Die **nächste Sitzung** des Plenums findet statt am Mittwoch, 19. Juni 2013, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und vor allem frohe Pfingsten.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:27 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.